



Europa

Demokratie statt diktierter Bankenrettung

*Beschluss des Parteivorstandes der LINKEN
vom 4. und 5. August 2012; aus: www.die-linke.de*

Die Bankenrettungspolitik hat die Eurokrise im zweiten Quartal 2012 zugespitzt. Immer mehr Milliarden werden bewilligt und trotzdem eskaliert die Situation weiter. Als viertes Land nach Griechenland, Irland und Portugal musste Spanien Ende Juni Hilfen aus dem Rettungsschirm beantragen. Nachdem die Banken beim Entstehen der spanischen Immobilienblase riesige Profite gemacht hatten, benötigten sie nun, als die Blase geplatzt war, Milliardenhilfen vom Staat, um ihre Bilanzen zu sanieren. Dies trieb die öffentliche Verschuldung massiv in die Höhe und wurde für Spanien zum gravierenden Problem. Zur Eindämmung der Schulden setzte Spanien auf massive Kürzungspakete. Die Krise soll auch hier von der Bevölkerung bezahlt werden.

Genau wie in Griechenland wird die spanische Wirtschaft durch die Kürzungspakete in die Rezession getrieben. Während die Arbeitslosigkeit in Spanien steigt und unter Jugendlichen bereits 50 Prozent beträgt, transferieren Reiche und Vermögende Gelder ins Ausland. Ende Juni sah die spanische Regierung keine eigene Handlungsmöglichkeit mehr und beantragte Mittel zur Bankenrettung aus dem „Rettungsschirm“ EFSF. Bewilligt wurden daraufhin bis zu 100 Milliarden Euro zur Stützung der spanischen Banken. Damit ist die Kapazität des EFSF fast erschöpft, die Restmittel betragen nur noch 140 Milliarden Euro. Zu wenig, um im Fall einer weiteren Zuspitzung Spanien – und erst recht nicht Italien, sollte dort ebenfalls die Lage eskalieren – vor den Finanzmärkten abzuschirmen.

Aus diesem Grund setzte natürlich nach der Verabschiedung der 100-Milliarden-Euro-Bankenhilfe für Spanien keine Beruhigung auf den Finanzmärkten ein. Zwar hat der Chef der Europäischen Zentralbank Mario Draghi gesagt, er werde alles Notwendige zum Erhalt der Eurozone tun, doch es gibt bislang keine konkreten Beschlüsse über zukünftige Maßnahmen. Die aktuelle Lage bleibt fragil.

Der Bankenplan von Sigmar Gabriel – Auch die SPD will die Bevölkerung für die Krise zahlen lassen

In dieser Situation versucht Sigmar Gabriel die SPD für die kommenden Wahlen zu positionieren. Zwei Tage, nachdem er mit der SPD im Bundestag das 100-Milliarden-Paket für

Spaniens Banken durchgewunken hat, veröffentlicht der SPD-Chef seinen Acht-Punkte-Bankenplan. Rhetorisch haut Gabriel dabei mächtig auf die Pauke. Er spricht von Großbanken mit „krimineller Energie“ und davon, dass „die Regeln der Marktwirtschaft bei Banken und Finanzmärkten auf den Kopf gestellt werden: Sie müssen für den Schaden, den sie anderen bereiten, nicht aufkommen“. Sobald es um konkrete Forderungen geht, bleibt von der Rhetorik allerdings nur wenig übrig. Gabriels Forderungen stellen die vorherrschende Praxis der sogenannten Eurorettungspolitik nicht in Frage, nach der Milliardenbeträge in die Banken fließen und die Bevölkerung dafür mit Kürzungen zahlt. Das steht in der Kontinuität, mit der die SPD – zusammen mit CDU, FDP und Grünen – die Bedingungen für die Deregulierung der Finanzmärkte geschaffen hat.

Gabriels Argumentation ist nicht gradlinig. Es geht ihm ganz offenbar mehr um Effekthascherei als um eine tatsächlich andere Politik. Zwar spricht er davon, dass die Bundestagswahl eine „Entscheidung über die Bändigung des Banken- und Finanzsektors“ werden müsse. Völlig außen vor lässt er jedoch die Frage, wer eigentlich für die Kosten der aktuellen Krise aufzukommen habe. Gabriel bietet keine Alternative zur gegenwärtig praktizierten Bankenrettungspolitik. Sein angeblich wegweisender Plan hat damit ein entscheidendes Glaubwürdigkeitsproblem. Skepsis, nicht nur von Seiten der LINKEN, ist angesagt, zu oft hat die Gesellschaft die Erfahrung gemacht, es wird links geblinkt und rechts abgebogen.

Fast deckungsgleich mit unseren Positionen ist zum einen die Forderung von Gabriel nach einer Deckelung der Managergehälter. DIE LINKE fordert in diesem Fall die Obergrenze für die Absetzbarkeit von der Steuer für die Vorstandsbezüge der Dax-Konzerne auf das 20-fache des unteren Facharbeiterlohns. Oder die Forderung nach wirksamen Maßnahmen zur Begrenzung der Dispo-Zinsen. DIE LINKE fordert hier eine gesetzlich fixierte Höchstgrenze, wie zum Beispiel fünf Prozent über dem Basiszinssatz. Ebenso teilen wir die Position, dass Hilfen für den Finanzsektor nur noch mit Verstaatlichung einhergehen dürfen und dass die Strafvorschriften

In dieser Ausgabe

- Euro, Griechenland und Spanien
- Syrien versinkt im Bürgerkrieg
- Lateinamerikanische Linke im Übergang
- Kubanische Sozialismusauffassungen
- China und USA



und die private Haftung für kriminelle Bankmanager verschärft werden müssen.

Sigmar Gabriels Forderungen sind nicht dazu geeignet, eine nachhaltige Lösung der Krise herbeizuführen. Sie sind eher Absichtserklärungen, die in ferner Zukunft greifen könnten. So fordert Gabriel die Trennung von Investment- und Einlagengeschäft, sowie die Zerschlagung von Großbanken. Das geht zwar in die richtige Richtung, taugt aber nicht zur Lösung der akuten Krise. Außerdem bleibt das hinter der Vergesellschaftung und strengen Regulierung zurück, wie sie von der LINKEN für den Bankensektor gefordert wird.

Das gleiche gilt für die Forderungen nach dem europäischen Bankeninsolvenzrecht und dem „Banken-ESM“, also einem Rettungsfonds für Banken, der durch eine Bankenabgabe gespeist werden soll. Diese Forderung entspricht in etwa der Umsetzung des deutschen Bankenrestrukturierungsgesetzes auf europäischer Ebene. Von diesem Gesetz behauptet allerdings kaum noch jemand, dass es in absehbarer Zeit ein wirksames Mittel gegen eine neue Finanzkrise sein könne. Unabhängig davon wird DIE LINKE die SPD beim Wort nehmen und u. a. bei den folgenden Punkten als Sofortmaßnahmen im Herbst Anträge in den Bundestag einbringen:

- ein Bankeninsolvenzrecht, in dem systemrelevante Banken auch Pleite gehen können und Aktionäre und Gläubiger vorrangig haften;

- die Überführung von Banken in staatliches Eigentum im Falle ihrer Rettung mit Steuergeldern;
- den Stopp des Hochfrequenzhandels;
- eine Gehaltsbegrenzung für Bankmanager und die Einführung ihrer persönlichen Haftung, z. B. bei Hilfe zur Steuerhinterziehung und bei falscher Anlageberatung;
- die Trennung des Einlagen- und Kreditgeschäfts vom Investmentbanking;
- die Begrenzung von Dispokreditzinsen auf 5 Prozent über dem Refinanzierungszinssatz und eine staatliche Garantie des Girokontos für alle.

Am Abstimmungsverhalten der SPD wird sich dann zeigen, ob Sigmar Gabriel es wirklich ernst meint oder mit dem Konzept seinem Ruf gerecht wird, nur mit Versprechungen lautstark Politik zu machen. Im Gegensatz zum SPD-Chef hat DIE LINKE einen Gesamtplan zur dauerhaften Beilegung der Krise, der die Profiteure der Krise zur Kasse bittet.

Aktuelle Vorschläge der LINKEN

Das Erpressungspotenzial der Finanzmärkte muss beseitigt werden, sonst wird die Eurozone auseinanderbrechen. Das geht nur, indem die öffentlichen Haushalte von den Finanzmärkten abgekoppelt werden. Dazu ist es nötig, dass die EZB die Staaten in einem festgelegten Rahmen direkt mit Krediten versorgt beziehungsweise dies indirekt über einen

Inhalt

● Europa

- Demokratie statt diktiert Bankrettung: Beschluss des Parteivorstands der LINKEN 1
- Erklärung der Partei der Europäischen Linken 3
- Wolfgang Neskovic: Entwertung der Demokratie 4
- Sahra Wagenknecht: Putsch gegen das Grundgesetz 6
- Gregor Gysi: Was ist die Eurokrise? 8
- Gregor Gysi vor dem Bundesverfassungsgericht 12
- Sahra Wagenknecht: Lieber Bankenpleite als sozialer Crash 13
- Alexis Tsipras zur Zukunft Griechenlands 15
- Stavros Panagiotidis: Die neue griechische Regierung 17
- Elmar Altvater: Grexit ist Bullshit 18
- Gemeinsame Erklärung von IU und DIE LINKE 20
- Axel Troost: Interview zur Spanienhilfe 20
- GUE/NGL: Regionen fördern, nicht bestrafen 21
- Positionen der LINKEN zur europäischen Kohäsionspolitik 23

● Aus der internationalen Linken

- Wolfgang Gehrcke gegen Kriegskonzept 27
- Dominic Heilig: Parlamentswahl in Griechenland 27
- Paola Giaculli: Die Lage in Italien und die Linke 33
- Klaus Kukuk: 8. Parteitag der KPBM 35
- Boris Kanzleiter: Subversive Festival in Zagreb 38
- Transform: Ein anderer Balkan ist möglich 39
- Solidarität mit Gewerkschaftern des Irak 40
- Dietmar Schulz: Forum von São Paulo 41
- Schlusserklärung des Forums von São Paulo 43

- Parteivorstand der LINKEN gegen kalten Putsch in Paraguay 46
- Lateinamerikanische Linke im Übergang: Bolivien, Ekuador und Nicaragua 47
- Alle für Frieden, Demokratie und Souveränität: 21. Parteitag der Kolumbianischen KP 53
- Carlos Lozano: Das neue Kolumbien, das wir wollen 56
- **Internationale Umschau** 58
- Jürgen Heiducoff: China-USA: Kooperation und Konfrontation 58
- Tiina Fahrni: Russlands neues NRO-Gesetz 61
- APEC-Konferenz 2012 in Wladiwostok 64
- Sevim Dagdelen: Neuer Flugzeugträger Afghanistan 67
- Issam Haddad: Ägypten in Revision 68
- Sevim Dagdelen: Ein Jahr Südsudan 70
- **Analyse** 71
- Karin Kulow: Syrien versinkt im Bürgerkrieg 71
- Keith Barlow: Widersprüchliche Urteile europäischer Gerichte 75
- Camila Piñeiro Harnecker: Sozialismusauffassungen in Kuba 79
- Isabel Rauber: Die indigenen Bewegungen Afro-Indo-Lateinamerikas 85
- **Geschichte** 92
- Kurt Pätzold: Europas Parlamentarier und der Pakt der Diktatoren 92
- Jörg Kronauer: Die ukrainische Sache 94
- **Nach Redaktionsschluss** 97
- Gregor Gysi: Nach Entscheidung des BVerfG 97
- Uta Wegner: Wahl in den Niederlanden 99



Rettenngsfonds mit Banklizenz oder eine öffentliche Bank erfolgt. Entscheidend ist, dass die Staaten ihre Kredite genau so günstig bekommen wie die Banken bei der Europäischen Zentralbank. Der Zugang darf nicht an die Bedingung geknüpft werden, dass von den Regierungen im Gegenzug Kürzungsprogramme umgesetzt werden müssen.

Deshalb unterstützt DIE LINKE die Initiative der Europäischen Linkspartei für eine Europäische Bürgerinitiative zur Gründung einer öffentlichen europäischen Bank für soziale und ökologische Entwicklung und Solidarität. Wir fordern einen Schuldenschnitt für hoch verschuldete Staaten, gekoppelt an die Bedingung, dass Schluss sein muss mit Sozialkürzungen, Privatisierungen und Lohndumping zu Lasten der Mehrheit der Bevölkerung. Um die staatliche Verschuldung abzubauen, müssen Millionäre und große Konzerne zur Kasse gebeten werden, durch eine stärkere Besteuerung und eine europaweite und einmalige Vermögensabgabe.

Zu hohe staatliche Schulden bei gleichzeitig wachsenden Vermögen der Millionäre haben in der Vergangenheit gezeigt, dass die Besteuerung hoher Vermögen und Einkommen zu niedrig war. Um die öffentlichen Haushalte zukünftig auf eine solide Grundlage zu stellen, ist deshalb zusätzlich eine jährliche Steuer in Höhe von fünf Prozent auf die Vermögen ab einer Million nötig.

Der Bankensektor ist zu vergesellschaften und streng zu regulieren. Banken müssen sich auf ihre dienende Funktion für die Realwirtschaft beschränken. Sie sollen Kredite vergeben, die Investitionen ermöglichen. Das Geschäftsmodell vergesellschafteter Banken sollte sich an den Sparkassen und Genossenschaftsbanken orientieren.

Mit unseren Forderungen orientieren wir nicht nur auf die parlamentarische Ebene, sondern unterstützen das Bündnis „UmFAIRteilen“. Wir mobilisieren für den bundesweiten Aktionstag am 29. September und unterstützen die Initiative zur Einführung der Vermögenssteuer und einer europäischen Vermögensabgabe.

Ein entscheidender Augenblick für Europa – entscheidende Herausforderungen für die Linke

Erklärung der Partei der Europäischen Linken (EL) auf ihrer Vorstandssitzung in Athen, 14. – 15. Juli 2012

Die Krise in Europa schreitet voran. Dennoch gibt es neue Hoffnung für die Menschen Europas dank der positiven Entwicklungen der Linken in verschiedenen europäischen Ländern, besonders durch das beispiellose Erstarken von SYRIZA/Vereinte Soziale Front in Griechenland und durch den wichtigen Stimmenzuwachs der Front de Gauche in Frankreich. Die neue Situation erhöht die Einwirkungsmöglichkeiten einer europäischen linken Alternative gegen den gefährlichen Fiskalpakt, gegen Sparzwang und autoritäre Politik.

Der EU-Gipfel: nur eine andere Dosis des gleichen giftigen Medikaments

Die Regierungschefs von EU-Mitgliedsländern erklären, dass sie mit Siegen für ihre Völker vom EU-Gipfel zurückgekehrt sind, dass sich Angela Merkel, Mario Draghi, oder Jean-

Claude Juncker gebeugt hätten. Sie behaupten, seit Ausbruch der Krise hätten sie Europa zum 19. Mal „gerettet“. François Hollande meint sogar, Europa habe sich in der richtigen Richtung „neu orientiert“. Das sind irreführende Ankündigungen.

Der Optimismus der neoliberalen Mehrheit in der EU gründet hauptsächlich auf der Entscheidung, Privatbanken direkt zu rekapitalisieren, scheinbar ohne die öffentlichen Haushalte der Mitgliedstaaten mit weiteren Schulden zu belasten. In Wirklichkeit fordern die beschlossenen Maßnahmen nicht die Herrschaft der Märkte heraus und sind nicht dazu angetan, die Finanzkrise zu stoppen. Privatbanken werden ohne öffentliche, demokratische Kontrolle finanziell unterstützt und gerettet, während die Bürgerinnen und Bürger geschöpft werden.

Diese Maßnahmen können die europäische Strukturkrise nicht lösen und gehen mit drastischen Sparauflagen einher. Die EL lehnt solche sogenannten „Lösungen“ zwar ab, ist aber besorgt darüber dass Griechenland – das Mitgliedsland mit den extremsten finanziellen und sozialen Problemen – von den Vereinbarungen des EU-Rates einfach ausgespart wird. Das ist ein erneuter Beweis dafür, dass man dieses Land nicht als gleichwertiges Mitglied der Eurozone behandelt und der gefährliche Prozess einer schrittweisen Isolierung des Landes weiterläuft. Von der neuen Drei-Parteien-Koalition in Griechenland wird diese Situation nicht umgekehrt werden, da diese ein loyaler Diener der Memorandums- und Supersparpolitik ist.

Der „Merkozy“-Fiskalpakt der EU ist ungeachtet der Erklärungen von François Hollande immer noch intakt. Die Führung der EU machte deutlich, dass die Länder, die vom Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) „gerettet“ werden wollen, nach wie vor die Pflicht haben, an der Strategie der Abwertung durch weitere Sparprogramme, soziale Einschnitte sowie den Abbau von Löhnen, Renten und Arbeiterrechten festzuhalten. Gleichzeitig stellt der sogenannte Pakt für Wachstum und Beschäftigung nichts anderes dar, als der im letzten März verabschiedete neoliberale „Europäische Wachstumsplan“.

Den Menschen Europas wird erneut abverlangt, den Preis für die massive Vergemeinschaftung der Verluste zu bezahlen. Zudem sollen sie ihre Souveränität und ihre demokratischen Rechte verlieren, da die nationalen Haushalte von der Europäischen Kommission und der nicht gewählten Euro-Gruppe kontrolliert werden.

Die eigentliche Ursache für diese Lage sind die inneren Widersprüche des Finanzmarktkapitalismus und der neoliberale Charakter der europäischen Verträge (seit Maastricht). Die Bestimmungen des letzten EU-Vertrages gehen nicht über neoliberale Muster hinaus und heben die „Wettbewerbsfähigkeit“ als Hauptprinzip hervor. Wir lehnen diese Verträge ab, weil wir für demokratische europäische Institutionen sind, und treten für das Recht der Menschen in Europa, des Europäischen Parlaments und der nationalen Parlamente ein, in kritischen Situationen das letzte Wort zu haben.

Vorschläge der EL für einen Ausweg aus der Krise

Die EL bekräftigt ihren Standpunkt, dass nur die Unterstellung des Bankensektors unter demokratische und öffentliche Kontrolle sowie ein radikaler Umbau der neoliberalen Architektur der Eurozone und der EU einen Ausweg aus der Krise weisen.



Alle vorhandenen und neuen Instrumente – der EU-Haushalt, die Finanzinstitutionen und das Bankensystem – müssen demokratisch kontrolliert und an einem neuen Wachstumsmodell orientiert werden. Zu diesem Zweck schlagen wir die Gründung einer demokratisch kontrollierten öffentlichen europäischen Bank für soziale Entwicklung, Ökologie und Solidarität vor, welche öffentliche Investitionen in Forschung und Entwicklung, in öffentliche Dienstleistungen, in die Infrastruktur und den sozial-ökologischen Umbau fördern soll. Diese Bank soll durch eine Finanztransaktionssteuer, den EU-Haushalt und die EZB finanziert werden.

Außerdem ist es an der Zeit, Beschäftigung anzukurbeln, öffentliche Investitionen zu fördern, eine Umverteilung des Einkommens zwischen Kapital und Arbeit zu organisieren und eine konsequente Besteuerung hoher Einkommen und Vermögen einzuführen, statt fortwährend die Profitabilität des Finanzsektors zu fördern.

Wir schlagen ein europäisches Moratorium, das zeitweilige Einfrieren von Kreditrückzahlungen, vor, um die Probleme der überschuldeten Mitgliedstaaten nicht noch weiter zu verschärfen, dazu eine europäische Tagung zur Schuldenkrise, welche über die Streichung weiterer Teile der institutionellen und transnationalen Schulden entscheiden soll, um die Verschuldung der öffentlichen Haushalte auf ein erträgliches Maß zu senken.

Überdies ist es dringend erforderlich, den europäischen Finanzsektor durch fünf grundlegende Maßnahmen zu regulieren:

- I. Die Einführung einer Finanztransaktionssteuer auf den Kapitalverkehr innerhalb der EU. Um ihre Wirksamkeit sicherzustellen, muss diese Steuer für alle Finanztransaktionen gelten, die für Spekulationen genutzt werden können.
- II. Die Ausgabe von Eurobonds durch die Europäische Zentralbank für öffentliche Investitionen und soziale Entwicklung ohne Zwangsbestimmungen für eine restriktive Finanzpolitik auf nationaler Ebene.
- III. Eine klare rechtliche Unterscheidung zwischen Geschäfts- und Investmentbanken in Europa.
- IV. Die Schaffung einer europäischen öffentlichen Ratingagentur.
- V. Die Schließung von Steuer-Oasen in und außerhalb der EU und der Kampf gegen Steuerdumping.

Dank der Linken gibt es Hoffnung! Die Entwicklungen in der politischen Landschaft und die Verantwortung der Linken

Die Beschlüsse des EU-Gipfels machen deutlich, dass die Neoliberalen ihre Kampagne für einen noch stärkeren Abbau von Volkssouveränität und demokratischer Willensbildung ausweiten. Frau Merkel und die EU-Führung benutzen die Krise, um ihr eigenes Konzept der politischen Einigung Europas durchzusetzen, das die entscheidende Kontrolle der nationalen Haushalte, sowie die Konzentration der finanziellen, wirtschaftlichen und politischen Macht in den Händen der deutschen Regierung und der dominierenden Kreise der EU vorsieht. Die Führung der EU ist bereit, das Projekt einer wirklichen politischen und sozialen Union ein für alle Mal den Interessen der führenden Kräfte und der Märkte zu opfern.

Zugleich werden in einigen Ländern autoritäre, antidemokratische Experimente vorangetrieben. Dies bestätigen deren institutionelle Legitimierung und die verstärkte Lancie-

rung von demokratisch nicht zu kontrollierenden Technokraten auf Führungsposten in Schlüsselministerien.

Trotz dieser ernsten Lage gibt es dank der Linken Hoffnung. Die Wahlen vom 6. Mai und 17. Juni in Griechenland waren Momente von historischer Bedeutung für alle Gesellschaften Europas. Dass es SYRIZA/Vereinte Soziale Front nicht gelang, in Griechenland eine linke Regierung zu bilden, kann den beispiellosen Erfolg der radikalen Linken nicht schmälern, denn sie erreichte 27 Prozent der Stimmen und wurde zur größten Oppositionspartei in einem Land, wo sich neoliberaler Autoritarismus und gesellschaftlicher Widerstand in den letzten zwei Jahren frontal gegenüberstanden. Dieses Ergebnis hat der Präsenz und der Resonanz auf linke Ideen und alternative Vorschläge nicht nur in Griechenland, sondern in Europa und weltweit einen Aufschwung gebracht.

In diesen Tagen erkennen immer mehr Bürgerinnen und Bürger Europas, dass es eine Alternative gibt, die von den europäischen Linkskräften formuliert wird. Die Ergebnisse von SYRIZA/Vereinte Soziale Front in Griechenland, der Vereinigten Linken in Spanien, der Front de Gauche in Frankreich, der Rot-Grünen Einheitsliste in Dänemark und die guten Aussichten für weitere Linkskräfte wie die Sozialistische Partei in den Niederlanden, oder Sinn Fein in Irland belegen ein wesentliches Anwachsen des Einflusses linker, fortschrittlicher Ideen. Dieses ist nicht vom Himmel gefallen. Es ist das Ergebnis des beharrlichen Kampfes gegen Sparprogramme und neoliberalen Autoritarismus. Es zeugt von einer dialektischen Verbindung der Präsenz der Linken in den zunehmenden sozialen Kämpfen und den Bewegungen mit einem stärkeren Streben großer Mehrheiten in unseren Gesellschaften nach konkreten politischen Alternativen, die aktuelle Vorschläge mit strategischen Zielen verbinden und den Menschen wieder Hoffnung geben.

Jetzt sind wir stärker und besser in der Lage, den Kampf der EL zu intensivieren, besonders gegen den zunehmenden Einfluss chauvinistischer Projekte und rassistischer rechter Parteien sowie für die Förderung von Solidarität in unseren Gesellschaften, auf lokaler, nationaler und europäischer Ebene.

Die EL ist entschlossen, größere Anstrengungen und Initiativen für eine weitere Annäherung der sozialen und politischen Akteure in unseren Ländern und in Europa zu unternehmen, um die Sparpolitik zu durchkreuzen, um sozial nachhaltige Vorschläge zu fördern und die Würde der Krisenopfer wiederherzustellen.

In diesem Sinne fordern wir alle unsere Parlamentsabgeordneten, GewerkschafterInnen, Jugend- und FrauenaktivistInnen auf, ihre Kontakte und gemeinsamen Aktionen zu verstärken, um die Ratifizierung und Ausarbeitung des EU-Fiskalpakts, der Sparprogramme und Memoranden zu verhindern. Wir müssen die Zerstörung unserer Gesellschaften stoppen und für den Schutz der Demokratie kämpfen.

Die EL begrüßt die Vorbereitung eines Alternativgipfels und wird sich aktiv daran beteiligen

Zusammen mit ihren Partnern von den sozialen Bewegungen und Gewerkschaften hat die EL soeben eine europäische Bürgerinitiative ins Leben gerufen. Von September an werden wir in allen EU-Ländern eine Million Unterschriften für die Gründung einer öffentlichen europäischen Bank für soziale und ökologische Entwicklung und Solidarität sammeln. Dies ist eine große Herausforderung und ein wichtiges Werkzeug im Kampf um einen Ausweg aus der Krise durch



eine neue Art des Wachstums und der Einbeziehung der Bürger bei wichtigen politischen Fragen der EU.

Die Zeit ist reif, dass die EL ein alternatives soziales, politisches und kulturelles Projekt für Europa vorlegt.

Verträge auf „Ewigkeit“ entwerten Demokratie

Kommentar von Wolfgang Neskovic, Bundesrichter a. D., Mitglied des Vorstandes und Justiziar der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag, Juni 2012; aus: <http://linksfraktion.de/im-wortlaut/>

Wer für den ESM und den Fiskalvertrag stimmt, stimmt für Demokratie- und Sozialabbau. Leider ist es uns nicht gelungen, die Mehrheit in Bundestag und Bundesrat hiervon zu überzeugen. Sogar die anderen Oppositionsparteien sind – nach Abschluss eines anrühigen Deals – bereit, diese autoritäre Krisenpolitik à la Merkel mitzutragen. Damit ist es so gut wie sicher, dass die beiden Verträge im Parlament durchgewunken werden. Uns bleibt daher nichts anderes übrig als zu versuchen, die Verträge wenigstens auf juristischem Weg zu stoppen. Die Fraktion und die Abgeordneten werden dazu sowohl eine Organklage als auch Verfassungsbeschwerden gegen den ESM und den Fiskalvertrag vor dem Bundesverfassungsgericht erheben.

Um zu verhindern, dass sich die Bundesrepublik völkerrechtlich bindet, bevor das Bundesverfassungsgericht über die Vereinbarkeit der Verträge mit dem Grundgesetz entschieden hat, werden wir gleich nach der Verabschiedung am Freitag im Bundestag und Bundesrat einen Eilantrag in Karlsruhe stellen. Das Bundesverfassungsgericht hat bereits den Bundespräsidenten gebeten, die Gesetze nicht zu unterzeichnen. Der Bundespräsident hat dieser Bitte entsprochen. Das ist gängige Staatspraxis und dem wechselseitigen Respekt von Verfassungsorganen geschuldet.

Wir hoffen nun, dass wir das Bundesverfassungsgericht davon überzeugen können, dass die Verträge verfassungswidrig sind. Mit ihnen entmachten sich die Parlamente selbst. Sie geben ihr Königsrecht – das Haushaltsrecht – in die Hände nur unzureichend demokratisch legitimierter EU-Organe. So müssen Defizitstaaten künftig ihre Haushalts- und Wirtschaftspartnerschaftsprogramme der Kommission und dem Rat zur Genehmigung vorlegen. Die Bestimmung der Kriterien für den automatischen Korrekturmechanismus des Fiskalvertrags liegt allein in den Händen der Kommission. Die hierzu vorgelegten Grundsätze sind derart unverständlich und weit gefasst, dass sie sich einer plausiblen Nachvollziehbarkeit entziehen. Ob sich die dann durch die Nationalstaaten eingeführten Korrekturmechanismen in Übereinstimmung mit diesen Grundsätzen befinden, obliegt der nicht nachprüfaren Willkür der Kommission. Durch diese Regelungen können die Wählerinnen und Wähler bei den nationalen Wahlen nicht mehr durch die Wahlentscheidung Einfluss auf die Finanz-, Wirtschafts- und Sozialpolitik nehmen. Das ist ein offenkundiger Verstoß gegen das Demokratieprinzip. Außerdem wird die Haushaltsautonomie des Parlaments durch die unkalkulierbare Höhe der durch den ESM übernommenen finanziellen Belastungen verletzt. Das Budgetrecht gehört zu den Kernkompetenzen des Parlaments.

Es stellt in entscheidender Weise die Weichen für die gesamten Lebensbedingungen der Menschen.

Bisher ging das Bundesverfassungsgericht davon aus, dass das Demokratiedefizit in der EU durch die demokratische Legitimation der nationalen Parlamente ausgeglichen werde. Das ist jedoch dann nicht der Fall, wenn auf nationaler Ebene den Parlamenten nicht einmal mehr die freie Entscheidung über die Haushaltspolitik verbleibt.

Die Demokratie wird auch dadurch entwertet, dass die Verträge auf „Ewigkeit“ angelegt sind. Sie sind unkündbar. Sie sollen die jeweiligen Legislaturperioden überdauern. Das bedeutet, dass die Wählerinnen und Wähler mit ihrer Wahlentscheidung nach Ablauf einer Legislatur über wesentliche Teile der Finanz-, Wirtschafts- und Sozialpolitik nicht mehr entscheiden können. Das berührt den Kern der Demokratie. Wahl und Abwahl von Regierungen und der stete Wettbewerb um die wechselnde Gunst des Wahlvolkes sind konstituierende Merkmale der Demokratie. Wenn sich morgen die Einsicht Bahn bricht, dass die Stabilisierung des Finanzsystems eine keynesianistische Nachfragepolitik erfordert, wird diese Erkenntnis wertlos bleiben, da kein Wahlvolk mehr die Herrschaft der unerbittlichen Kürzungspolitik vom Thron stoßen kann. In Artikel 79 Grundgesetz ist geregelt, dass der Gesetzgeber mit Zweidrittelmehrheit sämtliche Vorschriften des Grundgesetzes ändern kann. Allein die in den Artikeln 1 und 20 Grundgesetz enthaltenen Sachverhalte sind durch die Ewigkeitsgarantie aus Artikel 79 Grundgesetz hiervon ausgenommen. Da die Vorschriften der Schuldenbremse nicht unter die Ewigkeitsgarantie fallen, steht es im Belieben des Parlamentes, die Schuldenbremse mit verfassungsändernder Mehrheit aus dem Grundgesetz zu streichen. Der Fiskalpakt nimmt dem Bundestag diese Gestaltungsmöglichkeit. Damit verstößt das Ratifizierungsgesetz gegen Artikel 79 Grundgesetz.

Schon gegen die aktuelle Schuldenbremse im Grundgesetz, die weniger rigide ist als die des Fiskalvertrags und die vor allem wieder gestrichen werden könnte, bestehen aber verfassungsrechtliche Bedenken. Sie verletzt die Haushaltsautonomie und die Eigenstaatlichkeit der Länder und verstößt gegen das Sozialstaatsprinzip. Mit der Schuldenbremse des Fiskalpakts werden die Handlungsspielräume für die Sozial- und Arbeitsmarktpolitik noch weiter verengt.

Schließlich wird das Bundesverfassungsgericht auch darüber zu befinden haben, ob die rote Linie zu einem Bundesstaat, die es in seiner Lissabon-Entscheidung gezogen hat, überschritten wird.

Das alles wird in einem atemberaubenden Tempo kurz vor dem beabsichtigten Inkrafttreten der Verträge durchgepeitscht. So lag die Endfassung der Grundsätze der Kommission für den automatischen Korrekturmechanismus erst eine Woche vor der Abstimmung vor. Die Einigung zwischen Regierung und SPD und Grünen sowie die Vereinbarung zwischen Bund und Ländern liegt dem Bundestag bis heute nicht vor. Angesichts des Urteils des Bundesverfassungsgerichts vom 19. Juni 2012 ist davon auszugehen, dass am Mittwoch, also zwei Tage vor der Abstimmung, noch etwas an den Beteiligungsrechten des Parlamentes geändert wird. Eine wirkliche, öffentliche Debatte kann so nicht stattfinden. Selbst das Parlament weiß zum Teil nicht, worüber es abstimmt. Das liegt zum einen daran, dass die Regelungen so komplex und unbestimmt sind, dass beispielsweise das Haftungsrisiko beim ESM nicht kalkulierbar ist. Zum anderen



liegt es daran, dass einige Punkte erst noch geregelt werden müssen. So steht der zeitliche Rahmen für eine rasche Annäherung der Staaten an ihr jeweiliges mittelfristiges Ziel noch gar nicht fest. Er muss erst noch von der Kommission vorgelegt werden. Das Parlament entscheidet also quasi ins Blaue hinein.

„Das ist ein kalter Putsch gegen das Grundgesetz!“

Rede von Sahra Wagenknecht, MdB, stellvertretende Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE, in der Debatte des Bundestags am 29. Juni 2012 zum Europäischen Stabilitätsmechanismus ESM und zum Europäischen Fiskalpakt; aus: <http://linksfraktion.de/reden/>

Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen!

„Milliarden von Steuergeldern sind verpufft. Derjenige, der Verantwortung trug, erwies sich als Marionette. Als Puppenspieler agierte ausgerechnet die Sorte Manager, die zuletzt Besserung gelobte: ein Investmentbanker.“

Was das Handelsblatt über die Verstaatlichung des Energieversorgers EnBW geschrieben hat, gilt leider auch für die Europapolitik dieser Bundesregierung: Sie handeln wie Marionetten. Die Puppenspieler sind die Banker, und heraus kommen Verträge, mit denen die Bürgerinnen und Bürger über den Tisch gezogen werden, um die Vermögen der Reichsten zu retten und das Spielcasino Finanzmarkt am Laufen zu halten. Es ist schon bezeichnend, dass auf die gestrigen Gipfelbeschlüsse mit einem Kursfeuerwerk der Aktienmärkte reagiert wird.

Europa, ich darf das in Erinnerung rufen, sollte einmal ein Projekt des Friedens, der Demokratie und der Sozialstaatlichkeit sein, eine Lehre aus Jahrhunderten brutaler Kriege und eine bewusste Alternative zu jenem rüden Kapitalismus, der die Weltwirtschaftskrise und blutige faschistische Diktaturen heraufbeschworen hatte.

„Europa muss, seinem Erbe getreu, einen neuen Humanismus verkörpern, als Hort der Menschenwürde und der sozialen Gerechtigkeit.“ Das hat Richard von Weizsäcker einmal gesagt. Das heutige Europa, das Sie jetzt mit dem zweiten riesigen Bankenrettungsschirm und dem Fiskalpakt besiegeln wollen, ist das genaue Gegenteil davon. Dieses Europa ist ein Projekt der Zerstörung von Demokratie und sozialer Gerechtigkeit, ein Projekt zur Zerschlagung von Arbeitnehmerrechten und ein Projekt zur Senkung von Löhnen und Renten. Es ist ein Projekt von Deutscher Bank, Goldman Sachs und Morgan Stanley zur Ausplünderung der europäischen Steuerzahler.

Dass es dahin kommen konnte, dafür sind Sie alle gemeinsam verantwortlich: Sie, Frau Merkel, und Ihre schwarze Koalition, für die es offenbar gar keine anderen Werte mehr gibt als die, die auf den Finanzmärkten gehandelt und von den Ratingagenturen benotet werden, aber auch Sie, wertere Damen und Herren von der vermeintlichen Opposition aus SPD und Grünen, die sich zwar vor den Kameras gern als Regierungskritiker aufplustern, aber bisher nahezu jeder europapolitischen Schandtat dieser Regierung zugestimmt haben, so wie Sie es heute auch wieder vorhaben.

„Bitte sagen Sie mir, dass nicht alles, was ich gelernt ha-

be, umsonst war“, schrieb mir vor kurzem eine junge Frau, die aus Begeisterung für Europa und die europäische Idee ein Freiwilligenjahr in Griechenland verbracht hat und jetzt nach Deutschland zurückkommt. Sie ist entsetzt über das Griechenland-Bashing, aber vor allem hat sie Angst um ein Land, in dem über die Hälfte ihrer Altersgenossen keinen Job und keine Perspektive hat, in dem Schwangere vor dem Kreißsaal abgewiesen werden, wenn sie kein Bargeld dabei haben, in dem Rentner auf ihrem Balkon Zucchini züchten, weil die Rente nicht einmal mehr zum Sattwerden reicht. Mitten in Europa! Ja, Griechenland hatte große hausgemachte Probleme. Aber die soziale Katastrophe, die Griechenland heute durchleidet, ist nicht hausgemacht. Sie ist das Resultat Ihrer Politik.

Hören Sie endlich auf, die Realität durch Lügenworte zu umnebeln! Sie erzählen uns, wir hätten eine Staatsschuldenkrise. Tatsächlich ist es die Bankenkrise, die die Schulden der Staaten immer weiter nach oben treibt, weil Sie einerseits milliardenschwere Rettungsschirme aufspannen und riesige Brandmauern errichten und weil Sie andererseits nichts dafür tun, den eigentlichen Brandherd zu löschen. Dieser ist ein nach wie vor viel zu großer, weitgehend deregulierter Finanzsektor, der unverändert mit unverantwortlichen Zockergeschäften immer wieder riesige Verluste produziert.

Sie erzählen uns, die Krise in den Südländern gehe auf mangelnde Wettbewerbsfähigkeit zurück. Die spanische Industrie produziert heute zwar 30 Prozent weniger als 2008. Aber zwischen 2008 und heute sind die spanischen Lohnstückkosten um 9 Prozent gesunken. Daran kann es also nicht liegen. Es liegt daran, dass die Banken in Spanien marode sind und die Realwirtschaft nicht mehr mit Krediten versorgen. Es liegt des Weiteren daran, dass seit Jahren ein brutales Kürzungsprogramm in Spanien läuft, das der Wirtschaft die Luft zum Atmen nimmt. Genau das Gleiche haben wir schon in Griechenland erlebt.

Dieses Katastrophenkonzept soll jetzt mit dem Fiskalpakt auf ganz Europa übertragen werden? Wollen Sie irgendwann auch in Deutschland griechische Verhältnisse? Das ist doch Wahnsinn, Frau Merkel!

Schauen wir uns einmal die Zahlen an. Wenn der Fiskalpakt eingehalten wird, müssen die europäischen Staaten in den nächsten Jahren über 2 000 Milliarden Euro aus ihren Haushalten heraushacken: bei Gesundheit, bei Sozialem, bei Bildung und bei Renten. Was soll dann denn noch von Europa übrig sein? Herr Gabriel, jetzt zu behaupten, dass das durch die zusätzlichen 10 Milliarden Euro für die Europäische Investitionsbank und die Umwidmung einiger Gelder in der EU aufgefangen wird: Machen Sie sich doch nicht lächerlich!

Wer Wachstum und Wohlstand in Europa will, der muss den unsäglichen Fiskalpakt mit seinen billionenschweren Kürzungsdiktaten stoppen. Wer das nicht macht, der heuchelt. Das sage ich Ihnen ganz deutlich. Vieles spricht dafür, dass die geplante Finanztransaktionssteuer eine Mogelpackung wird. Immerhin rechnet Herr Schäuble gerade einmal mit Einnahmen von 2 Milliarden Euro. Schauen Sie sich doch einmal an, was auf den Derivatmärkten umgesetzt wird. Eine ordentliche Steuer müsste wesentlich mehr einbringen.

Frau Merkel, ich sage Ihnen auch: Wenn Sie weiter die europäischen Staaten mit brutalen Kürzungsprogrammen in



die Krise zwingen, statt sie endlich durch Direktkredite der Europäischen Zentralbank von der Zinstreiberei der Finanzmärkte unabhängig zu machen, dann werden Sie nicht als eiserne Kanzlerin in die Geschichte eingehen, sondern als Totengräberin des Euro.

Sie erzählen uns, dass der Fiskalpakt dazu da wäre, die Schulden zu senken. Auch das ist unwahr. Wenn Sie die öffentliche Schuldenexplosion eindämmen wollen, dann müssen Sie endlich aufhören, weitere Milliarden auf Pump in den Finanzsektor zu schleusen. Aber das haben Sie gar nicht vor; denn parallel zu diesem europäischen Kürzungspakt soll der Bundestag heute das nächste Milliardengrab absegnen, nämlich den ESM.

Sie haben vor kurzem einen Nachtragshaushalt beschlossen, in den schon einmal 8 Milliarden Euro eingestellt wurden, um die erste Überweisung an diesen großen, neuen Bankenrettungsschirm zu leisten. Ich möchte Ihnen gar nicht vorrechnen, wie Sie die Lebenssituation und die Bildungschancen von Kindern aus Hartz-IV-Familien mit diesen 8 Milliarden verbessern könnten. Schauen Sie sich die Situation in deutschen Kommunen, Städten und Gemeinden an. Da werden Bibliotheken, Schwimmbäder und Grundschulen geschlossen wegen Beträgen, die im Vergleich zu diesen 8 Milliarden lächerlich gering sind. Die Gemeinden haben seit Jahren kein Geld. Für die Kinder haben Sie kein Geld. Aber endlose Milliardenbeträge haben Sie offensichtlich, um die Banken zu retten. Hören Sie wenigstens auf, vom Sparen zu reden! Sie sparen überhaupt nicht. Sie verschleudern Milliarden. Sie nehmen den einen und geben den anderen. Das nenne ich nicht Sparen, sondern Umverteilung.

Wer von dieser Umverteilung tatsächlich profitiert, kann man in Griechenland deutlich sehen. Zu Beginn seiner vermeintlichen Rettung hatte Griechenland 300 Milliarden Euro Schulden, die von Banken, Hedgefonds und vermögenden Privatanlegern gehalten wurden. Heute hat Griechenland 360 Milliarden Euro Schulden, aber für 300 Milliarden davon haften jetzt die europäischen Steuerzahler. An diesem Beispiel sieht man übrigens auch, was mit den vermeintlichen Hilfgeldern passiert. Sie gehen nicht an griechische Rentner, sondern an die europäische Finanzmafia.

Spanien soll jetzt bis zu 100 Milliarden Euro für seine Banken bekommen. Auch das Geld wird nicht in Spanien bleiben. Allein die Deutsche Bank hat in Spanien 14 Milliarden Euro im Feuer. Sie ist natürlich hocherfreut, dass der deutsche Steuerzahler weiter brav überweist.

Herr Brüderle, Sie haben hier gerade populär herumgetönt, dass die Oma mit ihrem Sparbuch nicht für die Investmentbanker haften soll. Wenn Sie das ernst meinen, müssen Sie und Ihre Fraktion heute aber geschlossen gegen den ESM stimmen; denn der bedeutet genau das, was Sie gesagt haben, dass nämlich Rentner, Beschäftigte und Arbeitslose für die Zockereien der Investmentbanker zahlen müssen.

Wer den Steuerzahler solchen Risiken aussetzt – wir reden hier über zwei gigantische Rettungsschirme mit einem Haftungsvolumen für Deutschland von 300 Milliarden, eventuell von 400 Milliarden Euro –, wer solche Risiken provoziert, sollte rot anlaufen, wenn er von Haushaltskonsolidierung redet. Nehmen Sie das doch von Ihnen selber beschworene Prinzip der Haftung nur einmal ernst: Wer den Nutzen hatte, soll auch den Schaden tragen. Wer hatte den Nutzen? Es ist doch kein Zufall, dass parallel zu den Staatsschulden auch die privaten Vermögen der oberen Zehntausend in

Europa immer neue Rekorde erreichen. Holen Sie sich das Geld doch dort zurück. Da liegen die Milliarden, die uns fehlen. Sie können sie von dort holen ohne Fiskalpakt und ohne Zerstörung der Demokratie.

Sie aber tun das Gegenteil. Sie vergemeinschaften die Schulden, gerade damit die Finanzvermögen der Reichen nicht entwertet werden. Um das nötige Geld einzutreiben, soll jetzt die Budgethoheit der Staaten zugunsten einer Brüsseler Eurokratie aufgehoben werden, weil die natürlich rücksichtslos kürzen kann. Das ist doch die Wahrheit darüber, was dahintersteht. Das ist der Kern Ihrer Politik. Sie retten nicht den Euro, sondern Sie retten die Euros der Millionäre. Dann seien Sie wenigstens so ehrlich und sagen das den Bürgern. Sagen Sie ihnen, dass sich der soziale Bundestaat, den das Grundgesetz festschreibt, mit den vorliegenden Verträgen erledigt hat. Sagen Sie ihnen, dass sie in Zukunft auch in Deutschland ein Parlament wählen dürfen, das nicht mehr viel zu sagen haben wird; denn auch Deutschland gehört zu den Ländern, deren Staatsverschuldung weit über dem liegt, was der Fiskalpakt verlangt. Sagen Sie den Menschen, dass das ein kalter Putsch gegen das Grundgesetz ist.

Werte Abgeordnete von CDU und CSU, Ihre Parteien haben in der Nachkriegszeit den Slogan „Wohlstand für alle“ auf ihre Fahnen geschrieben. Jetzt zerstören Sie den Wohlstand von Millionen. Sie nehmen den Armen das Brot, weil Sie zu feige sind, den Reichen das Geld zu nehmen. Halten Sie das für christlich?

Werte Abgeordnete der Liberalen, dass ein Staat private Verluste sozialisiert, wenn die Betroffenen nur reich und einflussreich genug sind, ist alles, nur kein Liberalismus. Wollen Sie das wirklich vertreten?

Werte Kolleginnen und Kollegen von der SPD, Sie tragen die Wörter „sozial“ und „demokratisch“ in Ihrem Parteinamen. An diesem Anspruch haben Sie sich in den letzten Jahren schon oft genug versündigt: mit der Agenda 2010, mit der Deregulierung der Finanzmärkte, mit Hartz IV und mit der Zerschlagung der gesetzlichen Rente. Wenn man aber Knebelverträgen zustimmt, mit denen Sozialstaat und Demokratie in Europa endgültig zu Grabe getragen werden, heißt das, die Agenda-Politik in Deutschland mit einer Ewigkeitsgarantie zu versehen. Dazu muss ich Sie fragen: Ist es das Linsengericht, nach der nächsten Wahl wieder als Juniorpartner einer großen Koalition mittun zu dürfen, wirklich wert, Ihren Wählern noch einmal derart ins Gesicht zu schlagen?

Werte Kolleginnen und Kollegen, Sie wurden als Abgeordnete auf Basis unseres Grundgesetzes gewählt. Wenn Sie noch ein Gewissen haben als Demokraten und als Europäer, dann, bitte ich Sie, folgen Sie diesem Gewissen und stimmen Sie heute mit Nein.

Vielen Dank.

Was für eine Krise ist die Euro-Krise?

Vortrag von Gregor Gysi an der Universität Saarbrücken am 6. Juli 2012; aus: www.linksfraktion.de

Die gängigen Deutungen

Die allgemeine Redewendung „Euro-Krise“ legt nahe, dass wir es mit einer Währungskrise zu tun hätten. Das ist nun aber erst einmal nicht der Fall. Noch hat keine massive Kapitalflucht aus dem Euro-Raum in andere Währungen stattgefunden. Allerdings, was nicht ist, kann ja noch werden.

Die Standard-Deutung der gegenwärtigen Krise legt nahe, dass wir es mit einer Staatsschuldenkrise zu tun hätten. Das gängige Rezept lautet daher, die öffentlichen Ausgaben, und das sind neben Investitionen und Bildungsausgaben auch Sozialleistungen und Gehälter im öffentlichen Dienst, drastisch abzusenken. Dabei wird zweierlei übersehen. Erstens, eine drastische Absenkung öffentlicher Ausgaben führt zu einer abrupt nachlassenden Binnennachfrage und wirkt daher wachstumsfeindlich. Damit gehen dem Staatswesen Einnahmen, insbesondere Steuereinnahmen, verloren, das Defizit vergrößert sich. In Griechenland hat die Ausgaben-senkungspolitik zu einem Anwachsen der Staatsschulden um 60 Mrd. Euro, bzw. 20 Prozent, geführt. Dabei wird auch gern übersehen, dass Länder wie Irland oder Spanien hinsichtlich ihrer Schuldenquote einst neoliberale „Musterstaaten“ waren. Erst die Finanzkrise hat, ebenso wie in Griechenland, die Staatsschulden derart ansteigen lassen.

Dass durch Ausgaben-senkung die Binnennachfrage gedrosselt wird, sieht die herrschende Doktrin auch, sie empfiehlt daher Maßnahmen zur Steigerung der „Wettbewerbsfähigkeit“. „Wettbewerbsfähigkeit“ ist aber nur ein anderes Wort für billigere Angebote und damit Exportorientierung. Aber nicht alle Volkswirtschaften können hauptsächlich exportieren. Wenn Deutschland als starke Exportnation Leistungsbilanzüberschüsse erzielt, muss es immer auch Importe anderswo geben, die dort bezahlbar sein müssen. An diesem Punkt wird diese Krisendeutung mitsamt dem zugehörigen Therapie-vorschlag inkonsistent.

Will man diese Inkonsistenz beseitigen, muss man auf den Zusammenhang zwischen Leistungsbilanzüberschuss und Verschuldung, aber auch zur Lohnentwicklung, reflektieren. Verschuldung infolge von Leistungsbilanzdefiziten kann als private Massenverschuldung auftreten. Das löste im Übrigen die Finanzkrise zunächst in den USA aus. Oder sie tritt eben als öffentliche Verschuldung auf. Wie aber erzielen Überschussstaaten Leistungsbilanzüberschüsse? Indem sie mehr exportieren als importieren. Dieses Mehr entsteht aber zumindest in Deutschland aufgrund einer Senkung der Lohnstückkosten infolge einer fallenden Reallohnentwicklung sowie einer unsozialen Steuerpolitik.

Das Ungleichgewicht in den Leistungsbilanzen hat eine wesentliche Ursache in Ungleichgewichten der Primärverteilung. An dieser Stelle muss eine Krisenbekämpfungsstrategie ansetzen. Koordiniert werden dürfen in der Eurozone nicht nur die sogenannten „Stabilitätskriterien“ Inflationsrate und öffentliche Verschuldung, sondern auch Besteuerung, Lohnentwicklung und Sozialausgaben.

Die Institutionen der „Euro-Rettung“

Worum es sich handelt

Unter dem Ausdruck „Euro-Rettungsschirm“ versammeln sich mehrere Maßnahmbündel, insbesondere aber die EFSF (Europäische Finanzstabilisierungsfazilität), der als EFSF-Nachfolger konzipierte ESM (Europäischer Stabilisierungsmechanismus) und – als völkerrechtlicher Vertrag – der Fiskalpakt.

Der ESM soll ein Kreditvolumen von 500 Milliarden Euro bereitstellen können. Aufgrund der fortschreitenden Krise wurde aber beschlossen, die bisher vergebenen Kredite durch die EFSF in Höhe von rund 200 Milliarden Euro nicht auf das Kreditvolumen des ESM zu übertragen, d. h. den über den ESM zur Verfügung stehenden Betrag nicht um diese Summe zu reduzieren. Außerdem können in einer Übergangszeit bis Juni 2013 im Notfall auch die noch nicht vergebenen Mittel der EFSF von gut 200 Mrd. Euro zusätzlich vergeben werden.

Finanzieren muss sich der ESM an den Finanzmärkten. Um ein gutes Rating zu bekommen, wird eine Haftungssumme verlangt, die über dem Rahmen des Kreditvolumens liegt, den der ESM bereitstellen will, nämlich 700 Milliarden Euro. Davon sind 80 Milliarden Euro als Direktinzahlung durch die Euroländer aufzubringen, anteilig nach ihrem Kapitalanteil an der EZB. Das belastet natürlich die Staatshaushalte. Für die Bundesrepublik Deutschland wären das 21,7 Milliarden. Die restlichen 620 Milliarden müssen durch Kredite, für die die Eurostaaten haften, bereitgestellt werden. Durch die Verknüpfung mit dem Fiskalpakt werden dramatische Kürzungsprogramme zur Pflicht.

Der Fiskalpakt ist ein völkerrechtlicher zwischenstaatlicher Vertrag, der neben dem Lissabon-Vertrag existiert und zwischen fast allen EU-Mitgliedstaaten vereinbart worden ist. Die Ausnahmen sind Großbritannien und Tschechien. In Kraft tritt dieser Vertrag bereits mit der Ratifizierung durch 12 der insgesamt 17 Euroländer. Damit soll das „Volksabstimmungsrisiko“ ausgebremst werden. Der Vertrag legt die Teilnehmerstaaten auf einen Abbau der Staatsverschuldung fest. Die Zielkriterien sind eine gesamtstaatliche Schuldenquote von 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) als Obergrenze (Deutschland hat derzeit eine Quote von 81,2 Prozent), sowie eine strukturelle Neuverschuldung von 0,5 Prozent des BIP. Die strukturelle Neuverschuldung ist eine volkswirtschaftliche Größe, die dadurch gebildet wird, dass aus der realen Neuverschuldung die konjunkturellen Einflüsse herausgerechnet werden. Dabei ist zu beachten, dass diese Größe nicht nur von den realen Ausgangsdaten abhängig ist, sondern von der gewählten Berechnungsmethode. Schließlich legt der Vertrag eine Schuldenabbauregel fest, die 1/20-Regel. Sobald der Schuldenstand die 60-Prozent-Obergrenze überschreitet, muss die Differenz zur Obergrenze jährlich durchschnittlich um 1/20 der Schuldenquote abgebaut werden.

Wenn ein Vertragsstaat seinen aus dem Vertrag resultierenden Verpflichtungen nicht nachkommt, wird automatisch ein Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet. Der Kommission muss dann die Haushaltsplanung vorgelegt werden, gegen die sie ein Veto einlegen kann. Das Europäische Parlament spielt dabei keine Rolle, es sitzt nicht einmal am „Kartentisch“.



Aber es gab eine Einwendung durch das Bundesverfassungsgericht. Die Bundesregierung war der Auffassung, ihrer Informationspflicht gegenüber dem Bundestag nicht nachkommen zu müssen, da es sich um keine EU-Angelegenheit handele. Das BVerfG teilte der Bundesregierung allerdings mit, dass es die Dinge anders sehe. Das war ein Wink mit dem Zaunpfahl.

Die Verteilung von Lasten und Gewinnen

Staatsverschuldung ist aus anderer Sicht allerdings ein Problem. Sie trägt zur privaten Aneignung des Reichtums, also einer sozial ungerechten Verteilung des Nationaleinkommens bei. Von den 73 Milliarden Euro, die aus dem ersten „Hilfspaket“ an Griechenland ausgezahlt worden sind, flossen seit April 2010 rund 70 Milliarden direkt in die Hände von Banken und anderen privaten Gläubigern. Verschärfend kommt hinzu, dass die Kredite der EU an Kürzungsprogramme geknüpft sind, die die griechische Bevölkerung für ihre angebliche „Rettung“ teuer bezahlen muss. Resultat: Die Jugendarbeitslosigkeit liegt bei über 50 Prozent und die Wirtschaft ist inzwischen um rund 20 Prozent eingebrochen. Ein sinnloses Opfer, denn durch Rezession und gesunkene Steuereinnahmen ist die Verschuldung des griechischen Staates weiter gestiegen und die Rückzahlung der Darlehen nur durch die Aufnahme neuer Kredite überhaupt denkbar.

Die schlechten Zukunftsaussichten der Sozialen Demokratie

Bereits unmittelbar, durch rabiate Kürzungspolitiken, wird Sozialabbau eingeleitet. Hinzu kommt: Durch Inkrafttreten des Fiskalpakts müsste in Deutschland schneller und radikaler in den öffentlichen Haushalten gekürzt werden. Das liegt daran, dass die bisherigen Vorgaben der deutschen Schuldenbremse von den Ländern erst 2020 und vom Bund 2016 hätten eingehalten werden müssen. Diese Übergangsregeln würden durch den Fiskalvertrag wegfallen. Die neue Schuldenbremse gilt gleich. Zweitens enthält die deutsche Schuldenbremse keine 1/20-Regel zum Abbau bestehender Schulden. Deutschland liegt rund 20 Prozentpunkte über dem im Fiskalvertrag festgelegten Richtwert. Das erfordert zusätzliche Kürzungen. Drittens sind die Möglichkeiten, aus konjunkturellen Gründen vom Neuverschuldungsverbot abweichen zu können, im Fiskalpakt deutlich eingeschränkt worden. Viertens umfasst der Fiskalpakt auch die Kommunen. Insgesamt müsste Deutschland bei Inkrafttreten des Fiskalpakts mindestens rund 25 Milliarden Euro pro Jahr zusätzlich einsparen, um den Schuldenabbau erreichen zu können. Das entspricht ungefähr der kompletten Summe, die der Bund jährlich für Hartz IV ausgibt. Natürlich kann die Wirtschaftsleistung wachsen, so dass sich die Summe reduzierte. In Zukunft ist das aber nicht einschätzbar. Ein gewaltiges Risiko bleibt. Niemand aus der Regierung sagt, wie und wo die Einsparung erfolgen soll.

Aber auch grundsätzliche Demokratieerwägungen sind hier einschlägig. Soziale Demokratie bedeutet immer, dass ein demokratisch verfasster Staat auf sich selbst regulierend einwirken kann, um Ziele wie soziale Gerechtigkeit, demokratische Steuerung ökonomischer Prozesse, demokratische Einhegung ökonomischer Machtballungen verfolgen zu können. Mit dem Sozialstaatsprinzip, den Vergesellschaftungsoptionen und dem Demokratieprinzip hat sich die Bundesrepublik im Grundgesetz auf die soziale Demokratie festgelegt.

Durch die Beschränkung, eigentlich Kappung des eigenständigen Haushaltsrechts der Parlamente, beraubt sich die Bundesrepublik eines der zentralen Elemente einer demokratischen und sozialstaatlichen Verfassung. Solche Souveränitätsrechte dürfen nicht übertragen werden. Im Übrigen verbietet das Demokratieprinzip die Übertragung auf Strukturen von geringerem Niveau demokratischer Willensbildung. Das aber ist der Fall. Zu Recht meinte Kurt Beck (SPD) kürzlich noch im Bundesrat, dass man die Rede von einem „Staatsstreich“ sehr ernst nehmen müsse. Jetzt hat er sich dazu entschieden, beim Staatsstreich mitzumachen.

Ein Mosaikstein in der Institutionalisierung der „Euro-Rettung“ ist das sogenannte „Neuner-Gremium“. Aber hier kann man sehr gut zeigen, wie viel Demokratie zulässig ist, damit die Märkte sich nicht gestört fühlen. Es handelt sich um ein Geheimgremium aus neun Mitgliedern des Haushaltsausschusses, das über Ankäufe an Sekundärmärkten befinden darf, wenn diese dringend geboten sind. Ursprünglich sollte es noch mit einigen Kompetenzen mehr ausgestattet sein, nämlich so ziemlich alles beschließen, was im Zuge der Euro-Rettung Aufgabe eigentlich des Bundestages wäre. Man muss sich die Dimension klar machen. Deutschland hat einen Haftungsanteil an der EFSF und dem ESM, das die Größe eines Bundeshaushalts übersteigt. Der sollte in den Händen von neun Leutchen liegen. Es ist klar, dass das Bundesverfassungsgericht dieser parlamentarischen Selbstentmachtung seinen uneingeschränkten Segen verweigern musste. Zwar hat es das Gremium nicht völlig gekippt, aber deutlich eingeschränkt. Die Bundesregierung hat es nun amtlich, dass sie Konflikte mit der Verfassung sucht.

Alternativen

Alternativen gibt es immer. Wichtig ist, dass die Staatsfinanzierung von den Finanzmärkten abgekoppelt werden muss. Der Umweg der Staatsfinanzierung muss beseitigt werden. Private Banken finanzieren sich bei der EZB zu einem niedrigen Leitzins, um dann zu hohen „Risiko“-Zinsen Staatsanleihen zu erwerben – sie holen sich also Geld von Staaten, um es deutlich teurer den Staaten wieder zur Verfügung zu stellen. DIE LINKE hat dazu die Einrichtung einer öffentlichen Bank vorgeschlagen, die sich Geld bei der EZB leiht, um es in bestimmten Situationen an Staaten weiter zu verleihen. So verlieren Ratingagenturen und Finanzmärkte ihr Erpressungspotenzial und es kann ein Schuldenschnitt vorgenommen werden, ohne die Folgen eines negativen Ratings fürchten zu müssen. Eventuell führen dann Abschreibungen im Bankensystem zu einem Rekapitalisierungsbedarf. Dann ist aber die Vergesellschaftungsoption von privaten Großbanken – wie in Schweden vollzogen – ernsthaft zu diskutieren.

Wenn ein kleines oder mittleres Unternehmen in ernste Schwierigkeiten gerät, lässt man es ungerührt pleitegehen. Großbanken und Konzerne können sich gegenwärtig darauf verlassen, dass ihnen von staatlicher Seite selbst im Zeitalter des Neoliberalismus geholfen wird. Hier ist eine Sozialisierungsreife erreicht. Natürlich verursacht so etwas auch Kosten. Aber die würde es ohnehin geben. Nur bekommt man dann auch Gewinne, Profite. Deshalb ist die Frage der Vergesellschaftung hier aktuell.

Doch zurück zur Abkoppelung der Staatsfinanzierung von den Finanzmärkten. Sie kann die Zinslast der Altschulden verringern. Damit kann eine niedrigere Neuverschuldung auch ohne sozial- und wirtschaftsfeindliche Kürzungspro-

gramme umgesetzt werden. Auf jeden Fall muss der Finanzsektor wieder stark reguliert werden, damit das Risiko erneuter Finanzkrisen minimiert wird.

Das Ziel solide finanzierter öffentlicher Haushalte lässt sich nicht mit sozial- und wachstumsfeindlichen Haushaltskürzungen erreichen, sondern nur unter Einbeziehung des exorbitant gewachsenen Reichtums, der sich immer mehr in wenigen Händen konzentriert. Die Millionäre, obwohl sie nur rund ein Prozent der Bevölkerung ausmachen, haben inzwischen die Hälfte des gesamten Geldvermögens bei sich angehäuft. Das ist ein riesiges soziales, wirtschaftliches und demokratisches Problem. Das Geldvermögen der privaten Haushalte in Deutschland beläuft sich auf rund 4,7 Billionen Euro. Die gesamten Staatsschulden addieren sich auf zwei Billionen. Durch eine jährliche Besteuerung von Vermögen ab einer Million, eine weitere sozial gerechte Steuerreform und eine einmalige Vermögensabgabe ließen sich die öffentlichen Schulden ohne Haushalts- und Sozialkürzungen abbauen und darüber hinaus eine sozialere und ökologischere Zukunft gestalten.

Die Notbremse

DIE LINKE klagt gegen den Fiskalpakt und den ESM-Vertrag. Die politischen Gründe liegen darin, dass die wirtschaftspolitische Offenheit des Grundgesetzes beseitigt wird, indem eine europäische Schuldenbremse eingeführt wird, die auch durch verfassungsändernde Mehrheiten nicht mehr aufgehoben werden kann, und dass eines der zentralen demokratischen Rechte, das Haushaltsrecht des Bundestages, deutlich eingeschränkt wird. Selbst Urteile des Bundesverfassungsgerichts könnten nur dann noch nationales Recht mit prägen, wenn das durch die Kommission genehmigt wird. Das ist die letzte Möglichkeit, diese Entwicklung noch zu stoppen.

Wessen Demokratie?

Was bedeutet „Demokratie“?

Rein sprachlich wird hier nach einer Eigentümerin bzw. einem Eigentümer der Demokratie gefragt. Hat die Demokratie wirklich Eigentümerinnen und Eigentümer oder fallen wir hier nur auf eine sprachliche Täuschung herein? Das Irritierende ist, dass die Frage nach Eigentümerinnen und Eigentümern der Demokratie kein Thema der Sprachphilosophie ist, sondern uns längst schon praktisch bedrängt.

In der Antike bis in die frühe Neuzeit wurde die Demokratie als die Herrschaft der Vielen definiert. Das bedeutete nicht die Herrschaft aller oder wenigstens der Mehrheit (Skaven, Frauen, Zugewanderte galten nicht als Bürgerinnen und Bürger der Athener Polis). Es geschah aber in Abgrenzung zur Aristokratie (Herrschaft der Wenigen) und natürlich in Abgrenzung zur Monarchie (Herrschaft eines Einzigen), wobei es hier Misch- und Verfallsformen geben kann. Interessant ist, wenn wir schon auf die Antike zu sprechen kommen, eine Bestimmung des Thukydides, des ersten wirklichen Historikers:

„Die Verfassung, die wir haben ... heißt Demokratie, weil der Staat nicht auf wenige Bürger, sondern auf die Mehrheit ausgerichtet ist.“

Diese Bestimmung wird dem Athener Strategen Perikles in den Mund gelegt. Interessant ist hier das Wort Verfassung und Mehrheit der Bürger – nicht der Menschen. Es geht um

die Organisation der politischen Willensbildung. Dieses Motiv hat sich bis heute erhalten, findet aber wichtige Ergänzungen. War in der mittelalterlichen Theologie Gott der Souverän, die weltlichen Herrscher allenfalls so etwas wie Platzhalter des Gottgewollten, so erhält Souveränität durch den Prozess der Säkularisierung eine zwar säkulare, aber doch noch eigentümlich metaphysische Bedeutung. Es ist ausgerechnet der Reaktionär Carl Schmitt, der das bemerkt hat. Souveränität ist die außer- und vorrechtliche Fähigkeit eines wie auch immer strukturierten Gemeinwesens, Recht hervorzubringen. In der Spätaufklärung nimmt der Souveränitätsbegriff endlich die Gestalt der Volkssouveränität an. Wichtig dabei ist, dass „Gewaltenteilung“ zwar die Machtverteilung innerhalb eines institutionell gegliederten Gemeinwesens betrifft, nicht aber die Willensbildung durch das Volk beeinträchtigen darf. Nehmen wir als Beispiel die Bundesangelegenheiten. Die Bundesregierung (Exekutive) kann zwar Vorlagen erstellen, aber keine Gesetze beschließen. Die Exekutive soll lediglich den Willen des Gesetzgebers vollziehen und letzterer kontrolliert die Regierung beim Vollzug. Für den Vollzug ist natürlich auch Macht erforderlich, aber auch für die Bindung der Exekutive an Gesetze ist Macht erforderlich. Macht wird institutionell verteilt. Im Konfliktfall kann eine dritte Macht – die Justiz – entscheiden.

Kämpfe um die Demokratie

Die Geschichte der parlamentarischen Regierungsformen war immer auch ein Kampf um die Eroberung von Souveränitätsrechten. Es gibt also auch „Gewaltenteilungen“, die auf Kosten ungeteilter Souveränität gehen. Eine Dimension dieses Kampfs war immer die Frage der Öffentlichkeit. Die Herstellung der Öffentlichkeit ermöglicht erst die Rückbindung gewählter Gremien wie Parlamente an den eigentlichen Souverän. Dann finden wir eine Auseinandersetzung darum, welche Politikbereiche Angelegenheit der Regierung bzw. des Parlaments sind. Als Marx die Parlamente noch mit Debattierclubs vergleichen konnte, bezog er sich auf eine Zeit, in der sie kaum mehr als das waren. Ihre Umwandlung in – wie Marx es nannte – „arbeitende Körperschaften“ ist inzwischen weit voran gekommen. Wie gesagt, ganz so begrenzt wie zu Marx' Zeiten sind die Parlamentsbefugnisse heute nicht mehr. Lediglich Außen- und Sicherheitspolitik bilden institutionell noch Sonderfälle. Aber auch hier – ich erinnere an das Parlamentsbeteiligungsgesetz beim Einsatz der Bundeswehr – gibt es demokratische Fortschritte.

Gleichwohl gibt es auch einen rückläufigen Prozess. Die Regierungen versuchen sich, wo es nur geht, der Kontrolle zu entziehen und Fakten zu schaffen. Dazu stehen ihnen natürlich eine Reihe von Mitteln zur Verfügung. Immer wieder das Mittel: Schutz von schutzwürdigen Geheimnissen. Dieses Mittel kommt gern in Untersuchungsausschüssen zum Einsatz, aber auch generell zur Abwehr des Fragerechts. Dann gibt es das immer wieder bewährte Mittel des Sich-dumm-Stellens, das Verstecken hinter der institutionellen Gliederung des Staates und ähnliche Spielchen. Schließlich findet sich im Arsenal der Regierungen das Ausreizen der Verfahrensordnungen. Wenn Vorlagen von erheblichem Textvolumen fünf Minuten vor Toresschluss die Abgeordneten erreichen, kann getrost davon ausgegangen werden, dass sie nicht wissen können, worüber sie beraten und abstimmen. Eine besondere Rolle bei der Abwehr demokratischer Einflussnahme spielen aber die Geheimgremien.



Eigentlich sind Geheimgremien (der Verteidigungsausschuss, das Parlamentarische Kontrollgremium für die Geheimdienste) zu dem Zweck eingerichtet worden, um die parlamentarische Befassung trotz Geheimhaltungserfordernissen zu ermöglichen. Man kann darüber streiten, ob Geheimdienste oder Armeen – so wie heute aufgestellt – erforderlich sind, aber wenn es sie gibt, müssen sie natürlich kontrolliert werden – unter Wahrung des Geheimnisschutzes. Wenn man Einrichtungen wie Geheimdienste akzeptiert, dann aber Geheimhaltungsimperative nicht akzeptieren mag, bewegt man sich in einem soliden Widerspruch. Dann sollte man lieber für die Auflösung von Geheimdiensten eintreten. Aber trotz NSU-Skandalen und ähnlichen Dingen: Hier liegt nicht das Hauptproblem. Das Hauptproblem liegt in der Ausweitung der Geheimgremien als Form des parlamentarischen Demokratieabbaus. Konkreter kann man sagen, dass beim neoliberalen Staatsumbau Geheimgremien eine besondere Rolle spielen. Wie das geht, kann man bei der Finanzkrise 2008/2009 studieren.

Neoliberaler Staat und Geheimgremien

„Das Gremium tagt geheim“, so heißt es bündig in §10 des „Finanzmarktstabilisierungsgesetzes“. Dieses Gesetz sollte den Rechtsrahmen für die Bankenrettung während der Finanzkrise schaffen. Das geheime Parlamentarier-Gremium soll dem „Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung“ (SoFFin) parlamentarischen Begleitschutz geben, jenem Fonds, aus dem für 480 Milliarden Euro Bürgschaften, Kredite und Direkthilfen an Banken und Hedgefonds vergeben werden können, für die die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler haften. Das Gremium besteht aus neun Abgeordneten, sechs von der Koalition, einer von jeder Oppositionspartei.

Neun Köpfe für Risiken von 480 Milliarden Euro? Entscheidet dieses Geheimgremium wenigstens über die Mittel und ist verantwortlich zu machen? Mitnichten. Die Neun dürfen Fragen stellen, mit den Antworten aber nichts anfangen, nicht in die Vergabepraxis eingreifen oder mitbestimmen. Auf die Geheimhaltungspflicht folgte prompt die Entmachtung. In diesem Fall die Selbstentmachtung des Bundestages, denn das Gesetz wurde mit Koalitions-Mehrheit so beschlossen. Über eine Summe im doppelten Umfang des Bundeshaushaltes will die parlamentarische Mehrheit nicht mitentscheiden. Die Entscheidungsgewalt überträgt es der „Finanzmarktstabilisierungsanstalt“ bei der Deutschen Bundesbank und einem ministerialen „Lenkungsausschuss“ unter Fach- und Rechtsaufsicht des Bundesfinanzministeriums, in dem Kanzleramt, Wirtschafts-, Finanz- und Justizministerium mit Staatssekretären bzw. Abteilungsleitern vertreten sind.

Faktisch hat die neoliberale politische Elite den Staat übernommen, um in Not geratenen Angehörigen der neoliberalen wirtschaftlichen Eliten aus der Krise helfen zu können. Die angebliche „Systemrelevanz“ führt nicht nur zur Rettung maroder Hedgefonds und Banken, sondern auch zur Aushebelung elementarer demokratischer Parlamentsrechte. Die Bundesregierung muss sich gesagt haben, dass man auf Bewährtes gern zurückgreift, als sie sich das Neuner-Gremium ausdachte. Genau genommen ist das Vertraulichkeitsargument, das der Einrichtung von Sondergremien zugrunde liegt, nicht stichhaltig. Der Bundestag kann jederzeit in geschlossener Sitzung tagen. Umgekehrt kann niemand ausschließen, dass auch im Neuner-Gremium Plaudertaschen

sitzen. Die Grundfrage lautet hier: Was ist wichtiger? Die Demokratie oder die Märkte?

Es findet ein Prozess statt, bei dem die europäische Integration nationalstaatlich verfasste demokratische Institutionen untergräbt, ohne dass ihnen auf europäischer Ebene demokratische Äquivalente nachwachsen würden. Wir haben es tatsächlich mit einem Demokratieabbau zu tun, der damit begründet wird, dass die herrschende Politik meint, Märkte „beruhigen“ zu müssen.

Das ist der Tausch Demokratie gegen Markt. Aber wie gesagt, das Bundesverfassungsgericht hat hier weitgehend korrigiert.

Es gibt nur eine denkbare fortschrittliche Perspektive: Das europäische Integrationsniveau, das sich gerade bildet, erfordert eine Verfassung. Diskutieren wir über eine demokratische Verfassung in Europa, die diesen Namen verdient.

Occupy

Es gibt immer wieder Dinge, die mich überraschen. Proteste und Protestformen an Orten, mit denen ich so nicht gerechnet habe.

Dazu gehörten die Zeltstadt auf dem Tahrir-Platz in Kairo, aber auch eine ähnliche Bewegung in Tel-Aviv gegen unsoziale Entwicklungen. Inspiriert durch die Tahrir-Proteste bildeten sich in New York Protestcamps und griffen schnell auf andere Städte – auch in Europa – über.

Merkmale:

- Es gibt keine feste Programmatik;
- Es gibt eine spontane und dezentrale Organisation;
- Es herrscht eher ein Gefühl der Ohnmacht gegenüber der demokratischen Staatlichkeit und der anonymen Macht der Finanzmärkte;
- Kritisch wahrgenommen werden gravierende soziale Ungleichheiten: „Wir sind 99 Prozent“;
- Es erfolgt Kapitalismuskritik im Namen der Demokratie;
- Die Beteiligten kommen vor allem aus den Mittelschichten, das Durchschnittsalter ist jung;
- Die Unterstützer sind kritische Ökonomen wie Krugman und Stiglitz, linke Promi-Intellektuelle wie Chomsky, Judith Butler, Slavoj Žižek;
- Es gibt Berührungen mit Gewerkschaften.

Andere Protestformen, die nichts oder nur wenig mit Occupy zu tun haben, gibt es auch:

- Griechenland: Hier sind es Proteste gegen Massenverarmung und Bevormundung durch die „Troika“;
- Londoner „Riots“: Hier handelte es sich um gewalttätige Entladungen aufgestauter Aggressionen dauerhaft ausgegrenzter gegen eine Ordnung, die nicht einmal als „Ordnung“, die geändert werden könnte, wahrgenommen wird.

Also müssen wir alle uns kümmern:

- a) um europäische, einschließlich verfassungsrechtliche Strukturen;
- b) um neue deutsche verfassungsrechtliche Strukturen und
- c) um eine wachsende sozial-ökologische Demokratie als Voraussetzung für Freiheit.



„Wenn dieser nach unserer Auffassung falsche Weg gestoppt wird, bauen sich Gefahren für den Euro sogar ab“

Einlassung von Gregor Gysi am 10. Juli 2012 in der mündlichen Verhandlung des Zweiten Senats des Bundesverfassungsgerichts über mehrere Anträge auf Erlass einer einstweiligen Anordnung nach §32 BVerfGG.

Die Anträge sind darauf gerichtet, dem Bundespräsidenten bis zur Entscheidung über die jeweilige Hauptsache zu untersagen, die von Bundestag und Bundesrat am 29. Juni 2012 als Maßnahmen zur Bewältigung der Staatsschuldenkrise im Euro-Währungsgebiet beschlossenen Gesetze zu unterzeichnen und auszufertigen.

Aus: <http://linksfraktion.de/reden/>

Herr Präsident, Hoher Senat,

bisher musste das Bundesverfassungsgericht noch nie durch eine einstweilige Anordnung dem Bundespräsidenten untersagen, die Unterschrift unter Gesetze zu setzen, um deren Inkrafttreten zu verhindern. Es gab immer eine Verständigung zwischen beiden Bundesorganen, dass der Bundespräsident bis zur Entscheidung im Hauptsacheverfahren mit seiner Unterschrift wartete. Offenkundig steht der Bundespräsident diesmal zu sehr unter Druck der Bundesregierung und leistete ohne eine einstweilige Anordnung durch Sie vor Abschluss des Hauptsacheverfahrens die Unterschrift. Damit stehen aber auch Sie, meine Damen und Herren Richter des Bundesverfassungsgerichts, nicht nur vor einer neuen, nicht nur vor einer erstmaligen, sondern auch vor einer schwierigen Entscheidung.

Noch schwieriger wird aber die Entscheidung im Hauptsacheverfahren. Wenn Sie unsere Organklage und bzw. oder die Verfassungsbeschwerde vollständig oder zumindest teilweise für begründet halten sollten, genügte es nicht, dass Sie in Begleitgesetze eingriffen. Sie müssten die Ratifizierung beider Verträge untersagen, wenn Sie diese für verfassungswidrig hielten. Auch das wäre völlig neu, erstmalig und eben noch schwieriger, denn bisher hat das Bundesverfassungsgericht keinen völkerrechtlichen Vertrag und kein vereinbartes EU-Recht für grundgesetzwidrig erklärt.

Des Öfteren mögen Ihnen Leute gegenüber sitzen, die heimlich davon träumen, auch mal Bundesverfassungsrichterin oder Bundesverfassungsrichter zu werden, um die eine oder andere Entscheidung mit bewirken zu können. Ich bin aber ziemlich sicher, diesmal beneidet Sie niemand, denn jede und jeder ahnt, vor welcher schwierigen Aufgabe Sie stehen.

Die Regierung argumentiert, dass ohne unverzügliche Ratifizierung des Fiskalpaktes und des dauerhaften Rettungsschirmvertrages – also des ESM-Vertrages – der Euro gefährdet sei und außerdem ihr politischer Spielraum innerhalb der Europäischen Union erheblich eingeschränkt wäre. Ich halte beide Argumente nicht für stichhaltig. Für Zypern, Griechenland und Spanien verfügt der ESFS, d. h. der Vorläufer des ESM, über genügend finanzielle Mittel. Sollte ein Antrag von Italien hinzu kommen, wäre höchstwahrscheinlich nicht nur

der ESFS, sondern auch der ESM überfordert. Außerdem wird der Euro nach unserer Auffassung dadurch gefährdet, dass in allen betroffenen Ländern unter Strukturveränderungen überwiegend die Kürzung von Investitionen, Löhnen und Renten sowie von Sozialleistungen durchgesetzt wird. Das bedeutet nicht nur Sozialabbau, sondern dadurch sinkt in diesen Ländern auch die Wirtschaftsleistung, gehen die Steuereinnahmen zurück, so dass eine Rückzahlung von Darlehen durch die Regierungen kaum möglich erscheint und die Einschätzung der Zahlungsfähigkeit der Länder durch Ratingagenturen immer negativer wird.

Wenn dieser nach unserer Auffassung falsche Weg gestoppt wird, bauen sich Gefahren für den Euro sogar ab. Und hinsichtlich des Spielraums der Bundesregierung sehen wir die Angelegenheit auch umgekehrt. Unseres Erachtens hat das Bundesverfassungsgericht schon in seinem Urteil zum Lissabon-Vertrag zum Ausdruck gebracht, dass die rote Halteinie des Grundgesetzes erreicht ist und beim nächsten Schritt zur Bildung einer europäischen Föderation überschritten wird. Trotzdem sind die Regierung, der Bundestag und der Bundesrat mit diesen beiden Verträgen die nächsten Schritte über eine Schulden- und Fiskalunion gegangen. Wenn Sie als Bundesverfassungsgericht keine einstweilige Anordnung erließen und in Ihrer Entscheidung nach dem Hauptsacheverfahren noch deutlicher erklärten, dass beim nächsten Schritt zur Bildung einer europäischen Föderationsstruktur die Grundgesetzwidrigkeit gegeben sei, erhöhte dies doch nicht den Spielraum der Bundesregierung. Im Gegenteil. Was sollte die Regierung noch an neuen Schritten verhandeln, wenn sie davon ausgehen müsste, dass jeder weitere Schritt sie in die Grundgesetzwidrigkeit führte.

Wie nicht selten haben der Bundestag, der Bundesrat und die Bundesregierung Zeit verstreichen lassen und Ihnen eine politische Entscheidung aufgebürdet. Sollten Sie nach dem Hauptsacheverfahren sogar ein Urteil dahingehend fällen, dass das 1949 verabschiedete Grundgesetz nicht für eine europäische Föderation geschrieben wurde und deshalb nicht länger über Hintertüren, Schritt für Schritt eine solche Föderation geschaffen werden darf, sondern gemäß Art. 146 des Grundgesetzes eine neue Verfassung geschrieben werden muss, die durch Volksentscheid zu bestätigen ist, eröffneten Sie breite Möglichkeiten für den Bundestag, den Bundesrat, die Bundesregierung und vor allem die Bevölkerung unseres Landes. Natürlich sollte eine neue Verfassung zu etwa 90 Prozent Regelungen des Grundgesetzes übernehmen, wenn man insbesondere an die Art. 1, 14, 15 und vom Kern her auch 20 des Grundgesetzes denkt. Unseres Erachtens müssten aber noch wichtige soziale Grundrechte hinzukommen und vor allem wäre eben zu klären, welche europäischen Strukturen als möglich, als zulässig geregelt werden sollen.

Politisch geht es uns darum, den Sozialabbau und die Gefährdung der Demokratie in Europa zu stoppen. Wir wollen die Rechte des Bundestages, des Bundesverfassungsgerichts, der Bundesländer, der Kommunen und unseres Volkes schützen. Und Sie haben zu entscheiden, ob Sie Ihr Urteil am Ende des Hauptsacheverfahren offen lassen oder nicht. Es widerspricht eigentlich der Natur eines Gerichts, sich vorfristig hinsichtlich seiner Hauptsacheentscheidung zu binden und auch deshalb sollten Sie unserem Antrag entsprechen, eine einstweilige Anordnung zur Unterbindung der Unterschriften des Bundespräsidenten unter die vom Bun-



destag und Bundesrat beschlossenen Gesetze zu den genannten Verträgen zu erlassen.

Lieber Bankenpleite als sozialer Crash

Interview mit Sahra Wagenknecht;
aus: Neues Deutschland, 2. August 2012

Sahra Wagenknecht ist Vizevorsitzende der Partei Die LINKE. Die einstige Sprecherin der Kommunistischen Plattform gilt vielen in ihrer Partei als Anwärtlerin für eine Spitzenkandidatur zur Bundestagswahl im nächsten Jahr. Für das Gros der Medien wurde Wagenknecht von der einst als unversöhnlich empfundenen Klassenkämpferin zur umworbenen Gesprächspartnerin in Talkshows und Interviews über die Wirtschafts- und Finanzkrise. Mit ihrem jüngsten Buch „Freiheit statt Kapitalismus“ rief sie die Verwunderung der Öffentlichkeit hervor, weil sie sich darin unter anderem auf das Prinzip der sozialen Marktwirtschaft und überdies auf den früheren Bundeskanzler Ludwig Erhard beruft. Uwe Kalbe sprach mit ihr.

● Wie intensiv sind eigentlich derzeit Ihre Kontakte mit der Kommunistischen Plattform?

Ich habe nach wie vor zu vielen Genossen freundschaftliche Kontakte, ich weiß nicht, warum sich daran etwas ändern sollte.

● Sie raten Ihrer Partei, sich gegenüber richtigen Ansätzen anderer politischer Konzepte zu öffnen. Das könnte ja zur einen oder anderen Nachfrage führen.

Das tut unsere Partei doch längst. Es sollte jeden Linken auszeichnen, über den eigenen Tellerrand zu schauen. Wenn jemand von einer ganz anderen politischen Position aus zu ähnlichen Schlüssen kommt, also etwa die fortgesetzte Überwälzung von Bankverlusten auf den Steuerzahler kritisiert, dann ist das doch gut. In Karlsruhe klagen wir ebenso gegen den ESM wie etwa der CSU-Politiker Peter Gauweiler. Bei allen politischen Differenzen sind alle Kläger der Meinung, dass ESM und Fiskalpakt das Grundgesetz aushebeln.

● Sie haben Vorschläge zur Bekämpfung der Krise gemacht, die im „Spiegel“ als „erzliberal“ bezeichnet wurden. Finden Sie richtige Ansätze tatsächlich auch bei der FDP?

Was hat die FDP noch mit dem klassischen Liberalismus zu tun? Gewinne zu privatisieren und Verluste zu sozialisieren ist alles, aber nicht liberal. Ich bin für einen Schuldenschnitt in der Eurozone. Schulden, die nur auf Bankenspekulation und Bankenrettung zurückgehen, sollten von den Staaten nicht mehr bedient, sondern gestrichen werden. Das würde nebenbei auch zu einer Schrumpfung des übermäßig aufgeblähten Finanzsektors beitragen.

● Das könnte wohl tatsächlich auch die FDP noch mittragen.

Die FDP hat bisher allen Bankenrettungsprogrammen zugestimmt. Aus der Wirtschaft raushalten soll der Staat sich offenbar nur dort, wo Gewinne zu verteilen sind. Aber was verpflichtet die europäischen Steuerzahler, die Aktionäre und Gläubiger spanischer Banken, die sich eine goldene Nase an der Immobilienblase verdient haben, vor Verlusten zu schützen? Muss der Staat Banken immer wieder retten, die

sich verspekuliert haben? Das muss er nicht. Hätte die FDP noch etwas mit liberalen Traditionen am Hut, müsste sie das ähnlich sehen. Aber der Neoliberalismus heute ist ein ganz anderes Konzept.

● Ist es nicht klassischer Liberalismus zu sagen, der Markt solle über die Lebensfähigkeit auch von Banken entscheiden, nicht politische Institutionen?

Wenn man den Markt seit 2008 hätte entscheiden lassen, gäbe es heute weltweit keine solvente Großbank mehr, auch die Deutsche Bank wäre bankrott. Damit wären allerdings auch die Einlagen der Kleinsparer entwertet worden und in vielen Ländern gäbe es eine akute Kreditklemme. Das zeigt aber doch nur, dass Finanzen ein öffentliches Gut sind, das eben nicht auf einen Markt und in die Hände privater Renditejäger gehört. Die elementaren Bankfunktionen, das Einlage- und Kreditgeschäft und die Abwicklung des Zahlungsverkehrs, müssen öffentlich kontrolliert und abgesichert werden. Die Privatbanken haben sich längst in riesige Wettbuden verwandelt, die die wichtigsten Aufgaben einer Bank nur noch am Rande wahrnehmen. Für Wettbuden sollte der Staat nicht haften.

● Sie wollen einen EU-weiten Schuldenschnitt und damit die Banken pleite gehen lassen. Bringen Sie mit solchen Ideen nicht auch viele in den eigenen Reihen durcheinander?

Es geht darum, die Hauptursache der Finanzkrise zu beseitigen, den deregulierten Finanzsektor. Wir brauchen eine grundsätzliche Neuordnung des Bankensystems. Der Staat sollte für die Aufgaben eintreten, die für die Volkswirtschaft wichtig sind. Wenn Hedge Fonds und Investmentbanken vom Markt verschwinden, kann das nur gut sein. Niemand braucht ihre Derivategeschäfte, ihre Währungsspekulation oder ihr Hochtreiben von Lebensmittelpreisen durch aberwitzige Zockerei. Für niemanden wäre deren Insolvenz von Nachteil, außer für diejenigen, die durch solche Geschäfte immer reicher werden.

● Auch eine organisierte Pleite von Banken würde teuer – die Einlagen müssten gesichert werden. Wo soll das Geld herkommen?

Die Einlagen sind bei Großbanken der kleinste Teil der Verbindlichkeiten. Der größere Teil sind Anleihen, die die Banken am Markt platziert haben und die von anderen Finanzinstituten und Fonds gehalten werden. Das Problem aller bisherigen Bankenrettungen war nicht die Sicherung der Einlagen. Die ist bis zu einer gewissen Höhe auf jeden Fall notwendig. Das Problem war, dass der Staat auch für die Schulden aus Bankanleihen und selbst aus Derivaten eingesprungen ist. Konkret: Bei der Hypo Real Estate gab es plausible Gründe, das Pfandbriefgeschäft abzusichern, aber es gab überhaupt keinen Grund, ungesicherte Anleihen der HRE, wie sie beispielsweise von der Deutschen Bank gehalten wurden, mit Steuergeld auszusahlen.

● Auch SPD-Chef Sigmar Gabriel will das Kundengeschäft der Banken und das Investmentbanking trennen. Klingt doch vernünftig.

Gabriel hat gut von uns abgeschrieben. Nur ist das leider für die reale Politik der SPD ohne jede Relevanz. Seit Jahren stimmt sie im Bundestag gegen alle unsere Vorschläge zur Regulierung der Banken. Noch nicht mal für eine Limitierung der Dispozinsen konnte sie sich erwärmen. Wir werden die Nagelprobe machen und Gabriels Vorschläge zur Abstimmung stellen.



● **Am Kapitalismus allerdings würden Ihre Forderungen, selbst wenn Gabriel sie plötzlich unterstützen würde, nichts ändern. Sind Sie bescheiden geworden?**

Ich will den Kapitalismus überwinden. Aber es wäre ja schon ein Fortschritt, wenn es gelänge, den völlig verrückten Finanzsektor neu zu organisieren. Für die Überwindung des Kapitalismus müssen die Eigentumsverhältnisse in der gesamten Wirtschaft verändert werden. Ein öffentlicher Finanzsektor wäre ein erster Schritt in eine weniger renditegesteuerte Wirtschaftsordnung.

● **Die Vergesellschaftung der Schulden bei gleichzeitiger Privatisierung der Gewinne ist immer wieder ein Kritikpunkt der LINKEN – stört Seehofer und Lindner nicht zumindest auch die Vergesellschaftung der Schulden, wenn sie sich gegen immer weiter wachsende Bürgschaften Deutschlands wehren?**

Erstens haben beide immer alle Entscheidungen über Bürgschaften mitgetragen. Und zweitens wird von der CSU und der FDP in der Regel nicht die Bankenrettung kritisiert, sondern werden Ressentiments gegen vermeintlich faule Südländer geschürt, die angeblich nicht haushalten können.

● **Zwischen der CSU und der Eurogruppe ist es zum Streit gekommen – es geht um die Frage, ob die Europäische Zentralbank Staatsanleihen aufkaufen soll, um die Zinsen für die betroffenen Länder zu senken. EZB-Chef Mario Draghi wird wegen entsprechender Andeutungen kritisiert. Was ist die Haltung der LINKEN?**

Wir wollen, dass die Staaten unabhängig von der Zinstreiberei der Finanzmärkte und den Launen der Ratingagenturen werden. Dafür bedarf es einer direkten Kreditvergabe der EZB an die Staaten, und zwar zum aktuellen Zinssatz von 0,75 Prozent. Draghi will Anleihen nur auf dem Sekundärmarkt kaufen, also bei den Banken. Das würde die Zinsen der Staaten nur wenig und auch nur vorübergehend senken. Die Abhängigkeit der Staaten von den Finanzmärkten bliebe bestehen. EZB-Direktkredite würden die Lage für Spanien und Italien sofort entspannen. Bei den Banken zahlen diese Länder derzeit sieben und mehr Prozent Zinsen.

● **Für FDP-Chef Rösler hat ein Austritt Griechenlands aus der Eurozone seinen Schrecken verloren. Für Sie auch?**

Teile der Bundesregierung arbeiten ja schon geraume Zeit darauf hin, Griechenland aus der Eurozone zu drängen. Ich halte das für verantwortungslos. Weil auch über Devisenkurse heute auf spekulativen Märkten entschieden wird, würde es keine moderate Abwertung der neuen griechischen Währung geben, sondern eine völlige Entwertung. Hyperinflation wäre die Folge, und das in einem extrem importabhängigen Land. Die Leute könnten sich elementare Güter nicht mehr leisten. Unglaubliche Armut wäre die Konsequenz. Und für den Euro wäre nichts gelöst, denn die Finanzspekulation würde sich nach dem Austritt eines Landes sofort das nächste Opfer suchen.

● **Wie viel Regulierung wäre nötig, um Griechenland einen zumutbaren Austritt zu ermöglichen?**

Man müsste Kapitalverkehrskontrollen einführen, Wechselkursstabilisierung betreiben – das würde einen völlig anderen Finanzmarkt voraussetzen. Wenn man soweit ginge, könnte man Griechenland auch im Euro halten. Rösler hat entweder keine Ahnung oder nimmt die Verarmung eines ganzen Landes billigend in Kauf.

● **Steht die Eurozone vor ihrem Ende?**

Wenn der gegenwärtige Kurs weiterverfolgt wird, sehe ich schwarz. Weiter Banken zu retten, Schulden zu sozialisieren und zugleich immer mehr Länder durch radikale Austeritätsprogramme in die Krise zu treiben, was ja ihre Fähigkeit zum Schuldendienst weiter schmälert – das kann nur im Crash enden.

● **Wenn das Bundesverfassungsgericht Fiskalpakt und ESM bestätigen sollte, wäre die Debatte damit erledigt?**

Nein. Selbst wenn das Gericht den Fiskalpakt und den ESM für grundgesetzkonform halten sollte, würde sich nichts daran ändern, dass diese Verträge Demokratie und Sozialstaat zerstören. Wir müssen auch dann weiter dagegen kämpfen.

● **Katja Kipping hat eine demokratische Kontrolle der Deutschen Bundesbank verlangt. Was wäre der konkrete Nutzen?**

Das wäre ebenso sinnvoll wie die demokratische Kontrolle der EZB. Die Notenbank in den USA ist nicht nur auf die Inflationsvermeidung verpflichtet, sondern auch auf Wachstum und Beschäftigung. Im Unterschied zur Fed ist die EZB eine öffentliche Institution, trotzdem agiert sie selbstherrlich und unterliegt keiner parlamentarischen Kontrolle.

● **Bisher sind die Folgen der Krise in Deutschland noch nicht greifbar. Wird sich das demnächst ändern?**

Die Exporte gehen zurück, die Wachstumsaussichten werden schlechter, erste Unternehmen melden Probleme an. Es ist völlig klar, wenn Europa in die Krise taumelt, bleibt das exportabhängige Deutschland nicht ungeschoren. Der einzige Ausweg wäre, Nachfrage auf dem Binnenmarkt zu schaffen, durch höhere Löhne, Renten und Sozialleistungen. Aber davon ist die Bundesregierung ja ebenso weit entfernt wie von einer vernünftigen Europapolitik. Hinzu kommen die Unwägbarkeiten der Rettungsschirme. Noch haften wir nur. Aber wenn auch nur ein Teil der riesigen Haftungssummen fällig wird – das wäre etwa mit einem Ausscheiden Griechenlands aus dem Euro der Fall – dann wird es richtig teuer. Dann wird es weitere soziale Kürzungsprogramme auch in Deutschland geben.

● **Insbesondere der sozialistische Präsident Frankreichs, aber auch Vertreter anderer Regierungen in der EU möchten – gegen den Widerstand der Bundesregierung – den Euro-Rettungsfonds ESM mit einer Banklizenz versehen, damit dieser zinsgünstig und unbegrenzt Geld bei der Europäischen Zentralbank (EZB) aufnehmen könnte. Damit könnten die Steuerzahler aus der Haftung genommen werden. Was halten Sie von dem Vorschlag?**

Eine Banklizenz für den ESM ist sinnvoll, wenn sie mit einem Schuldenschnitt für die Staaten und der Neuordnung des Finanzsektors verbunden wird. Wenn dagegen – und darauf läuft der aktuelle Vorschlag hinaus – der ESM unbegrenzte Mittel bei der EZB aufnehmen soll, um sämtliche Alt-schulden der Staaten mit Zentralbankgeld zu monetisieren und marode Zockerbanken weiter mit Geld vollzupumpen, dann würde das den Finanzsektor noch stärker aufblähen und das Monster der Spekulation weiter füttern.

● **Auch die LINKE schlägt vor, einer noch zu schaffenden Rettungseinrichtung zur Finanzierung der Euro-Staaten eine Banklizenz zu geben, um ihr unbegrenzten Zugriff auf die EZB-Mittel zu ermöglichen. Was ist der Unterschied zu dem jetzt diskutierten Vorschlag?**

Der ESM vergibt Geld gegen Kürzungsauflagen, die die



Lebensverhältnisse der Menschen dramatisch verschlechtern. Er will in Zukunft direkt Banken stützen und damit das Vermögen der Reichen sichern. Wir dagegen wollen, dass die Staaten zinsgünstiges EZB-Geld bekommen, um Investitionsprogramme zu finanzieren, mit denen sie die Krise überwinden können.

● **Müsste die Kreditvergabe an Staaten, wenn sie direkt über die EZB läuft, wie Sie es fordern, aber nicht noch viel strenger von einer europäischen Zentralinstanz überwacht und ggf. sanktioniert werden, als es derzeit mit ESM und Fiskalpakt geplant ist? Sonst bestünde doch die Gefahr, dass sich Regierungen x-beliebig Geld pumpen und nach Lust und Laune an die EZB zurückzahlen oder eben nicht.**

Ich könnte mir einen einfachen Sanktionsmechanismus vorstellen. Die EZB sollte nur den Staaten direkte Kredite geben, die sich im Gegenzug verpflichten, eine Vermögenssteuer für Millionäre zu erheben und diese Steuer automatisch anzuheben, sobald und solange die öffentliche Verschuldung die Marke von 60 Prozent des BIP überschreitet. Das wäre eine wirkliche Schuldenbremse.

Der Protest wurde militärisch besiegt

*Linkspolitiker Alexis Tsipras über die Eurokrise und die Zukunft Griechenlands;
aus: Neues Deutschland, 4./5. August 2012*

Alexis Tsipras ist erst 38 Jahre alt und hat doch schon so viel für die Linke in Griechenland erreicht. Bei den Parlamentswahlen am 17. Juni schaffte das Bündnis SYRIZA, dem Tsipras seit 2008 vorsteht, mit fast 27 Prozent der Stimmen einen historischen Erfolg. Trotzdem ist SYRIZA in die Opposition gegangen. Als einzige der großen Parteien lehnt das Bündnis die Sparauflagen der Gläubiger ab. Der Bauingenieur Tsipras wurde schon 2004 in den Parteivorstand von Synaspismos gewählt, der größten Partei im Bündnis SYRIZA. Seit zwei Jahren ist er zudem Vizepräsident der Europäischen Linken. Für „neues deutschland“ sprach mit ihm Stephan Lindner.

● **SYRIZA erzielte mit knapp 27 Prozent bei den letzten Parlamentswahlen ein hervorragendes Ergebnis, hat es aber nicht geschafft, stärkste Partei zu werden und die Regierung zu stellen. Was sind die Folgen?**

Ich muss zugeben, dass wir anfangs wegen des relativ hohen Ergebnisses gar nicht traurig waren, auch wenn wir in Wirklichkeit verloren hatten. Wir hatten sehr hart gekämpft und den Traum fast Wirklichkeit werden lassen. Es war, als würde Kamerun in das Finale der Weltmeisterschaft kommen, dann aber im Elfmeterschießen verlieren. Trotzdem haben wir eine Schlacht verloren und die Folgen für Millionen Menschen in Griechenland werden sehr hart sein. Es waren vor allem unsere Wähler, die uns dies nach unserer anfänglichen Euphorie bewusst gemacht haben. Sie hatten uns ihre Stimme gegeben, damit wir die Wahl gewinnen. Jetzt haben wir wieder eine Regierung, die den Menschen versprochen hat, das Memorandum neu zu verhandeln, aber am Ende doch wieder der Planung der Troika folgen wird.

● **In Deutschland wird immer offener und lauter über**

den Ausschluss Griechenlands aus der Eurozone gesprochen, wenn es nicht den Forderungen der Troika nachkommt. Ist das nur ein Bluff oder eine echte Bedrohung?

Ich glaube nicht, dass es derzeit möglich ist, ein Land aus der Eurozone zu werfen. Dies hätte negative Konsequenzen für die gesamte Eurozone. Und natürlich wird versucht, Maßnahmen zu ergreifen, die Kosten in einem solchen Fall zu minimieren. Aber das ist bisher nicht wirklich gelungen. Wer mit so etwas droht, hat entweder keine Ahnung, was daraus folgt, oder will nur einschüchtern.

● **Die Taktik der Einschüchterung scheint aufzugehen. Griechenland stimmt wegen dieses Szenarios immer wieder neuen Sparmaßnahmen zu. An diesem Wochenende wird das nächste Kürzungspaket mit der Troika aus Internationalem Währungsfonds, EU und Europäischer Zentralbank ausgehandelt.**

Die Austeritätspolitik wird die Krise nicht lösen. Bei Fortsetzung dieser Politik werden wir nicht nur sehen, wie ein Land die Eurozone verlässt, sondern wie die gesamte Eurozone zerstört wird. Auch Deutschland wird nicht ewig in der Lage sein, all die verschiedenen Banken in jedem Land zu finanzieren, und müsste dann die Eurozone verlassen.

● **Sie betonen immer wieder die europäische Dimension der Krise. Welche Bedeutung hat die Situation in Griechenland für Europa?**

Griechenland ist das neoliberale Experimentierlabor Europas. Wir sind hier im Epizentrum der Krise. Und wir hoffen, dass die dynamische Entwicklung von SYRIZA auch Auswirkungen auf die europäische Linke haben wird, besonders in den südlichen Ländern, die mit den gleichen Krisenfolgen konfrontiert sind.

● **Was muss sich in Europa ändern, damit die Wirtschaft der südeuropäischen Staaten wieder auf die Beine kommt?**

Die Defizite der südeuropäischen Länder sind nicht die Ursache der Krise, sondern nur ein Symptom. Das eigentliche Problem besteht in der Konstruktion der Eurozone. Wenn man keine Zentralbank hat, die einem Geld leiht, dann muss man zum Markt gehen. Die Zentralbank muss deshalb Geld direkt an die Staaten leihen, zum Beispiel über öffentliche Banken. Ich hoffe, wir haben das aus dem Crash von 1929 gelernt: Wirtschaftliche Krisen kann man nicht durch Austeritätspolitik bekämpfen, sondern nur, indem man mehr Geld zur Verfügung stellt. Wir brauchen so etwas wie einen Marshallplan für soziale Entwicklung. Das würde auch den Ländern im Norden helfen, denn unsere Defizite sind deren Überschüsse. Auch sie werden irgendwann von der Krise betroffen sein, wenn im Süden immer weniger produziert wird. Wenn man die Bezahlung der Menschen in Nord- und Südeuropa niedrig hält und immer mehr Austeritätspolitik betreibt, dann wird irgendwann das ganze System explodieren.

● **In welche Felder sollte der griechische Staat in den nächsten Jahren investieren, um die Wirtschaft wieder zu beleben?**

Griechenland hat einige Besonderheiten auf Grund seiner Größe, seiner geografischen Lage und seiner vielen natürlichen Ressourcen. Wir sollten in die Landwirtschaft investieren und in den Tourismus, dabei aber seinen Charakter ändern. Und vielleicht auch in erneuerbare Energien. Denn wir haben Sonne, Wasser und Berge.

● **Mit der Ablehnung der Sparpolitik und dem gleichzei-**



tigen Aufzeigen von Alternativen hat SYRIZA viele Wähler überzeugt. Nun ist das Bündnis dabei, zu einer Partei zu werden. Wie verläuft dieser Prozess?

Schwierige Debatten dazu hatten wir schon seit Jahren. Aber manchmal sorgt auch das Leben dafür, dass sich unlösbar erscheinende Probleme von selbst erledigen. Als Bündnis kam SYRIZA nie über 30 000 Mitglieder hinaus, jetzt haben uns aber über eine Million Menschen gewählt. Viele davon wollen nun auch Mitglied werden. Deshalb ist jetzt die Frage, wie wir diese Menschen in unsere Strukturen aufnehmen. Wollen sie einer einzelnen Organisation innerhalb eines breiteren Bündnisses beitreten oder einer großen Partei? Dabei darf die ideologische Autonomie unserer Bündnisorganisationen nicht verloren gehen. Ihre Ansichten könnten als Plattformen unterschiedlicher Ideen in der großen Partei weiter wirken.

● **Die gesellschaftliche Mobilisierung spielte eine wichtige Rolle. Es gab Generalstreiks, Besetzungen von Plätzen und Versammlungen im öffentlichen Raum. Werden diese Formen der Beteiligung weiterhin genutzt?**

Durch die Bewegung, die die Plätze besetzte, konnten wir eine Menge lernen. Aus meiner Sicht herrschte im politischen System Griechenlands eine Krise der Repräsentation und diese Bewegung machte uns klar, dass es darauf jetzt eine Reaktion gab. Auch wir mussten erst einmal lernen, wie wir die Menschen mit ihren alltäglichen Problemen erreichen konnten. Als diese Bewegung dann durch die Unterdrückung des Staates zerstört wurde, herrschte fast schon Krieg. Es kamen viele Tonnen Chemikalien zum Einsatz. Diese Bewegung wurde nicht politisch besiegt, sondern militärisch.

● **Welche Rolle spielen die Ideen dieser Bewegung jetzt bei SYRIZA?**

Die Ideen der Menschen eröffnen einen neuen Weg im sozialen und politischen Leben Griechenlands. SYRIZA ist jetzt zu einer neuen Hoffnung herangewachsen, nicht nur für sozialen Wandel und um die Troika und das Memorandum loszuwerden, sondern auch um das ganze politische System von der Wurzel her zu verändern.

● **Wie wollen Sie die Hoffnungen der Menschen erfüllen?**

Wir versuchen die demokratischen Strukturen, die sich die Bewegung gegeben hat, auch bei uns zu integrieren. Dabei waren die letzten beiden Wahlkämpfe sehr entscheidend, weil wir im Rahmen unserer Kampagnen offene Versammlungen machten. Und die Menschen reagierten sofort. Ich erinnere mich noch an eine Versammlung, an der über 3 000 Menschen teilgenommen haben. Entscheidend war, den Menschen das Mikrofon zu geben. Wir haben uns nicht vor sie hingestellt und ihnen etwas von oben herab erzählt, sondern mit ihnen auf Augenhöhe kommuniziert. Diese Strukturen sind sehr wichtig. Die Wünsche und Hoffnungen dieser Menschen zu erfüllen, ist nicht in ein paar Tagen zu schaffen. Wir haben immer noch keine ausreichenden Strukturen für die vielen Menschen, die uns gewählt haben. Wir müssen uns noch besser organisieren. Daran arbeiten wir nun. Denn wir wollen nicht die Menschen führen, sondern die Menschen sollen uns führen.

● **SYRIZA hat 71 Abgeordnete im Parlament. Wie organisieren Sie die Parlamentsarbeit in der jetzt viel größeren Fraktion?**

Es besteht die Gefahr, dass wir uns zu sehr in eine Partei verwandeln, die sich nur auf ihre Abgeordneten im Parla-

ment stützt. Das wollen wir nicht. Wir wollen unsere Basis in der Gesellschaft haben. Diese Zeit ist für uns sehr kritisch, denn wir müssen uns sowohl im Parlament organisieren, als auch die Probleme der Gesellschaft so gut verstehen, dass wir sie lösen können. Vielleicht müssen wir schon bald ganz andere Konsequenzen ziehen, wenn wir die Regierung stellen müssen. Wir müssen die Ideen von unten – aus der Gesellschaft – in die Regierung transportieren. Eine große Summe der Abgeordnetenbezüge sollen übrigens den Solidaritätsnetzwerken für diejenigen Menschen zur Verfügung gestellt werden, die am schlimmsten von der Krise betroffen sind.

● **Wie gehen Sie mit dem Aufstieg der Neonazis um?**

Das ist etwas, das mich nicht überrascht hat, weil dieses Phänomen in Krisenzeiten häufig auftritt. Ich glaube nicht, dass wir wirklich so viele Faschisten und Neonazis in Griechenland haben. Hier soll eher das ganze politische System abgestraft werden. Trotzdem bin ich sehr besorgt. Einige versuchen gerne das Bild zu malen, hier würden zwei Extreme aufeinander prallen. Die Neonazis werden bestimmt versuchen, uns auf alle mögliche Weise anzugreifen. Wir werden leider erst einmal damit leben müssen und geduldig sein.

● **Versuchen Sie mit SYRIZA immer noch, zu einer Einigung mit der Kommunistischen Partei KKE zu kommen?**

Wenn ich an die letzten Wahlen denke, erinnere ich mich, dass wir allein in dieser Schlacht waren, schrecklich allein. Und das war auch der Grund, warum wir verloren haben. Es gab niemanden für ein Bündnis, weder rechts noch links von uns. Deshalb konnten wir auch niemanden überzeugen, dass wir für die Bildung einer Regierung antraten. Jeder fragte uns: Mit wem wollt Ihr koalieren? Bei der Demokratischen Linken wurde uns schnell klar, dass sie sich der Memorandumspolitik anschließen will. Und die KKE hat uns von Anfang an angegriffen. Demokratische Linke und KKE haben eine historische Chance verspielt. Bei der Wahl 1982 in Griechenland, als erstmals die Sozialdemokraten gewannen, hatte die KKE sie unterstützt. Diesmal war Ihr Wahlslogan: Vertraut SYRIZA nicht.

● **Müssen die Linken nicht auch lernen, auf europäischer Ebene besser zusammenzuarbeiten?**

Ich muss zugeben, dass die europäische Linke eine Menge Fehler gemacht und die Kontinuität der Bewegung von 2006, als das Europäische Sozialforum in Athen stattfand, verloren hat. Deshalb müssen wir den seit 2006 beschrittenen Weg korrigieren und den Enthusiasmus der Vorjahre wiederfinden. Stellen Sie sich doch bloß einmal vor, es gäbe am selben Tag in ganz Europa Massendemonstrationen. Dann könnten die politischen Führer unserer Länder ihre Entscheidungen nicht mehr weiter so einsam wie bisher ohne die Menschen treffen.



Die neue griechische Regierung: Ein Dr. Jekyll-Mr. Hyde-Memorandum

Von Stavros Panagiotidis, Nicos-Poulantzas-Institut Athen;
aus: Transform Newsletter Nr. 10/2012

Letzte Woche wurde die Bildung einer neuen griechischen Regierung verkündet. Drei Parteien, nämlich die Neue Demokratie (Konservative, 29,66 Prozent), die PASOK (Sozialdemokrat/-innen, 12,28 Prozent) und die Demokratische Linke (eine SYRIZA-Abspaltung des Jahres 2010, 6,26 Prozent) konstituieren diese neue Regierung in unterschiedlich starker Ausprägung. Die ND hat 25 Sitze in der Regierung, die restlichen 14 sind mit TechnokratInnen besetzt worden, von denen fünf von der PASOK vorgeschlagen wurden (unter anderem die Minister für Umwelt und Landwirtschaft) und vier von der DL (etwa der Justizminister und der Verwaltungsreformminister). Nur zwei Frauen wurden in die Regierung berufen, eine als Ministerin, die zweite als Stellvertreterin.

Politischer Stillstand und SYRIZA als neuerliche Zielscheibe

Der Amtsantritt der neuen Regierung war von keinem klaren Verpflichtungsrahmen gegenüber der Bevölkerung begleitet. Das einzige Versprechen der Regierung war es, den Versuch zu unternehmen, das Land in der Eurozone zu halten und das Memorandum neu zu verhandeln. Mit Hinblick auf die Ergebnisse der Memorandums-Politik und angesichts der Verpflichtungen, die die führenden Köpfe von ND und PASOK international eingegangen sind, ist dieses Versprechen äußerst fragwürdig. Zum einen wissen wir, dass Antonis Samaras und Evangelos Venizelos Erklärungen unterschrieben haben, dass sie das Memorandum akzeptieren würden – somit haben sie weder die politische Möglichkeit noch das Bedürfnis, etwas zu ändern. Zum anderen ist klar, dass es vielmehr die Politik des Memorandums als seine Aufhebung wäre, die Griechenland zum Ausstieg aus der Eurozone zwingen würde. Trotz der höheren Besteuerung von mittleren und niedrigen Einkommen fällt das BIP aufgrund der Rezession weiter, die Staatsschulden werden höher, die Staatseinkünfte hingegen immer kleiner. In dieser Situation ist es tatsächlich möglich, dass das Land seine internen Auflagen nicht erfüllen kann und sich entweder für ein selbstständiges Ausscheiden aus der Eurozone entscheidet, um seine eigene Währung abzuwerten oder noch geringere Löhne und Renten akzeptiert.

Es scheint, dass die neue Regierung derzeit eher Lobbying bei SYRIZA betreibt als eigene Ideen zu entwickeln. Nach ihrem erfolglosen Versuch, SYRIZA als verantwortungslos hinzustellen, weil diese sich geweigert hat, in der Koalition mitzuwirken, hat die Regierung nun von SYRIZA verlangt, sich am Nationalen Verhandlungsteam zu beteiligen. Einem Verhandlungsteam, in dem alle politischen Führungspersonen gemeinsam mit der EuroGruppe verhandeln sollen, obwohl sie unterschiedliche Ansichten vertreten. Dieser einfältige Vorschlag wurde von SYRIZA natürlich abgelehnt – und er erscheint noch seltsamer, nachdem nun auch die führenden Köpfe von PASOK und DL beschlossen haben, aufgrund des Fehlens des gesundheitlich angeschlagenen Premierministers nicht teilzunehmen.

Die Regierungsbeteiligung der Demokratischen Linken

Insbesondere die Einstellung der Demokratischen Linken (DL) hat Zweifel aufkommen lassen, ob und inwiefern sich die Beteiligung an solch einer Regierung für Parteien mit linker Grundausrichtung vereinbaren lässt.

Die Neue Demokratie hat derzeit das rechteste und konservativste Profil, das sie je hatte, nachdem sie Elemente der ultrarechten LAOS-Partei in ihr Programm aufgenommen hat. Unter ihrem Vorsitzenden Samaras sind die politischen Kernthemen der Partei nun Kriminalität und Immigration, die dieser mit Repression und Polizeigewalt bekämpfen will, anstatt bei ihren Wurzeln, nämlich Armut und sozialer Ungerechtigkeit, anzusetzen.

Darüber hinaus stellt sich die Frage, warum die DL nicht bereits im Mai zu einer Regierungsbeteiligung bereit gewesen ist – also zu einem Zeitpunkt, als die Neue Demokratie noch weniger Stimmen hatte und ihre Stellung nicht so stark gewesen wäre. Offensichtlich war es damals nicht vorrangiges Ziel der DL, Regierungsverantwortung zu übernehmen, sondern es ging ihr vielmehr darum, SYRIZA in eine Regierung zu zwingen, um diese Last nicht allein tragen zu müssen.

Drittens unterstützte Vassilis Rapanos, der Wirtschaftsminister, der 15 Jahre lang von PASOK für diesen heiklen Posten gestellt wurde, die Interessen des Bankensektors und wurde vor kurzem vom ehemaligen Premier Papandreu zum Präsidenten der Nationalbank berufen. Er nutzte diese Position sofort aus, indem er ungebührlich in den Wahlkampf eingriff: Er publizierte eine „objektive“ Studie, die Griechenlands Mitgliedschaft in der Eurozone direkt mit der unbedingten Einhaltung des Memorandums in Zusammenhang brachte, womit er also ebenfalls an der Erpressung der Bevölkerung beteiligt war. Dass er im Jahr 2010, ergo einem Jahr der Krise, weit über 420 000 Euro verdient hat, ist wohl der am wenigsten ausschlaggebende Grund, warum er für eine linke Partei untragbar sein sollte.

Der neue Wirtschaftsminister, der Rapanos aus gesundheitlichen Gründen nach wenigen Tagen im Amt beerbte, ist jedoch genauso untragbar für eine linke Partei. Giannis Stournaras war jahrelang Generaldirektor der Expertenkommission der Griechischen Industriellenvereinigung und hat seine Position genutzt, um mehrfach für die vollständige Implementierung des Memorandums zu plädieren. In der Zeit, als Griechenland der Eurozone beitrat (mithilfe der „kreativen Buchführung“, also der Falschdarstellung der finanziellen Situation des Landes mit dem Wissen der europäischen Führungsriege!), hatte er als von PASOK eingesetzter Chefunterhändler mit der EU eine Schlüsselrolle inne. In enger Zusammenarbeit mit dem Vorsitzenden einer kleinen rechten Partei hat Stournaras letzten November eine NGO ins Leben gerufen, deren Aufgabe der Verkauf griechischen Staatseigentums ist. Noch zehn Tage vor den Wahlen hat er, der derzeit Interims-Minister für wirtschaftliche Entwicklung ist, versucht, eine Reihe von Eil-Abkommen für Privatinvestitionen auf Kosten des Staates voranzutreiben.

Es ist also wenig verwunderlich, dass es Reuters beim Versuch, die griechischen Parteien den Kategorien Pro-Memorandum oder Anti-Memorandum zuzuteilen, nicht gelungen ist, die DL mit ihrer undurchschaubaren Linie einzuordnen.



Ein weiterer Schock zu Regierungsbeginn war die Enthüllung, dass der neue stellvertretende Minister für Meereswirtschaft für seine Geschäftstätigkeit mit einer Strafe von 200 000 Euro belegt worden ist. Er hatte gemeinsam mit seinem Partner eine Offshore-Firma gegründet, mit deren Hilfe sie Kleinaktionär/-innen um ihre Erträge gebracht haben. Diese Enthüllung hat zum Rücktritt des Vizeministers geführt.

Die kommenden Tage, die zu führenden Kämpfe

Die kommenden Tage werden schwierig für die griechische Regierung. Sie muss sich für ein besseres Abkommen einsetzen, während Angela Merkel gleichzeitig verkündet hat, dass Euro-Bonds ein wirtschaftlicher Fehler seien und eine Revision der Memorandumspolitik nur „über ihre Leiche“ stattfinden werde. Das wichtigste ist, dass die Regierung eine Politik ändern muss, die ND und PASOK selbst in Zusammenarbeit mit der Troika entwickelt haben und aktiv unterstützen. Es steht außer Frage, dass sie ihre Linie überdenken muss, nachdem so viele Menschen bei den letzten Wahlen hoffnungsvoll auf die Linke, auf SYRIZA, geblickt haben. Das Momentum gegen das Memorandum, das in den Wahlen ausgedrückt wurde, zwingt die zwei – ehemals großen – Parteien dazu, einen Ausweg aus der Sackgasse zu finden, in die sie das Land selbst geführt haben. Darüber hinaus hat SYRIZA jetzt die Chance, jene Prozesse in Gang zu setzen, die innerhalb der nächsten Monaten zu einem großen Kongress führen sollen, in dessen Rahmen man sich von einem Bündnis in eine geeinte, radikale Linkspartei transformieren möchte. Eine Linkspartei, die in ihren Strukturen all jene miteinschließt, die SYRIZA unterstützt haben, die ein Zeichen für echte Demokratie setzt und Beispiele dafür liefert, wie man den Widerstand der Bevölkerung gegen die Regierungspolitik organisieren kann.

Wir wissen nicht, ob und wie lange diese Regierung halten wird. Wir wissen allerdings, dass die kommenden Tage nicht nur für SYRIZA und die gesamte Linke von großer Bedeutung sein werden, sondern auch für das ganze griechische Volk und die Entwicklung der Europäischen Union. Vor allem jedoch werden die kommenden Tage eines sein: spannend! Was vor uns liegt, ist der Kampf für unser Leben, für unsere Zukunft und das Erreichen einer linken Regierung. Solche Kämpfe sind von allen die wertvollsten, denn es sind die Kämpfe, die Geschichte schreiben.

Grexit ist Bullshit

Mit einem Hinauswurf Griechenlands und anderer mediterraner Eurostaaten wäre nichts gewonnen. Nur die politische Union bringt den Euroraum voran.

Von Elmar Altvater, Politikwissenschaftler, Mitglied im wissenschaftlichen Beirat von attac, Mitbegründer des Instituts Sozialistische Moderne; aus: WOZ, Nr. 9/2012

Man kann sich trösten: Die vor unseren Augen ablaufende Euroschmelze ist weniger schlimm als die Kernschmelze von Fukushima im fernen Japan. Auch die Folgen sind für Mensch, Tier und andere Lebewesen auf Erden nicht so gravierend wie der japanische Super-Gau. Dennoch gibt es Ähnlichkeiten. Das Euro-Desaster war in der Vorstellungs-

kraft der Zeitgenossen so unwahrscheinlich wie eine nukleare Katastrophe in der Risikokalkulation der Kernkraftwerksbetreiber. Mit dem Göttinger Mathematiker Gauss, der die Eintrittswahrscheinlichkeit von Risiken kalkuliert hatte, kommt man da nicht weiter. Man muss die Chaostheorie bemühen, nach der kleine Ereignisse wie das Aufschwätzen von Immobilienkrediten an nicht zahlungsfähige, arme Schuldner im Mittleren Westen der USA große Wirkungen wie den Zusammenbruch eines bis vor kurzem noch als Erfolgsstory propagierten Währungsblocks in Europa auslösen können, wenn die Rahmenbedingungen dazu ausgelegt sind. Und das ist in Zeiten der Globalisierung der Fall.

Nun ist der Schlamassel groß und der „gesunde Menschenverstand“ wird bemüht. Die „schwäbische Hausfrau“ zum Beispiel verlangt striktes Sparen, um aus der Verschuldung, die sehr schnell als Urgrund der Krise ausgemacht wird, herauszufinden. Angela Merkel übersetzt also die schwäbische Küchenregel in ein Wachstumsbeschleunigungsgesetz plus Fiskalpakt plus Schuldenbremse, also in ein rigides Austeritätsprogramm, unter dem zunächst die schwachen Euroländer ächzen, das aber inzwischen sogar dem starken Deutschland zu schaffen macht. Denn die deutschen Exporte in die europäischen Krisenländer am Mittelmeer sind bereits um ein Zehntel zurückgegangen. Das ist gut so, denn so werden die Ungleichgewichte der Leistungsbilanzen innerhalb des Euroraums etwas verringert. Aber das ist ungeplant und kann eine nicht zu kontrollierende Eigendynamik gewinnen und es fehlt an der Kompensation der ausfallenden Exportnachfrage durch eine Anregung der Binnennachfrage.

Der „schwäbischen Hausfrau“ wird daher vorgeworfen, makroökonomische Zusammenhänge zu missachten. Der Vorwurf stimmt und schon melden sich Scheidungsrichter, ebenfalls mit gesundem Menschenverstand, zu Wort. „Trennt Euch“, löst die Währungsunion auf, schafft einen Nord- und einen Süd-Euro oder macht die Kehrtwende zur Drachme, zur Lira, zum Franc oder zur DM. Die europäische Integration von der Zollunion und dem gemeinsamen Markt zur Währungsunion und politischen Union wird vier Jahrzehnte zurückgedreht auf den Beginn der 1970er Jahre. Der gemeinsame Markt war damals zwar geschaffen, aber ein gemeinsames Geld existierte in Europa nicht. Nur Pläne wurden geschmiedet, wie der Plan des Luxemburger Außenministers Werner, um zu scheitern. Noch gab es das Bretton Woods-System, das wenigstens fixierte und staatlich kontrollierte Wechselkurse garantierte. Aber 1973 war dieses am Ende.

Zu Beginn der 1990er Jahre war es richtig, vor der Währungsunion, so wie sie im Maastricht-Vertrag konstruiert war, zu warnen. Bereits zehn Jahre später, als die Ökonomen um Wilhelm Hankel sich bemühte, sogar das Verfassungsgericht gegen die Einführung des Euro zu mobilisieren, war diese Initiative bereits falsch. „Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben“, hatte Gorbatschow in anderem Zusammenhang gesagt, und damit hatte er Recht. Der Maastricht-Vertrag begrenzte die Staatsverschuldung bei 60 Prozent des BIP, denn das war Ende der 1980er Jahre das ungefähre empirische Mittel der Schulden der Mitgliedsländer. Als 1999 keine zehn Jahre später das Euro-Bargeld in den Umlauf kam, lag dieses Defizit schon 10 Punkte höher bei 72%. Es konnte in den folgenden Jahren, getragen von der Konjunktur des billigen Geldes nachdem 11. September 2001, auf 66 Prozent 2007 gesenkt werden, um nur ein hal-



bes Jahrzehnt später im Durchschnitt der Euroländer etwa 90 Prozent zu erreichen. Gegen die wachsende Staatsverschuldung ist, wie der „Kathedersozialist“ des ausgehenden 19. Jahrhunderts Adolf Wagner, wenn auch mit anderer Begründung schon wusste, kein Kraut gewachsen. Die stets wachsenden Staatsaufgaben folgen einem ehernen „Gesetz“. Mit so prosaischen Mitteln wie einer Schuldenbremse ist dieses nicht außer Kraft zu setzen.

Warum auch? Erstens ist die Staatsverschuldung in den USA oder Japan gemessen am BIP wesentlich höher als im Euroraum, ohne dass deshalb Währungsspekulanten in helle Aufregung gerieten und sich eine Schulden- oder Währungskrise zuspitzen würde. Sicherheit und Attraktivität einer Währung hängen auch von politischer Stabilität und von militärischer Stärke ab und davon, bei wem und in welcher Währung ein Land verschuldet ist: bei den eigenen Bürgerinnen und Bürgern oder bei global operierenden Hedgefonds, in der eigenen oder in fremder Währung. Daher zahlt Japan weniger als 1 Prozent Zinsen bei einer Verschuldung von mehr als 190 Prozent des BIP. Zweitens ist auch in der EU die Verschuldung höchst unterschiedlich und es zeigt sich, dass Anleger nicht schon deshalb höhere Zinsen verlangen, weil die Schuldenquote steigt. Das Risiko, das sie sich durch den Zinsaufschlag vergolden lassen, hängt von vielen Faktoren ab. Großbritannien hat eine Schuldenquote von 100 Prozent, Spanien von 73 Prozent. Doch die Zinsen liegen in Spanien bei über 6 Prozent, in Großbritannien bei weniger als 2 Prozent.

Diese Differenzen würden nicht kleiner, wenn eines der Länder mit akuten Problemen der Refinanzierung der Schulden aus der Eurozone verschwinden würde. Griechenland zum Beispiel durch den „Grexit“. Das klingt zwar wie Befreiung durch den Austritt in Neuland, ist aber eine schlechte Notlösung. Denn wenn die Länder der Eurozone noch nicht einmal das Leichtgewicht Griechenland stemmen und stützen können – wie sollen sie Spanien oder gar Italien verteidigen, wenn die Finanzspekulant*innen ernsthaft zur Hatz blasen? Der Euro insgesamt würde unglaubwürdig und die Rückkehr zu nationalen Währungen, also die Auflösung des Euroraums wäre wohl, gejagt von der Meute der Spekulationshunde, unvermeidbar. Doch die Schritte zurück wären nicht geeignet, sicheren Boden unter die Füße zu bekommen. Es geht nur voran in Richtung vertiefter Integration durch politische Regulation der Märkte. Ganz wie Karl Polanyi in seiner Analyse der „Great Transformation“ im Jahre 1944 gezeigt hatte, ist die Deregulierung von Märkten für Arbeit, die Natur, das Geld und die Finanzen eine „krasse Utopie“, deren Verwirklichung den Menschen nur Unheil bringt. Die Märkte müssen also unter politische Kontrolle gebracht werden. Dafür lohnt der Einsatz.

Das fröhlich aufmunternde „Trennt Euch“ bleibt daher im Halse stecken. Denn Grexit ist bullshit und hätte in Europa katastrophale Folgen. Auf den Finanzmärkten sowieso, aber vor allem auf dem Arbeitsmarkt und in den sowieso durch die Austerity-Maßnahmen bereits knirschenden Systemen der sozialen Sicherheit. Die ILO rechnet in einem jüngst erschienenen Bericht vor, dass die Zahl der Erwerbslosen in den Ländern der heutigen Eurozone um 4,5 Millionen auf 22 Millionen steigen dürfte, wenn der Grexit stattfindet. Insbesondere die junge Generation, die doch die Zukunft der geschiedenen Partner sichern sollte, wäre in die Backe gekniffen. Mehr als ein Drittel von ihnen hätte keine Chance, einen Job zu finden.

Nicht nur die Krisenländer an den Nordufern des Mittelmeers sind betroffen, auch in den nördlichen Breiten der Eurozone sind „die schönen Tage von Aranjuez“ vorüber, wenn der Euro – nein: wenn Griechenland, wie Yanis Varoufakis, Autor des Buches „The Global Minotaur“ korrigiert, den Finanzmärkten, also den Rösler und Dobrindts geopfert wird, weil für diese der Grexit „seinen Schrecken verloren“ hat. Wer sich nicht fürchtet, so der Volksmund, ist dumm. Wohl wahr, denn mit dem Opfer Griechenlands kann man, wie George Soros bemerkt, „décourager les autres“, andere Länder und deren Regierungen, nicht aber die Spekulant*innen auf den Märkten. Im Gegenteil werden diese ermuntert, auf den finalen Kollaps des Eurosystems zu wetten.

Linkskeynesianer und radikale Linke kokettieren ebenfalls mit dem Austritt Griechenlands und anderer Euro-Länder aus der Eurozone. Sie wollen mehr nationalstaatliche Autonomie und einen größeren politischen Handlungsspielraum gegenüber den starken Überschussländern im Euroraum, insbesondere gegenüber Deutschland. Tatsächlich kann gegen die Politik der „inneren Abwertung“ durch eine Senkung der Lohnstückkosten – hohe Produktivitätsgewinne und viel zu geringe Lohnsteigerungen – in Deutschland die „äußere Abwertung“ der nationalen Währung helfen. So kann sich die Wettbewerbsfähigkeit der Exportwaren verbessern. Allerdings steigen auch die Preise der importierten Güter, des Öls und anderer Energieträger, der im Land benötigten Technologien. Welcher Effekt netto eintritt, hängt von den Elastizitäten der Reaktion auf die durch die Währungsabwertung bewirkten Preisänderungen ab.

Der ehemalige Präsident der Banca d'Italia Ciampi plädierte in den 1980er Jahren für eine Währungsgrenze etwas südlich von Rom, um die Entwicklungschancen des Mezzogiorno durch eine Politik der Abwertung zu verbessern. Doch ist das in Zeiten des Internet und des Containers, angesichts der globalen Folgen der nuklearen Katastrophen noch ratsam? Und wie soll im zweiten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts ein europäisches Währungskuddelmuddel in der Währungskonkurrenz mit dem US-Dollar, dem Renminbi, dem Yen und den regionalen BRICs-Währungen bestehen? In welcher Währung wird die Ölrechnung zu zahlen sein? Die Beantwortung dieser Frage wird ausschlaggebend für die geopolitische Position Europas oder – nach einer Scheidung auf europäisch – der Mitgliedsländer des Euroraums sein.

Es kann sein, dass nach der Trennung das Leben neu beginnt und alles besser und einfacher wird. Es kann auch das Gegenteil eintreten. In jedem Fall jedoch bleibt die Entwicklung, ob nationalstaatlich begrenzt oder europäisch-offen, gefangen in kapitalistischen Formen von Produktion und Reproduktion und daher auch weiterhin den Krisentendenzen von Finanz-, Güter- und Arbeitsmärkten ausgesetzt. Der Grexit ist kein Exit aus der kapitalistischen Akkumulationsdynamik.

Die Schlussfolgerung ist naheliegend. Grexit bleibt Bullshit, der SPexit und Italexit ebenso, wenn diese Panikreaktionen als finanz- und währungstechnische Maßnahme zur Stabilisierung der restlichen Eurozone konzipiert oder als Wiedergewinnung monetärer Autonomie verstanden werden. Die Frage ist eher, welches die adäquate Arena nicht für die Rettung des Euro, sondern für den Kampf mit den Krisentendenzen des kapitalistischen Akkumulationsprozesses ist. Die Bändigung des entfesselten Kapitalismus, die Regulierung von Finanzmärkten und die Förderung der Arbeit auf Arbeits-

märkten sind ebenso wie die Suche nach erneuerbarer Energie besser auf europäischer Ebene aufgehoben.

Wir empören uns gegen Bankenmacht und Staatswillkür

Gemeinsame Erklärung der Vorsitzenden der Partei DIE LINKE, Katja Kipping und Bernd Riexinger, des Vorsitzenden der Bundestagsfraktion der Partei DIE LINKE, Gregor Gysi, des Vorsitzenden der Vereinigten Linken Spaniens, Cayo Lara sowie des Sprechers im Kongress, José Luis Centella, zur bevorstehenden Abstimmung im Bundestag über die Finanzhilfen für spanische Banken vom 18. Juli 2012.

Aus: www.die-linke.de

Die Linke in Spanien und in Deutschland, in Madrid und in Berlin sagt „Ja“ zum Kampf gegen Arbeitslosigkeit, zu sozialer Gerechtigkeit und dazu, dass öffentliche Gelder nicht für Rüstung verschwendet werden. Linke in Madrid und in Berlin sagen „Ja“, dass die Schwächeren in der Gesellschaft unterstützt werden, dass Jugendliche gute Ausbildung und Arbeit erhalten, dass Frauen nicht weiter und zusätzlich benachteiligt werden.

Die „Spanienhilfe“, über die im Bundestag abgestimmt werden soll, hat bereits in Spanien selbst zu einem Programm des sozialen Kahlschlags geführt. Alles wird gekürzt, nur nicht die Gewinne der Reichen und der Banken in Spanien und in Deutschland. Was als „Spanienhilfe“ vorgestellt wird, ist keine Hilfe für die spanische Bevölkerung, sondern erneut nur eine Rettungsaktion für die Banken. Das griechische Modell – soziale Kürzungen unter Aufsicht der Europäischen Union – wird jetzt auf Spanien übertragen.

Linke in Madrid, Berlin, Athen, Lissabon, Rom und Paris denken und arbeiten für einen Richtungswechsel in der Politik. Linke wollen Banken ohne Spekulationen in öffentlichem Eigentum und unter öffentlicher Kontrolle. Linke wollen einen anderen Auftrag für die Europäische Zentralbank und deren Geldpolitik. Linke wollen sichere Renten, ausreichende Beschäftigung, gute Bildung und mehr Demokratie.

Die Linken sind solidarisch und Teil der „Empört Euch!“-Bewegung in Spanien, der Blockupy-Bewegung in Deutschland und der Demonstrantinnen und Demonstranten des Syntagma-Platzes in Athen.

Izquierda Unida (Spanien) – Cayo Lara, Vorsitzender
José Luis Centella, Sprecher im Kongress;
DIE LINKE (Deutschland) – Katja Kipping, Vorsitzende,
Bernd Riexinger, Vorsitzender, Gregor Gysi, Fraktions-
vorsitzender DIE LINKE im Bundestag

Wie konnten die Banken nur so dumm sein?

Interview mit Axel Troost, MdB, Finanzpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE, am 16. Juli 2012; aus: www.linksfraktion.de/interview-der-woche

Axel Troost, finanzpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Bundestag, erläutert, warum DIE LINKE auf der Sondersitzung am 19. Juli gegen die beantragte Milliardenhilfe für spanische Banken stimmen wird, warum die Intervention in Karlsruhe gegen ESM und Fiskalpakt schon jetzt erfolgreich ist und wie lange die herrschende Politik noch ihren Irrweg verfolgt.

● **Für Donnerstag hat Bundestagspräsident Lammert alle Abgeordneten zu einer Sondersitzung nach Berlin zurückbeordert, um über die Finanzhilfen für spanische Banken abzustimmen, auf die sich gerade die EU-Finanzminister in Brüssel geeinigt haben. Spaniens Probleme sind seit Wochen bekannt. Hätte der Bundestag da nicht langfristiger planen können?**

Da kann der Bundestag wenig dafür. Solange sich die EU-Finanzminister nicht auf ein Paket geeinigt haben, kann der Bundestag darüber auch nicht abstimmen. Dies liegt nun seit letztem Montag auf dem Tisch. Das Problem ist ein ganz anderes: Das ganze Krisenmanagement ist ein mutloses Hinterherstolpern hinter den Ereignissen. Merkel und Co. machen das Überleben der Währungsunion davon abhängig, ob private Investoren einzelne Euro-Länder gut oder schlecht finden. Nichts hat so wenig mit Demokratie und Berechenbarkeit zu tun wie die Entscheidungen privater, teilweise spekulativer Finanzanleger. Wir müssen die Refinanzierung der Staaten im Krisenfall von der Willkür der Kapitalmärkte abkoppeln, kurzfristig durch eine übergangsweise EZB-Finanzierung und längerfristig durch die Emission solidarisch getragener Euro-Anleihen.

● **Wodurch sind die spanischen Geldhäuser jetzt ins Wanken geraten?**

Die spanischen Banken wanken nicht erst jetzt. Die Situation verschlechtert sich bereits seit vier Jahren. In Spanien gab und gibt es eine gewaltige Immobilienblase mit dramatisch überhöhten Hauspreisen. Seit Beginn der Finanz- und Wirtschaftskrise ist die Arbeitslosigkeit auf 20 Prozent angestiegen. Viele können ihre Raten nicht mehr bezahlen und inzwischen stehen in Spanien fast eine Million Wohnungen zum Verkauf. Die Preise fallen weiter, und die Banken müssen täglich zusätzliche Milliarden fauler Immobilienkredite abschreiben, weil die Eigentümer bankrott gehen und der Wert der Häuser die noch ausstehenden Kredite nicht mehr abdeckt. Wer mal die Kleinstädte gesehen hat, die dort samt Shoppingcenter und Golfplatz mitten auf der grünen Wiese aus dem Boden gestampft wurden, der fragt sich: Wie konnten die Banken nur so dumm sein?

● **Die Vereinbarung der Regierungen sehen Finanzspritzen für die spanischen Banken in Höhe von bis zu 100 Milliarden Euro vor. Eine erste Rate von 30 Milliarden Euro soll Ende Juli fließen. Aus welchem Topf kommt jetzt diese Wahnsinnssumme?**

Die erste Rate wird vom Europäischen Rettungsschirm EFSF der spanischen Regierung zur Verfügung gestellt, die das Geld dann an ihre Banken bei Bedarf weiterleiten kann.



● **Aber Moment mal bitte! Das Bundesverfassungsgericht hat doch noch gar nicht über die Klagen gegen den Europäischen Stabilitätsmechanismus ESM entschieden?**

Der EFSF und der Europäische Stabilitätsmechanismus ESM sind zwei Paar Schuhe. Den EFSF gibt es als übergangsweisen Rettungsschirm seit 2010, und er soll noch bis 2013 fortbestehen. Der ESM, gegen den wir nun beim Verfassungsgericht geklagt haben, soll nach der Vorstellung der EU ein dauerhafter Rettungsschirm werden, der zum Teil andere Spielregeln hat. Eigentlich hätte das Geld für die spanischen Banken quasi das Pilotprojekt des ESM werden sollen. Nicht zuletzt aufgrund unserer Klage liegt der ESM erst mal auf Eis und das Geld muss deshalb bis auf weiteres vom EFSF kommen.

● **Wenn also das Geld im EFSF ausreicht: Wozu braucht man dann den ESM?**

Der EFSF kann nur bis Mitte 2013 Geld verleihen, dann wird er geschlossen. Deswegen soll er das Geld für Spanien nach dem Willen der EU-Regierungen nur „vorstrecken“. Später sollen die Kredite dann vom EFSF auf den ESM übertragen werden, sonst müsste Spanien das Geld komplett bis Mitte 2013 zurückzahlen.

● **Damit kann doch aber Karlsruhe die Einstweilige Verfügung erlassen, die dem Bundespräsidenten untersagt, das Gesetz über den ESM auszufertigen. Oder?**

Der Finanzbedarf von Spanien wird erst mal über den EFSF abgedeckt und begründet daher sicher keinen Zeitdruck, den ESM in den nächsten Wochen überstürzt zur Unterschrift freizugeben. Wenn das Präsidialamt das selber einsieht, braucht es auch keine Verfügung aus Karlsruhe. Hauptsache: Das ESM-Gesetz wird vorläufig nicht vom Bundespräsidenten unterschrieben.

● **Welche Chancen rechnet sich DIE LINKE für ihre Klage aus?**

Unsere Intervention ist schon jetzt sehr viel erfolgreicher als unsere Gegner erwartet hatten. Dies stärkt uns und die kritische Diskussion über den richtigen Weg aus der Euro-Krise während der Sommerpause. Allen, die meinten, wir würden mit unserer Klage nur einen PR-Gag verfolgen, muss ich klar sagen: Seit die ersten Vorschläge für einen Fiskal-pakt als europäische Schuldenbremse mit Ewigkeitsgarantie laut wurden, haben wir uns juristisch vorbereitet. Und die Klage ist eben nicht nur irgendeine Klage. Es geht nicht um juristische Haarspalterei. Die Leute auf der Straße verstehen durchaus, dass es um die Souveränität ihrer Volksvertreterinnen und -vertreter geht und dass eine Parlamentsentscheidung wenig Legitimation hat, wenn sie von keinem Parlament der Zukunft jemals wieder aufgerufen und anders entschieden werden kann.

● **Wie wird DIE LINKE am Donnerstag stimmen und warum?**

Wir werden die Kredite für Spanien aus unterschiedlichen Gründen ablehnen. Die derzeitige Strategie der vermeintlichen Euro-Rettung – sei es die sinnlose Sparpolitik, die mangelnde Finanzregulierung, die Selbstgefälligkeit der deutschen Bundesregierung in den Verhandlungen oder die fehlende Bereitschaft, die deutschen Fehler in der Währungsunion wie Lohndumping, Agenda 2010 etc. anzugehen – all das löst die Krise nicht. Bestenfalls wird die Krise für ein paar Tage oder Wochen vertagt. Meistens macht es die Situation aber nur noch schlimmer. Wir brauchen einen gründli-

chen Politikwechsel, in Europa und vor allem in Deutschland.

● **Als nächste Kandidaten, die bald unter den Bankenrettungsschirm müssen, kursieren bereits Zypern, Italien und Portugal. Werden in den kommenden Monaten munter weiter Milliarden bewilligt? Oder glauben Sie, dass die Ursachen dieser Finanzkrise – so wie es DIE LINKE ja fordert – doch noch grundsätzlich angegangen werden?**

Solange noch Geld da ist, um den Irrweg weiterzugehen, wird die herrschende Politik es tun. Auch das ist ein wichtiger Grund, den ESM aufzuhalten. Es ist gar nicht grundsätzlich falsch, einen großen Fonds für Krisenfälle zu haben. Wenn aber das Krisenmanagement grundlegend falsch ist und die Probleme nur größer macht, ist kein Krisenfonds groß genug. Irgendwann wird diese Einsicht notgedrungen kommen, aber es kann schlimmstenfalls sein, dass sie für Europa dann zu spät kommt.

Regionen fördern – nicht bestrafen

Unterschriftensammlung der Linksfraktion im Europäischen Parlament

Aus: www.die-linke.de

Die Fraktion der Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke (GUE/NGL), also die linke Fraktion im Europäischen Parlament, der auch die Europaabgeordneten der LINKEN angehören, hat beschlossen, in der Zeit vom 12. Juni bis 28. September 2012 eine Unterschriftensammlung durchzuführen. Sie steht unter dem Motto „Regionen fördern – nicht bestrafen!“ und wendet sich gegen die Einführung von Sanktionen in der EU-Regionalförderung aufgrund von Verletzungen der vereinbarten Verschuldungsgrenze der EU. Die Bundesrepublik, insbesondere die neuen Bundesländer haben in den vergangenen Jahrzehnten erheblichen Nutzen aus der Regionalförderung der EU ziehen können. Deutschland ist nicht nur der größte Nettozahler der EU, sondern die Bundesländer haben gerade über die Regionalförderung auch erhebliche Rückflüsse aus Brüssel erhalten, die ihre Entwicklung maßgeblich beeinflusst haben. Ob und wie sie eingesetzt werden, entscheiden die Bundesländer weitgehend selbst – die Regionalpolitik ist deshalb ein Stück gelebte Demokratie und Dezentralisierung innerhalb einer ansonsten zu großen Teilen bürokratisch verfassten EU.

Hintergrund

Die Unterschriftensammlung der Linksfraktion im Europäischen Parlament hat folgenden Hintergrund: Im Europäischen Parlament und im Rat der Europäischen Union wird gegenwärtig ein Gesetzespaket diskutiert, zu dem die Verordnungsentwürfe für die EU-Regionalförderung und vor allem der Entwurf für den Mehrjährigen Finanzrahmen für die Zeit von 2014 bis 2020 gehören. In diesem Rahmen ist auch die Einführung einer sogenannten makroökonomischen Konditionalität geplant: EU-Fördermittel, die für den Einsatz in den verschiedenen europäischen Regionen (unter ihnen die deutschen Bundesländer) bestimmt sind, sollen reduziert oder sogar ganz gestrichen werden, wenn der entsprechen-



de Mitgliedstaat die Verschuldungskriterien des Stabilitäts- und Wachstumspaktes nicht einhält. Künftig soll diese Regelung für alle EU-Regionalfonds gelten:

- für den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung,
- für den Europäischen Sozialfonds,
- für den Kohäsionsfonds,
- für den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes und
- für den Europäischen Fischereifonds.

Bisher gibt es eine solche Regelung „nur“ für den Kohäsionsfonds.

EU-Regionalpolitik und die vorgesehenen Sanktionen

EU-Regionalförderung wird seit den 60er Jahren des 20. Jahrhunderts betrieben. Zunächst hatten 5 der damals 6 Gründungsmitglieder der Europäischen Gemeinschaften (EG) relativ gleiche ökonomische und soziale Bedingungen. Italien, dessen Südregionen schwächer waren, erhielt für sie Hilfe aus den EG-Geldern. Erst durch die Entstehung eines einheitlichen Agrarmarktes wurde es notwendig, einen Fonds zu bilden, der Unterschiede zwischen den Regionen ausgeglichen hat und den Bauern bestimmte Einkünfte garantierte.

Mit dem Beitritt weiterer Mitglieder zur damaligen Europäischen Gemeinschaft wurde die Einführung einer echten EU-Strukturpolitik immer notwendiger, da die wirtschaftliche und soziale Leistungsfähigkeit der Mitgliedstaaten und ihrer Regionen immer mehr auseinanderdriftete.

Das Ziel der EU-Regionalpolitik besteht darin, den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt der Regionen innerhalb der Europäischen Union zu stärken. Dazu ist es notwendig, ihren wirtschaftlichen und sozialen Rückstand zum Durchschnitt der EU schrittweise zu verringern. Die EU bedient sich dabei verschiedener Fonds, zu denen der Europäische Fonds für Regionale Entwicklung, der Europäische Sozialfonds, der Kohäsionsfonds, der Europäische Landwirtschaftsfonds für die ländliche Entwicklung und der Europäische Fischereifonds gehören.

Die Mittel der EU-Regionalförderung bilden inzwischen den zweithöchsten Ausgabenposten im EU-Haushalt. Geplant wird generell in der EU für 7 Jahre. Gegenwärtig befinden wir uns in der Förderperiode 2007 bis 2013; die nächste Förderperiode (bis 2020) wird durch die Organe der EU und in den Mitgliedstaaten gerade vorbereitet. Für jede Förderperiode werden entsprechend der wirtschaftlichen Lage Leitziele aufgestellt, auf die die EU-Fonds ausgerichtet werden.

Mit der Erweiterung der EU auf 27 (ab 2013 dann 28) Mitglieder, von denen die meisten wirtschaftlich und sozial zu den schwächeren Staaten gehören, hat der Bedarf an Fördermitteln enorm zugenommen. Deshalb spielt das Gesamtvolumen des EU-Haushalts in den jetzigen Verhandlungen eine zentrale Rolle. Der Mehrjährige Finanzrahmen für 2014 bis 2020 ist deshalb Objekt eines gewaltigen Verteilungskampfes. Die Staaten, die mehr in den EU-Haushalt einzahlen, als sie durch die Förderpolitik zurückerhalten, die sogenannten Nettozahler (zu denen auch Deutschland gehört) verlangen dabei eine Absenkung des Haushaltsrahmens um mehr als 100 Milliarden Euro, was 10 Prozent des von der Europäischen Kommission vorgeschlagenen Volumens ausmachen würde. Völlig unbeachtet lassen sie dabei, dass sie selbst mit dem Vertrag von Lissabon in erheblichem Umfang neue bzw. erweiterte Aufgaben an die Europäische Union

übertragen haben, die nunmehr auch ausfinanziert werden müssen (z. B. der Europäische Auswärtige Dienst).

Seit der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008 sind die finanziellen Spielräume der Staaten enger geworden, durch das Inkrafttreten des gegenwärtig in der Ratifizierung befindlichen Fiskalpaktes wird die Situation weiter verschärft werden. Gleichzeitig hat die Bedeutung einer angemessenen Regionalförderung zugenommen; sie muss durch einen angemessenen Anteil an Mitteln dazu beitragen, dass die besonders betroffenen Regionen und Staaten nicht abgehängt werden, sondern vielmehr mit der Solidarität Aller wirtschaftlich und sozial gefördert werden können.

In dieser Situation wollen einige Regierungen den EU-Haushalt nicht nur reduzieren, sondern die EU-Fördermittel auch als Sanktion benutzen. Im Vorschlag für die sogenannte Allgemeine Verordnung zum Einsatz der Fonds der EU-Regionalpolitik in den Jahren 2014 bis 2020 ist vorgesehen, dass Fördermittel, auf die die Regionen einen Anspruch haben, gekürzt oder ganz entzogen werden können, wenn der jeweilige Mitgliedstaat die Kriterien aus dem EU-Stabilitäts- und Wachstumspakt (Neuverschuldung und Gesamtverschuldung) nicht einhält.

Das ist ein zutiefst unsinniger und vor allem unsozialer Vorschlag:

Für die Einhaltung der Kriterien des Stabilitäts- und Wachstumspaktes sind die Regierungen der Mitgliedstaaten zuständig, nicht die Regionen. Die Finanzpolitik wird jeweils auf nationaler Ebene verantwortet, verschuldete Regionen sind in der Regel Opfer der nationalen Finanzpolitik.

Die rigide Sparpolitik der Europäischen Union hat – wie Griechenland deutlich zeigt – ganze Staaten und Regionen an den Rand des Zusammenbruchs gebracht. Die Schulden wurden nicht verringert, sondern immer weiter erhöht.

Das ist auch nicht verwunderlich. Durch Lohn-, Renten- und weitere Sozialkürzungen wird der Binnenmarkt geschwächt – die Menschen müssen ihren Konsum einschränken. In der Folge wird die Binnenproduktion verringert, was wiederum zu Betriebsschließungen und daraus resultierend Massenentlassungen führt. Besonders betroffen sind die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes und der gesamte Bereich der öffentlichen Dienstleistungen – von Energie- und Wasserversorgung bis hin zu Bildung und Gesundheitsdienstleistungen. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) sinkt dramatisch. Da die Schuldenhöhe prozentual am BIP gemessen wird, steigen die Schulden immer mehr.

Geringere Fördermittel und Sanktionen tragen nicht dazu bei, die Krise zu beenden, sondern sie verschärfen sie. Sie sind ein untaugliches Mittel!

Und nicht zuletzt schaden sie auch den Staaten, die noch nicht in der Krise sind, auch Deutschland. Wer soll denn die Produkte von „Exportweltmeister“ Deutschland in dieser Situation noch kaufen können?

Notwendig sind Investitionen in die Zukunft. Die Produktion muss in den Krisenregionen wieder in Gang gebracht werden, die Menschen müssen durch Arbeit ihren Lebensunterhalt verdienen können. Nur dann sind die Regionen und Staaten in der Lage, die Probleme schrittweise zu lösen. Das dauert aber seine Zeit und ohne finanzielle Unterstützung, auch und gerade durch die Europäische Union, geht das nicht.

Nicht weniger Mittel, sondern mehr müssen es sein –



aber nicht für Bankenrettungen, sondern zum Aufbau einer modernen zukunftsfähigen Wirtschaft und leistungsfähiger öffentlicher Dienstleistungen. Mit dem Geld, was bisher den Banken zur Rettung der Profite ihrer Klientel in den Rachen geworfen wurde, hätten wichtige Weichenstellungen für die Entwicklung schwacher Regionen und Staaten in Angriff genommen werden können.

Noch ist es nicht zu spät. Noch kann eine solche Entwicklung verhindert werden. Doch nur, wenn die Bürgerinnen und Bürger massiv eingreifen.

Positionen der Partei DIE LINKE zur Zukunft der Europäischen Kohäsionspolitik

Beschluss des Parteivorstandes der LINKEN vom 15. und 16. Oktober 2011

Aus: www.die-linke.de

1. Für DIE LINKE ist die Angleichung der Lebensverhältnisse innerhalb der Europäischen Union auch in Zukunft eine wichtige politische Zielstellung. Unsere Partei wird sich dafür einsetzen, dass die Europapolitik Regionen mit gravierendem Entwicklungsrückstand stärkt und zugleich die Stabilität in allen anderen Regionen stützt. Die Weiterentwicklung der EU-Strukturförderung muss dabei den Erfordernissen sozialer Gerechtigkeit, der Energiewende und der Rüstungskonversion gerecht werden, sowie den ökologischen Umbau und den Ausbau der öffentlichen Daseinsvorsorge stimulieren. Zusätzliche Mittel müssen durch Einsparung bei Militärausgaben – unter anderem durch die Schließung der Europäischen Rüstungsagentur – freigesetzt werden. Die Transparenz der Förderpolitik und der damit verbundenen Geldströme muss für die Öffentlichkeit gewährleistet werden.

2. Der Parteivorstand nimmt vor diesem Hintergrund die „Positionen der Partei DIE LINKE zur Zukunft der Europäischen Kohäsionspolitik“ zur Kenntnis.

Positionen der Partei DIE LINKE zur Zukunft der europäischen Kohäsionspolitik

Die Kohäsionspolitik der EU ist für die Angleichung der Lebensverhältnisse zwischen den europäischen Regionen weiterhin unverzichtbar!

Die europäische Kohäsionspolitik hat in der Vergangenheit einen maßgeblichen Beitrag zur Reduzierung wirtschaftlicher und sozialer Unterschiede zwischen Mitgliedstaaten und Regionen der Europäischen Union geleistet. Insbesondere bei der Integration der neuen Mitgliedstaaten in Mittel-, Ost- und Südosteuropa spielte sie eine wichtige Rolle.

In den letzten zwanzig Jahren haben in Deutschland vor allem die ostdeutschen Bundesländer von der Strukturförderung der EU profitiert. Die Entwicklung der neuen Bundesländer konnte deutlich vorangetrieben und Rückstände zu den entwickelten europäischen Regionen reduziert werden. Die Erneuerung der Infrastruktur, die Förderung von Forschung und Entwicklung und ein Großteil der Maßnahmen zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit wären ohne diese Mittel nicht möglich gewesen. Die grenzüberschrei-

tende Zusammenarbeit erhielt durch die EU-Förderung eine solide Basis.

Zugleich zeigen nationale und europäische Analysen, dass der Angleichungsprozess in den ostdeutschen Ländern noch viele Jahre benötigt. Bekanntlich werden bis 2019 die Mittel des Solidarpakts auslaufen. Vor diesem Hintergrund würde der abrupte Wegfall der europäischen Strukturförderung gravierende Folgen für die Stabilität der Infrastruktur, die Innovationskraft der kleinen und mittleren Unternehmen und die Beschäftigungs- und Ausbildungsmöglichkeiten der Menschen haben – die erreichten Ergebnisse würden infrage gestellt werden.

Dass die Kohäsionspolitik einen „europäischen Mehrwert“ hat, braucht eigentlich vor dem Hintergrund der in der Bundesrepublik in den vergangenen 20 Jahren gesammelten Erfahrungen nicht mehr belegt zu werden: Als Ausdruck gelebter Solidarität zwischen den Mitgliedsstaaten hat die Kohäsionspolitik dazu beigetragen, die Entwicklungsunterschiede zwischen den Regionen zu verringern. Die regional ausgerichtete und integrierte Kohäsionspolitik der EU hat sich bewährt. Aufgrund des dezentralen Ansatzes innerhalb des europäischen Mehrebenensystems können europäische Regionen und auch Kommunen die Erarbeitung von passfähigen Förderstrategien maßgeblich beeinflussen, die Inhalte der transnationalen, interregionalen und grenzüberschreitenden Zusammenarbeit bestimmen sowie vom Erfahrungsaustausch untereinander profitieren.

Grundsätzliche Vorstellungen der Europäischen Kommission zur Zukunft der Kohäsionspolitik und ihre Bewertung durch DIE LINKE

Die Diskussion um die Zukunft der Kohäsionspolitik ist in die politische Auseinandersetzung zum Mehrjährigen Finanzrahmen 2014+ eingebettet.

Die Europäische Kommission hat – ausgehend von ihren Mitteilungen zur Überprüfung des EU-Haushaltes und zu den Schlussfolgerungen aus dem 5. Bericht über den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt – mit ihrem Vorschlag zur Festlegung des mehrjährigen Finanzrahmens sowie den am 6. Oktober vorgestellten Entwürfen für die Strukturfonds-Verordnungen 2014 bis 2020 ihre Vorstellungen über die künftige Gestaltung der Kohäsionspolitik vorgelegt. Angesichts der aktuellen Herausforderungen, vor denen die Union steht, sieht DIE LINKE eine Reihe von Problemen in der Herangehensweise der Kommission. Das betrifft vor allem:

● **Prioritätensetzung und explizite Verzahnung mit der „Europa 2020“ – Strategie:**

Die Kommission schlägt eine Liste mit thematischen Prioritäten vor, auf die sich die Fördermittel konzentrieren sollen. Diese Prioritäten orientieren sich an der „Europa 2020“-Strategie. Eine derartige Verzahnung ist problematisch, denn sie schränkt die Möglichkeiten der Regionen bei der Erstellung ihrer Operationellen Programme erheblich ein. Der basisorientierte Ansatz der Kohäsionspolitik, der die Ausrichtung auf die konkreten Bedürfnisse der Regionen ermöglicht, könnte so verloren gehen.

● **Stärkung der strategischen Programmplanung und Abstimmung und Koordinierung aller Fonds:**

Die Kommission schlägt einen gemeinsamen strategischen Rahmen vor, der sich auf den EFRE (Europäischer



Fonds für regionale Entwicklung), den ESF (Europäischer Sozialfonds), den Kohäsionsfonds, den Europäischen Meeres- und Fischereifonds sowie den ELER (Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums) erstreckt. In diesem Rahmen sollen die Ziele der „Europa 2020“-Strategie als Förderprioritäten für die Kohäsionspolitik ausformuliert werden. Grundsätzlich ist ein gemeinsamer strategischer Rahmen für alle Strukturfonds, den Meeres- und Fischereifonds sowie den Landwirtschaftsfonds im Interesse einer integrierten Entwicklung der Regionen zu begrüßen. Er ist jedoch dann problematisch zu bewerten, wenn die Kohäsionspolitik zu einem bloßen Umsetzungsinstrument für die „Europa 2020-Strategie“ wird und die regionalpolitischen Zielsetzungen der Kohäsionspolitik sowie die spezifischen Förderansätze der verschiedenen Strukturfonds nur unzureichend Berücksichtigung finden. In besonderer Weise gilt das für den ESF.

● **Verbindliche Konditionalitäten und Sanktionen:**

Die Kommission schlägt vor, die Auszahlung eines Teils der Strukturfondsmittel von bestimmten wirtschaftlichen und institutionellen Reformen in den Mitgliedstaaten abhängig zu machen. Mit diesem Vorschlag läuft die Europäische Kommission Gefahr, das ursprüngliche Ziel der EU-Strukturpolitik, die Verringerung regionaler Disparitäten innerhalb der EU, infrage zu stellen. Deshalb lehnen wir derartige Konditionalitäten und Sanktionen ab.

Die Kommission schlägt außerdem die Einführung von finanziellen Sanktionen im Zusammenhang mit dem Stabilitäts- und Wachstumspakt vor. Im Falle der Nichteinhaltung des Stabilitäts- und Wachstumspakts sollen laufende oder künftige Zahlungen aus dem EU-Haushalt teilweise ausgesetzt oder gestrichen werden. Auch dies ist problematisch zu bewerten: Das Einfrieren der Mittel wäre für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der Regionen kontraproduktiv. Und auf operationeller Ebene würden Gebietskörperschaften getroffen werden, die keine oder eine nur eine eingeschränkte Verantwortung für die Wirtschafts- und Finanzpolitik der Nationalstaaten haben. Deshalb lehnen wir derartige finanzielle Sanktionen ab.

● **Ablösung subventionsbasierter Finanzinstrumente und Schwächung der Kofinanzierung:**

Die Kommission orientiert die Mitgliedstaaten und Regionen mit den Verordnungsentwürfen auf die Nutzung von neuen Finanzierungsinstrumenten, insbesondere die Schaffung revolvierender Fonds, vor. Vor dem Hintergrund der durch die Strukturfonds in den vergangenen Jahren geschaffenen Grundsubstanz und der absehbar abnehmenden Höhe der öffentlichen Mittel ist die Vergabe von Fördermitteln als Darlehen eine Möglichkeit, um die wirtschaftliche und soziale Entwicklung weiter in großen Umfang zu stimulieren. Allerdings ist diese Finanzierungsform für bestimmte Programmziele (bspw. Projekte im Rahmen des ESF) nur begrenzt einsetzbar, da hier Rückflüsse nur eingeschränkt zu generieren sind.

● **Stärkung der territorialen Kohäsion und Einbeziehung sämtlicher Regionen:**

Das Ziel des territorialen Zusammenhalts wird im Vorschlag der Europäischen Kommission gestärkt. Positiv zu bewerten ist, dass auch in der neuen Förderperiode alle Regionen in die Kohäsionspolitik einbezogen werden sollen. Der absolute Schwerpunkt liegt auf den Regionen mit erheblichem

Entwicklungsrückstand: 69 Prozent der Kohäsionsmittel sollen in diesen Regionen eingesetzt werden, in denen nur knapp über ein Fünftel der EU-Bürgerinnen und -Bürger lebt, die aber den größten Entwicklungsrückstand gegenüber den entwickelten europäischen Regionen haben. Dieser Ansatz ist grundsätzlich zu begrüßen, auch wenn wir bezüglich der konkreten Ausgestaltung der Strukturfonds in den einzelnen Kategorien von Regionen weiteren Diskussions- und Veränderungsbedarf sehen.

● **Ablösung des bisherigen Phasing-out- und Phasing-in-Systems:**

Die Kommission plant die Ablösung des bisherigen Phasing-in- und Phasing-out-Systems durch eine neue Zwischenkategorie, in die – nach dem bisherigen Stand – die 51 Regionen fallen, deren Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf zwischen 75 und 90 Prozent des Unionsdurchschnitts liegt. Dieses Herangehen unterstützen wir, problematisch ist allerdings, dass die Bundesrepublik in Gestalt der Bundesregierung – wie einige andere Mitgliedstaaten – eine solche, gerade für die neuen Bundesländer wichtige Zwischenkategorie bisher strikt ablehnt.

Grundsätze und Forderungen der Partei DIE LINKE zur Gestaltung der europäischen Kohäsionspolitik

● **Grundprämissen und Ziele:**

Die Kohäsionspolitik ist Ausdruck gelebter Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten, und sie soll sich auch in Zukunft schwerpunktmäßig auf die bedürftigsten Regionen und Länder der EU konzentrieren. Sie muss in diesem Zusammenhang vor allem die Regionen mit gravierenden Entwicklungsrückständen stärken und zugleich die Stabilität und weitere Entwicklung in allen Regionen stützen. Die Weiterentwicklung der EU-Strukturförderung muss den Erfordernissen des Klimaschutzes und Energiewende gerecht werden, sie muss den ökologischen Umbau und den Ausbau der öffentlichen Daseinsvorsorge stimulieren, sie muss eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung, Bildung, gute und nachhaltige Arbeit und die Gleichstellung der Geschlechter fördern sowie die Bewältigung des demografischen Wandels unterstützen. Wir lehnen jeden Versuch der Renationalisierung der Kohäsionspolitik ab.

● **Finanzielle Ausstattung der Kohäsionspolitik:**

Das Gesamtvolumen des mittelfristigen Finanzrahmens hat erhebliche Auswirkungen auf die Effekte, die mittels der Kohäsionspolitik in den europäischen Regionen in einer Förderperiode erreicht werden können. Wir setzen uns deshalb für eine spürbare Aufstockung der Kohäsionsmittel der EU in den Jahren 2014 bis 2020 ein, denn eine starke und mit ausreichend Finanzmitteln ausgestattete Kohäsionspolitik ist eine Voraussetzung für die Reduzierung von wirtschaftlichen und sozialen Unterschieden zwischen Mitgliedstaaten und Regionen in der Europäischen Union. Der Vorschlag der Kommission, anstelle von 347 Milliarden Euro (2007–2013) für die Jahre 2014–2020 nur noch 336 Milliarden in Ansatz zu bringen, ist nicht ausreichend. Die weitere Reduzierung des Finanzrahmens und damit auch des finanziellen Rahmens für die Kohäsionspolitik, wie sie von der Bundesregierung gegenwärtig vertreten wird, lehnen wir ab.

● **Förderfähigkeit aller Regionen:**

Wir begrüßen, dass nach den Vorstellungen der Kommis-



sion auch nach 2013 alle Regionen förderfähig bleiben sollen, und befürworten, dass die von der Kommission vorgeschlagene Zielstruktur „Stärker entwickelte Regionen“, „Übergangsregionen“, „Weniger entwickelte Regionen“ und „Territoriale Zusammenarbeit“ erhalten bleibt. Auch wenn der absolute Schwerpunkt auf der Förderung der weniger entwickelten Regionen (nach dem Ansatz 231,3 Milliarden Euro) liegt, ist auch der Abbau von Strukturschwächen und Disparitäten innerhalb der Regionen mit einem BIP über 90 Prozent des EU-Durchschnitts (stärker entwickelte Regionen – geplant sind 53,1 Milliarden Euro) eine Bedingung für eine harmonische Entwicklung der EU als Ganzes.

● **Schaffung einer Übergangsregelung:**

DIE LINKE unterstützt die Vorschläge der Kommission für die Schaffung einer Zwischenkategorie zwischen der EU-Höchstförderung (bisheriges Ziel 1) und der künftigen Förderung für stärker entwickelte Regionen. Für Regionen, die gegenwärtig im Rahmen des Ziels „Konvergenz“ gefördert werden, deren BIP pro Einwohner aber zwischenzeitlich über 75 Prozent des Unionsdurchschnitts liegt, sollen angemessene Übergangsregelungen geschaffen werden. Eine verlässliche flächendeckende Unterstützung dieser Regionen ist erforderlich. Entwicklungsrückstände, wie zu geringe Forschungs- und Entwicklungskapazitäten, zu geringe Einbindung in internationale Wirtschaftskreisläufe, unzureichende Eigenkapitalausstattung der Unternehmen, anhaltend hohe Arbeitslosigkeit und schwere demografische Nachteile werden bis 2013 nicht überwunden sein. Das abrupte Wegbrechen der Förderung bei einem Ausscheiden aus dem Ziel Konvergenz ab 2014 würde in den betroffenen Regionen die bereits erreichten Erfolge wieder infrage stellen. Eine Übergangsregelung sollte sicherstellen, dass die Förderung ab 2014 in den betroffenen Regionen zwei Drittel des gegenwärtigen Förderniveaus nicht unterschreitet.

● **Territoriale Zusammenarbeit unterstützen:**

Die Förderung der grenzübergreifenden, transnationalen und interregionalen Zusammenarbeit soll nach den Vorschlägen der Kommission auch in Zukunft ein eigenständiges Ziel innerhalb der Kohäsionspolitik bleiben. Die Vorschläge für die Erweiterung des finanziellen Rahmens der territorialen Zusammenarbeit weisen in die richtige Richtung und sind gegen Angriffe, insbesondere auch der deutschen Bundesregierung, zu verteidigen. Besonders gestärkt werden muss nach unserer Auffassung die grenzüberschreitende Zusammenarbeit, auch finanziell. In den Grenzregionen, vor allem an der ehemaligen und erst recht an der heutigen EU-Außengrenze entscheidet sich, ob das „alte“ und das „neue“ Europa wirklich zusammenwachsen. Hier geht es nicht nur um den Ausgleich wirtschaftlicher Strukturunterschiede, sondern auch darum, sozialen Verwerfungen entgegen zu wirken und umweltverträgliche regionale Verkehrsinfrastrukturen, verkehrsvermeidende Raumordnung und Siedlungsstrukturen zu gestalten. Die Herausbildung zweisprachiger Räume, die Menschen auch kulturell miteinander verbinden, ist eine zentrale Aufgabe, die die Europäische Union angemessen unterstützen muss. Die Verteilung der Mittel für die territoriale Zusammenarbeit allein nach der Bevölkerungsgröße der Mitgliedstaaten, wie sie bisher praktiziert und auch für die Zukunft erneut vorgeschlagen wurde, wird dieser Aufgabenstellung jedoch nicht gerecht.

● **Erfahrungen mit Operationellen Programme fortführen:**

Die Operationellen Programme müssen weiterhin das Hauptinstrument zur Umsetzung der strategischen Prioritäten und Ziele sein. Das derzeitige System der Programmgestaltung und Programmumsetzung auf regionaler Ebene hat sich bewährt und soll auch zukünftig beibehalten werden, jedoch muss zukünftig das Partnerschaftsprinzip verbindlich festgeschrieben werden. Die thematische Fokussierung muss auf der regionalen Ebene vorgenommen werden, denn hier können am besten vorhandene Entwicklungspotenziale erschlossen und lokale und regionale Akteure aktiviert werden. Deshalb finden wir die in den Partnerschaftsvereinbarungen und der internen Konditionalisierung angelegte Tendenz zur Zentralisierung der Kohäsionspolitik bedenklich.

● **Stärkung der demokratischen Mitwirkung:**

Wir sprechen uns für eine Stärkung des Partnerschaftsprinzips und damit verbunden die Einbeziehung der Wirtschafts- und Sozialpartner, weiterer Vertreter der Zivilgesellschaft, Partner des Umweltbereichs, Nichtregierungsorganisationen, Einrichtungen zur Förderung der Gleichstellung von Männern und Frauen und anderer regionaler und lokaler Akteure in allen Phasen der Strukturfondsförderung aus. Das Partnerschaftsprinzip muss detailliert und rechtsverbindlich definiert werden. Wir fordern eine stärkere Einbeziehung der Landesparlamente in den Prozess der Erstellung und Umsetzung der Operationellen Programme.

● **Stärkung des Subsidiaritätsprinzips – keine sachfremden Vorbedingungen:**

Wir bekräftigen die Notwendigkeit, bei der Abfassung der Rechtsgrundlagen die Prinzipien von Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit in der europäischen Kohäsionspolitik konsequent anzuwenden und zu stärken. Die Verpflichtung der Mitgliedstaaten und Regionen zu strukturellen oder institutionellen Reformen als Bedingung für die Zuweisung von Strukturfondsmitteln lehnen wir ab. Die Besonderheiten föderativ verfasster Staaten sowie die Rolle und die Zuständigkeiten, die die Regionen in diesen Staaten haben, sind zu beachten. Diese Prinzipien dürfen nicht aufgrund von Effizienzerwägungen infrage gestellt werden. Zur Stärkung von Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit sollte das Verwaltungs- und Finanzkontrollsystem konsequent vereinfacht werden.

● **Integrierte Lösungen für die Regionen:**

Die Kohäsionspolitik muss über die einzelnen Politikfelder und Themen hinweg auf regionaler Ebene weiter zu integrierten Problemlösungen fähig bleiben. Die Verknüpfung der europäischen Kohäsionspolitik mit der „Europa 2020“-Strategie darf nicht zu einer Sektoralisierung der Kohäsionspolitik oder einer Einengung der Möglichkeiten der Regionen führen. Eine restriktive Beschränkung der Prioritäten in den entwickelten Regionen und den Übergangsregionen auf Energieeffizienz, Erneuerbare Energien, Innovation und Unterstützung klein- und mittelständischer Unternehmen ist nicht akzeptabel, die Regionen müssen weiterhin durch breit gefächerte Maßnahmen die Möglichkeit haben, entsprechend der spezifischen regionalen Bedürfnisse und Erfordernisse Prioritäten zu setzen. Dies gilt insbesondere auch für die Übergangsregionen, deren Entwicklung nach wie vor komplexer Programme zur Unterstützung einer nachhaltigen in-



tegrierten regionalen Wirtschaftsentwicklung bedarf. Der Vorschlag der Kommission z.B., in Übergangsregionen, die gegenwärtig in der Ziel-1-Förderung sind, 60 Prozent der EFRE-Mittel für die genannten Prioritäten einzusetzen, ist ambivalent. Einerseits ist es richtig, dass in diesen Feldern deutlich mehr investiert werden muss, andererseits lässt eine solche Herangehensweise den Regionen weniger Spielraum für eine eigene Schwerpunktsetzung.

● **Sanktionen:**

Eine Sanktionierung unzureichender Zielerreichung in Form von Mittelkürzungen und Nichtzuteilung zusätzlicher Fördermittel lehnen wir ab. Eine solche Verfahrensweise würde für die betreffenden Haushalte ein unkalkulierbares Risiko bedeuten. Gleiches gilt für Vorschläge, die bei Nicht-Einhaltung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes bzw. der Verpflichtung zur Durchführung institutioneller Reformen auf mitgliedstaatlicher Ebene Sanktionen vorsehen, denn beides ist durch die Regionen nur in sehr begrenztem Umfang zu beeinflussen. Beide Maßnahmen würden zudem für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der betreffenden Regionen kontraproduktiv wirken. Anstelle des Einsatzes von Sanktionen sollte die praktische Unterstützung durch die EU treten: Die Kommission sollte in den Ländern, in denen es erhebliche Probleme beim Mittelabfluss gibt, sehr viel stärker als bisher die Vermittlung von Erfahrungen anderer Mitgliedstaaten fördern.

● **Maßstab für die Förderwürdigkeit:**

Wir teilen die Auffassung der Kommission, dass das Bruttoinlandsprodukt das Hauptkriterium für die Bestimmung der Förderungswürdigkeit von Regionen im Rahmen der Regionalpolitik sein soll. Das BIP ist jedoch eine Messgröße für Produktion und nicht für das Wohlergehen, das der Bevölkerung aus dieser Produktion entsteht. Deshalb muss das BIP nach unserer Auffassung durch weitere Indikatoren sozialer und ökologischer Art ergänzt werden, wie bspw. Höhe der Arbeitslosigkeit, Situation auf dem Ausbildungsmarkt, Dichte der Infrastruktur im Bereich von Forschung und Entwicklung, soziale Ausgrenzung, Armut, demografischer Wandel, Einkommensverteilung (Gini-Koeffizient).

● **Kofinanzierungssätze:**

Angesichts der angespannten Situation der nationalen und der regionalen Haushalte sollten die bisherigen Kofinanzierungssätze der EU nicht abgesenkt werden. Die Differenzierung nach der Zielgebietszuordnung hat sich bewährt. In den Übergangsregionen sollte der Kofinanzierungssatz auch künftig bei 75 Prozent liegen. Den Vorschlag der Kommission, in den Regionen der Zwischenkategorie einen Kofinanzierungssatz von 60 Prozent anzuwenden, lehnen wir ab. In entwickelten Regionen sollte er 50 Prozent nicht unterschreiten. Für Länder unter dem Rettungsschirm würde die auf europäischer Ebene bereits vorgeschlagene weitere Reduzierung des Kofinanzierungsanteils auf vielleicht 5 Prozent ein wichtiges unterstützendes Mittel sein, um vor allem die Wirtschaft wieder anzukurbeln.

● **ESF als Bestandteil der Strukturpolitik:**

Der ESF ist das wichtigste arbeitsmarkt- und beschäftigungspolitische Förderinstrument der EU. Es ist zu begrüßen, dass die Kommission – nach kontroversen Debatten – den ESF weiter als wichtiges Instrument der europäischen Kohäsionspolitik in ihren Verordnungsentwürfen fixiert hat. Die

im Vorschlag genannten Themenbereiche sind eine gute Grundlage für den Einsatz des ESF vor allem in den Bereichen Beschäftigung und Mobilität, Bildung und lebenslanges Lernen sowie soziale Eingliederung und Bekämpfung von Armut. Die Förderpolitik des ESF sollte zugleich den Fokus stärker auf die Förderung von „Guter Arbeit“ richten.

● **Revolvierende Fonds:**

Die Anwendung von Förderinstrumenten auf Darlehensbasis und die Entwicklung von neuen Finanzinstrumenten sollte nur in geeigneten Handlungsfeldern der Strukturfonds geschehen. Die Zuschussfinanzierung sollte weiterhin vorrangig zum Einsatz kommen. Rückflüsse und Zinseinnahmen aus revolvingierenden Fonds müssen in den Regionen verbleiben. Die Erwartung der Kommission, dass auch der ESF in größerem Umfang mittels neuer Finanzierungsinstrumente eingesetzt werden kann, wird sich nicht erfüllen: Die Zuschussfinanzierung wird bei den ESF-Interventionen weiter maßgeblich bleiben.

● **Rolle der Städte:**

Europas Städten kommt künftig eine noch wichtigere Rolle zu. Vor allem hier gilt es, Antworten auf sozial-, integrations- und damit auch wirtschaftspolitische Herausforderungen zu finden, sind doch Städte oft „Brennpunkte“ gesellschaftlicher Entwicklungen und erfüllen gleichzeitig wichtige Aufgaben in der Sicherstellung der Daseinsvorsorge. Die städtische Dimension sollte daher auch vor dem Hintergrund der anhaltenden Land-Stadt-Bewegung in der nächsten Förderperiode einen zentralen Stellenwert erhalten. Es ist daher wichtig und richtig, dem urbanen Aspekt wieder eine größere Bedeutung zuzumessen. Von besonderer Bedeutung ist für uns, die städtische Dimension im Zusammenspiel mit Verflechtungsräumen zu sehen. Die Kommission kommt dieser Aufgabenstellung zum Teil nach, u. a. durch den Vorschlag, einen bestimmten Teil der Mittel für die Stadtentwicklung zu binden. Angesichts von geringer werdenden Mitteln in den entwickelten Regionen wie in den Übergangsregionen wird es aber für die Regionen immer schwieriger, entsprechende Maßnahmen zu finanzieren.

● **Ländlicher Raum:**

Eine besondere Rolle kommt zudem der Förderung des ländlichen Raumes zu, einschließlich der Förderung der Städte und Gemeinden im ländlichen Raum. Nur so kann Strukturdefiziten und Abwanderungstrends sowie Überalterung in vielen ländlichen Gebieten begegnet werden. Eine möglichst enge Abstimmung zwischen den europäischen Strukturfonds und dem ELER ist daher erforderlich.

● **Infrastrukturfazilität („Connecting Europe“):**

Wir unterstützen den Vorschlag der Kommission, über einen gesonderten Fonds grenzüberschreitend moderne und leistungsfähige Infrastrukturnetze in den Bereichen Energie, Verkehr und digitale Netze zu schaffen. Diese Netze sind nicht nur Voraussetzung für einen funktionierenden Binnenmarkt, sondern verbessern die Lebensbedingungen der Menschen. Besonders in den neuen Mitgliedstaaten sowie zwischen alten und neuen Mitgliedstaaten besteht erheblicher Nachholbedarf. Bei der Planung des Mitteleinsatzes dieses in Brüssel verwalteten Fonds ist die breiteste mögliche Beteiligung der betreffenden Regionen zu sichern. Den Aufbau dieses Fonds zulasten einer Reduzierung der Strukturfondsmittel lehnen wir jedoch ab.



Aus der internationalen Linken

DIE LINKE wird keinem Konzept zustimmen, das Krieg einschließt

Rede von Wolfgang Gehrcke, MdB, Außenpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE, zu Anträgen von SPD und Grünen zum Thema „Internationale Schutzverantwortung“ vom 28. Juni 2012 im Bundestag; aus: www.linksfraktion.de/reden/

Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen!

Ich denke, dass es wirklich gut ist, sich am Beginn der Debatte doch einmal an die Charta der Vereinten Nationen und an den Gründungsgeist der Vereinten Nationen zurückzuerinnern und davon auszugehen. Es waren zwei große Gedanken, die die Vereinten Nationen bewegt haben: Krieg sollte als Mittel der Politik ausgeschlossen werden, und man wollte nie wieder Faschismus, Diktaturen und Gewalt dulden. Das sind die Leitlinien der Vereinten Nationen.

Deswegen haben sich die Vereinten Nationen sehr früh darauf festgelegt, Gewalt und bereits die Androhung von Gewalt aus dem Zusammenleben der Völker auszuschließen. Stattdessen sind mehr und mehr Überlegungen zu Konfliktvermeidung und friedlicher Konfliktlösung entwickelt worden. Die Vereinten Nationen haben einen großen Anteil daran, dass das Kolonialsystem zusammengebrochen ist. Ich glaube, dass man sich, von den Positionen der Vereinten Nationen herkommend, besser die Frage stellen sollte: Gehören Menschenrechte zum Völkerrecht, oder stehen sie außerhalb des Völkerrechts? Das ist die rechtliche Frage. Ich möchte aus meiner Sicht ganz deutlich sagen: Menschenrechte gehören zum Völkerrecht und sind Teil des Völkerrechts. Das sollte unbestritten sein. Die großen beiden Dokumente der Vereinten Nationen sind für mich die Charta der Vereinten Nationen und die Charta der Menschenrechte. Beides muss umgesetzt werden. Daraus ziehe ich für mich die Schlussfolgerung, dass die Vereinten Nationen nicht nur für Menschenrechte kämpfen dürfen, sondern sie sind verpflichtet, für Menschenrechte zu kämpfen und in diesem Bereich möglichst noch mehr zu tun.

Um den Kampf um Menschenrechte geht es auch in den vorliegenden Anträgen. Ich finde vieles, was in diesen Anträgen steht, vernünftig. Ich würde gern in den Ausschüssen, wo wir darüber noch reden werden, einiges vertiefen wollen. Aber ich will auch gleich auf die Pferdefüße zu sprechen kommen, die für mich eine Zustimmung zu diesen Anträgen ausschließen.

Beide Anträge beinhalten die Möglichkeit eines Krieges. Es ist allerdings anders formuliert: Die SPD spricht in ihrem Antrag von militärischem Eingreifen oder militärischer Intervention. Die Grünen sprechen von Zwangsmaßnahmen nach Kapitel VII der UN-Charta. Beide Anträge beziehen militärische Gewalt ein und schließen sie nicht aus.

Dem stimme ich nicht zu. Wir werden nicht unsere Stimmen für den Einsatz militärischer Gewalt geben.

Ich behaupte ja nicht, dass die Anträge damit enden. Das ist erst der Anfang. Ich habe Ihre Anträge gelesen.

Es gab einmal eine Zeit, wo für die Sozialdemokratie militärische Gewalt nicht Ultima Ratio, sondern Ultima Irratio war. Das war zur Zeit von Willy Brandt. Für die Grünen galt dasselbe. Hier müssen Sie sich entscheiden: Wird militärische Gewalt für Sie wieder Ultima Ratio? Dann landet man schnell bei militärischer Gewalt. Oder bleibt es dabei, dass Krieg die Ultima Irratio ist? Dann müssen wir sie ausschließen.

Schauen Sie sich einmal die Opfer der Kriege an: in Jugoslawien – bei diesem Krieg wurde immer mit den Menschenrechten argumentiert –, im Irak, in Afghanistan und Libyen. Wenn Sie die Zahl der Opfer zusammenrechnen, kommen Sie auf das furchtbare Ergebnis, dass wahrscheinlich über 900 000 Menschen in diesen Kriegen ihr Leben verloren haben. Das ist eine gewaltige Opferzahl. Kann es wirklich sein, dass wir akzeptieren, dass aufgrund des Einsatzes von militärischer Gewalt und ihrer Folgen Menschen Leben und Gesundheit verlieren? Das entspricht nicht meiner Vorstellung. Ich glaube nicht, dass man über den Krieg Menschenrechte erkämpfen kann. Deswegen will ich militärische Gewalt ausschließen.

Ich schlage Ihnen gerne ein anderes Herangehen vor. Man kann über Schutzmaßnahmen in Form eines Pakts im Parlament diskutieren. Ich möchte gerne verhindern, dass Menschen weiter im Mittelmeer ertrinken, weil sie nach Europa kommen wollen. 14 000 Menschen sind im Mittelmeer umgekommen. Ist das nicht eine Herausforderung? Ich möchte die Flüchtlingsströme mit ihren Hunderttausenden von Menschen beenden. Ich möchte, dass wir eine Sprache finden, in der wir die Dinge wieder beim Namen nennen und in der Krieg wieder Krieg heißt statt militärische Einmischung, Schutzverantwortung oder Zwangsmaßnahmen. Ich möchte, dass wir eine Art und Weise der Menschenrechtspolitik entwickeln, die gradlinig ist. Man kann nicht auf der einen Seite hinschauen und auf der anderen Seite wegschauen.

Bei Libyen hatte sich Deutschland – das war das einzig Vernünftige dieser Bundesregierung – seiner Stimme enthalten. Wir hätten, wenn wir es zu entscheiden gehabt hätten, dagegen gestimmt. Der Libyen-Krieg hat das Leben von 40 000 Menschen gekostet. Da können Sie doch nicht sagen, dass er vernünftig war.

Danke sehr.

Griechenland: Europa streitet wieder über Alternativen

Eine Analyse der Parlamentswahlen in Griechenland aus linker Sicht

Von Dominic Heilig, Mitglied des Parteivorstandes der LINKEN; aus: <http://dominic.linkeblogs.de/>

Vorbemerkung

Der „Aufmacher“ der Internetausgabe des Wochenmagazins Der Spiegel macht am Montag nach den Parlamentswahlen in Griechenland einmal mehr deutlich, worum es am 17. Juni im eigentlichen Sinne ging: „Anleger feiern Ergebnis der



Griechen-Wahl“.¹ Weiter heißt es „Es ist das Schlimmste befürchtet worden, doch das Börsendesaster bleibt aus. Nach der Wahl in Griechenland schießt der Dax in die Höhe, der Euro klettert auf den höchsten Stand seit einem Monat. Außenminister Westerwelle deutet der neuen Regierung in Athen ein Entgegenkommen bei den Sparauflagen an.“

Das sich seit Jahren immer tiefer in eine Wirtschafts- und Finanzkrise manövrierende Griechenland hatte mit den Parlamentswahlen vom 6. Mai 2012 und dem überraschend-überragenden Wahlergebnis des Linksbündnisses SYRIZA für jede Menge Aufregung in Europa und an den Finanzmärkten, unter Spekulanten und Anlegern, gesorgt. Der anfängliche Schock über die 17 Prozent für SYRIZA, alsbald kolportiert und exekutiert durch europäische Leitmedien, wich zwar zuletzt einer realistischeren Einschätzung der politischen Situation in Griechenland kurz vor dem zweiten Urnengang am 17. Juni – so bot selbst die deutsche Financial Times dem Parteichef des Bündnisses der radikalen Linken, Alexis Tsipras, Platz für einen Gastartikel – die Angst und die Vorbehalte vor einer linksgeführten Regierung in Athen blieben aber bestehen.

Seit dem Sturz der Militärdiktatur Mitte der 70er Jahre des 20. Jahrhunderts hatte das arme Land am südlichen Rand der Europäischen Union nicht mehr so viel journalistische und politische Aufmerksamkeit erhalten, wie in den letzten beiden Monaten. Grund hierfür war neben dem sehr guten Abschneiden der radikalen Linken bei den Wahlen am 6. Mai u. a. die zunehmende Fragmentierung des politischen Systems Griechenlands und die daraus resultierende Unfähigkeit der politischen Akteure in Athen zu stabilen Regierungsmehrheiten zu gelangen. Nicht aber die Lager der politischen Linken und der politischen Rechten standen sich gleichauf gegenüber und verhinderten eine stabile Regierungsmehrheit, sondern die Lager der Befürworter und der Gegner der Kürzungsprogramme standen sich unversöhnlich gegenüber. Hinzu kam, dass die ehemals etablierten Volksparteien Nea Demokratia (ND) und PASOK sich mit neuer Stärke ausgestatteten Exponenten der jeweiligen politischen Ränder konfrontiert sahen, die bislang lediglich „nur“ als Legitimationsgehilfen der Simulation von Demokratie in Griechenland herhalten mussten. Nie waren die kleinen Parteien der politischen Ränder – trotz ihrer Vertretung im Parlament und ihrer gesellschaftlichen Verwurzelung – an Koalitionsregierungen beteiligt worden. Nun aber brauchte man diese plötzlich, denn die Zeit der klaren Mehrheiten und des Regierungswechsels zwischen PASOK und ND waren vorerst vorüber.

Hatte es nach dem Rücktritt des sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Papandreou ganze sieben Monate gedauert, bis die Bürgerinnen und Bürger über den Kurs und die Besetzung einer neuen Regierung abstimmen durften, verging diesmal nach den Niederlagen der beiden Volksparteien im Mai 2012 kein ganzer Monat, bis ein erneutes Votum den WählerInnen abgerungen werden sollte. Ein bemerkenswerter Vorgang.

Beinahe jedoch hätten sich die Exponenten der etablierten Parteien mit dieser Strategie – der Demagogie gegenüber der radikalen Linken und der schnellen Ausrufung von Neuwahlen – verzockt. Dass sie dennoch wohl weiter an den Hebeln der politischen Herrschaft schalten und walten werden können – trotz einer erneut gestärkten radikalen Linken – liegt nicht nur an dem ungeheuren (medialen)

Druck aus Europa, sondern auch an der politischen Linken in Griechenland selbst. Die Fehler auf der politischen Linken wurden aber nicht im Wahlkampf für den zweiten Wahlgang, sondern bereits im Vorfeld des ersten Wahlganges am 6. Mai 2012 gemacht. Diese Linke – deren Vielfalt in dem Bestehen gleich dreier starker Parteien Ausdruck findet – war nicht in der Lage gewesen, bereits im Vorfeld des ersten Wahlganges ein gemeinsames Agieren und Wahlantreten zu organisieren. Im Gegenteil. Vielmehr kultivierten vor allem die Demokratische Linke (DimAr) und die Kommunistische Partei (KKE) ihre Abneigung gegenüber dem politischen Shootingstar, Alexis Tsipras von SYRIZA, und lehnten jede prä-elektorale Kooperation sowie jede post-elektorale Koalition ab.

Der Wahlkampf für den zweiten Urnengang am 17. Juni 2012 war durch die Frage dominiert, wer denn als stärkste Partei die durch das Wahlsystem feilgebotenen 50 Bonus-sitze im Parlament erhalten würde. In den Hintergrund trat dabei fast die inhaltliche Auseinandersetzung über den Weg Griechenlands aus der Finanz- und Wirtschaftskrise.

I. Das griechische Wahlsystem

In der Vorbemerkung habe ich bereits darauf verwiesen, dass der zweite Wahlgang vor allem unter dem Eindruck des griechischen Wahlsystems – genauer gesagt der 50 Bonus-sitze für die stärkste Partei – stand. Beinahe in den Hintergrund gerieten dadurch die politisch-inhaltlichen und programmatisch-strategischen Trennlinien der griechischen Parteienlandschaft. In der gebotenen Reduzierung nun also einiges Darstellendes zum griechischen Wahlsystem:

Auch bei den Parlamentswahlen am 17. Juni 2012 waren rund zehn Millionen Griechen zur Stimmabgabe aufgerufen. In Griechenland herrscht Wahlpflicht, Sanktionen haben Nicht-Wähler aber nicht (mehr) zu befürchten. Gewählt wird nicht (wie in Deutschland) mit einem einzigen Wahlzettel, auf dem die Kandidaten aller Listen bzw. Parteien stehen, sondern jede Partei hat eigene Stimmzettel, die allerdings im selben Format und auf gleichem Papier gedruckt werden müssen. Die Kandidaten werden nicht von regionalen (Partei)Organisationen bestimmt, sondern von den jeweiligen Parteivorsitzenden und einer zentralen Wahlkommission, die durch die jeweiligen Parteien berufen werden.

Das griechische Parlament besteht aus einer Kammer, die über 300 Sitze verfügt. Die stimmstärkste Partei erhält 50 sogenannte Bonus-sitze – die übrigen 250 Sitze werden analog zu den abgegebenen gültigen Stimmen an die Parteien verteilt, die die Dreiprozenthürde überwunden haben.

Insgesamt 288 Sitze werden dabei in 48 Regionen mit mehreren Mandaten und in acht Regionen mit nur einem Mandat vergeben. Dabei gilt die sogenannte Kreuzwahl, d. h. einen Sitz erhalten die Kandidaten, hinter denen die meisten Wähler ein Kreuz gesetzt haben. Die übrigen zwölf Sitze werden unter besonderen griechenlandweiten Kandidatenlisten verteilt, von denen jede Partei eine aufgestellt hat. Mit der Regierungsbildung wird zunächst immer der Parteichef der stärksten Partei im griechischen Parlament beauftragt.

Bislang war es in Griechenland unüblich Koalitionsregierungen zu bilden. Meist wechselte die Regierungsgewalt zwischen den beiden großen Parteien, der sozialdemokratischen PASOK und der rechts-konservativen Nea Demokratia. Das Parteiensystem in Griechenland gilt als stark fragmentiert, wenngleich nur wenige Parteien über die



Dreiprozenthürde springen und auf den Parlamentssesseln mit Abgeordneten Platz nehmen dürfen.

II. Die griechische Linke – ein geschichtlicher Abriss

Wie bereits zu den Parlamentswahlen am 6. Mai 2012 kam es auch beim zweiten Wahlgang am 17. Juni 2012 im Vorfeld zu keiner Verständigung unter den relevanten griechischen Linksparteien im Hinblick auf einen gemeinsamen Wahltritt oder eine post-elektorale Kooperation zwischen SYRIZA, KKE und DimAr. Das ist vor allem in der Geschichte der drei Linksparteien selbst begründet.

Die Demokratische Linke und der Hauptbestandteil von SYRIZA, die Linkspartei Synaspismos, stammen beide aus derselben Wurzel, dem eurokommunistischen Teil der KKE, der sich 1968 von der damals noch illegalen und deswegen im Ostblock „stationierten“ griechischen KP getrennt hatte. Die eurokommunistische KKE wandte sich Ende der 1980er Jahre vom Marxismus-Leninismus ab und benannte sich in „Griechische Linke“ (EAR) um. Die Eurokommunisten und später die EAR galten als Parteien des linken Bildungsbürgertums. Bereits in diesem politischen Milieu entstand eine europafreundliche und reformorientierte politische Strömung, die dem „modernisierungsfreundlichen“ Flügel von PASOK sehr nahe stand und in den 1990er Jahren für eine Koalition mit der reformorientierten PASOK plädierte. Ende der 1980er Jahre und mitten in einer skandalbedingten Krise der PASOK-Regierung formte die EAR mit dem verbliebenen marxistisch-leninistischen Teil der KKE „Synaspismos“ (Bündnis) als gemeinsame Wahlplattform. Im Jahr 1991 und im Zuge des Kollapses des real-existierenden Sozialismus ist das Bündnis bereits wieder zerbrochen. Wenig später ausgetretene KKE-Funktionäre, die sich für eine Erneuerung des Parteiprogramms ausgesprochen hatten, und die EAR entschieden daraufhin, das Bündnis Synaspismos in eine zugelassene politische Partei umzuwandeln.

Diese neue Partei, ebenfalls Synaspismos genannt, rang in den kommenden Jahren ständig darum, die Dreiprozenthürde zu überwinden, und musste nach den Wahlen 2000 einige Abgänge des rechten Flügels in Richtung PASOK hinnehmen. In den darauffolgenden Jahren rückte Synaspismos weiter nach links und bildete mit mehreren kleineren Gruppen und Parteien erstmals vor den Parlamentswahlen 2004 das Parteienbündnis SYRIZA, bestehend aus neun linken Parteien und Organisationen. Bei diesen Wahlen errang SYRIZA 3,26 Prozent der Stimmen und sechs Mandate. Das Bündnis zerfiel danach jedoch weitgehend, da es interne Auseinandersetzungen, vor allem um die Rolle von Synaspismos, gegeben hatte. 2007 wurde SYRIZA wiederbelebt. Alekos Alavanos wurde zum neuen Präsidenten gewählt und führte einen weiteren Linksschwenk durch. Ihm folgte im Februar 2008 Alexis Tsipras. Weitere Gruppierungen schlossen sich SYRIZA an. Bei den Parlamentswahlen 2007 hatte SYRIZA ein Ergebnis von 5,04 Prozent und 14 Sitze im Parlament errungen. Bei den Parlamentswahlen 2009 ging der Stimmenanteil aber auf 4,6 Prozent zurück (13 Sitze).

In dem Linksbündnis SYRIZA sind seither viele AktivistInnen der außerparlamentarischen Bewegung tätig. Als einigendes Band dient vor allem die Antiglobalisierungsbewegung, und obwohl im Bündnis auch ehemalige stalinistische Gruppierungen zu finden sind, behielt Synaspismos immer die Oberhand. So wurde auch nach der Bildung von SYRIZA

innerhalb von Synaspismos die traditionelle Europafreundlichkeit der Partei nie radikal infrage gestellt. Kritik an der EU-Politik kam vor allem vom linken Flügel, die EU-Mitgliedschaft an sich ebenso wie der Verbleib in der Euro-Zone wurden jedoch nicht hinterfragt.

Der Streit zwischen den Flügeln spitzte sich erst nach Studentenprotesten 2006 bis 2008 zu. Und als die Finanzkrise ihren Lauf nahm, entschied sich der größte Teil des rechten Flügels von Synaspismos, aus der Partei auszuschneiden und die Demokratische Linke als eine „konstruktive, linke Opposition“ zu gründen. Synaspismos hat das Ausschneiden des rechten „erneuerungs-orientierten“ Flügels relativ leicht verkraftet. Die Parteiführung unter Alexis Tsipras hatte nunmehr neue Spielräume gewonnen, und die verschiedenen Richtungen in Synaspismos scheinen zu einem Ausgleich gekommen zu sein. Der bis 2010 ausgetragene Konflikt innerhalb von Synaspismos zwischen denen, die eine Machtverschiebung zugunsten SYRIZA anstrebten, und der Synaspismos-Führung, hat ebenfalls nachgelassen, und trotz der weiterhin bestehenden Meinungsverschiedenheiten hat Synaspismos nicht an Handlungsfähigkeit verloren.

Was die verschiedenen Fraktionen innerhalb von Synaspismos betrifft, so waren die in den letzten zwei Jahren ergangenen Appelle der Parteiführung unter Tsipras an die frustrierte Parteibasis von PASOK erfolgreich, die Seiten zu wechseln und mit SYRIZA zusammenzuarbeiten. Bereits vor den Neuwahlen vom Mai kooperierten im Parlament unter dem Eindruck der rigiden Kürzungspolitik der Großen Koalition ausgeschiedene PASOK-Abgeordnete mit der SYRIZA-Fraktion.

Für Kontinuität und Stabilität innerhalb des Linksbündnisses SYRIZA steht also vor allem Synaspismos. Denn bei den anderen Bündnispartnern in SYRIZA ist die Haltung oft unklar: Die meisten von diesen Gruppierungen stammen aus dem Milieu der außerparlamentarischen und kommunistischen Linken. Ihnen ist es bislang nicht gelungen, das Bild von SYRIZA nach außen entscheidend mitzubestimmen bzw. sich bei wichtigen Punkten nach innen (Frage des Verbleibs in der EU) durchzusetzen. Das (mediale) Missverständnis, bei SYRIZA handele es sich um Linksradikale, kann und muss auf die Namensbezeichnung „Bündnis der radikalen Linken“ zurückgeführt werden. In SYRIZA sind zwar linksradikale Gruppen und Personen aktiv, einen bestimmenden Einfluss üben diese jedoch nicht aus. Im Gegenteil: SYRIZA ist eine realpolitische linke Kraft im griechischen Parteiensystem, welche anders als die KKE beispielsweise nicht auf Revolution und Volksaufstand setzt. Vor allem der konstituierende Teil von SYRIZA, Synaspismos, ist der spanischen Izquierda Unida oder dem portugiesischen Bloco de Esquerda vergleichbar. Im Gegensatz zur deutschen LINKEN versteht sich Synaspismos nicht nur als Partei, sondern gleichzeitig als Bewegung. In der griechischen Linkspartei herrscht ein ausgeprägtes Verständnis von offener Debatte und solidarischem Streit. Die politische Strategie zur Einbindung von PartnerInnen und der Formulierung bzw. Vertretung politischer Forderungen ist mit dem Herangehen der deutschen LINKEN somit nicht vergleichbar.

Eine zweite Linkspartei, die zu den Wahlen im Mai 2012 erstmals antrat, war die Demokratische Linke. DimAr entstand, wie erwähnt, im Juni 2010 als Abspaltung von Synaspismos. Damals traten mehr als 550 Mitglieder des gemäßigten Synaspismos-Flügels, unter ihnen vier Parlamentsab-



geordnete, aus und gründeten ihre eigene Partei. Die KKE als Dritte im Bunde ist die drittgrößte und älteste politische Partei Griechenlands. Anknüpfend an ihre Rolle in der Geschichte des modernen Griechenlands vertritt die Partei noch heute kommunistische Thesen in der Tradition des internationalen Marxismus-Leninismus. Entsprechend versteht sie sich nicht als reformistisch, sondern als revolutionär. Trotz zweier größerer Spaltungen der Partei, 1968 und Anfang der 1990er Jahre, strebt sie weiterhin den Sturz der kapitalistischen Gesellschaftsordnung an. Die KKE vertritt die These, dass eine endgültige positive Entwicklung zugunsten der arbeitenden Bevölkerung nur durch die revolutionäre Machtübernahme der großen Volksmehrheit und eine demokratisch gelenkte Wirtschaft in Staats- und Kollektivhand erreicht werden kann. Die Partei hat deshalb jede Beteiligung an einer Linksregierung von vornherein abgelehnt. Sie steht dem Bündnis SYRIZA vor allem wegen dessen proeuropäischer Haltung kritisch bis ablehnend gegenüber. SYRIZA wird von der KKE vorgeworfen, keinen klaren Klassenstandpunkt zu vertreten, sondern Illusionen über einen reformierten, menschlichen Kapitalismus zu verbreiten.

Eine Einigung im innerlinken Konflikt ist aus den genannten Gründen und angesichts der teilweise gemeinsamen, wechselhaften Geschichte der drei Parteien auch zukünftig unwahrscheinlich.²

III. Die Wahlergebnisse von Mai und Juni 2012 im Vergleich

Gegenüber den Wahlen vom 6. Mai 2012 sank die Wahlbeteiligung am 17. Juni 2012 erneut um 2,6 auf 62,47 Prozent. Trotz der extrem zugespitzten politischen Auseinandersetzung in Griechenland kam es also nicht zu einer größeren Mobilisierung der Wahlberechtigten.

Zu den Zahlen im Einzelnen

Wahlsieger ist erneut die rechts-konservative Nea Demokratia, die mit 29,7 Prozent der Stimmen nun auch noch in den Genuss der 50 Bonusitze kommen wird. Damit verbesserte sich die ND im Gegensatz zu dem ernüchternden Ergebnis in

den Maiwahlen um etwas mehr als zehn Prozent der Stimmt und verharrt bei einem Resultat, dass den Ergebnissen der Partei vor der Wirtschafts- und Finanzkrise wieder näher kommt. Im Vergleich zu den Parlamentswahlen im Jahre 2009 musste die ND „lediglich“ ein Minus von vier Prozent verzeichnen.

Nach dem Absturz bei den Parlamentswahlen vom Mai 2012 auf 13 Prozent und dem Verlust von rund 30 Prozent an Wählerstimmen im Vergleich zu den Parlamentswahlen 2009 war im Vorfeld des Juniurnganges unklar, ob sich die bis 2011 regierende sozialdemokratische PASOK wieder erholen würde. Das Gegenteil ist der Fall. PASOK verlor im Vergleich zu den Maiwahlen erneut (-0,9 Prozent) und liegt nunmehr nur noch bei 12,3 Prozent der Stimmen.

Die Morgenrotfaschisten (Chrysi Avgi) – und dies sollte europaweit für schlaflose Nächte sorgen – konnten ihr überraschend gutes Ergebnis bei den Maiwahlen halten (+3 Mandate) und erreichten erneut knapp sieben Prozent der Stimmen. Ebenfalls im Parlament vertreten sein werden Abgeordnete der ND-Abspaltung „Unabhängige Griechen“, die zwar drei Prozent einbüßten, aber dennoch auf 7,5 Prozent der Stimmen und 20 Abgeordnetensitze kommen.

Die Demokratische Linke gewann zwar leicht hinzu, verliert aber im Vergleich zu den Maiwahlen mit 6,3 Prozent der Stimmen zwei Abgeordnetenmandate. Besonders herb sind die Verluste für die orthodox-kommunistische KKE. Diese verlor gegenüber den Maiwahlen knapp vier Prozent und erhält nur noch 4,5 Prozent der Stimmen. Gegenüber den Wahlen 2009 büßt die Partei damit mehr als drei Prozent der Stimmen ein. Die Fraktion der KKE hat sich damit mehr als halbiert und besteht nur noch aus 12 Parlamentariern.

Das Bündnis der radikalen Linken, SYRIZA, lieferte sich bis zuletzt ein spannendes Kopf-an-Kopf-Rennen mit der rechts-konservativen ND und erhielt schließlich 26,9 Prozent der Stimmen. SYRIZA konnte sich damit gegenüber den Maiwahlen erneut verbessern. Zehn Prozent Plus und mehr als 500 000 zusätzliche absolute Stimmen bedeuten unter dem Strich eine Fraktionsstärke von etwa 71 Parlamentariern. Gegenüber den Parlamentswahlen von 2009 (4,6 Prozent)

Tabelle 1: Wahlergebnis Mai 2012³

Partlamentswahlen Mai 2012				Parlamentswahlen 2009			
Partei	%	Stimmen	Sitze	Unterschied zu 2009 (in %)	%	Stimmen	Sitze
ND	18,85	1.192.054	108	-14,62	33,47	2.295.719	91
SYRIZA	16,78	1.061.265	52	+12,18	4,60	315.665	13
PASOK	13,18	833.529	41	-30,74	43,92	3.012.542	160
ANEL	10,60	670.596	33				
KKE	8,48	536.072	26	+0,94	7,54	517.249	21
XA	6,97	440.894	21	+6,68	0,29	19.624	
DIMAR	6,11	386.116	19				
GRÜNE	2,93	185.366		+0,40	2,53	173.589	
LAOS	2,90	183.466		-2,73	5,63	386.205	15
DISY	2,55	161.510					
DX	2,15	135.932					
Sonstige	6,70	423.210		+4,68	2,02	137.828	



bedeutet dies ein Zuwachs von nicht nur 22 Prozent der Stimmen, sondern auch einen Anstieg der Wählerschaft um knapp 1,3 Millionen (2009: 315 000).

IV. Das (Wirtschafts-)Programm von SYRIZA

Kurz vor den Juniwahlen 2012 gelang es SYRIZA viele Missverständnisse und Unklarheiten durch die Veröffentlichung einiger programmatischer Eckpunkte, vor allem im Hinblick auf die Bewältigung der zahlreichen Krisen in Griechenland, zu zerstreuen bzw. aufzugreifen. So machte Alexis Tsipras mehr als deutlich, wer aus seiner Sicht Verantwortung für die aktuelle Situation in Griechenland trägt – wer zu den Profiteuren der Krise gehört:⁵

„All jene, die Immobilien mittels Offshore-Gesellschaften hatten. Weil ihnen die Gelegenheit geboten wurde, sie nach sechs Monaten auf ihren Namen umzuschreiben, ohne irgendeine Besteuerung des Zugewinns zu entrichten.

Die Steuerhinterzieher. Weil sie mit den Anreizen zur Kapitalrückführung ihre Gelder zu einem Satz von 5 Prozent reinwuschen (in vielen Fällen, wenn der Betrag wieder investiert wurde, reduzierte sich der Satz auf 2,5%). Es war die unmoralischste Bestimmung der PASOK-Regierung: prüfungslose Legalisierung von Einkünften, möglicherweise sogar aus Waffengeschäften, Menschenhandel, Drogen.

Und wieder die Steuerhinterzieher. Weil mit der Abwicklung der Jahre 2000 bis 2010 alle Delikte der Steuerhinterziehung, der Steuervermeidung und des Steuerdiebstahls einer Periode verjährten, während Steuern in der Größenordnung von 110 Mrd. Euro an den Staat abzuführen gewesen wären.

Alle, die Gewinne aus Geschäften an der Athener Börse hatten. Weil die Erhebung der Wertzuwachssteuer aus dem Verkauf von an der Athener Börse notierten Aktien bis zum 31.12.2012 aufgeschoben wurde.

Alle, die wirklich hohe Einkommen hatten. Weil die Spitzensätze bei der Einkommensteuer nicht erhöht wurden.

Alle, die ihre Gelder ins Ausland schafften. Weil niemand beschloss, eine Steuer auf die Ausföhrung von Kapital aus dem Land zu erheben, die in anderen Ländern wie bspw. den USA gilt.“

SYRIZA skizzierte zudem in diesem Programm, wie eine zukünftige Regierung unter ihrer Führung aussehen könnte:⁶

„Wir werden ein kleines und flexibles Kabinett bilden. Wir werden dem Heer der Berater ein Ende setzen, welche die öffentliche Verwaltung substituieren und deren fähigste Funktionäre überdecken und schwächen. Wir werden der öffentlichen Verwaltung Vertrauen entgegenbringen und ihre Amtsträger in der Planung und Ausführung der Beschlüsse einbeziehen, unabhängig von ihrer parteilichen Ansiedlung. Wir werden mit Entschlossenheit dem politisch unmöglichen und gesellschaftlich provokativen Phänomen der parteilichen Golden Boys und Akkreditierten bei den unter staatlicher Kontrolle stehenden DEKO⁷ und Banken ein Ende setzen. [...]

Ich möchte ebenfalls klarstellen, dass die erste Handlung der Regierung der Linken unmittelbar nach der Bildung des neuen Parlaments die Annullierung des Memorandums und der Gesetze zu seiner Umsetzung sein wird. Wir werden es durch den von uns ausgearbeiteten Nationalen Plan zum Wiederaufbau für den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Aufschwung, die produktive Reorganisation und die gerechte volkswirtschaftliche Sanierung ersetzen. Unmittelbar nach der Annullierung des Memorandums wird die Regierung die belastenden Bedingungen aufkündigen und die Neuverhandlung des Kreditabkommens verlangen. Speziell bezüglich der überlebenschfähigen Bewältigung der Krise der öffentlichen Verschuldung des Landes wird sie nach einer europäischen Lösung suchen.“

SYRIZA plante zudem eine Erhöhung der Einnahmen des Staates um vier Prozent in den kommenden vier Jahren, d.h. eine Erhöhung des BIP um jährlich einen Prozent. Dies setze „eine radikale Reform des Steuersystems voraus, damit das Einkommen und Vermögen eines jeden Bürgers ausfindig gemacht und die Steuerlast gerecht verteilt“ werden könne. Parallel dazu wollte SYRIZA folgende Programmpunkte in Regierungsverantwortung umsetzen:⁸

→ „unmittelbare Einfrierung der Kürzungen bei sozialen Ausgaben, Löhnen und Renten, damit die Ausgrenzung der niedrigen Einkommen und die Abwertung der mittleren aufhört,

Tabelle 2: Wahlergebnis vom 17. Juni 2012⁴

Parlamentswahlen Juni 2012					Parlamentswahlen Mai 2012		
Partei	%	Sitze	Stimmen	Unterschied zu 2009 (in %)	%	Sitze	Stimmen
ND	29,66	129	1.825.502	+10,81	18,85	108	1.192.054
SYRIZA	26,89	71	1.655.002	+10,11	16,78	52	1.061.265
PASOK	12,28	33	755.808	-0,90	13,18	41	833.529
ANEL	7,51	20	462.441	-3,09	10,60	33	670.596
XA	6,92	18	425.970	-0,05	6,97	21	440.894
DIMAR	6,26	17	385.050	+0,15	6,11	19	386.116
KKE	4,50	12	277.152	-3,98	8,48	26	536.072
DX	1,59		98.061	-0,56	2,15		135.932
LAOS	1,58		97.096	-1,32	2,90		183.466
Grüne	0,88		54.419	-2,05	2,93		185.366
Sonstige	1,93		118.755	-9,12	11,05		698.814



- grundsätzliche Neuuntersuchung und Neuverteilung der öffentlichen Ausgaben, damit die eingesparten Mittel die Qualität der erbrachten öffentlichen Güter und Dienstleistungen verbessern,
- Änderung der Steuersätze und der Einkommensteuerebenen natürlicher und juristischer Personen und deren Angleichung an das europäische Durchschnittsniveau, damit eine Erhöhung der Einnahmen bei Entlastung der Ärmere und Belastung der Reichen erzielt wird.
- Neuuntersuchung aller Sonderbesteuerungsregelungen und effiziente Bekämpfung der Steuerhinterziehung.
- Schrittweise Senkung der MwSt.-Sätze und ihre Minimierung bei den preiskontrollierten Lebensmitteln (Brot, Milch usw.).“

SYRIZA verband diese wirtschafts- und steuerpolitischen Maßnahmen zugleich mit der Demokratisierung des gesamten politischen und gesellschaftlichen Systems. So wollte man gegen das System der Korruption und Verfälschung, gegen das System der Parteilichkeit und Paternalisierung vorgehen und Transparenz in die politischen Entscheidungsstrukturen bringen. Darauf aufbauend legte SYRIZA in ihrem Wirtschaftsprogramm ebenfalls dar, dass Griechenland zu einer unabhängigen, mehrdimensionalen und aktiv pazifistischen Außenpolitik unter Anerkennung des internationalen Rechtes finden müsse. Dieser Programmpunkt bedeutete eine Absage an die bisherige politische Einbindung des Landes in das Militärbündnis NATO und die Beteiligung Griechenlands an der Abschottung Europas durch Programme der Europäischen Union. Klar und unmissverständlich machte SYRIZA in der Programmschrift aber auch deutlich, dass sie die Probleme Griechenlands in Europa, mit Europa und nicht gegen Europa lösen wollte. Damit wurde Vorurteilen begegnet, mit einem Wahlsieg der radikalen Linken würde Griechenland zukünftig aus der EU und/oder der EURO-Zone aussteigen wollen.

V. Fazit

Als Referenzpunkt zur Bewertung des Abschneidens der politischen Linken bei den Parlamentswahlen vom 17. Juni 2012 sollten die Ergebnisse von 2009 gelten. Der Ernüchterung – die vielerorts in der europäischen Linken zu beobachten ist – dass SYRIZA nun nicht stärkste politische Kraft geworden ist, sollte Anerkennung und Respekt für die Steigerung der Zustimmungswerte im Angesicht der Krise von 315 000 auf über 1,3 Millionen Stimmen weichen. Doch auch im Vergleich zu den Maiwahlen dieses Jahres steht unter dem Strich ein großartiger Erfolg des Bündnisses der radikalen Linken. SYRIZA ist es in dieser Situation gelungen, erneut zehn Prozent zuzulegen und knapp 27 Prozent Zustimmung zu erhalten.

Interessant für die europäische Linke dürfte sein zu analysieren, mit welcher Strategie und welcher Kommunikation es SYRIZA gelang, ein derart gutes Ergebnis einzufahren. In diesem Zusammenhang wären zunächst und als erstes die klar pro-europäische Ausrichtung des Bündnisses zu nennen, aber auch der Wille zur Reform des europäischen Institutionengefüges, sowie die Bereitschaft, Verantwortung für das eigene Land glaubhaft übernehmen zu wollen.

Die Kritik an der Sachzwangspolitik der Troika und der Spardiktate aus Brüssel und Berlin wurde durch konkrete politische Inhalte und Maßnahmen angereichert. Den Menschen wurde ein einfaches wie logisches Programm zur

Bewältigung der Krise in Griechenland durch SYRIZA vorgelegt. Jeder und jede konnte hieraus die Differenzen zu den Sparbefürwortern herauslesen und sich danach entscheiden.

Gleichzeitig gelang es SYRIZA die politische Linke erstmals als eine verantwortungsvolle Linke zu präsentieren. Man war bereit für die Menschen im Lande Verantwortung zu übernehmen und dafür auch Bündnisse einzugehen, mit jenen, die die Spardiktate von EU und IWF ablehnten.

Dass es nun für eine Koalitionsregierung von ND und PASOK reichen wird, liegt nicht in deren Abschneiden bei den Wahlen selbst begründet, sondern vor allem in dem Wahlsystem Griechenlands. Ohne die 50 Bonusitze würde es – wie bereits im Mai diesen Jahres – nicht für eine Koalition der Kürzungsbefürworter reichen. Dass dies ND und PASOK klar ist, zeigt sich u.a. in der Forderung nach der Bildung einer All-Parteienkoalition, die rechnerisch gar nicht notwendig ist. Vor allem PASOK fürchtet um die Stärke und die Mobilisierungsfähigkeit von SYRIZA.

Die europäische Linke sollte aus dem Ergebnis von SYRIZA nicht nur Kraft, Mut und Selbstbewusstsein schöpfen, sondern sich vor allem mit den Ursachen und Gründen für den Wahlerfolg der griechischen GenossInnen beschäftigen. Denn: Mit den Juniwahlen ist nun vorerst deutlich geworden, dass es sich bei den WählerInnen von SYRIZA nicht ausschließlich um sogenannte Protestwähler handelt. Im Gegenteil: Die Zahlen zeigen, dass es gelungen ist, über 26 Prozent der Wahlbevölkerung hinter einer alternativen Politik zu versammeln, die auf Gegenwehr UND auf gestalterischer Verantwortung fußt. Diese Einschätzung wird insbesondere durch das Abschneiden der Kommunistischen Partei gestützt. Die KKE verfügte seit den ersten freien Wahlen Griechenlands und auch nach dem Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus im Osten Europas immer über stabile Zustimmungswerte zwischen sieben und neun Prozent. Mit ihrer klaren Haltung, die durch Verweigerung statt gestaltender Verantwortung geprägt ist, gelang es ihr in dieser Situation nicht einmal, ihr traditionelles Potential ausschöpfen. So ist die Halbierung ihres Ergebnisses auf 4,5 Prozent der Stimmen folgerichtig erklärbar.

Die Zahlen machen aber auch deutlich, dass es in Griechenland eine neue, starke gesellschaftliche Konfliktlinie gibt. Diese heißt Zentrum-Peripherie. SYRIZA und DimAr waren vor allem in den urbanen Zentren und unter den gebildeten Wählerschichten erfolgreich, während die Landbevölkerung und die weniger gebildeten Schichten sich für die Morgenrotfaschisten und die Nea Demokratia aussprachen.

Fakt ist aber auch, dass mit SYRIZA, DimAr und KKE die politische Linke neben PASOK über knapp 38 Prozent Zustimmung im Land verfügt. Damit ist die politische Linke zu einem realen Machtfaktor – auch in Opposition – geworden. Gegen diese wird sich keine Koalitionsregierung mit Abgrenzungstaktiken durchsetzen können, denn ein Großteil dieser 38 Prozent gehört zu dem Mobilisierungsfähigen, die bereit sind, ihre Forderungen nicht nur in Wahlen, sondern auch auf der Straße und in den außerparlamentarischen Bewegungen deutlich zu artikulieren. Zum ersten Mal in der Geschichte des demokratischen Griechenlands braucht nun eine rechnerisch-stabile Regierung die eigene Opposition im Land, wollte sie Griechenland erfolgreich aus der Krise herausführen. Weil aber kein Anlass besteht, zu glauben, dass ND und PASOK dies in ihrer Politik berücksichtigen werden,



sind Neuwahlen in den kommenden Monaten erneut nicht auszuschließen.

Das große Verdienst vor allem von SYRIZA besteht also darin, dass zum einen Europa wieder ohne die übliche Häme über alternative politische Forderungen diskutiert und zum anderen darin, dass Brüssel und Berlin verstanden haben, dass sie ihre Kürzungsforderungen eben nicht bedingungslos durchzocken können. Die Angebote aus Deutschland und der EU an die neue Regierung in Athen, man könne ja noch einmal nachverhandeln, wären ohne die Stärke und die politischen Inhalte von SYRIZA niemals ausgesandt worden.

Anmerkungen

- 1 Vgl. Anleger feiern Griechen-Wahl, in SPIEGEL online: www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/boerse-nach-wahl-in-griechenland-dax-und-euro-im-plus-a-839441.html, vom 18. Juni 2012
- 2 Vgl. Heilig, Dominic: Muss Griechenlands Linke die Neuwahlen fürchten?, in: neues deutschland vom 17. März 2012.
- 3 <http://national12.ekloges.dolnet.gr/index.php?lang=en>
- 4 Vgl. <http://national12b.ekloges.dolnet.gr/index.php?lang=en>
- 5 Vgl. aus dem Wirtschaftsprogramm von SYRIZA, deutsche Roh-Übersetzung: <http://www.griechenland-blog.gr/2012/regierungsprogramm-derradikalen-linken-syriza-in-griechenland/8293/>, S. 3
- 6 Vgl. ebd., S. 4
- 7 DEKO: Öffentliche Unternehmen
- 8 Vgl. ebd., S. 6.

Italien: Verschärfung der sozialen Lage – die Regierung Monti verliert an Zustimmung

Von Paola Giaculli, Referentin der Fraktion DIE LINKE im Bundestag

Berlusconi Partei PdL, die PD (Demokratische Partei – ursprünglich Nachfolgerin der Italienischen KP) und die Zentrumspartei UDC unterstützen seit November 2011 in einer abartigen Koalition die so genannte „technische“ Regierung, die Regierung der Banken, von Premierminister Monti. Mit Ausnahme der IDV (Italien der Werte) des ehemaligen Staatsanwalts Antonio Di Pietro und der populistischen Lega Nord (nach einem Untreue-Skandal in den Umfragen nur noch bei 4 – 5 Prozent) billigte diese parlamentarische große Koalition den EU-Fiskalpakt, alle drastischen Sparmaßnahmen und so genannten Strukturreformen, u. a. die drastische Anhebung des Rentenalters und die Arbeitsmarktreform mit der faktischen Abschaffung des Kündigungsschutzes.

Neben Griechenland, Portugal und Spanien, zeichnet sich auch in Italien nach den Anweisungen der EU-Kommission und der EZB ab, wie unsozial Europa nach den Vorstellungen der härtesten neoliberalen Ideologen auszusehen hat. Das europäische Sozialstaatsmodell, das sich dank der Kämpfe der ArbeitnehmerInnen etablierte, „muss“ auch in Italien unter dem Vorwand der Krise endgültig ausgetilgt werden, um das Land „wettbewerbsfähiger“ zu machen. Nicht zufällig wurde Mario Monti, ehemaliger EU-Kommissar, Banken- und Finanzberater u. a. von Goldman Sachs, im November letzten Jahres von Staatspräsident Napolitano als Regierungschef vorgeschlagen. Nach der Ära Berlusconi wurde er von fast allen Parteien und Medien als Retter der Nation gefeiert. Die Bevölkerung ließ sich davon überzeugen und schenkte dem neuen Premier fast 80 Prozent Zustimmung. Inzwischen hat er beträchtlich an Beliebtheit eingebüßt und liegt unter 40

Prozent. Aber Medien und Parteien thematisieren das eher nicht, denn sie wollen immer noch keine Alternative zu Monti und dessen Politik sehen. Die BürgerInnen Italiens sind bestimmt anderer Meinung, denn bei täglichen Entlassungen, Betriebsverlagerungen ins lohngünstigere Ausland, einer Arbeitslosigkeit von 10 Prozent (bei Jugendlichen zwischen 15 und 25 Jahren um 36 Prozent), müssen sie jetzt dank der Renten- und Arbeitsmarktreform unter schlechteren Bedingungen länger und mehr arbeiten und immer öfter bei befristeten und prekären Jobs (nur noch ein Drittel der Arbeitsverträge ist unbefristet), eine Grundsteuer zahlen (in Italien besitzen ca. 80 Prozent Wohneigentum). Die Selbstmorde sind seit 2009 um 24 Prozent gestiegen. Viele junge Paare und ihre Kinder können sich nur noch dank der einigermaßen erträglichen Renten ihrer Eltern über Wasser halten. Die kümmern sich tagsüber in der Regel bereits um ihre Enkel, weil Kitaplätze teuer sind oder ganz fehlen. Die Jüngeren arbeiten fast nur noch auf befristeter Basis und werden später entsprechend kärgliche Renten erhalten. Was soll werden, wenn die Großeltern einmal nicht mehr da sind?

Auch Premier Monti sprach neulich in Bezug auf die Jugend von einer „verlorenen Generation“, sagte dann aber, man sehe Licht am Ende des Krisentunnels. Angesichts des desolaten wirtschaftlichen und sozialen Zustands Italiens erscheint diese Aussage völlig aus der Luft gegriffen. Sie klingt fast so hämisch wie die Lügen Berlusconis. Ende August haben sich Hunderte von Bergarbeitern in Sardinien in einer Mine eingeschlossen, um gegen die beabsichtigte Stilllegung des Bergwerks und den Mangel an alternativen Arbeitsplätzen zu protestieren. Monti reagiert ziemlich pikiert auf Kritik an seiner Regierung, die „den Zinsabstand zwischen den italienischen und den deutschen Anleihen erhöhen könnte“. Auf seine Äußerungen gab es kaum eine Reaktion der Parteien, nur Entrüstung seitens einer populären katholischen Wochenzeitschrift „Famiglia Cristiana“, die Monti an die Dramatik der sozialen Lage erinnerte und heftig kritisierte.

Verfall der linken Kultur

Bei einer solchen Lage verwundert nicht, dass die Italiener/-innen politischen Parteien kaum noch vertrauen (laut Umfragen 5 Prozent) und der Anteil der Nichtwähler/-innen auf 39 Prozent angestiegen ist. Zuerst hat sich Berlusconi völlig diskreditiert und in der italienischen Politik, Kultur, und Gesellschaft eine Wüste hinterlassen, in der sich Gewalt, Frauen- und Fremdenfeindlichkeit zunehmend breitmachen. Arbeit ist nichts mehr wert. Sozial- und Arbeitsministerin Elsa Fornero greift sie durch ihre Reformen und Aussagen mit unerhörter Arroganz an. Aber an dem Desaster trägt nicht allein Berlusconi Rechtspartei die Schuld: Seit 1994 haben auch Mitte-Links-Koalitionen neun Jahre lang das Land regiert, dabei Berlusconi Gesetze nicht abgeschafft und ebenfalls eine neoliberale Politik betrieben.

Die Linke hat nach dem Zusammenbruch des realen Sozialismus und der Auflösung der Italienischen KP, der größten kommunistischen Partei des Westens, nie wieder wirklich zu sich gefunden. Die 1991 entstandene PRC-Rifondazione kam leider nie über 8,6 Prozent der Wählerstimmen (1996) hinaus. Nach der verheerenden Wahlniederlage von 2008, dem Hinauswurf aus dem Parlament und der Abspaltung der SEL (Linke, Ökologie und Freiheit) im Jahre 2009 sind ihre Aussichten gar nicht rosig. Aktuell liegt sie in den Umfragen bei zwei Prozent.



Aushöhlung der Demokratie und Revolte gegen die realitätsferne „Kaste“

Wenn Parteien keine Alternative zu dem in der Krise gescheiterten neoliberalen Rezept mehr haben und die Banken regieren lassen, dann nehmen sie ihre politischen Aufgaben nicht mehr wahr. In der Tat werden die immer akuter wirtschaftlichen und sozialen Probleme nicht angegangen. Da die politischen Parteien aber Bestandteil der repräsentativen Demokratie sind, ist die Demokratie selbst in Gefahr. Italien ist damit kein Einzelfall in der EU. Unter dem Vorwand der Krise werden in den Mitgliedsländern die demokratischen Institutionen ausgehöhlt – u. a. durch den Fiskalpakt. PD-Chef Bersani behauptete auf einer programmatischen Konferenz der Partei Ende Juli, er wolle keine Alternative zu Monti, da er eine gute Arbeit geleistet habe, sondern zu der Rechten. Aber die Berlusconi-Partei PdL, die in den Umfragen aktuell bei 19 Prozent liegt, unterstützt Monti genauso wie die PD. Und in der Tat „werben“ beide Parteien angesichts der im Frühjahr 2013 anstehenden Parlamentswahlen um Monti als ihren Spitzenkandidaten. Ausgerechnet sie sollen sich auch über ein neues Wahlrecht einigen, denn das aktuelle Wahlrecht, ein verkapptes Mehrheitswahlrecht (Spitzname: „Porcellum“, „eine Schweinerei“ laut Senator Calderoli von der Lega Nord) finden jetzt alle schlecht.

Ganz gleich, ob es nun geändert wird oder nicht, bei den Menschen in Einkommensnot wächst der Verdacht, dass die realitätsferne politische „Kaste“, schon wieder nur für sich selbst Posten, Privilegien und goldene Renten sichern will. In den letzten Jahren hat sich ein solcher Hass gegen die Politiker entwickelt, dass Bewegungen gegen alle Parteien wie die Fünf-Sterne-Bewegung (M5S) des Kabarettisten und Euro-Gegners Grillo entstehen konnten. Der populistische und zugleich autoritäre Grillo ist mit seinen inakzeptablen Sprüchen über Migranten und Mafia sehr populär geworden. Es wäre aber ein Fehler, die WählerInnen von M5S als unpolitisch abzutun. Seine Internet-Bewegung ist sozial sehr vielfältig zusammengesetzt; viele seiner Anhänger mobilisieren sich vor Ort gegen Großbauprojekte und für Wasser als öffentliches Gut. Letztes Jahr haben sie zum Erfolg des Referendums gegen Atomkraft und für öffentliche Daseinsvorsorge beigetragen. Die Bewegung erhält in den Umfragen derzeit 15 bis 22 Prozent Zustimmung. Bereits bei den Kommunalwahlen im letzten Mai hat sie große Erfolge erzielt. So wurde der 5-Sterne-Kandidat in Parma zum Bürgermeister gewählt.

Bersani und die PD, die gegenwärtig bei 25 bis 26 Prozent liegen, wären deshalb gut beraten, M5S nicht zu unterschätzen. Statt dessen verachten sie sie und beschimpfen sie gar als die „neue Internet-Faschisten“. Auf ähnliche Weise attackieren sie auch den Blog von Antonio Di Pietro, des IDV-Chefs, der die PD-Politiker als Zombies bezeichnet hat. Das ist leider das Niveau der politischen Debatte, ein Erbe der Kommunikationsära Berlusconi. Der Populismus schießt in allen Lagern ins Kraut.

Europäisches Einheitsdenken

Von einer differenzierten politischen Programmatik kann kaum noch die Rede sein, denn alles „muss“ im Rahmen der neuen europäischen Beschlüsse geregelt werden. Gleichgültig, ob die PdL oder die PD nächstes Jahr das Land regieren wird, Eines steht fest: Den Fiskalpakt stellen beide nicht in

Frage. Ex-PD-Chef D'Alema hat bereits im Sommer gesagt (Corriere della Sera, 1. Juli 2012), er denke, Monti könnte sich im Rahmen einer europäischen Mitte-Links-Konstellation durchaus wohlfühlen, seine Positionen milderten den unter den Sozialdemokraten noch bestehenden staatsfreundlichen Widerstand und seien mit der PD programmatisch kompatibel. Das Schwerkgewicht auf die volle Entfaltung des Marktes zu legen sei richtig.

Sollte die PD nach der Wahl mit wem auch immer regieren, dann will sie es in Kontinuität zur Regierung Monti tun. Die Presse spekuliert schon über ein verbindliches Memorandum für noch mehr Strukturreformen in Italien bei einer Art Verhandlung mit Kanzlerin Merkel. Wenn Monti sich darauf festlegt, dann würde sich eine regierende Mitte-Links-Koalition kaum davon distanzieren können oder wollen.

Die einzige parlamentarische Opposition von links ist derzeit die IDV, die in den Umfragen 7 Prozent erhält. Sie vertritt auch soziale Forderungen und spricht die Arbeitswelt an. Unter ihren Vertretern sind ehemalige Gewerkschafter wie der frühere Abgeordnete von Rifondazione Maurizio Zipponi. Die Partei IDV wurde vor ca. zehn Jahren von dem ehemaligen Staatsanwalt Di Pietro für den Kampf gegen die Korruption mit Berlusconi als Hauptzielscheibe gegründet. Jetzt hat sie sich zu einer Oppositionspartei gegen die Regierung Monti entwickelt. Di Pietro attackiert seine Gegner auf provokatorische Weise. Wegen seiner Angriffe auf Staatspräsident Napolitano und die PD will diese nicht mit der IDV koalieren. Sicher hält die PD die Zentrumspartei UDC (6 Prozent), eine ehemalige Verbündete Berlusconi und jetzt eifrigste Unterstützerin Montis, für verlässlicher, da sie moderat, vatikannah und „europafreundlich“ (d. h. für den Fiskalpakt) ist.

Das außerparlamentarische linke Lager: eine Aufsplitterung unvorstellbaren Ausmaßes

Die SEL hatte vor allem dank ihres charismatischen Chefs Nichi Vendola eine Zeit lang gute Umfragewerte (2010 – 2011 bis zu 8 Prozent). Jetzt scheint jedoch das Vertrauen der Anhänger zu Vendola zu schrumpfen. Aktuell ist es auf 5 bis 6 Prozent gesunken. Seine Äußerungen von Anfang August über ein mögliches Mitte-Links-Bündnis mit der PD, das auch die UDC einschließen könnte, hat unter Mitgliedern und Sympathisanten eine Welle des Protests ausgelöst. Einige haben sich schon vor Monaten enttäuscht von der Partei abgewandt und sind jetzt in sozialen Bewegungen und Verbänden aktiv. Einen Tag nach der Befürwortung eines Bündnisses sogar mit der UDC ist Vendola zurückgerudert, aber die Konfusion ist geblieben. Vendola will auf ein Zusammengehen mit der PD nicht verzichten und wirft Rifondazione vor, nur auf ihre eigene Identität fixiert zu sein. „Alle linken Kräfte müssen sich vorstellen, an einer Regierung mitwirken zu können. Zur PRC, die mich darum bittet, ein antagonistisches Bündnis zu bilden, sage ich: Wir treten an, um das Land zu regieren, nicht um die besten Wahlverlierer zu sein“ (La Stampa vom 29.8.2012). Neben PD-Chef Bersani wird Vendola bei einer Urwahl der Anhänger des Mitte-Links-Lagers im Herbst für den Regierungsvorsitz kandidieren. Das wird auch der PD-Bürgermeister von Florenz, Matteo Renzi, tun. Er möchte die ältere PD-Generation nach Hause schicken, per Gesetz verhindern, dass Abgeordnete länger als drei Legislaturperioden (15 Jahre) im Parlament sitzen, und die Diäten halbieren. Auch aufgrund dieser Forderungen



wird Renzi immer populärer. Damit könnten sich Vendolas Chancen verringern.

Laut dem SEL-Vertreter Alfonso Gianni „macht es keinen Sinn, darüber zu diskutieren, mit wem wir regieren sollen, ohne darüber entschieden zu haben, was wir in der Regierung tun wollen“ (Gli Altri, 31.8.2012). Die PD halte den Fiskalpakt für richtig und habe ihm zugestimmt. Laut Gianni zwängen aber der Fiskalpakt und die Schuldenbremse im Grundgesetz zu einer zwanzig Jahre langen Sparpolitik. Sie verhinderten einen fortschrittlichen Wandel in der Wirtschaft und die Demokratie auf allen Ebenen. Giannis Antrag auf einer SEL-Versammlung am 31. August erhielt nur wenige Stimmen.

Rifondazione-Chef Paolo Ferrero würde gern mit einer gemeinsamen linken Liste aller Kräfte zu den Wahlen antreten, die gegen Monti sind: Eine solche Liste sollte „demokratisch zusammengestellt werden und der Zivilgesellschaft, den Bewegungen und Gewerkschaftsvertretern offenstehen“. Ihr Regierungsprogramm müsste eine Alternative zur neoliberalen Politik von Monti, Merkel und der EZB darstellen. Die FdS (Linksföderation, das linke Bündnis von Rifondazione mit anderen kleinen Gruppierungen) leistet im Lande nach Kräften außerparlamentarische Opposition und hatte im Mai alle, die gegen die Regierung Monti stehen, zu einer gemeinsamen Demonstration aufgerufen. Auf den Straßen von Rom marschierten ca. 50 000 Menschen darunter auch einige Vertreter von SEL und IDV.

Die Metallgewerkschaft FIOM lud im Juni alle linken Kräfte einschließlich der PD zu einer Veranstaltung ein. Sie wollte versuchen, durch konkrete Vorschläge eine linke einheitliche Alternative auf die Beine zu stellen. Einige Beispiele: öffentlicher Beschäftigungsplan, Mindestlohn, Grundeinkommen, Vermögenssteuer, Besteuerung von Kapitalerträgen und Finanzspekulationen, ökologischer und sozialer Umbau der Wirtschaft, BürgerInnen- und MigrantInnenrechte, ein demokratisches, friedliches, soziales Europa. Die PD ignorierte das Angebot. Nicht einmal Gewerkschaftsdemos werden von der PD offiziell unterstützt. In der Auseinandersetzung zwischen FIOM, FIAT-Arbeitern und FIAT-Geschäftsführung positionierte sich auch ein Teil der Ex-Kommunisten der PD an der Seite von FIAT-Chef Marchionne, der im letzten Jahr den nationalen Tarifvertrag gekündigt und die FIOM aus den FIAT-Betrieben ausgesperrt hat.

Zahlreiche Parteilose, die im vergangenen Jahr gegen Atomkraft, für öffentliches Wasser und für ein entsprechendes Referendum gekämpft haben, engagieren sich außerdem bei den sozialen Bewegungen zusammen mit zahlreichen linken Intellektuellen wie Rossana Rossanda und Paul Ginsborg für Gemeingüter, EU-Demokratisierung und gegen den Fiskalpakt. Mit vielen anderen Linken haben sie im Frühjahr in Florenz ein neues politisches Subjekt – ALBA (Allianz für Arbeit, Gemeingüter und Umwelt) gegründet: Siehe www.soggettopoliticonuovo.it. An der ALBA-Debatte beteiligen sich auch einzelne politische VertreterInnen linker Parteien und Kommunen, wie z. B. Neapel, dessen Bürgermeister Luigi De Magistris letztes Jahr mit Schwerpunkten wie Gemeingüter und öffentliche Daseinsvorsorge die Wahl gewann. ALBA will gegen die autoritären und populistischen Töne von Grillo und „für den kollektiven Aufbau einer alternativen politischen Kultur“ mobilisieren. De Magistris wird im September eine Bürgermeisterbewegung mit ähnlichen politischen Ansätzen gründen. In diesem linken alternativen

Lager steckt ein starkes politisches Potenzial. Wenn alle Gruppierungen (FdS, ALBA, FIOM-Mitglieder, IDV, De Magistris) sich vereinigen, hätten sie wahrscheinlich gute Chancen, wenigstens ins nächste Parlament einzuziehen. Aber trotz der herannahenden Wahl ist bis jetzt nicht klar, ob und wie sie es tun werden. Sie haben viele Forderungen gemeinsam, aber schwierig ist, sich zu entscheiden, wie sie sich angesichts des großen Misstrauens der Wähler gegen Parteien organisieren sollen.

(Die angeführten Umfragewerte von Anfang September siehe www.sondaitalia.com)

Zum VIII. Parteitag der tschechischen Kommunisten

Von Klaus Kukuk, AG Mittel- und Osteuropa

Die Kommunistische Partei Böhmens und Mährens (KPBM) ist neben der KP der Russischen Föderation eine der großen Parteien im postsozialistischen Raum Europas, die an ihrer kommunistischen Identität festhält, zu ihrer Tradition seit 1921 steht und sie kritisch aufarbeitet. Sie sieht sich programmatisch in Übereinstimmung mit den grundlegenden Intentionen des „Prager Frühlings“ von 1968 als radikale linke reformkommunistische Partei. Sie ist eine national wie international solidarische Partei mit klarem sozialpolitischen und friedenspolitischen Profil.

Die KPBM ist diejenige von fünf im tschechischen Parlament vertretenen Parteien, die von Anbeginn in keinen der zahlreichen Skandale verwickelt war. Ihre Integrität wird von weiten Teilen der Bevölkerung anerkannt und bei Wahlen auf allen Ebenen honoriert. Das Wählerpotenzial der KPBM bewegt sich zwischen 13 und 20 Prozent. Zur Zeit hat sie 26 Abgeordnete im Parlament. Sie ist nach wie vor die mitgliederstärkste Partei Tschechiens.

Die KPBM arbeitet seit Jahren in der innenpolitischen Atmosphäre eines heftigen Antikommunismus, der weder vor physischer Gewalt noch vor Verleumdung, Geschichtsklitterung und juristischen Attacken Halt macht. Das geschieht in einem Lande, in dem es eine einzige Zeitung mit bescheidener Auflage gibt, die sich dem entgegenstellt. Zudem besteht in Tschechien keine gesetzliche Verpflichtung der elektronischen Medien, zumindest in Wahlkämpfen auch nicht genehmen politischen Gegnern Sendezeiten zuzugestehen. So haben der Vorsitzende der Partei, Vojtech Filip, der Vorsitzende der Parlamentsfraktion und wenige Abgeordnete nur selten Gelegenheit, in politischen Sendungen des Fernsehens oder Rundfunks zu Wort zu kommen und die mediale Blockade zu durchbrechen, von der ausgrenzenden Nachrichtengebung ganz zu schweigen. Die Partei ist unter diesen Bedingungen gezwungen, andere Wege zu gehen, um sich in der Öffentlichkeit Gehör zu verschaffen, z. B. die Bildung eines Schattenkabinetts mit Ministern aller Ressorts. Sie gehören den Führungsgremien an, sind zugleich fachpolitische Sprecher der Partei und der Parlamentsfraktion. Seit sich dieses Schattenkabinetts konstituiert hat, ist es schwerer geworden, die Politik der Kommunisten in der tschechischen Öffentlichkeit totzuschweigen. Das bringt allerdings die auch hierzulande nicht unbekanntes Tendenz mit sich, die Politik der Partei nach den Bedürfnissen der Parlamentsfraktion zu strukturieren.



Die Partei hat im Jahre 2011 eine Initiative ergriffen, die sie innenpolitisch einen großen Schritt nach vorn gebracht und ihre Bündnisfähigkeit gegenüber linken Kräften unter Beweis gestellt hat. Die Initiative SpaS – „Bündnis für Arbeit und Solidarität“ – umfasst an die 80 Bürgervereinigungen und Gewerkschaften, die sich zu einer offenen Bewegung nach striktem Konsensprinzip zusammengeschlossen haben, gemeinsame Initiativen gegen den rigorosen Sozialabbau der Regierung Nečas vereinbaren und gemeinsam organisieren. Bemerkenswert ist dabei die Bereitschaft der Gewerkschaftsverbände zum politischen Streik. Sprecher des Bündnisses sind u. a. der Vorsitzende der Partei des demokratischen Sozialismus, Milan Neubert und der ehemalige sozialdemokratische Außenminister Jan Kavan. Am 21. April 2012 fand nach Massendemonstrationen in allen großen Städten Tschechiens auch im Zentrum von Prag eine Demonstration mit 210 000 Teilnehmern unter dem Motto „Stoppt die Regierung“ statt. In dieser Bewegung wird die aktive Teilnahme der kommunistischen Partei in der Öffentlichkeit wahrgenommen und gewürdigt.

Die 2010 infolge vorgezogener Parlamentswahlen an die Macht gelangte rechtspopulistische Regierung von Peter Nečas in einer Koalition mit den neu gegründeten bzw. umgewidmeten Parteien „TOP09“ unter dem Vorsitz von Außenminister Schwarzenberg und der Partei „Öffentliche Angelegenheiten“ (Vorsitz Radek John) verfolgt eine rigide Politik des Sozialabbaus, die von der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung abgelehnt wird. Im Rahmen der Europäischen Union spielt die Tschechische Republik nach der blamablen Präsidentschaft des damaligen Ministerpräsidenten Topolánek im ersten Halbjahr 2009 bestenfalls eine Nebenrolle. Das Land gehört der Eurozone nicht an. Deshalb ist die tschechische Regierung zur Zeit im Zusammenhang mit den Rettungsschirmdebatten innerhalb der EU in einer relativ komfortablen Lage. Da das Land auf absehbare Zeit die Maastrichtkriterien ohnehin nicht einhalten kann, ist ein Euro-Beitritt vorläufig kein innenpolitisches Thema mehr. Als Mitglied der NATO wird die Regierung der ihr zugewiesenen Vasallenrolle gerecht und nimmt mit militärischen Kontingenten an fast allen Out-of-Area-Einsätzen teil. Der eurokritische Präsident Václav Klaus gibt den über den Dingen stehenden Landesvater, stützt aber unverhohlen die neoliberale konservative Koalition.

Im Lande wird nach vorherrschender Meinung in der Bevölkerung die gegenwärtige Regierung mit ihrer Umverteilungs- und Sparpolitik und latenten Korruptionsskandalen als die schlechteste der letzten 20 Jahre eingeschätzt. Dabei bestand 2010 nach den vorgezogenen Parlamentswahlen die rechnerische Möglichkeit einer linken Koalition. In der Opposition leisten die Sozialdemokraten (ČSSD) und die Kommunisten gemeinsam nur selten effektive Gegenwehr, weil sich die Mehrheit der sozialdemokratischen Parlamentsfraktion aus antikommunistischen Ressentiments einer Zusammenarbeit weitgehend verweigert.

In der gegenwärtigen innenpolitisch brisanten Situation fand der ordentliche VIII. Parteitag statutengemäß nach vier Jahren vom 19. bis 20. Mai 2012 in Liberec statt. Erstmals waren zu diesem Parteitag keine ausländischen Gäste eingeladen. Befreundete Parteien hatten Grußadressen an den Parteitag gerichtet.

Der bisherige Vorsitzende Vojtech Filip, der bis 2010 auch einer der stellvertretenden Parlamentspräsidenten war,

wurde in einer Kampfabstimmung gegen Stanislav Grospič mit 275 zu 168 Stimmen zum 2. Mal zum Vorsitzenden gewählt. (Der Jurist Grospič ist dem starken Gewerkschaftsflügel zuzurechnen). Als 1. Stellvertreter für die Leitung der Parteiarbeit, für Kommunal- und Regionalpolitik sowie Wahlen wurde unter 6 Bewerbern der noch über wenig Führungserfahrung verfügende ehemalige Spitzensportler Petr Šimunek gewählt. Keiner der Bewerber war einer der bisherigen Stellvertreter. Die bisherige Stellvertreterin für Ökonomie und Parteifinanzen, Miloslava Vostra, (seit einem Jahr in dieser Funktion), studierte Agrarökonomin und Parlamentsabgeordnete, wurde in ihrem Amt bestätigt. Der seit dem VI. Parteitag für analytische Arbeit, den „Bürgersektor“ und Jugend zuständige Stellvertreter Jiří Dolejš, studierter Ökonom, setzte sich gegen den bisherigen 1. Stellvertreter Stanislav Grospič durch. Drei der vier Führungsspitzen haben Abgeordnetenmandate im Parlament.

In der KPBM wurde seit Jahren eine basisdemokratische Struktur aus Grund- Kreis- und Bezirksorganisationen aufgebaut. Das Hauptaugenmerk wird auf die notwendige Effektivierung der Arbeit der Basisorganisationen gerichtet.

Der Parteitag wählte 85 Mitglieder des Zentralkomitees. Das ist je ein Vertreter jeder Kreisparteiorganisation. Aus diesem Kreis wurden 22 Mitglieder eines Exekutivkomitees gewählt, das zwischen den Plenartagungen des ZK die Parteiarbeit leitet. Als Beratergremium des Exekutivkomitees hat sich das Kollegium leitender Funktionäre des Zentralkomitees bewährt. Es wird in die Vorbereitung von Beschlüssen des EK und des ZK aktiv einbezogen. Es beschäftigt sich mit dem strategischen und taktischen Vorgehen der Partei und bereitet operative Stellungnahmen zum aktuellen politischen Geschehen vor. Eine wichtige Funktion des Kollegiums besteht in der Koordinierung der Tätigkeit der einzelnen leitenden Funktionäre der Partei und des Vorsitzenden der Parlamentsfraktion sowie der Vertreter der KPBM in der Fraktion GUE/NGL des Europaparlaments.

Zum Mitgliederstand der Partei gelangte bislang wenig an die Öffentlichkeit. Aus dem inzwischen im Internet zeitweilig veröffentlichten Bericht über die Parteifinanzen geht aber hervor, dass die KPBM per 31. Dezember 2011 56 060 zahlende Mitglieder hatte. Sie hat seit 2009 15 060 Mitglieder verloren. Das Durchschnittsalter liegt unverändert bei ca. 71 Jahren.

Im Vorfeld des Parteitages waren – wie seit Jahren – auch oppositionelle Kräfte aktiv, die von kommunistischen Positionen aus die Politik der Parteiführung kritisch begleiten. Zu diesen Kräften gehört eine Gruppe mit Namen „Marxistisch-leninistischer Klub“ (MLOK) sowie die „Initiative für die Erneuerung des marxistisch-leninistischen Charakters der KPBM“ unter dem Dach der KPBM-Kreisorganisation Prag Ost/Bezirk Mittelböhmen. Diese Foren veranstalten seit ca. 15 Jahren in der Regel zwei Mal jährlich theoretisch-politische Konferenzen zur Politik der kommunistischen Partei.

An einer solchen Konferenz zur Vorbereitung des Parteitages am 28.1 November 2011 nahmen 250 bis 300 Personen teil, darunter der damalige 1. Stellvertreter des KPBM-Vorsitzenden, Stanislav Grospič, die Vorsitzende des KPBM-Bezirksrats Prag und Mitglied des ZK der KPBM, Marta Semelová, das langjährige Führungsmitglied Václav Exner, der Vorsitzende der Tschechoslowakischen Kommunistischen Partei, Miroslav Štěpán – langjähriger ISB-Präsident – und der ehemalige Generalsekretär der KPTsch, Miloš Jakeš. Sie



fürten in ihren Analysen eine scharfe Klinge, formulierten in einigen Fragen sehr zugespitzt manchmal ziemlich einseitige und wenig konstruktive Positionen. In Fragen der Parteiarbeit und auch in theoretischen Grundsatzfragen legten sie durchaus den Finger in offene Wunden.

Die Parteiführung setzt sich mit solchen Positionen auseinander und hat in der Vorbereitung auf den Parteitag manche kritischen Anregungen als Aufgabenstellungen aufgenommen wie zur Vorbereitung von Anwärtern auf Funktionen, zur Bildung und Weiterbildung in der Partei, zur Grundsatzanalyse der 40 Jahre real existierenden Sozialismus u. a.

Nach einer innerparteilichen Diskussion über das vom VI. Parteitag (2004) initiierte programmatische Konzept „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ hat der VIII. Parteitag die nunmehr dritte Version des Dokuments zur Kenntnis genommen und Auftrag erteilt, an diesem Projekt weiterzuarbeiten.

Die Meinungen der an dem Konzept mitwirkenden Fachleute divergieren in einer Reihe grundsätzlicher Fragen. Eine ziemlich einflussreiche Gruppe von Wissenschaftlern im „Zentrum für strategische Studien“, (die dem dafür zuständigen stellvertretenden Vorsitzenden Jirí Dolejš sowie den Europaabgeordneten Ransdorf und Kohlíček) nahesteht, sieht den Wortlaut des jetzt zur Kenntnis genommenen Projekts kritisch und hat eine „kommunistische Alternative“ verfasst. Diese basiert auf der Grundthese, dass eine künftige sozialistische Gesellschaft basisdemokratisch nach dem Prinzip konsequenter Selbstverwaltung einschließlich des Eigentums an Produktionsmitteln organisiert sein müsse.

Eine kritische Sicht auf das Dokument über einen modernen Sozialismus ist sicher nötig. Das Material verdient aber als Versuch Anerkennung, sich diesem wichtigen Thema zu nähern. Die KPBM ist meines Wissens die einzige radikale linke Partei in Europa, die ein solches Projekt mit einem erheblichen Aufgebot an erfahrenen Gesellschaftswissenschaftlern interdisziplinär betreibt und zur Diskussion stellt.

Inzwischen ist in der Parteiführung der KPBM die Erkenntnis gereift, dass ein neues Grundsatzprogramm der Partei sich zwar auf die Ergebnisse der Studie stützen, aber eine veränderte Struktur haben müsse.

Die beschlossenen „Hauptaufgaben und Richtlinien für die Arbeit der Partei nach dem VIII. Parteitag der KPBM“ enthalten zu dem Projekt „Sozialismus im 21. Jahrhundert“ zusammengefasst neue Orientierungen, die zweifellos auch für befreundete Partner in anderen Ländern von Interesse sind:

„Unser Ziel, für das wir mit der Erfüllung der nächsten Aufgaben die Voraussetzungen schaffen, ist der Aufbau einer gerechteren Gesellschaftsordnung – des Sozialismus, wo die Menschen nach ihrer Arbeit und ihren Verdiensten entlohnt werden und alles für das Wohl der Gesellschaft getan wird ...“ Was die Wege zu ihr betrifft, so werden sich diese von den Vorstellungen aus dem 19. Jahrhundert unterscheiden.

Der VIII. Parteitag hat die Durchführung einer theoretischen Konferenz beschlossen, um die Erarbeitung eines programmatischen Dokuments „Sozialismus als Ausweg aus der gegenwärtigen Gesellschaft“ in Angriff zu nehmen. Diese soll bis zum IX. Parteitag stattfinden. Eine Arbeitsgruppe des ZK der KPBM wird unverzüglich mit der Vorbereitung beginnen. Bisherige Studien zum Thema sollen einbezogen werden. Ein Schwerpunkt wird die Analyse der Entwicklung in der Tschechoslowakei – und falls möglich – auch in Ländern sein, die in der Nachkriegszeit den sozialistischen Weg ge-

gangen sind, vor allem eine Analyse der Fehler und Mängel, die zum Scheitern des ersten Sozialismusversuchs in Europa beigetragen haben. Befreundete kommunistische und radikale linke Parteien sind eingeladen, sich bei Interesse an dem Projekt zu beteiligen. Die KPBM erhebt keinen Anspruch darauf, ein allgemeingültiges Dokument auszuarbeiten. Die Initiative für eine fundierte Analyse der Geschichte von 40 Jahren Sozialismus ist hoch einzuschätzen und nicht nur für Tschechien längst überfällig. Der Parteitag beauftragte die neu gewählte Parteiführung, darüber mit interessierten linken Parteien im Ausland Konsultationen zu führen.

Im Rechenschaftsbericht an den Parteitag wird kurz auf die Zusammenarbeit mit kommunistischen und Parteien der radikalen Linken eingegangen: Die KPBM bleibt an der gleichberechtigten Zusammenarbeit mit anderen linken Parteien interessiert, die ähnliche programmatische Ziele verfolgen. „Zu einem Teil beteiligt sich daran auch die Linksfraktion der GUE/NGL.“ Die KPBM orientiert darauf, ihre Tätigkeit in der Partei der Europäischen Linken (EL), wo sie Beobachterstatus hat, fortzusetzen und dabei sowohl innerhalb als auch außerhalb des Europäischen Parlaments wirksam zu werden. Aufmerksamkeit verdient die ausdrückliche Betonung der Zusammenarbeit „mit der neu entstandenen Partei DIE LINKE in Deutschland“, deren Programm laut EU-Abgeordneten Maštálka „auch für die KPBM inspirierend sein kann.“

In dem Beschluss „Hauptrichtungen ...“ setzte der Parteitag folgende Prioritäten für die Politik der Partei:

- die Absetzung der Nečas-Regierung, Neuwahlen und Konstituierung einer Regierung, die die Interessen der Mehrheit der Bürger respektiert;
- die Einstellung der vorgeschlagenen „Restitution“ kirchlichen Eigentums;
- die Annahme eines Gesetzes über landesweite Referenda und die Abberufbarkeit von Politikern;
- statt unsinniger Kürzungen die Förderung des Wirtschaftswachstums aller Eigentumsformen und der Schaffung neuer Arbeitsplätze, Verteidigung der sozialen Rechte der Menschen, Einstellung oder Suspendierung der vorgesehenen Rentenreform und Beibehaltung des geltenden, vom Staat garantierten Rentensystems;
- die Gewährleistung der in der Verfassung verbrieften Rechte auf unentgeltliche Gesundheitsfürsorge, unentgeltliches Studium an Hochschulen und Universitäten, Verzicht auf Schulgeld und Einschreibgebühren, Gewährleistung eines Systems sozialer Stipendien und Beihilfen für Bedürftige;
- eine gerechte, solidarische und zweckmäßige Steuerpolitik mit progressiver Einkommenssteuer;
- die Schaffung der erforderlichen Bedingungen für die Tätigkeit der Sicherheitsorgane, die Stärkung ihrer Professionalität und Gewährleistung eines funktionsfähigen Rettungssystems;
- als Bestandteil des Kampfes für den Frieden in der Welt der Abzug der tschechischen Militärkontingente von Standorten, die keinen Bezug zur Landesverteidigung haben und nicht auf UNO-Mandaten fußen;
- die Unterstützung von Bündnissen und Bürgerbewegungen, insbesondere des Projekts „Bündnis für Arbeit und Solidarität“ und wesentlich größere Anstrengungen für ein abgestimmtes Vorgehen von Bürgervereinigungen und Initiativen zur Verteidigung der Rechte der nichtprivile-

- gierten Schichten gegen das System der Ausbeutung und Bereicherung ohne Arbeit;
- die aktive Auseinandersetzung mit allen Formen des Antikommunismus;
- die Mitwirkung bei der Schaffung der materiellen, wirtschaftlichen und geistigen Voraussetzungen für einen systematischen Dialog mit der jungen Generation.

Neue linke Perspektiven auf dem Balkan

Das Subversive Festival in Zagreb diskutierte die „Zukunft Europas“

Von Boris Kanzleiter, Büro Belgrad der RLS;
aus: www.rosalux.de

Viele Fragen, kontroverse Diskussionen und hunderte BesucherInnen. Das 5. Subversive Festival in Zagreb bot vom 13. bis 19. Mai ein lebendiges Forum für Debatten über die Krise der Europäischen Union und die Perspektiven der Linken auf dem Balkan. Zu den abendlichen Veranstaltungen kamen täglich nicht nur über 500 Besucher/-innen aus Zagreb in das Kino Europa. In diesem Jahr waren zum ersten Mal auch Gäste aus allen Ländern in Südosteuropa eingeladen, um an Workshops teilzunehmen. Bekannte linksorientierte Intellektuelle wie Tariq Ali, Saskia Sassen, Bernard Cassen und Samir Amin bereicherten das Programm mit Vorlesungen.

Das Subversive Festival hat vor fünf Jahren als ein Filmfestival begonnen. Mittlerweile ist es der zentrale Treffpunkt einer sich neu konstituierenden Linken auf dem Balkan. Mit seinem reichen Programm an Workshops und Vorlesungen bildet es eine in dieser Form einzigartige Diskussionsplattform in Südosteuropa. Im Mittelpunkt des diesjährigen Festivals standen drei Themen. Am 14. und 15. Mai wurde die „Krise in Europa“ diskutiert. Der „Kampf um die Commons“ wurde am 16. Mai ins Zentrum gerückt. Und am 17. und 18. Mai trafen sich Mitglieder zahlreicher sozialer Bewegungen und linksorientierter Organisationen aus der ganzen Region zu einem „Balkan-Forum“. Zum ersten Mal seit dem Ausbruch der Kriege im ehemaligen Jugoslawien 1991 kamen linksorientierte AktivistInnen aus einem breiten politischen Spektrum und aus allen Republiken bzw. autonomen Provinzen des ehemaligen Jugoslawiens sowie aus Albanien, Rumänien und Bulgarien zusammen, um gemeinsame Perspektiven zu diskutieren.

Die Krise der Europäischen Union sowie die „Eurokrise“ sind für die Länder auf dem Balkan zentrale Themen. Die Schuldenkrise in Griechenland und ihre politischen Implikationen haben unmittelbare Bedeutung für alle Länder Südosteuropas. Wie Peter Damo von der Lehrgewerkschaft in Rumänien auf dem Panel „Schlechte und gute Nachrichten aus der EU Peripherie“ deutlich machte, fokussiert die internationale Öffentlichkeit stark auf die Krise in Griechenland. Tatsächlich sei die Lage in Griechenland aber in vielerlei Hinsicht vergleichbar mit anderen Ländern der Region. In Rumänien werde die Austeritätspolitik nach dem griechischen Modell beispielsweise bereits seit 2010 durchgesetzt und entfalte ähnlich destruktive Wirkungen.

Während des Workshops zur „Krise in Europa“ wurden allerdings nicht nur die sozialen und politischen Auswirkungen der neoliberalen Austeritätspolitik diskutiert. Auch die Frage des Widerstandes spielte eine wichtige Rolle. Neben vielen anderen ReferentInnen gingen Christophe Ventura (Memoire des Luttes, Frankreich) und Elisabeth Gauthier (Transform) auf die erfolgreiche Kampagne der Front de Gauche in Frankreich ein. Nuno Serra (Bloco de Esquerda, Portugal) sprach über den Widerstand gegen die Kürzungsdiktate in Portugal. Haris Golemis (Nicos Poulantzas Institute, Griechenland) und Costas Douzinas (Berater von Syriza) erläuterten die aktuelle Lage in Griechenland. Walter Baier (Transform), Gáspár Miklós Tamás (Philosoph, Budapest), Alessandra Mecozzi (Metallgewerkschaft FIOM, Italien) und andere diskutierten auf einem Panel über die Möglichkeiten ein „anderes Europa“ zu schaffen. Dabei spielte die Frage, welche Folgen ein möglicher Wahlsieg von Syriza in Griechenland haben könnte, eine wichtige Rolle. Als Zeichen der Solidarität mit den zeitgleich stattfindenden Blockupy Protesten in Frankfurt a. M. wurde von den TeilnehmerInnen eine Resolution verabschiedet.

Von großer Bedeutung für die sich neu konstituierende Linke in Südosteuropa war vor allem das „Balkan-Forum“, das vom Belgrader Büro der Rosa Luxemburg Stiftung unterstützt wurde. Unter dem Motto „Towards a Balkan Social Forum“ kamen Akteure linker Organisationen und sozialer Bewegungen aus der ganzen Region zu einem bisher einmaligen Treffen zusammen. Arlind Qori (Tirana), Agon Hamza (Pristina/Ljubljana), Mate Kapovic (Zagreb) und andere sprachen über die Durchsetzung neoliberaler Austeritätspolitik, die Einführung von Flat-Tax-Regimen und die Durchsetzung einer rücksichtslosen Privatisierungspolitik in Albanien, Kosovo und Kroatien. Vuk Bačanović (Sarajevo) und Zdravko Saveski (Skopje) machten am Beispiel Bosnien-Herzegowinas und Mazedoniens deutlich, wie die lokalen Eilten ethnonationale Ideologien als Ressourcen zur Stabilisierung von Machtpositionen einsetzen. Die beiden Referenten sprachen über die Notwendigkeit der Herausbildung eines neuen „Klassenbewusstseins“, um die Nationalismen in der Region zu überwinden. Wie u. a. Vladimir Simović (Belgrad) deutlich machte, bietet vor allem der Widerstand gegen eine weitere Privatisierung und Kommodifizierung öffentlicher Güter („Commons“) eine strategische Klammer für die vielen parzellierten sozialen Kämpfe, die bisher von StudentInnen oder Beschäftigten im städtischen Dienstleistungsbetrieben weitgehend getrennt geführt werden. Ein besonderes Gewicht hatte vor diesem Hintergrund das Panel zu „Deindustrialisierung und Arbeiter/-innenwiderstand“, an dem gewerkschaftliche Aktive aus Kroatien und Serbien teilnahmen.

Zum Abschluss des „Balkan-Forums“ resümierten die Organisatoren des Subversiven Festivals, Srećko Horvat und Igor Štiks, die Ergebnisse. Wie Štiks ausführte, zeigte das Forum die „Möglichkeit und Notwendigkeit“ für einen „anderen Balkan“ der sozialen Gerechtigkeit, direkten Demokratie und der Emanzipation. Zwar zeigten sich deutliche Unterschiede in der Situation in den einzelnen Ländern, gleichzeitig wurde aber auch die dringende Notwendigkeit deutlich, Bündnisse sozialer Bewegungen in den einzelnen Ländern und über alle Grenzen hinweg aufzubauen. Diese Bewegungen sollten den Begriff der sozialen Gerechtigkeit neu definieren und Fragen der Menschenrechte, der Minderheitenrechte und Geschlechtergerechtigkeit integrieren.



Zum Ende des Festivals fand am 19. Mai eine Diskussion zum Thema „Die Zukunft des Balkans“ statt, an der mit Renata Salecl (Ljubljana), Boris Buden (Berlin) und Dubravka Ugrešić (Niederlande) einige der bekanntesten Intellektuellen und SchriftstellerInnen aus der Region teilnahmen. Sie überprüften unter anderem kritisch den Gebrauch des Begriffs „Balkan“, der sowohl in der westlichen Öffentlichkeit als auch in der Region selbst gleichzeitig Angst und Faszination auslöst. Interessant waren auch die Parallelen, welche in dieser Diskussion zwischen der strukturell-institutionellen Krise der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien (SFRJ) in den achtziger Jahren und der Krise der Europäischen Union ausgemacht wurden.

Ein anderer Balkan ist möglich! Das Erste Balkan-Forum

Von Subversive Forum Team, Zagreb; aus: Transform Newsletter Nr. 7, 2012 (gekürzte Fassung, die ungekürzte englische Version ist zu finden unter: www.transformnetwork.net)

Am 17. und 18. Mai 2012 wurde im Rahmen des Subversiven Forums in Zagreb das erste Balkan-Forum veranstaltet. Dort trafen sich an die vierzig emanzipatorische Gruppierungen und Bewegungen aus der Region, um folgende Themen zu diskutieren: soziale Gerechtigkeit, Widerstand gegen den Neoliberalismus, wirtschaftliche Beziehungen, Deindustrialisierung und Kämpfe der Arbeitenden sowie die Krise der repräsentativen Demokratie und die Notwendigkeit einer tiefgreifenden Demokratisierung der Gesellschaften des Balkans.

Soziale Gerechtigkeit

Der „postsozialistische“ Übergang zu einer freien Marktwirtschaft war in den vergangenen zwei Jahrzehnten von den verheerenden Wirkungen einer neoliberalen Politik geprägt. Erst kürzlich erfasste angesichts dieses Zustands eine Streikwelle den Balkan. Zu den ersten Protesten kam es in Rumänien, weitere folgten in Kroatien, Slowenien und Montenegro. Allerdings finden diese noch isoliert voneinander statt. Es fehlt ein gemeinsames Narrativ. Auf dem Balkan-Forum wurde bekräftigt, dass die jeweiligen sozialen Proteste eine gemeinsame Grundlage haben und dass emanzipatorische Gruppierungen und Linke auf dem ganzen Balkan sich solidarisieren und gemeinsam agieren müssen. Die aktuellen sozialen Kämpfe müssen sich den künstlichen Grenzen innerhalb der Balkanregion verweigern, unabhängig davon, ob es sich um Grenzen zwischen dem „östlichen“ und dem „westlichen“ Balkan handelt, oder um solche zwischen EU-Mitgliedstaaten, EU-Kandidaten und unter internationaler Aufsicht stehenden UN-(Semi-)Protektoraten. Gleichzeitig müssen Themen wie die Einhaltung der Menschenrechte, Antinationalismus und Antifaschismus, der Schutz von Minderheitenrechten und Geschlechtergerechtigkeit integrale Bestandteile einer umfassenden linken Agenda bleiben.

Widerstand

Der europäische Integrationsprozess wurde von lokalpolitischen Akteur/-innen als Vorwand für weitere neoliberale Reformen benutzt und wurde von Brüssel im Namen des

Aufbaus der freien Marktwirtschaft unter Ausklammerung staatlicher oder öffentlicher Eingriffe unterstützt. Der Organisation eines erfolgreichen Widerstandes steht in vielen Ländern des Balkans immer noch ein ausgeprägter Nationalismus im Weg – als konservative, diskriminierende Ideologie und als mobilisierende Kraft. Im Alltag beobachten wir einen grassierenden Geschichtsrevisionismus, den Zuwachs faschistischer Gruppierungen und offen rassistisch ausgetragene Diskurse gegen ethnische Minderheiten, vor allem gegen Roma.

Dennoch können wir überall auf dem Balkan eine Protestbewegung von unten ausmachen. Die neuen Widerstandsbewegungen streben eine Veränderung der bestehenden Machtverhältnisse an und greifen den herrschenden öffentlichen und medialen Diskurs an. Ausschlaggebend für ihren möglichen Erfolg wird sein, dass diese Bewegungen zusammenarbeiten.

Die Commons (gemeinsamen Grundgüter)

Privatisierungen, die Erschließung und der Ausverkauf des öffentlichen Wassersystems, der öffentlichen Einrichtungen des Gesundheits und Bildungssystems, der Landwirtschaft, des öffentlichen Raumes und der natürlichen Ressourcen gefährden die menschliche Existenz und die Umwelt. Mit seinen nicht auf Eigentum abzielenden Ressourcen, seiner Verwaltung durch ein Kollektiv und der Schaffung neuer sozialer Organisationsformen eröffnet das Konzept der Commons neue Perspektiven und motiviert neue Formen der Mobilisierung, wodurch auf einen Handlungsraum jenseits der Dichotomie von Staat und Markt verwiesen wird. Ziel ist die (neuerliche) Vergesellschaftung von Diensten und Ressourcen für die und durch die Öffentlichkeit, wobei das Ziel sowohl in sozialer Gerechtigkeit als auch in Nachhaltigkeit besteht.

Arbeiter/-innenkämpfe

Eine Folge der Privatisierungen ist die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen. Das Modell der Zeitarbeit setzt sich auf dem Arbeitsmarkt immer weiter durch. Vor allem Frauen finden sich aufgrund ihrer doppelten Unterdrückung immer wieder in einer schwierigen Lage. Solidarität unter den Gewerkschaften, Organisationen, unabhängigen AkteurInnen, ZeitarbeiterInnen und Erwerbslosen scheint wichtiger als jemals zuvor.

In der Unternehmensbeteiligung der Arbeitenden, in der Selbstverwaltung ihrer Arbeitsplätze (z. B. bei Jugoremedija in Serbien) oder in dem gegen die Privatisierung gerichteten Druck, der zu Partnerschaften zwischen dem Staat (als Hauptanteilsgeber) und den Arbeitenden als am Produktions- und Verwaltungsprozess Beteiligten (wie z. B. bei Petrokemija in Kroatien) geführt hat, können wir unterschiedliche erfolgreiche Modelle von Kämpfen der Arbeitenden gegen Deindustrialisierung und Privatisierungen sehen. Themen wie Besitzverhältnisse und demokratische Verwaltung liegen als wichtige Fragen für unsere Zukunft wieder auf dem Tisch.

Demokratie

Die Frage der Demokratie, ihrer Bedeutung und ihrer Erscheinungsformen muss ebenfalls überall auf dem Balkan auf der Agenda stehen. Das in den letzten 20 Jahren in den postsozialistischen Balkanstaaten eingeführte Modell der parlamentarischen Demokratie entpuppte sich als korrupte



Parteiherrschaft und ungebrochene Dominanz der politischen und wirtschaftlichen Oligarchien.

Die Erfahrung der aufbegehrenden StudentInnen in Kroatien, Serbien, Slowenien und Bosnien ist ein wertvolles Beispiel für Selbstverwaltung und politisches Handeln, anhand dessen wir die Neuknüpfung sozialer Bezüge und das Erstarren von Solidarität sehen können. Verschiedene radikal-demokratische Methoden erzeugen neue politische Subjektivitäten und sind als solche zu unterstützen. Der einschließende Charakter dieser Modelle und die Ablehnung der Herrschaft einfacher Mehrheiten fördern die breite Einbeziehung nicht nur der BürgerInnen, sondern auch der Angehörigen von Minderheiten wie z. B. von Lesben und Schwulen, Roma, MigrantInnen u. a. Das Balkan-Forum unterstreicht die Tatsache, dass eine der wichtigsten Frontlinien im Kampf um Demokratie die stärker werdende Partizipation in Wirtschaft, Industrie und am Arbeitsplatz ist. Es kann keine echte Demokratie in den Sphären von Politik und Gesellschaft geben, wenn es keine Mitbestimmung am Arbeitsplatz gibt. Anders gesagt: Echte Demokratie ist nicht möglich ohne die Entwicklung von Demokratiemodellen in Wirtschaft und Industrie.

Das Balkan-Forum sieht radikal-demokratische Praxen als alternative und anwendbare Modelle, die als dringend notwendiges Korrektiv und Gegengewicht zum herrschenden, in einer Legitimitätskrise steckenden Modell der repräsentativen, elektoralen Demokratie dienen können. Zum jetzigen historischen Zeitpunkt sollten die politischen Kräfte der Linken Modelle ins Auge fassen, in denen sich demokratischer Druck von unten und die Unabhängigkeit horizontal organisierter Bewegungen und AkteurInnen mit der Nutzbarmachung bestehender Strukturen des derzeitigen StellvertreterInnen-systems verbinden.

Vom 12. bis zum 18. Mai 2013 wird in Zagreb das Zweite Balkan-Forum stattfinden. Dort sollen konkrete Antworten und Strategien ausgearbeitet werden, um die in diesem Text besprochenen Themen in Angriff zu nehmen.

Anschläge auf Gewerkschaften im Irak halten an

Aus: UZ, 3. Juli 2012

Erneut und weiterhin sieht sich die Gewerkschaftsbewegung im Irak politisch-administrativen Angriffen der Regierung und brutalen Gewalttattacken von arbeiterfeindlichen, rechten Kräften ausgesetzt. Am vergangenen Dienstag wurde die Zentrale der Allgemeinen Vereinigung Irakischer Arbeiter (GFIW) in Bagdad Gegenstand eines solchen Angriffs.

Eine Gruppe von bisher unidentifizierten Schlägern stürmte am 10. Juli das Hauptquartier des Gewerkschaftsverbandes in Bagdad, attackierte und bedrohte dort anwesende Gewerkschaftsaktivisten und Führungskräfte der GFIW körperlich. Sie zerschlugen die Türen der Büros dreier Einzelgewerkschaften – der Bauarbeiter, Mechaniker und Drucker. Sie beschlagnahmten Akten und privates Eigentum und zwangen die Gewerkschaftsmitarbeiter unter einer Flut von physischen Bedrohungen und Misshandlungen zum Verlassen des Gebäudes.

Dieser Angriff steht in einer ganzen Reihe von Gewaltaktionen gegen die GFIW und die Gewerkschaftsbewegung des Iraks insgesamt. Nur wenige Tage früher hatten gleich orientierte Schläger das Hauptquartier der GFIW völlig widerrechtlich blockiert und verschlossen und verwehrten damit den Führungskräften und Mitarbeitern der Gewerkschaften den Zugang zu ihren Büroräumen.

Die GFIW rief in einer Protesterklärung alle patriotischen Kräfte, die fortschrittlichen irakischen Organisationen der Zivilgesellschaft und die arabischen und internationalen Gewerkschaftsorganisationen auf, die hinterhältigen Angriffe auf ihre Organisation zu verurteilen, sich mit den irakischen Arbeitern und ihrer Gewerkschaftsbewegung solidarisch zu erklären und sich allen Einmischungen – gleich welcher Partei- und Machtgruppen – in die inneren Angelegenheiten der Gewerkschaften zu widersetzen.

Sie erklärte ferner, alle rechtlichen Mittel und Wege ausnutzen zu wollen, um die Schlägerbanden vor Gericht zu bringen. Sie forderte zudem die Rechts- und Justizorgane auf, zur Unterbindung solcher Gewaltangriffe aktiv zu werden.

Die einschüchternden Gewaltangriffe auf die irakischen Gewerkschaftsorganisationen sind jedoch nur ein – wenn gleich offen brutaler – Teil der Bedrohungen der irakischen Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung. Die politisch-organisatorischen Bedrohungen der Selbständigkeit der Gewerkschaftsbewegung kommen direkt aus der Regierung von al-Maliki und den dort organisierten Machtgruppen. Dabei geht es um die Durchsetzung des Dekrets Nr. 3 des damaligen Regierungsrates aus dem Jahre 2004 – der Hohezeit der US-amerikanischen Besatzung des Iraks – in dem staatlich-hoheitliche Einmischung und Anmaßung bei der Wahl und Besetzung der Führungsebenen der Gewerkschaften verankert wurden.

Die jüngsten Versuche des Ministeriums für Arbeit und Soziales im Irak zur Durchsetzung entsprechender Scheinwahlen war Ende Juni Gegenstand einer Beratung von mehreren Gewerkschaften der GFIW in Basra, die danach in folgender Erklärung zusammen gefasst wurde:

Vier irakische Arbeitervereinigungen und ihre Gewerkschaften haben sich heute (22.6.2012) getroffen, um ihren offiziellen Standpunkt hinsichtlich der Scheinwahlen der Arbeiterschaft zu bekunden, die durch das vom Ministerium für Arbeit und Soziales eingesetzte sogenannte „Vorbereitungskomitee“ durchgezogen werden sollen. Dieses „Vorbereitungskomitee“ hat eine Gruppe von weniger als einem Dutzend Individuen ohne jegliche Beziehung zu Gewerkschaften zu einem verschwörerischen Treffen hinter verschlossenen Türen eingeladen, um durch Scheinwahlen ein Exekutivbüro (Verwaltungsrat) für den gewerkschaftlichen Dachverband, die Allgemeinen Vereinigung Irakischer Arbeiter (GFIW) zu ernennen.

Dieses Vorgehen ist ein Mittel zur Täuschung der arbeitenden Menschen darüber, dass die GFIW die einzige Gewerkschaftsstruktur im Irak bildet. Es richtet sich gegen die Demokratie, für die dieser Verband steht und widerspricht dem gewerkschaftlichen Pluralismus. Die unterzeichnenden Gewerkschaften und Vereinigungen in Basra, in Ihrem Einsatz zur Verteidigung des Rechtes der Gewerkschaften auf Selbstorganisation zur Gewährleistung einer pluralistischen Gewerkschaftsbewegung, erklären daher:

1. Das Treffen verurteilt die Einrichtung des offiziellen „Vorbereitungskomitees“, dass sich dreist in die internen



Angelegenheiten der Gewerkschaften eingemischt hat und die freie Bildung der Gewerkschaftsorganisationen mit Hindernissen blockiert. Dies stellt eine klare Verletzung internationaler Abkommen dar, so der Konvention Nr. 87 aus dem Jahre 1948.

2. Das Treffen verurteilt [grundsätzlich und allgemein] die Einmischung der Regierung in die Angelegenheiten der Gewerkschaften und verurteilt diejenigen, die daran arbeiten – mit dem Segen und unter dem Schutz der Regierung – die freie und demokratische Gewerkschaftsarbeit zu sabotieren. Ein Beispiel dafür ist die Einmischung mittels des oben genannten und berüchtigten „Vorbereitungskomitees“.

3. Das Treffen verurteilt die Anwendung gewerkschaftsfeindlicher Gesetze und Erlasse durch die Regierung, wie des Gesetzes Nr. 150 aus dem Jahre 1987, welche die gewerkschaftlichen Aktivitäten in öffentlichen bzw. staatlichen Schlüsselbereichen des Iraks einschränken und blockieren und gewerkschaftliche Freiheiten verweigern.

4. Das Treffen verurteilt Dekrete wie das Dekret Nr. 3 von 2004, die vom ehemaligen Regierungsrat erlassen wurden und darauf abzielten, die Entwicklung der Arbeiterbewegung und ihrer Gewerkschaftsorganisationen zu verhindern.

Wir fordern ebenso:

1. Die Regierung möge ihrer Verantwortung hinsichtlich der gewerkschaftlichen Freiheiten gerecht werden, insbesondere hinsichtlich des Rechts, Gewerkschaften sowohl im privaten, als auch im öffentlichen Bereich zu bilden und ihnen beizutreten und hinsichtlich des Rechts auf freie Versammlung und auf Demonstrationen. Das Treffen möchte die Regierung an ihre Verantwortung erinnern, ihre Verpflichtungen auf Grund internationaler Übereinkommen zu achten – etwa gemäß Konvention Nr. 87 und 98 aus dem Jahre 1948.

2. Die Regierung soll die unverhohlene Einmischung durch herrschende Parteien und Militärs mit dem Ziel der eigenen politischen Instrumentalisierung der Gewerkschaftstätigkeit und deren Anstrengungen, die Gewerkschaftsarbeit zu beherrschen, beenden.

3. Die Rücknahme der von dem ehemaligen Regierungsrat und dem Besatzungsregime getroffenen Entscheidungen, die darauf abzielten, die Gewerkschaftsarbeit bei der Verteidigung der Arbeiterinteressen behindern. Wir fordern ebenso, dass die Regierung von der Anwendung der gewerkschaftsfeindlichen Gesetze Abstand nimmt, die vom früheren Regime gegen die Arbeiterbewegung und ihre Organisationen im Irak verabschiedet wurden.

4. Einen beschleunigten Prozess für die Annahme eines angemessenen und gerechten Arbeitsgesetzes, welches die Rechte der Arbeiter achtet, die Freiheit der gewerkschaftlichen Organisation, der Versammlung, der Demonstration und des Streiks garantiert sowie die Einmischung der Regierung und die von ihr unterstützte Dominierung von Gewerkschaften durch Parteien verhindert.

5. Die ausnahmslose Einbindung aller Arbeitervereinigungen und Gewerkschaften im Irak in Diskussionen zum Arbeitsgesetz, gleich ob von der Regierung oder im Parlament vorbereitet, um so sicherzustellen, dass die Ansichten der Arbeiter gehört werden, und um das Recht der Arbeiter auf Selbstorganisation zu garantieren.

Diese Erklärung wurde in Basra von folgenden Organisationen unterzeichnet:

- General Federation of Iraqi Workers in Basra (GFIW)
- General Federation of trade Unions and Workers Councils in Basra
- Iraqi Federation of Oil Unions (IFOU)
- Union of Engineering Professionals in Southern Electricity Sector

Das XVIII. Treffen des Forums von São Paulo

Von Dietmar Schulz, Bereich Internationale Politik der Bundesgeschäftsstelle Der LINKEN

Das Forum von São Paulo (FSP) ist gegenwärtig die wichtigste und breiteste internationale Organisation linker und progressiver Parteien in Lateinamerika. Gegründet im Jahre 1990, maßgeblich auf Initiative der brasilianischen Partei der Arbeiter (PT) unter der Führung des späteren Präsidenten Brasiliens Lula da Silva, gehören ihm heute zahlreiche lateinamerikanische Regierungsparteien und wichtige linke Parteien aus Ländern an, die (noch) nicht links regiert werden, wie z. B. aus Mexiko, Kolumbien und Chile.

Unter der Losung von der Einheit in der Vielfalt orientiert das FSP auf die breite Einheit aller linken, demokratischen und progressiven Kräfte Lateinamerikas unter bewusster Zurückstellung von teilweise beträchtlichen Unterschieden in den politischen und ideologischen Auffassungen seiner Mitglieder. Auf diese Weise ist es möglich, dass im Forum so unterschiedliche Kräfte wie die KP Kubas, die FSLN Nikaraguas, die FMLN aus El Salvador und zahlreiche kommunistische Parteien der Region eng mit eher sozialistisch bzw. sozialdemokratisch orientierten Parteien wie der PT Brasiliens oder der PRD aus Mexiko zusammenarbeiten.

Einendes Band der heterogenen und pluralen Kräfte des Forums ist das gemeinsame Bemühen um Überwindung des Neoliberalismus und seiner schweren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Folgen auf dem Subkontinent. Allen gemeinsam ist die Vorstellung von einer neuen, zutiefst demokratischen, sozial gerechteren und friedlichen Welt. Über die Wege und Methoden dazu, über die Geschwindigkeit des Voranschreitens und über die Reichweite der Veränderungen gibt es sehr unterschiedliche Vorstellungen, wird heftig und intensiv diskutiert. Dabei wird der Erfahrungsaustausch als wichtiges Mittel des Lernens verstanden, das Kopieren eines Modells jedoch strikt abgelehnt.

In den letzten Jahren ist das FSP verstärkt dazu übergegangen, Strukturen für konkrete Formen der Zusammenarbeit (Netzwerk der Stiftungen, Parlamentarierforum, Frauentreffen, Treffen der Jugendbewegungen usw.) zu schaffen. Gegenseitige Unterstützung in Wahlkämpfen und z. B. bei der politischen Bildungsarbeit gehört inzwischen zum politischen Alltag. Zur Auswertung der Regierungserfahrungen werden jährliche lateinamerikaweite Konferenzen veranstaltet, von denen bereits zwei durchgeführt wurden.

Das diesjährige Treffen des Forums von São Paulo fand Anfang Juli in Caracas, Venezuela, statt. An ihm nahmen 308 internationale Delegierte und Gäste teil, die Parteien und politische Bewegungen aus 39 Ländern Lateinamerikas und der Karibik, aus Europa, Afrika und Asien vertraten. Dazu kamen 740 nationale Delegierte aus Venezuela. Insgesamt waren



auf dem XVIII. Treffen des Forums von São Paulo 85 Parteien bzw. Bewegungen vertreten, darunter 43 Mitgliedsorganisationen des FSP.

Hinsichtlich der tagesaktuellen Themen wurde das Treffen klar von zwei Fragen bestimmt: der Absetzung des paraguayischen Präsidenten Fernando Lugo durch das Parlament Paraguays und der bevorstehenden Präsidentschaftswahl in Venezuela.

Der Putsch in Paraguay

Die Absetzung des paraguayischen Präsidenten Fernando Lugo durch das Parlament seines Landes wurde klar als parlamentarischer Putsch gegen den direkt von der Bevölkerung gewählten Präsidenten charakterisiert. Heftige Kritik wurde an der Art und Weise des Amtsenthebungsverfahrens geäußert: Eine Amtsenthebung innerhalb von 24 Stunden, keine Beweisführung für die vorgeworfene „schlechte Amtsführung“ (in der Anklageschrift heißt es, die Beweise seien „allgemein bekannt“ und müssten daher nicht aufgeführt werden) und keine Möglichkeit für den Präsidenten, zu den Vorwürfen Stellung zu nehmen, ließen bei den Teilnehmern des Treffens mehr als nur Zweifel an der Rechtsstaatlichkeit des Verfahrens aufkommen.

Ein Delegierter aus Paraguay brachte es auf den Punkt: Lugo sei nicht gestürzt worden für etwas, das er getan habe, sondern für etwas, das er zu tun beabsichtigte. Der institutionelle Staatsstreich gegen den Präsidenten kam zu einem Zeitpunkt, da es aussah als wolle Lugo tatsächlich doch noch eine Agrarreform einleiten, die so viele landlose und landarme Bauern sehnlichst von ihm erwartet und wofür sie ihn gewählt hatten. Eine solche Beschneidung ihrer vitalen wirtschaftlichen Interessen wollten die Großagrarien und das Agrobusiness Paraguays offensichtlich bereits in ihren Anfängen ersticken.

Das Forum von São Paulo erklärte seine uneingeschränkte Solidarität mit den demokratischen und fortschrittlichen Kräften Paraguays und rief zu Protestaktionen vor den Botschaften Paraguays bzw. an den Grenzübergängen der Nachbarländer zu Paraguay auf. Zugleich sicherte das FSP den demokratischen Kräften des Landes jede nur mögliche Unterstützung bei den Präsidentschaftswahlen im April des kommenden Jahres zu. Deutlich gemacht wurde aber auch, dass die paraguayische Linke selbst die wichtigste Voraussetzung für ein erfolgreiches Abschneiden bei diesen Wahlen schaffen muss: ein einheitliches Wahlbündnis aller demokratischen und fortschrittlichen Kräfte. Die inzwischen vergangene Zeit hat gezeigt, dass es dafür noch großer Anstrengungen bedarf. Persönliche Ambitionen einzelner Vertreter des linken, demokratischen Lagers drohen zu einem unüberwindlichen Hindernis auf dem Weg zu einer linken Einheitsliste zu werden.

Sehr interessant an der Diskussion um den parlamentarischen Putsch gegen Präsident Lugo war die Einschätzung zahlreicher Delegierter, bei der Amtsenthebung im Schnellverfahren habe es sich um eine neue Form von Staatsstreich unterhalb der Schwelle offener militärischer Gewaltanwendung gehandelt. Dazu werden entweder die in den einzelnen Ländern noch vorhandenen parlamentarischen Mehrheiten der bürgerlichen Opposition genutzt wie in Honduras und jetzt in Paraguay, oder man versucht, Unruhe und letztendlich Chaos zu stiften, um so einen Vorwand für ein de-facto-Regime zu haben. Die linken Kräfte Lateinamerikas werden

sich auch auf solche Szenarien einstellen müssen. Bisher gab es mit Blick auf die Möglichkeit eines offenen Militärputsches à la Pinochet oder einer bewaffneten Intervention von außen hier und da Illusionen, diese Form des Widerstandes der konservativen Kräfte sei nicht mehr möglich.

Wahlkampfhilfe für Hugo Chávez

Selbstverständlich war bereits die Entscheidung, das diesjährige Treffen des Forums von São Paulo in Caracas zu veranstalten, mit dem Gedanken einer Unterstützung für die Wiederwahl des Präsidenten Hugo Chávez bei den bevorstehenden Präsidentschaftswahlen am 7. Oktober zustande gekommen.

Die venezolanische Seite nutzte die Bühne des Forums zu einer breiten Darstellung der Erfolge und Errungenschaften der bolivarianischen Revolution in Venezuela. Da der venezolanische Nationalfeiertag (5. Juli) in den Zeitraum des Jahrestreffens des FSP fiel, wurden auch die Veranstaltungen hierzu und die Abschlussveranstaltung des Treffens genutzt, um der venezolanischen Öffentlichkeit die Unterstützung der lateinamerikanischen Linken für das Projekt der bolivarianischen Revolution und für Präsident Hugo Chávez zu demonstrieren.

Zentrale Diskussionspunkte

Das zentrale Thema der Diskussionen auf dem Treffen des FSP war die Vertiefung und Beschleunigung der Transformationsprozesse in den einzelnen von Mitte-Links regierten Ländern. Diese Diskussion, die in sich eine Fortführung der auf dem internationalen Seminar der mexikanischen PT im März begonnenen Diskussion war, ging von der Feststellung aus, dass die progressiven, demokratischen Regierungen des Subkontinents inzwischen zwar beachtliche Erfolge bei der Verbesserung der sozialen Lage großer Teile der Bevölkerung, insbesondere der ärmsten Schichten, erreicht haben, hinsichtlich der Grundstrukturen der Gesellschaft und dabei vor allem in den Wirtschaftsstrukturen sich im allgemeinen aber nicht sehr viel geändert hat. Die linken, demokratischen Regierungen, so der Tenor der Diskussion, dürfen nicht lediglich die besseren Verwalter des Systems sein, die etwas mehr an sozialer Gerechtigkeit durchsetzen, sondern das Anliegen muss darin bestehen, das existierende System nachhaltig zu verändern.

Dafür bleibt nach überstimmender Meinung der Teilnehmer nicht ewig Zeit. Der Exekutivsekretär des FSP, Valter Pomar von der PT Brasiliens, wiederholte seine These von einem Zeitfenster für die Einleitung systemverändernder Entwicklungen, das sich auch wieder schließen könne.

Eine besondere und vor allem aktive Rolle in den Transformationsprozessen muss – so das Fazit der Diskussion – der Staat spielen, der dazu weiter zu stärken ist. Dies muss jedoch mit einer weiteren Förderung der Partizipation, der Transparenz und Offenheit einhergehen, was wiederum eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den sozialen Bewegungen zur Voraussetzung hat.

Die Rolle des Staates – dies eine nicht ganz neue Erkenntnis der Diskussion – muss insbesondere gegenüber der Wirtschaft gestärkt werden. Für den Erfolg oder Misserfolg der systemverändernden Prozesse ist letztendlich auch eine wachsende Demokratisierung der wirtschaftlichen Verhältnisse, eine demokratische Kontrolle über die Schlüsselzweige der Wirtschaft und nicht zuletzt eine Vergesellschaftung der Wirtschaft notwendig. Eine große Rolle in diesem Pro-



zess wird der lateinamerikanischen Integration beigemessen. Intensiv wurde daher über deren Inhalt und Formen diskutiert. Dabei standen der ALBA-Pakt und der neue Charakter des MERCOSUR-Bündnisses im Vordergrund. Weiterer inhaltlicher Auseinandersetzungen bedürfen solche Projekte wie die Banco del Sur (Bank des Südens), die grenzüberschreitende Kommunikation und Projekte des ökologischen Umbaus.

Naturgemäß konnte die Diskussion nicht bis zu einem konsensualen Ergebnis geführt werden, berührt sie doch konzeptionelle Grundfragen des Charakters eines post-neoliberalen Gesellschaftsmodells, zu denen es unter den Mitgliedsparteien des FSP keine übereinstimmenden Positionen gibt. Hier scheiden sich die Geister vor allem an der Frage, ob eine post-neoliberale Gesellschaft notwendigerweise einen antikapitalistischen Charakter haben muss. Schrittweise greift unter den Mitgliedern des FSP zwar die Überzeugung Platz, den Sozialismus des 21. Jahrhunderts als Zielstellung der Systemveränderung zu betrachten. Die Vorstellungen davon sind jedoch sehr unterschiedlich und generell ziemlich vage. Andererseits gibt es zahlreiche Kräfte, die zwar den Neoliberalismus überwinden wollen, das kapitalistische System insgesamt aber nicht in Frage stellen.

Auch wenn das Jahrestreffen des FSP insgesamt gewohnt harmonisch verlief – getreu der Losung von der Einheit in der Vielfalt respektiert man im Allgemeinen unterschiedliche Standpunkte – gab es doch einige Themen, bei denen die zwischen einigen Parteien existierenden Konflikte offen zutage traten. Das war in diesem Jahr vor allem bei der Frage der Aufnahme neuer Mitglieder der Fall, wo Widersprüche und Konflikte zwischen linken Kräften einzelner Länder auf dem Forum ausgetragen wurden.

Der erste dieser Fälle betraf Kolumbien, wo sich der Polo Democrático Alternativo (PDA) der Aufnahme der relativ neuen Bewegung *Marcha Patriótica* (Patriotischer Marsch) unter der Führung der Ex-Senatorin Piedad Córdoba widersetzte. Der zweite Fall kam aus Chile, wo die Sozialistische Partei nicht mit der Aufnahme der Allende-Sozialisten einverstanden war. Da die Regeln des FSP für eine Neuaufnahme die Zustimmung aller Mitgliedsparteien aus dem jeweiligen Land vorsehen, kamen beide Aufnahmen nicht zustande. Dies zeigt, dass die Einheit der linken Kräfte nicht lediglich ein regionales Problem ist, sondern auch auf nationaler Ebene oft noch herbeigeführt werden muss.

Das FSP insgesamt hat in diesen beiden Fällen, wie sonst auch, alle Seiten zur Beilegung ihrer Differenzen aufgerufen und daran erinnert, dass die Einheit der linken Kräfte eine grundlegende Voraussetzung für den politischen Erfolg ist. Die im Forum von São Paulo schon wiederholt geführte Auseinandersetzung um den Charakter der Organisation selbst (Stichwort: Parteienbündnis oder Internationale) wurde dieses Mal recht unterschwellig ausgetragen. Im Resolutionsentwurf für das Parlamentartreffen im Rahmen des FSP brachten die venezolanischen Gastgeber, die ja bereits vor drei Jahren die linke Bewegung mit dem Vorschlag der Gründung einer Internationale überrascht hatten, erneut diesen Gedanken ein, der dann in der Endversion nicht mehr enthalten war.

Unmittelbar nach dem Treffen veröffentlichte der argentinische Soziologe Atilio A. Boron einen Artikel, in dem er dem Forum von São Paulo organisatorische Schwächen, ideologische Unschärfe und politische Orientierungslosigkeit vor-

warf. Zugleich forderte er, das FSP „straffer“ zu organisieren und eine einheitliche politische Linie zu erarbeiten – mit anderen Worten, das Forum zu einer Internationale zu machen. Dem widersprachen zahlreiche Vertreter von Mitgliedsparteien des FSP mit der Argumentation, das Forum in seiner pluralen Form, die Platz für unterschiedliche Auffassungen lasse, entspreche zur Zeit am besten dem vielfältigen Charakter der sich in Lateinamerika vollziehenden Prozesse bei der Überwindung des neoliberalen Systems und der Suche nach einem post-neoliberalen Modell. Auf die Fortsetzung dieser Diskussion kann man gespannt sein.

Das XVIII. Jahrestreffen des Forums von São Paulo ging mit der Annahme zahlreicher Solidaritätsresolutionen zu Ende, von denen hier nur die zugunsten Kubas, der paraguayischen Linken, des palästinensischen Volkes, des Volkes der Westsahara, der Unabhängigkeit von Puerto Rico und für eine politische Lösung der Konflikte in Kolumbien erwähnt werden sollen.

Einstimmig bestätigt wurde die Abschlusserklärung des Treffens unter dem Titel „Erklärung von Caracas – die Völker der Welt gegen den Neoliberalismus und für den Frieden“, die in konzentrierter Form noch einmal die gemeinsamen Standpunkte der lateinamerikanischen Linken zusammenfasst.

Die Völker der Welt gegen den Neoliberalismus und für den Frieden

Schlusserklärung des 18. Treffens des Forums von São Paulo

1. Das 18. Treffen des Forums von São Paulo, das vom 4. bis 6. Juli 2012 in Caracas abgehalten wurde, findet inmitten einer tiefen Strukturkrise des Kapitalismus statt, die begleitet ist von einem Ringen um geopolitische und geostrategische Räume, der Herausbildung neuer Machtpole, von Bedrohungen des Weltfriedens und der militärischen und interventionistischen Aggressivität des Imperialismus, der seinen Niedergang abwenden will. Hinzu kommen neben der Wirtschaftskrise noch die Umwelt-, Energie- und Nahrungsmittelkrise sowie die Krise der politischen Repräsentationssysteme. All diese Umstände erfordern eine entschiedene Reaktion der lateinamerikanischen und karibischen Völker und ein tatkräftiges Handeln der progressiven, basisdemokratischen und linksgerichteten Kräfte.

2. Die Weltwirtschaftskrise ist noch lange nicht überwunden. Die Verantwortlichen an der Spitze der internationalen Finanzinstitutionen sind nach wie vor dem neoliberalen Dogma verhaftet. Die Auswirkungen des wirtschaftlichen Abschwungs in den Vereinigten Staaten und die Lähmung des europäischen Motors sind bereits weiträumig spürbar, selbst in der boomenden Wirtschaft Chinas. Die lateinamerikanische und karibische Region bleibt von den negativen Folgen der globalen Krise nicht verschont, auch wenn die wirtschafts- und sozialpolitischen Maßnahmen der meisten Regierungen der Region schlimmere Auswirkungen der Krise verhindert haben.

3. Während in Regionen wie Europa und den Vereinigten Staaten der Neoliberalismus mit seiner permanenten Sparpolitik und seiner Privilegierung des Finanzkapitals weiterhin



das ideologische Fundament der Wirtschaftspolitik darstellt, sind es in Lateinamerika progressive und linksgerichtete Kräfte, die das Schicksal eines großen Teils der dortigen Nationen lenken und Initiativen auf den Weg bringen, mit denen die „lange Nacht des Neoliberalismus“ bis zu einem gewissen Grade überwunden werden konnte, indem umfassende Sozialprogramme aufgestellt, unbestreitbare Erfolge bei der Armutsbekämpfung erzielt und der Integrationsprozess wie nie zuvor vorangetrieben wurden. Die Herausforderung besteht nun darin, dies fortzusetzen und inmitten der sich verschärfenden Krise weitere Veränderungen herbeizuführen.

4. Auf die Zunahme der demokratischen, bürgernahen, progressiven und linksgerichteten Kräfte in Lateinamerika und der Karibik reagieren die Rechte und der Imperialismus auf unterschiedliche Weise, unter anderem mit systematischen Angriffen seitens der Regierung der Vereinigten Staaten, Manipulation und der Kriminalisierung sozialer Forderungen, um so gewalttätige Zusammenstöße und eine putschistische Gegenoffensive herbeizuführen.

5. Es ist festzustellen, dass in Bolivien neben dem Polizeiaufstand, der kürzlich durch das Eingreifen der sozialen Bewegungen niedergeschlagen wurde, zwei Putschversuche und ein Mordversuch am Präsidenten stattgefunden haben. Des Weiteren ist es zu folgenden Putschhandlungen gekommen: Im Jahr 2002 wurde Präsident Chávez für 47 Stunden abgesetzt und im Juni 2009 wurde Präsident Zelaya seines Amtes enthoben; im September 2010 fand ein Putschversuch in Ecuador statt, der aufgrund der sofortigen Mobilisierung des ecuadorianischen Volkes und des raschen Handelns der internationalen Gemeinschaft erfolglos blieb. Vor nur wenigen Wochen wurde der paraguayische Präsident Fernando Lugo abgesetzt. Der Staatsstreich in Honduras und die Absetzung von Fernando Lugo zeigen, dass die Rechte zur Anwendung gewaltsamer Mittel bzw. zur Manipulation institutioneller Verfahren bereit ist, um Regierungen zu stürzen, die nicht ihren Interessen dienen.

6. Ebenso hat die Rechte eine breit angelegte Medienkampagne losgetreten, die über mächtige Medienkonzerne international verbreitet wird. Die Haltung der rechtsgerichteten Medien ist ein immer wiederkehrendes Thema auf der politischen Agenda in der Region. Große Konzerne schmieden Destabilisierungspläne und gerieren sich als Machtfaktoren, die sich über die aus allgemeinen Wahlen hervorgegangenen staatlichen Instanzen zu erheben vermögen. Große Medienunternehmen stellen die Demokratie und ihre Institutionen tagtäglich in Frage. Dies ist vielleicht eine der größten Herausforderungen, vor denen die linksgerichteten Regierungen stehen: die Demokratisierung der Medien.

7. Gleichzeitig konnten kürzlich bedeutende Wahlsiege errungen werden wie jene von Dilma Rousseff in Brasilien, Daniel Ortega in Nicaragua, Cristina Fernández de Kirchner in Argentinien und Danilo Medina in der Dominikanischen Republik. Diese klaren Erfolge belegen, dass die progressiven und linksgerichteten Kräfte auf dem Vormarsch sind.

8. Die Präsidentinnen Dilma Rousseff und Cristina Fernández de Kirchner beschlossen vor einigen Tagen gemeinsam mit Präsident José Mujica, die Putschregierung Paraguays bis zur Wiederherstellung der Demokratie aus dem MERCOSUR auszuschließen, und billigten gleichzeitig die Aufnahme Venezuelas als Vollmitglied des wichtigsten politischen und wirtschaftlichen Bündnisses dieser Weltregion.

9. Es ist abzusehen, dass die Eingliederung Ecuadors in

den „Mercado Común del Sur“ relativ zügig genehmigt wird, wodurch eine neue Situation entstünde: Der Handelsblock hätte Zugang zum Pazifik und grenzt durch die Aufnahme Venezuelas bereits heute an die Karibik.

10. Unterdessen bemühen sich die Staatsoberhäupter jener Länder, die der Andengemeinschaft angehören, um einen großen Schritt nach vorn auf dem Weg zur Integration, wenngleich sie erhebliche Schwierigkeiten zu überwinden haben.

11. Darüber hinaus entwirft die Bolivarische Allianz der Völker unseres Amerika (ALBA) schrittweise gemeinsame wirtschaftspolitische Maßnahmen wie die Regionalwährung Sucre, den Reservefonds oder das Erdölabkommen Petrocaribe. Zudem beschlossen ihre Präsidenten jüngst die Einrichtung einer ALBA-Wirtschaftszone, die in den Integrationsbemühungen von Antigua und Barbuda, Bolivien, Kuba, Ecuador, Dominica, Nicaragua, St. Vincent und den Grenadinen sowie Venezuela eine neue Etappe darstellt.

12. Die von der Union Südamerikanischer Nationen (UNASUR) unternommenen Anstrengungen sind bemerkenswert und ermutigend. Es wurden eine Reihe von Integrationsinitiativen eingeleitet, so etwa der Aufbau einer gemeinsamen Verteidigungspolitik, bei der die Verteidigung mit Entwicklungsaspekten und der Aufrechterhaltung Lateinamerikas als atomwaffenfreier Friedenszone verknüpft wird. Gleichzeitig sind Fortschritte beim Aufbau einer neuen Wirtschaftsarchitektur zu verzeichnen, die sich auf positive Wechselwirkungen, Kooperation, Achtung der Souveränität und Solidarität gründet.

13. Mit der konstituierenden Sitzung der Gemeinschaft der Lateinamerikanischen und Karibischen Staaten (CELAC), die im Dezember 2011 in Caracas stattfand, wurde ein Wendepunkt im Integrationsprozess erreicht. Die unterzeichnete Vereinbarung bildet den Ausgangspunkt für ein Arbeitsprogramm, mit dem Kompromisse gesucht und die Notwendigkeit des Einvernehmens herausgestrichen werden sollen, zumal allseits anerkannt wird, dass die großen gemeinsamen Probleme nur über die Integration gelöst werden können.

14. Dem gegenüber versucht der Imperialismus angesichts des Scheiterns der gesamtamerikanischen Freihandelszone FTAA und der begrenzten Erfolge der bilateralen Freihandelsabkommen, die latein- und südamerikanischen Integrationsmechanismen durch ein Vorantreiben der Pazifikallianz zu schwächen.

15. Die Integration hat eine politische Grundlage, ist eine Reaktion auf die sich wandelnde Situation und verfügt über eine materielle Basis, nämlich die Produktivkräfte und die reichhaltigen und vielfältigen natürlichen Ressourcen, Wälder, Erdöl, Mineralien jeder Art, seltene Erden, Erdgas, ausgedehnte Landflächen für Ackerbau und Viehzucht und – was am wichtigsten ist – eine kulturelle und menschliche Vielfalt in Gestalt ihrer mehr als 500 Millionen Einwohner. Beim Integrationsprozess muss es um die Suche nach einer gemeinsamen Politik gehen, wie die natürlichen Ressourcen bewirtschaftet und souverän genutzt werden, was den Schutz des Wassers und seine Anerkennung als Menschenrecht einschließt.

16. Ein entscheidendes Thema auf der Agenda des Forums von São Paulo ist die notwendige Ausarbeitung einer gemeinsamen Politik der nachhaltigen Entwicklung mit Hilfe von Wissenschaft und Technologie, die auch die Entwicklung der Menschen unter besonderer Berücksichtigung von Frauen, Kindern und Jugendlichen beinhaltet.



17. Da erneuerbare wie nicht erneuerbare natürliche Ressourcen in unserer Region in großem Ausmaß vorhanden sind, müssen wir den Umweltschutz stärken, eine umfassende industrielle, technologische und wissenschaftliche Entwicklung in die Wege leiten und die Rechte der Urvölker und ihr Recht auf Mitsprache achten.

18. Die Rechte möchte sich den Umweltschutz gern auf ihre Fahnen schreiben und vergisst dabei die neoliberale Politik mit ihrem Raubbau an Mutter Erde und die ökologische Schuld, die der Kapitalismus gegenüber der Welt angehäuft hat. Es tobt ein heftiger Kampf um die Kontrolle dieser Reichtümer.

19. Die linksgerichteten, bürgernahen, progressiven und demokratischen Parteien des Forums von São Paulo betonen nachdrücklich ihre Unterstützung für freundschaftliche, brüderliche, auf solidarischer Zusammenarbeit, Integrationswillen und uneingeschränkter Achtung der Souveränität der Länder beruhende Beziehungen, wie sie von der Regierung der Bolivarischen Republik Venezuela vorangetrieben werden. In diesem Zusammenhang weisen sie die haltlosen Vorwürfe der Einmischung, die von der unrechtmäßigen Regierung Paraguays gegen Außenminister Nicolás Maduro erhoben wurden, entschieden zurück.

20. Die taktischen und strategischen Herausforderungen des Forums von São Paulo sind enorm. Um sie erfolgreich zu bestehen, bauen wir auf die Stärke, die in der regen Teilnahme an diesem 18. Treffen zum Ausdruck kommt: insgesamt 800 Delegierte von 100 Parteien und Organisationen aus 50 Ländern aller fünf Kontinente.

21. Am 4., 5. und 6. Juli hat diese mächtige Delegiertenversammlung Dutzende von Aktivitäten durchgeführt, unter denen folgende besonders zu erwähnen sind: die Treffen der Regionalsekretariate des Südkegels, des Anden-Amazonasgebiets, Mesoamerikas und der Karibik; die spezifischen Workshops zu den Themen afrikanischstämmige Einwohner; lokale und subnationale Behörden; Verteidigung; Demokratisierung der Information und Kommunikation; Stiftungen, Schulen oder Ausbildungszentren; Umwelt und Klimawandel; Migration; Gewerkschaftsbewegungen; soziale Bewegungen und Mitsprache der Bürger; Urvölker; Nahrungsmittelsicherheit; Sicherheit und Drogenhandel; Kunst- und Kulturschaffende; Zusammenschluss und Integration Lateinamerikas und der Karibik. Schließlich das 1. Frauentreffen, das 4. Jugendtreffen, das 2. Seminar über progressive und linksgerichtete Regierungen und das Seminar über Frieden, nationale Souveränität und Entkolonialisierung.

22. Die Berichte zu den einzelnen Sitzungen und Tätigkeiten, die entsprechenden Beschlüsse, das Basisdokument sowie die Anträge und die Schlusserklärung werden im Jahrbuch des 18. Treffens veröffentlicht. Diese Beschlüsse beinhalten einige Themen, die wir herausstreichen möchten.

23. Die linksgerichteten, progressiven und antiimperialistischen Parteien, die Mitglied des Forums von São Paulo sind, erkennen an, dass die Präsenz und Beteiligung von Frauen in den verschiedenen Bereichen der Gesellschaft, einschließlich der Parteien, für ihre Stärkung, Entfaltung und Entwicklung unerlässlich ist. Der Aufbau des Sozialismus (oder einer sozialistischen, gerechten und auf Gleichheit ausgerichteten Gesellschaft) ist nicht möglich, wenn traditionelle Rollenmuster, die Frauen und Männern historisch zugewiesen und von ihnen jeweils übernommen wurden, nicht verändert werden und nicht die notwendigen Voraussetzun-

gen geschaffen werden, um den Ursachen der Diskriminierung von Frauen auf den Grund zu gehen, damit beide Geschlechter in gleichberechtigter Weise am öffentlichen wie privaten Leben teilnehmen können. Die Einbeziehung des richtigen geschlechtsspezifischen Ansatzes und die Beteiligungsmöglichkeiten linksgerichteter, revolutionärer Frauen an den politischen Strategien, Programmen und Maßnahmen zur Bekämpfung der Rechten und des räuberischen und patriarchalen Kapitalismus sowie am Aufbau des Sozialismus stellen nach wie vor eine Herausforderung dar.

24. Von Anbeginn hat sich das Forum klar und deutlich für die Anerkennung der Hoheitsgewalt der Republik Argentinien über die Falklandinseln ausgesprochen. Auf dem 18. Treffen wird der Antrag unterstützt, diplomatische Verhandlungen zwischen Argentinien und dem Vereinigten Königreich aufzunehmen, und der Protest Lateinamerikas gegen die Maßnahmen bekräftigt, die von der britischen Regierung in der als kernwaffenfrei erklärten Zone eingeleitet wurden. Ebenso verurteilt das Forum von São Paulo die koloniale Situation zahlreicher lateinamerikanischer und karibischer Nationen. Desgleichen lehnen wir Versuche der Rekolonialisierung ab.

25. Das Forum von São Paulo stellt sich hinter die Forderung des Volkes und der Regierung Boliviens nach einem souveränen Zugang zum Pazifischen Ozean.

26. Wir, die im Forum versammelten Parteien und Bewegungen wie auch weiteren sozialen Bewegungen haben die Pflicht, alle erdenklichen Schritte zu unternehmen, damit die Frage der Unabhängigkeit Puerto Ricos zu einem Kernpunkt der Agenda der Vereinten Nationen avanciert. Es ist unbegreiflich, dass im 21. Jahrhundert koloniale Enklaven in unserer Region und auf der Welt allgemein fortbestehen. Wir schließen uns den Forderungen nach einer Freilassung des puertoricanischen politischen Gefangenen Oscar López Rivera an, der seit mehr als 31 Jahren in US-amerikanischen Gefängnissen in Haft sitzt, nur weil er das „Delikt“ beging, für die Unabhängigkeit seiner Heimat zu kämpfen.

27. Bei diesem Treffen müssen neue Maßnahmen wie auch ein gemeinsamer Aktionsplan gegen die US-amerikanische Blockade Kubas und für die Freilassung der fünf kubanischen Helden umgesetzt werden – dies ist unser aller Aufgabe.

28. Das Forum von São Paulo unterstützt das Volk Nikaraguas und dessen Regierung angesichts des drohenden Finanzembargos, das eine Verweigerung der Verzichtserklärung bedeuten würde, die von der US-Regierung mittels ihrer Vetomacht in multilateralen Organen wie ein willkürliches Erpressungsinstrument jedes Jahr erteilt oder versagt wird, wobei ihr Bestreben darin liegt, politische Entscheidungen durchzusetzen, die allein den Nikaraguanern in Ausübung ihrer Souveränität obliegen.

29. Das Forum von São Paulo unterstützt das bolivianische Volk und seinen Präsidenten, Genossen Evo Morales Ayma, bei der Verteidigung der Demokratie und dem tief greifenden Wandlungsprozess, den er gemeinsam mit den sozialen Bewegungen und den einfachen Volksschichten vorantreibt.

30. Das Forum von São Paulo bekundet seine Unterstützung und aktive Solidarität mit dem paraguayischen Volk, dem Frente Guasú, der Front für die Verteidigung der Demokratie und der mobilisierten Kleinbauern-Bewegung, erkennt die vom Putschisten Federico Franco angeführte De-facto-

Regierung nicht an und kündigt Maßnahmen des Kontinents an, um die Demokratie, die Achtung des im April 2008 zum Ausdruck gekommen Volkswillens und die Geschlossenheit und Integration der Völker und Regierungen Lateinamerikas und der Karibik zu fördern.

31. Das Forum von São Paulo zeigt sich solidarisch mit dem haitianischen Volk in seinem Kampf um die Wiedererlangung seiner Würde und seiner nationalen Souveränität. Nur die Festigung der staatlichen Strukturen wird es Haiti erlauben, die gegenwärtig durchlebte Krise zu überwinden, wobei für einen erfolgreichen Abschluss dieses Prozesses die Unterstützung der linksgerichteten Regierungen und der lateinamerikanischen und karibischen Völker sowie der geplante Abzug der ausländischen Streitkräfte von haitianischem Hoheitsgebiet notwendig ist. Zur Überwindung der von Haiti durchlebten Krise bedarf es unserer technologischen, humanitären und materiellen Unterstützung.

32. Das Forum von São Paulo bringt seine Unterstützung für den Friedensprozess in Kolumbien zum Ausdruck, wo sich der Kampf für eine politische Lösung des bewaffneten Konflikts, einen Frieden mit sozialer Gerechtigkeit sowie ein neues Wirtschafts- und Sozialmodell, das Menschenrechte und Naturschutz garantiert, fortsetzt. Es beschließt die Einsetzung eines Ausschusses mit Vertretern der Bewegungen und Parteien des Forums von São Paulo, der im Einvernehmen mit den kolumbianischen Parteien und Bewegungen das Land besucht und eine Agenda unterbreitet, wie und mit welchen Kontakten die Einheitsbestrebungen unterstützt werden können.

33. Das Forum von São Paulo bekundet seine Solidarität mit der Frente Amplio in Guatemala als führender Vertreterin der guatemaltekischen Linken und begrüßt die Überzeugung der in ihr zusammengeschlossenen Parteien – WINAQ, ANN und URNG –, dass ein Hinwirken auf die Geschlossenheit der guatemaltekischen Linken und die Suche nach Bündnissen mit demokratischen und progressiven Kräften fortgesetzt werden muss. Es verurteilt darüber hinaus die repressive Gewaltanwendung der guatemaltekischen Regierung gegen die Bevölkerung.

34. Das Forum von São Paulo zeigt sich solidarisch mit dem honduranischen Volk in seinem Kampf für die Achtung der Menschenrechte. Es sichert der Genossin Xiomara Castro De Zelaya als Kompromisskandidatin der Widerstandskräfte für das Präsidentenamt der Republik Honduras seine bedingungslose Unterstützung zu.

35. Das Forum von São Paulo bringt seine uneingeschränkte Unterstützung und Solidarität mit dem saharauischen Volk in seinem Kampf um Selbstbestimmung, Souveränität und nationale Unabhängigkeit zum Ausdruck.

36. Das Forum von São Paulo erklärt seine Unterstützung für den Kampf Palästinas um Souveränität und Selbstbestimmung und für seine Aufnahme als Vollmitglied in die Vereinten Nationen.

37. Wir lehnen jede Form der externen bewaffneten Intervention in Syrien und im Iran entschieden ab und rufen die progressiven und linksgerichteten Kräfte dazu auf, sich für Frieden in der Region einzusetzen.

38. In den kommenden Monaten werden mehrere Urnengänge stattfinden, so etwa im November 2012 in Nicaragua, wo Kommunalwahlen abgehalten werden. Im Februar 2013 finden Parlamentswahlen in Ecuador statt, wo Präsident Rafael Correa zur Wiederwahl aufgestellt wurde. Hierzu bringt

das Forum von São Paulo seine Verbundenheit, Solidarität und uneingeschränkte Unterstützung zum Ausdruck.

39. Das Forum von São Paulo ruft ferner zur Verteidigung der Demokratie in Mexiko auf. Die mexikanische Rechte hat erneut auf Medienmanipulation mit gefälschten Umfragen, massiven Stimmenkauf und weitere Formen des Betrugs zurückgegriffen, wodurch die am 1. Juli abgehaltenen Präsidentschaftswahlen verfälscht wurden – dies alles mit dem Ziel, einen Kandidaten durchzusetzen, der den Interessen des mexikanischen Volkes zuwiderhandelt. Das Forum von São Paulo fordert, dass den von den progressiven Parteien eingereichten Beschwerden genau nachgegangen wird.

40. Im Mittelpunkt des Kampfes werden in den kommenden Monaten die Wahlen in Venezuela stehen, die für den 7. Oktober anberaumt sind. Der Wahlkampf begann mit machtvollen Demonstrationen des Volkes zur Unterstützung der Kandidatur von Chávez und des von ihm vorgelegten Programms. Alle Meinungsumfragen deuten klar darauf hin, dass der Vorsprung des Kandidaten Hugo Chávez gegenüber dem Kandidaten der Rechten 20 Punkte beträgt. Wenige Monate vor der Wahl hält die Rechte den Wahlsieg von Hugo Chávez bereits für sicher. Aus diesem Grund nimmt sie zwar an den Wahlen teil, schafft gleichzeitig jedoch die Voraussetzungen, um das Wahlergebnis und den Nationalen Wahlrat nicht anzuerkennen. Angesichts dieser Situation ruft das Forum von São Paulo die progressiven und linksgerichteten Kräfte dazu auf, die Demokratie in Venezuela zu unterstützen und die Destabilisierungsversuche der Rechten abzuwehren.

41. Das 18. Treffen des Forums von São Paulo schließt mit einem Aufruf an die Völker, Neoliberalismus und Kriege zu bekämpfen und eine Welt des Friedens, der Demokratie und der sozialen Gerechtigkeit aufzubauen. Eine andere Welt ist möglich, und wir alle sind dabei, sie aufzubauen: eine sozialistische Welt.

Gegen einen kalten Putsch in Paraguay, Solidarität mit dem gewählten Präsidenten Fernando Lugo

Beschluss des Parteivorstandes der LINKEN, 24. Juni 2012

Der Parteivorstand der LINKEN protestiert gegen die mit einem kalten Putsch in Szene gesetzte Ablösung des Präsidenten Paraguays Fernando Lugo. Die vorgebrachten Gründe für die Absetzung sind augenscheinlich vorgeschoben. Die Kritik einer Reihe von Regierungen Lateinamerikas (Argentinien, Brasilien, Bolivien, Ecuador, Uruguay, Venezuela, etc.) an der Ablösung des Präsidenten Lugo in Paraguay ist zutreffend und berechtigt (Argentinien spricht von einem administrativen „Staatsstreich“). DIE LINKE fordert die Bundesregierung auf, die Absetzung des verfassungsmäßigen Präsidenten Lugo nicht anzuerkennen, wie es Entwicklungsminister Dirk Niebel gleich vor Ort getan hat.

Wir sind solidarisch mit der demokratischen Bewegung in Paraguay und dem rechtmäßig gewählten Präsidenten und ehemaligen Bischof Fernando Lugo.

Paraguay darf nicht in die Zeiten der brutalen Diktatur



Stroessner zurückfallen. In den Zeiten der Diktatur Stroessner verloren allein 10 000 Menschen das Leben, wurden gefoltert und vertrieben. Paraguay war das bevorzugte Land für Nazi-Schergen, die nach 1945 aus Deutschland flüchteten.

Der Vorstand der LINKEN warnt vor einer zunehmenden Rechtsentwicklung in lateinamerikanischen Ländern, so in Guatemala, Honduras, Chile und drohend in El Salvador. Es darf kein Zurück in die Zeiten der Diktaturen in Lateinamerika geben.

Lateinamerika – die Linke im Übergang

„International“ druckt in zwei Folgen in Heft 2/2012 und 1/2013 die Übersetzungen von sechs Artikeln einer Serie über die Lage der Linkskräfte in wichtigen Ländern Lateinamerikas aus der Zeitschrift „América Latina en Movimiento“, Nr. 475 vom Mai 2012 ab, einer Online-Monatszeitschrift der Lateinamerikanischen Nachrichtenagentur (Agencia Latinoamericana de Información – ALAI, www.alainet.org). ALAI wurde 1976 in Quebec, Kanada von Aktivisten der sozialen Bewegungen mit dem Ziel gegründet, die Kommunikation zu demokratisieren. Ihr Sitz ist Quito, Ecuador. Die Agentur gehört dem Internationalen Rat der Sozialforen an und hat Beraterstatus beim ECOSOC der UNO. ALAI bietet zu einem breiten Spektrum von politischen, sozialen, ökonomischen, kulturellen Problemen Analysen, Informationen, neueste Dokumente der sozialen Bewegungen und theoretische Erörterungen an. Unter den Autoren sind die bekanntesten Aktivisten sozialer Organisationen und Theoretiker der gegenwärtigen Entwicklungsprozesse in Lateinamerika. ALAI erscheint in spanischer, portugiesischer, englischer und französischer Sprache.

Probleme des Übergangs in Bolivien

Von Hugo Moldiz Mercado, Anwalt und Publizist, Koordinator des bolivianischen Kapitels des Netzes von Intellektuellen und Künstlern zur Verteidigung der Humanität

Wie andere Länder Lateinamerikas erlebt Bolivien gegenwärtig einen der bedeutungsvollsten Momente seiner Geschichte: Eine Regierung, die die indigen-bäuerlichen und Volksschichten verkörpert, steht an der Spitze einer politischen Übergangsperiode, in der Herausforderungen und Gefahren größten Ausmaßes auftreten, gerade weil es sich um den Versuch handelt, aus der alten Gesellschaft heraus etwas Neues zu schaffen.

Die bolivianische Revolution hat bisher drei große Etappen erlebt: Die erste von 2000 bis 2005 war dadurch charakterisiert, dass die politische Initiative an die sozialen Bewegungen überging, die sich von außen gegen den Staat wandten. Das war der Moment, da sich die unteren Klassen zur führenden Kraft der ganzen Gesellschaft erhoben, ohne die politische Macht bereits „ergriffen“ zu haben. Ihre demokratische Auflehnung fand in den Wahlen einen institutionellen Ausweg, der diese „andere Macht“ mit ihrer Fähigkeit zur Selbstorganisation und Selbstvertretung Gestalt annehmen ließ.

Die zweite Etappe von 2006 bis 2009 war von einigen sozialen Bewegungen geprägt, die mit dem ersten indigenen Präsidenten Boliviens und Lateinamerikas an der Spitze zur

herrschenden gesellschaftlichen Kraft wurden. Dabei hatten sie sich des Widerstandes des verdrängten alten Machtblocks zu erwehren, der in einem wütenden Ansturm mit nichtdemokratischen Methoden versuchte, den Prozess der Veränderungen und Evo Morales selbst zu Fall zu bringen. Das war der Beginn einer politischen Übergangsperiode, in der die Einheit des neuen Machtblocks und seine Hegemoniefähigkeit von einem klar identifizierbaren Gegner herausgefordert wurden.

Charakteristisch für diese zweite Etappe der Revolution waren auch die Einleitung einer Politik der Rückeroberung der Naturressourcen, die zwei Jahrzehnte lang dem transnationalen Kapital ausgeliefert gewesen waren, und der Verteilung des Reichtums zugunsten der schwächsten Sektoren der Bevölkerung.

Probleme bei der Regierungsführung

Im Unterschied zu den beiden ersten Etappen, in denen es einen festen Zusammenhalt des Blocks der indigen-bäuerlichen und Volksschichten gab, ist es in der dritten Etappe, die von 2010 bis zur Gegenwart reicht, zu einer Verlangsamung des revolutionären Prozesses gekommen. Diese zeigt sich in der Rückkehr der sozialen Bewegungen zu korporativen Tendenzen, in einem nicht mehr harmonischen Verhältnis zwischen dem Staat und den sozialen Bewegungen, im Zusammengehen der alten Ultralinken mit proletarischer Ausrichtung und einer neuen Variante des Linksradikalismus mit ökologischem Aushängeschild, in einem Bruch zwischen den Indigenen des Hochlandes und denen des Tieflandes, im Auseinanderrücken der Arbeiter- und der bäuerlichen Tendenz, im zunehmenden Agieren der Mittelklassen mit konservativen und rassistischen Tendenzen auf der politischen Bühne, in einer wachsenden Rechtsentwicklung an den Universitäten und in Schwierigkeiten bei der Überführung der politischen in die soziale Revolution.

Daher kann es nicht überraschen, dass die Konflikte seit Januar 2010 – dem Monat, in dem Evo Morales mit 64 Prozent der Stimmen wiedergewählt wurde – bis heute zunehmen. Das Gefühl breitet sich aus, dass dem Staat die Kontrolle entgleitet, dass er Schwäche zeigt und Probleme in der Regierungsführung bestehen. Das Scheitern des Versuch im Dezember 2010, die Brennstoffpreise zu erhöhen, und die Repression gegen einen Teil der Indigenen des Tieflandes, die einen Marsch auf die Hauptstadt La Paz veranstalteten, um ihren Widerstand gegen den Bau einer Straße durch ein indigenes Territorium und Schutzgebiet zu bekunden, waren die heftigsten Ausdrucksformen dieser Meinungsverschiedenheiten und diesen Unmuts.

Zwar ermöglichte das erste Plurinationale Treffen von sozialen Organisationen und Bewegungen, Unternehmersektoren und akademischen Kreisen es der Regierung, durch Maßnahmen wie vorherige Konsultationen mit den Betroffenen über Regierungsprojekte und den Aufruf zu einer Revolution im Gesundheitswesen die verlorengegangene Initiative zurückzugewinnen, aber die Probleme bestehen nach wie vor. Sie haben eine solche Schärfe angenommen, dass die Durchführung des IX. Indigenen Marsches, der Streik der Beschäftigten des Gesundheitswesens gegen die Verlängerung ihres Arbeitstages von 6 auf 8 Stunden und die Proteste der Gewerkschaftszentrale COB einen Eindruck davon vermitteln, wie schwierig es ist, einen neuen „gesunden Menschenverstand“ herauszubilden.



Widersprüche und Spannungen

Aber wie kann man eine weniger anekdotische und objektivere Darstellung der Vorgänge geben? Ausgehend von den konkreten Tatsachen fällt als Erstes ins Auge, dass sich in jeder politischen Übergangsperiode die Widersprüche und Gefahren verschärfen und extrem zunehmen. Das vor allem dann, wenn der revolutionäre Prozess nicht nach dem klassischen Muster verläuft: ohne Partei, ohne die Arbeiterklasse als Hauptakteur und unter einer sehr starken Führerpersönlichkeit.

Die bolivianische Revolution wurde erst möglich durch die Entstehung und vorrangige Rolle der sozialen Bewegungen, vor allem jener der indigenen Bevölkerung. Folgerichtig trat ein indigener Führer hervor, der mit den Kokaproduzenten verbunden war, jenem Sektor der Gesellschaft, der ab 1985 den Widerstand gegen den Neoliberalismus und gegen die Einmischung der USA in Bolivien verkörperte.

Leichte und einfache Emanzipationsprozesse gibt es nicht. Fünf Jahrhunderte Kapitalismus mit kolonialen Zügen haben eine Gedanken-, Gefühls- und Lebenswelt geschaffen, die nicht schnell abgebaut werden kann. Die Logik des Kapitals ist in diesem Umfeld und selbst innerhalb des neuen Machtblocks immer noch lebendig. Daraus ergeben sich Widersprüche und Spannungen.

Diese „produktiven Spannungen“ im Volke, wie sie Vizepräsident Álvaro García Linera vor zwei Jahren nannte, um zu erklären, was in Bolivien vorgeht, weisen auch darauf hin, dass es ungeachtet der Niederlage des alten Machtblocks innerhalb des neuen Blocks an einer gemeinsamen Definition, einer Theorie der politischen Übergangsperiode und des strategischen Ziels fehlt.

Die neue Verfassung, die die Grundlagen dafür schafft, vom monokulturellen zum plurinationalen Staat als Perspektive überzugehen, ist ein allzu breiter Schirm. Die unter ihm zusammengekommenen Pluralitäten werden in so unterschiedlicher, ja antagonistischer Weise interpretiert, wie die Widersprüche zwischen den Akteuren zum Zeitpunkt der Verabschiedung dieses Grundgesetzes waren.

Es ist offensichtlich, dass die Entwicklung dieser Widersprüche, vor allem, die Art und Weise, wie sie gelöst werden, den Verlauf des Umgestaltungsprozesses prägen werden, ob nun in Richtung seiner Vertiefung oder seiner Umkehrung. Letztere würde das Land um mehrere Jahrhunderte zurückwerfen, wenn auch unter modernen Bedingungen.

Die Notwendigkeit einer neuen Theorie

Um den Weg der Vertiefung der Revolution zu beschreiten, ist es heute mehr denn je notwendig, auf theoretischer und praktischer Ebene an einer neuen Theorie des Übergangs zur sozialen Revolution zu arbeiten.

Diese neue Theorie, die dazu beitragen könnte, eine Übereinstimmung zwischen dem, was man sagt, und dem, was man tut, zu finden – das scheint eines der dringendsten Probleme der Vorgänge in Bolivien und anderer ähnlicher Prozesse in Lateinamerika zu sein – stellt sich als Grundaufgabe dar, um die Sichtweisen und das Handeln der Linken innerhalb und außerhalb der Regierung einander anzunähern.

Von der Begründung der Theorie der sozialen Revolution durch Marx bis heute kennt die Menschheit drei große Konzeptionen des Übergangs vom Kapitalismus zu einer nichtkapitalistischen Gesellschaft, ob man sie nun Sozialismus,

kommunitären Sozialismus (auf der Basis autonomer Gemeinden – d. Ü.), Sozialismus des 21. Jahrhunderts, Kommunismus, Vivir Bien oder Buen Vivir nennt. Die erste wurde von Marx und Engels im 19. Jahrhundert konzipiert, die zweite von Lenin in den beiden ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts und die dritte von der kubanischen Revolution in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts. Die erste, die nicht zur Anwendung gelangte, wurde in der vormonopolistischen Phase des Kapitalismus ausgearbeitet, die zweite im Monopolkapitalismus und die dritte, als die imperiale Hegemonie der Vereinigten Staaten im vollen Aufschwung war. Aber die Welt hat sich stark verändert seit den Zeiten, in denen diese Theorien des Übergangs (zwei für Europa, eine in und für Lateinamerika) entstanden. Man muss nicht ausführlich begründen, warum die Revolutionen, die sich heute in Lateinamerika entwickeln, mit aller Dringlichkeit eine neue Theorie des Übergangs zur sozialen Revolution unter den Bedingungen des 21. Jahrhunderts (unipolare Welt, multidimensionale Krise des Kapitalismus, Verbreiterung der Formen realer Unterordnung, Auftreten Lateinamerikas auf allen Ebenen der internationalen Beziehungen) erfordern.

Der Schritt von einer kapitalistischen zu einer nichtkapitalistischen Gesellschaft, in der die Entfremdung der Arbeit und die Entfremdung Mensch/Natur überwunden oder die volle Emanzipation erreicht werden kann, erfordert eine viel längere Übergangsperiode, als die Klassiker sich vorgestellt haben. Dabei wird es nicht selten zu Brüchen zwischen den politischen und ökonomischen Zeitmaßen, zwischen politischen Fortschritten und der Verlangsamung sozialer und ökonomischer Prozesse, zwischen qualitativen Sprüngen zu bestimmten Zeiten und darauf folgender Verzögerung kommen.

Eine Theorie des Übergangs wird ein Beitrag von grundlegender Bedeutung sein, um die Distanz zwischen Wort und Tat zu verringern, aber vor allem wird sie helfen, die neuralgischen Aspekte der Widersprüche und entsprechende Lösungen zu identifizieren. Das betrifft solche Probleme wie das Verhältnis von Staat und Gesellschaft (Gemeinschaft), das Entwicklungsmodell, die Wechselbeziehungen zwischen den Subjekten der Veränderung und die Zeiträume des Übergangs, um nur die wichtigsten zu nennen.

In Bolivien, ebenso in Ecuador, kann man ein widersprüchliches Verhältnis zum Staat feststellen. Für einige setzt die Regierung von Evo Morales den Staat wieder in seine frühere Rolle ein oder stärkt ihn. Für andere ist das ein unvermeidlicher Schritt in einem Land, in dem der Staat niemals über ein Schattendasein hinausgekommen ist. Er muss gegangen werden, um solche dringenden Aufgaben zu lösen wie die Aneignung der Überschüsse zugunsten der Armen oder der Schutz der Revolution vor ihren äußeren und inneren Feinden.

Diese Debatte, die neue Elemente in die Diskussion einführt, die Marx und die Anarchisten im 19. Jahrhundert über den Staat und seine „Abschaffung“ geführt haben, könnte vielleicht sehr bereichert werden durch eine Theorie des Übergangs, welche die Linken innerhalb und außerhalb der Regierung nicht in antagonistische Widersprüche zueinander bringt, sondern es ihnen ermöglicht, gemeinsame Gesichtspunkte zu finden, um den Staat zu stärken, wo das nötig ist, und die Gemeinschaft zu kräftigen, wo das unerlässlich ist.



Das Entwicklungsmodell

Ein weiteres Thema, das erörtert werden muss und eine grundlegende Komponente der Theorie und Praxis des Übergangs darstellt, hängt mit dem Entwicklungsmodell zusammen. Aus einer Sicht, die weniger oberflächlich ist und die heutigen konkreten Bedingungen stärker berücksichtigt, baut sich kein Antagonismus zwischen der vernünftigen Nutzung der Naturressourcen und der Bewahrung der Natur auf. Einen Weg zu finden, wie man von einer Wirtschaft, die auf dem Abbau von Naturreichtümern beruht, zu einer neuen, stärker differenzierten und für die Natur weniger zerstörerischen Wirtschaft gelangen kann, erfordert verschiedene Voraussetzungen, ohne die das nicht möglich sein wird: einen Wandel in der Weltwirtschaft, weniger Abhängigkeit von der Nachfrage und dem Preis der Rohstoffe, technologische Innovationen nichtkapitalistischer Prägung und eine neue Denkweise, was die Reproduktion des Lebens betrifft. Wieder erhebt sich die Frage: Ist das in einem sehr kurzen Zeitraum möglich? Die Antwort ist nein. Wenn wir die Probleme des Übergangs mit Objektivität und subjektiver Ehrlichkeit, aber zugleich ohne lähmende deterministische Vorstellungen und selbstmörderischen Voluntarismus behandeln, ist es höchst wahrscheinlich, dass die bolivianische Revolution über die verschiedenen Etappen eines emanzipatorischen Projekts ununterbrochen weiter voranschreiten kann, eines Projekts, das man nicht als einen einzigen Akt des Umbruchs, sondern als Prozess sehen, empfinden und erleben muss.

Außerdem wird ein großer Teil dieser historischen Aufgaben im kontinentalen Maßstab und innerhalb eines kapitalistischen Weltsystems vorangebracht werden, das sich in der Krise befindet, aber noch nicht tot ist. Die Theorie des Übergangs ist von fundamentaler Bedeutung, um kurzschlüssige Idealisierungen auszuschließen, die, wenn sie sich nicht erfüllen, zu einem anderen Extrem führen können: zur Abwertung und Negierung des bereits eroberten Terrains.

Ecuador: Kampf um das Kräfteverhältnis

Interview mit dem Journalisten und Autor Kintto Lucas, Berater der Verfassungsgebenden Versammlung Ekuadors von 2007 bis 2008, ehemaliger stellvertretender Außenminister Ekuadors von 2010 bis April 2012. Das Interview führte die britische Journalistin Sally Burch, Direktorin der Nachrichtenagentur ALAI.

Als eine zentrale Herausforderung für die Linken in den Veränderungsprozessen in Lateinamerika benennt Kintto Lucas die Frage: Wie arbeiten die Linken innerhalb und außerhalb der Regierung zusammen, um diese vorwärts zu treiben, damit sie tatsächlich revolutionäre Prozesse vollzieht.

● **Rafael Correa und die Gruppierung Alianza País (AP) verstanden es, den Linksruck, den die institutionelle Krise in Ecuador im vergangenen Jahrzehnt auslöste, für sich zu nutzen, während die traditionellen Parteien untergingen. Wie schätzt du diesen Prozess ein?**

Ich glaube, dass der wichtigste Moment für die Wende nach links – eine Wende unter Beteiligung des Volkes – die Verfassungsgebende Versammlung ist. In ihr kommen alle Volksschichten, alle sozialen Bewegungen zusammen, die sich in diesen Jahren des Kampfes Correa angeschlossen haben. Correa kam nicht aus den sozialen Organisationen,

aber er brachte ein fortschrittliches Denken mit, das von der Wirtschaft, nicht von der Politik ausging. Mit ihm vereinigten sich die verschiedensten Kräfte in einem Vielklassenprojekt.

Damals konnte man bereits sehen, wie das Ringen um das Kräfteverhältnis in der Regierung begann. Die ganze Anfangsphase dieser Regierung stand im Zeichen der Linken, der fortschrittlichen Kräfte, die das Bild der Regierung bestimmten.

Das fand seine Widerspiegelung in der Verfassungsgebenden Versammlung. Aber als diese zu Ende war und es darum ging, die fortschrittliche Verfassung umzusetzen, bildeten sich bestimmte Konstellationen heraus, die die Linke nicht zu nutzen verstand. Die Arbeit an der Verfassung wurde von den sozialen Organisationen vorangetrieben, die in die Versammlung drängten, die Druck ausübten, ihre Meinungen einbrachten und sie mit ihren Vorstellungen prägten. Aber in der Zeit danach begann die Bürokratie sich der Regierung zu bemächtigen, der Überbau nahm die Dinge in die Hand. Hier versäumten viele Genossen der Linken, um nicht zu sagen, alle, zusammenzuarbeiten, koordiniert zu handeln, um die Verfassung zu verwirklichen. Sie beschäftigten sich in ihren verschiedenen Ministerien oder Ämtern mit tagespolitischen Aufgaben. Die Rechten hingegen hatten sehr wohl ihre Vorstellungen, was von der Verfassung umgesetzt werden sollte und was man davon nicht zulassen wollte, welches Projekt als Entwicklungsmodell gestärkt werden sollte. Und schließlich haben die Rechten diesen Kampf in der Regierung gewonnen.

● **Willst du damit sagen, dass dieses neue Szenarium zu einer Art Uneinigkeit führte, weil es einen neuen Diskurs, neue organisatorische Schritte erforderte?**

Es ist, als sei mit der Annahme der Verfassung ein Schlusspunkt gesetzt worden. Als ob einige meinten: Gut, jetzt haben wir die Verfassung, das ist wunderbar, das haben wir geschafft. Ich glaube, niemand hat analysiert, auch nicht auf theoretischer Ebene, wie die Situation nach der Fertigstellung der Verfassung war, das heißt, wie wir nun für das, was die Verfassung enthält, streiten, welche Gesetze wir auf den Weg bringen und wie wir seitens der Organisationen mit der Regierung zusammenarbeiten wollten. Die Organisationen verharrten in der Rolle der Fordernden. Das ist gut, denn die sozialen Organisationen müssen Forderungen stellen, aber sie dachten nicht gemeinsam darüber nach, was man jetzt praktisch tun muss. Auch in der Regierung gab es darüber keine Klarheit.

Gewisse Kräfte hatten die Vorstellung, mit Hilfe der Verfassung in ihrer Gesamtheit Hals über Kopf alles zu verändern, ohne sich über Fristen oder Stufen Gedanken zu machen. Andere nutzten die fortschrittliche Verfassung als Schirm, um am Wirtschaftsmodell der vorrangigen Ausbeutung der Naturressourcen festzuhalten. Darin sieht man, mit welcher Klugheit die Rechte den Kampf um die Macht innerhalb der Regierung führte. Die Linke hat diese Klugheit nicht aufgebracht.

Die Linken in der Regierung und außerhalb der Regierung, haben es nicht verstanden, gemeinsam zu arbeiten, als Verbündete zu handeln. In bestimmten Situationen sah die Linke außerhalb der Regierung die Linke in der Regierung als ihren Feind an und umgekehrt. Wenn wir ein gemeinsames Projekt für die Zeit nach der Verfassung erarbeitet hätten, wäre möglicherweise klar geworden, welche Rolle jede Seite zu spielen hat.



● **Inwiefern ist die AP ein Projekt für die Sozialisierung der Macht? Über den Diskurs hinaus kann man sehen, dass es auch in der Regierungsführung eine Wende zum Technokratischen gibt, dass man sich auf die sogenannte Effizienz beruft und dass in der Realität die Öffnung zu einer Teilhabe breiterer Kräfte umstritten ist. Wie kann man darauf einwirken, dass die Vergesellschaftung der Macht und die Arbeit an Alternativen vorankommen?**

Es gibt eine bestimmte Öffnung für die Beteiligung des Volkes. Aber es ist nicht die Partizipation, die wir aus den Organisationen uns vorgestellt haben. Daraus entstehen zuweilen Konflikte. Ein Projekt des wirklichen gesellschaftlichen Wandels kann nicht ohne eine organisierte soziale Basis Bestand haben. In den neunziger Jahren kämpfte diese organisierte Basis gegen den Neoliberalismus. Heute steht sie nicht zur Regierung; vielleicht einige Sektoren, aber nicht als breite Front sozialer Organisationen. Für eine Regierung mit solchen Problemen ist es sehr schwer, sich an der Macht zu halten, und wenn sie sich hält, verliert sie bestimmte Handlungsmöglichkeiten an die Rechte.

Anfangs gab es gewisse theoretische Bestrebungen. Aber wir standen vor dem Widerspruch, dass dies eine Bürokratisierung mit sich brachte, wenn ich zum Beispiel an den Rat der Bürgerbeteiligung denke. Schon als wir begannen, solche Instanzen einzusetzen, sahen wir, dass sich ein Klientelismus der Partizipation herausbildete. Der entstellt jedoch jedes Volksprojekt oder Projekt der Volksbeteiligung. Im Kampf um das Kräfteverhältnis geschah es, dass ein Sektor der Rechten die Partizipation als individuelle Angelegenheit, als Sache der einzelnen, nicht organisierten Bürger betrachtete, die sich vereinen und einen bestimmten Führer bei Wahlen unterstützen oder durch die Öffentlichkeit zusammenwirken.

Beim Aufbau der AP ging man davon aus, dass sie eine Sozialisierung der Macht und eine neuartige Bewegung sein sollte. Aber am Ende ist sie den traditionellen Strukturen der Rechten und der Linken sehr ähnlich geworden, in denen es keine Art von Partizipation gibt.

Es gibt Sektoren, die sich organisieren, und Kräfte, die sich an Revolutionskomitees beteiligen. Schließlich gelangen sie an einen Punkt, wo es nicht weitergeht. Weder ist aus der AP ein wirklich sozial organisierender und mobilisierender Faktor geworden, noch fördern die staatlichen Strukturen eine solche Entwicklung. Eine Regierung wirklich anderer Art, eine revolutionäre Regierung muss über eine Partei, eine Bewegung oder Front verfügen, um die Menschen zu organisieren. Dazu hat sie eine Vielzahl staatlicher Strukturen, die die Möglichkeit bieten, sich zu organisieren. All das sehen wir nicht. In den Ämtern oder Ministerien des sozialen und kulturellen Bereichs stützt man sich nur auf den Klientelismus. Dort setzt sich die Vorstellung durch, dass es nicht darum geht, die Macht zu sozialisieren, sondern die Gesellschaft zu klientelisieren.

Aber ich halte das nicht für eine verlorene Sache. Man muss weiter darum kämpfen, nicht nur von innen, sondern auch von außen. Wenn es diese Verbindung zwischen den Kräften innerhalb und außerhalb der Regierung nicht gibt, dann könnte die Sache allerdings verloren sein.

● **Jene, die aus der Regierung ausgeschieden sind oder abgesetzt wurden, versuchen heute einen Pol der Opposition zu stärken, der sich als links von der Regierung**

erklärt. Aber von dort her beschuldigt man sie, sich in eine Reihe mit der Rechten zu stellen. So ist eine vergiftete Atmosphäre entstanden, die eine ernsthafte Debatte um Vorschläge und Alternativen unmöglich macht. Welchen Ausweg siehst du?

Das ist das große Problem. Wenn die Rechte innerhalb wie außerhalb der Regierung etwas erreicht hat, dann ist es der Eindruck, dass die Linke nicht zusammenhält, dass sie sich streitet und polarisiert. Dies umso mehr, als der Linken die Eigenschaft, sich zu spalten und nichts wirklich ernsthaft auszudiskutieren, tatsächlich inhärent ist. Statt gemeinsam zu arbeiten, hat man jetzt die Losung ausgegeben: Entweder du bist mit der Regierung oder du bist gegen sie. Stattdessen sollten wir fragen: Was ist das gemeinsame Projekt, an dem wir als Linke, ob innerhalb oder außerhalb der Regierung, arbeiten wollen? Jeder sollte sich sagen: Mach deine Arbeit, egal ob du innerhalb oder außerhalb der Regierung bist, in dem Bewusstsein, dass du strategisch an einem anderen Entwicklungsmodell mitarbeitest. Das zu erreichen wäre optimal. Aber es ist sehr schwierig, weil die Rechte innerhalb und außerhalb der Regierung dafür gesorgt hat, dass die Linke sich bekriegt.

Innerhalb der Regierung sieht man, wie die Rechten sich bewegen. Sie waren an früheren Regierungen beteiligt. Wenn sie ein Gesetz oder ein bestimmtes Projekt diskutieren, dann tun sie das mit einer rechten Denkweise. Man sieht, dass sie für bestimmte Sektoren eintreten, aber nicht für die Besitzlosen. Man sieht, wie sie intern zusammenarbeiten. Sie wissen genau, wie man innerhalb der Regierung Bündnisse schmiedet und wie man mit den Kräften außerhalb umgeht.

Ich war (als stellvertretender Außenminister – d.Ü.) an den Verhandlungen zum Freihandelsvertrag mit der Europäischen Union beteiligt. Da konnte ich sehen, wie die innere Rechte mit der äußeren arbeitete, wie diese beiden Seiten mit den Medien arbeiteten und wie diese den Sektoren mit einer bestimmten Position ihre Spalten einräumten. Wenn das nicht Zusammenarbeit ist, was dann? Wenn etwas die Rechte auszeichnet, dann, dass sie ein gemeinsames Projekt hat. Zwar gibt es Unterschiede zwischen Hochland und Küste, aber letzten Endes ist es ein gemeinsames Projekt.

● **Kann man die Einschätzung aufrechterhalten, dass es sich um eine umkämpfte Regierung handelt?**

Ich glaube, dass sie noch umkämpft ist. Die Auseinandersetzung findet nicht nur innerhalb der Regierung statt. Es muss auch Druck von außen geben. Es gibt vieles, was die Regierung tun könnte und nicht tut. All das kann man kritisieren, aber man kann die Regierung Correa niemals mit einer der Rechtsregierungen von früher vergleichen. Vielmehr muss man darüber nachdenken, wie diese Regierung noch mehr nach links gerückt werden kann. Zu kritisieren und auch zu mobilisieren ist eine Sache. Eine ganz andere aber ist es, sich mit der Rechten zu verbünden. Hinterher wird sich dann zeigen, dass die Rechte auf uns alle einschlägt.

Der 30. September 2010 (der Tag eines Putschversuches gegen die Regierung Correa – d.Ü.) hätte ein Schlüsselmoment sein müssen, da die Linke innerhalb und die außerhalb der Regierung sich zusammenfindet. Ich rede nicht von jener „Linken“, die den Moment falsch interpretierte und sich sogar für den Putsch erklärte. Aber es gab keine Versammlungen, wir haben nicht beraten, wie vorzugehen ist. Die innere und äußere Rechte schwankte einen Monat lang, aber dann sagte sie sich, wir müssen jetzt die Fronten abstecken.



Der Marsch der Indigenen vom März dieses Jahres war ein weiterer höchst interessanter Moment, um etwas zu erreichen. Aber weder der Linken innerhalb, noch der außerhalb der Regierung gelang es, zu einer Zusammenarbeit zu kommen.

Damit die Vorgänge in Südamerika zu revolutionären Prozessen werden, muss man schauen, wie das Entwicklungsmodell verändert werden kann, das von einem bestimmten Zeitpunkt an aufkotzt wurde. Aber wir dürfen uns nicht auf der einen Seite hinstellen und Steine werfen und auf der anderen Seite alles als wunderbar ansehen und meinen, wir haben die Revolution bereits erreicht. Für alle Linken gilt, das kritische Denken zu bewahren, gleich, an welcher Stelle sie stehen.

Nikaragua: Errungenschaften und Herausforderungen der Linken

Von Guillermo Gómez Santibáñez, Soziologe, Professor der Polytechnischen Universität von Nicaragua, Direktor des Interuniversitären Zentrums für Studien über Lateinamerika und die Karibik, CIELAC/UPOLI.

Wenn das Vaterland klein ist,
dann träumt man groß.
Meine Illusionen, meine Wünsche
und meine Hoffnungen sagen mir,
es gibt kein kleines Vaterland.
(Rubén Darío)

Nikaragua ist ein Land mit einer reichen multiethnischen und vielsprachigen Kultur, mit annähernd 5,6 Millionen Einwohnern und einer kleinen, sehr abhängigen Wirtschaft. Aber mit einem Territorium von 129 494 km² tritt es am mittelamerikanischen Isthmus durch seine Ausmaße hervor, auch weil es sich fast im Zentrum des amerikanischen Kontinents befindet.

Die postkoloniale Geschichte dieses kleinen Landes, das berühmte Söhne wie den Dichter Rubén Darío, und den General freier Männer, Augusto C. Sandino, hervorgebracht hat, ist dramatisch und unter schweren Erschütterungen verlaufen.

Mit den übrigen Ländern Lateinamerikas teilt es das Los der Unterentwicklung und der imperialistischen Herrschaft, doch es weist auch Züge auf, die es von den übrigen Ländern des Kontinents unterscheiden. Nicaragua hat sich während seiner ganzen Geschichte als Republik und bei seiner strategischen Lage ständig gegen die Auslieferung- und Unterordnungsbereitschaft der herrschenden Kreise gegenüber ausländischen Mächten zur Wehr gesetzt. Seit Mitte des 19. Jahrhunderts bis in die 30er Jahre des 20. Jahrhunderts musste es bewaffneten Interventionen der USA militärisch entgegentreten. An der Spitze des Emanzipationskampfes Nicaraguas gegen die USA-Intervention von 1927 bis 1933 stand die Bewegung von Sandino. In den 50er Jahren wurde dieser Kampf durch die Sandinistische Front der Nationalen Befreiung (FSLN) wieder aufgenommen, die der grausamsten und blutigsten Diktatur Lateinamerikas, der Militärdiktatur Somozas, als unbestrittene Avantgarde entgegentrat.

Die heldenhaften Kämpfe des nikaraguanischen Volkes waren während seiner ganzen Geschichte der Errichtung ei-

ner demokratischen Ordnung, von Institutionen des sozialen Ausgleichs, von Frieden und Selbstbestimmung als Nation gewidmet.

Nach 45 Jahren Kampf gegen ein autoritäres System der Reglementierung und Unterdrückung ist Nicaragua seit dem Sieg der Sandinistischen Volksrevolution am 19. Juli 1979 nicht mehr das Land, das es einmal war. Es zog die Blicke der ganzen Welt auf sich. Das Hervortreten der FSLN als politische Kraft der gesellschaftlichen Umgestaltung ist eine historische Leistung des nikaraguanischen Volkes. Nach den Worten von Carlos Fonseca, dem Gründer der gleichnamigen Partei, „entstand die FSLN weder auf einer Versammlung oder einem Kongress, noch gab sie eine Proklamation heraus, die ihre Gründung ankündigte. Sie präsentierte auch kein Programm. In der Front stand die Aktion an erster Stelle. Ausgehend von ihren ersten Erfahrungen entwickelte und korrigierte sie ihr Programm, ihre Strategie und Taktik. Die Sandinistische Front brach sich Bahn durch den Nebel, den die Ausbeuterklasse verbreitete. Bewegt von dem Schmerz und dem Elend der Menschen aus dem Volk, will sie die edelsten Traditionen der nikaraguanischen Gesellschaft zurückgewinnen und beschränkt sich nicht darauf, sie in Worten zu verkünden, sondern will sie in der Aktion wiederbeleben, auch wenn das bedeutet, die härtesten Proben zu bestehen.“

In dieser Vision war die Sandinistische Front die Kraft, die „sich an der Spitze der Volksmassen opfert, nicht um jämmerliche Brosamen für das Volk zu erhaschen, sondern um eine radikale gesellschaftliche und nationale Umgestaltung zu erreichen“.

Die Sandinistische Front war Ergebnis der Sammlung der revolutionären Bewegung und der Kämpfer um die Freiheitsfahne von Augusto C. Sandino. Ihre Reihen bildeten Schüler, Studenten, Bauern und Arbeiter, die einen heroischen Kampf gegen den oligarchischen Staat führten. Dieser Kampf, ein blutiger bewaffneter Konflikt gegen Anastasio Somoza Debayle und seine Nationalgarde, entwickelte sich vor dem Hintergrund des Zweiparteiencharakters der Diktatur und der klassenmäßigen Schwäche der bürgerlichen politischen Oppositionskräfte, die sich schließlich gezwungen sahen, ein Bündnis mit der revolutionären Bewegung einzugehen, um den Zusammenbruch des Systems und die Niederlage der Diktatur herbeizuführen, die sich gegen die ganze Gesellschaft richtete. (Torres, 2011)

Die sozialen Probleme stauten sich in den siebziger Jahren in Mittelamerika auf verschiedenen Wegen an. Nicaragua war Teil der Aufstandsbewegung gegen die Militärdiktaturen. In vielen Ländern suchte die Bourgeoisie keinen sozialen Konsens, sondern griff zu Gewalt, errichtete Militärdiktaturen unter Beibehaltung der formal-rechtlichen Form einer sogenannten Demokratie. Auf der politischen Ebene entfaltete sich die Krise als Aufstand der Volksmassen, die auf bewaffnetem Wege, in extrem gewaltsamer Zuspitzung, ihren Anspruch als politisches Subjekt der Geschichte geltend machten.

Nach der Transitionstheorie erklärt sich die Herausbildung eines neuen Phänomens: Die Militärdiktaturen schufen die Voraussetzungen und die Umstände für die Entwicklung demokratischer Prozesse unter Vormundschaft. Deren Ziel war die Wiederherstellung der institutionellen Einrichtungen, wobei die westlichen Demokratien der entwickelten Welt als normativer Horizont dienten.



Aus einer liberal-demokratischen Sicht, die sich auf die individuelle Freiheit und die politisch-juristische Gleichheit stützt, wurde die Demokratie in diesen Prozessen simplifiziert und nach einem eindimensionalen, elitären Konzept Schumpeterscher Prägung, das von der Idee der Polyarchie von Dahl genährt wird, in Kraft gesetzt. Diese Demokratie wurde als „Wahldemokratie“ gewertet, in der die Eliten, die Regierungen und die Parteien die relevanten politischen Akteure sind. Es handelt sich um eine minimalistische Demokratie (Gómez, 2011)

Im Jahre 1990 riefen die revolutionäre Regierung unter Comandante Daniel Ortega und der FSLN entsprechend den Friedensverträgen für Mittelamerika, die unter der Bezeichnung Esquipulas II bekannt sind, zu freien und demokratischen Wahlen in Nicaragua auf. Die Sandinistische Front hatte in einem Krieg „niedriger Intensität“ einen militärischen Sieg gegen die „Contras“ errungen. Aber sie erlitt eine politische Niederlage, als sie die Wahlen gegen die Nationale Union der Opposition (UNO) verlor. Diese errang mit ihrer Kandidatin, Violeta Barrios de Chamorro, das Präsidentenamt. Der Frieden in Nicaragua wurde nicht durch einen militärischen Sieg des Sandinistischen Heeres und auch nicht auf Grund der Bedrohung durch die Kräfte des Nationalen Widerstandes erreicht, sondern auf Grund der gebieterischen Notwendigkeit, die Strategie des Krieges aufzugeben, da der Frieden Bedingung für die Wiederherstellung der Regierbarkeit des Landes war und der politische und ökonomische Schauplatz in Mittelamerika als geopolitischer Standort sowie die Kräfteverhältnisse dort in Veränderung begriffen waren. Die Entscheidung von Comandante Ortega, Wahlen auszuschreiben, war ein wesentlicher Schritt zur Stabilisierung des Landes und für dessen Übergang auf einen Weg des Friedens, der in einem allmählichen, bis heute andauernden Prozess gebahnt wurde.

Nachdem die Liberal-Konstitutionelle Partei 16 Jahre lang an der Regierung war, kehrte die FSLN im Dezember 2006 unter der Losung „Das Volk als Präsident“ an die Macht zurück. Sie nahm einen Regierungsplan und eine Strategie in Angriff, die eine zweite Etappe der Revolution kennzeichnen sollten. Das Ziel war, ihre durch den Krieg in den 1980er Jahren und die Wahlniederlage 1990 unvollendete soziale Agenda weiterzuführen.

Die Sandinistische Volksrevolution hatte für eine Veränderung des ökonomischen und sozialen Systems im Lande gekämpft. Sie strebte eine reale, vom Volk getragene Demokratie mit einer gemischten Wirtschaft an, die zu sozialer Gerechtigkeit und zu wahrer Freiheit für das nikaraguanische Volk führen sollte.

Die Regierung Ortega in dieser neuen Periode (2006 – 2010) leitete eine soziale Wende in zwei Hauptrichtungen ein: Die eine ist die Verringerung der Armut durch die Programme „Null Hunger“, „Null Wucher“ und „Null Arbeitslosigkeit“. Zweitens geht es darum, den Sozialstaat wiederherzustellen, wobei der kostenlose Zugang zu Gesundheitsdiensten und Bildung im Mittelpunkt steht.

Die Geschichte der Linken in Nicaragua ist die Geschichte der Sandinistischen Front, die das libertäre Anliegen Sandinos aufgenommen hat, um die Grundrechte der ärmsten und am meisten ausgegrenzten Sektoren der Gesellschaft zurückzuerobern.

Die FSLN hat weder ihre von Sandino ererbte Vision noch ihre revolutionären Ideen aufgegeben. Daraus resultieren ih-

re Identität und ihre Ideologie. Aber sie hat ihre Position in einem neuen sozialen, politischen und ökonomischen Kontext bestimmen müssen, in einem Weltszenarium, das unipolar, fragmentiert, global und neoliberal gestaltet ist. Sie musste neue soziale und politische Akteure, neue Probleme und neue Feinde identifizieren. Sie hat bestimmte Umgestaltungen in ihrer Parteistruktur vorgenommen, um ihre soziale Basis zurückzugewinnen und ihre politische Macht angesichts der neuen Forderungen des Volkes neu zu artikulieren. Die FSLN hat ihre Basis in der Jugend neu aufgebaut, ihre neuen Kaderscharen die Jugendlichen zu Tausenden und Abertausenden um sich, in ihrer großen Mehrheit Söhne, Enkel, und andere Verwandte der historischen Kämpfer, die die Ablösung durch eine neue Generation anerkannt und sich die Aufgabe gestellt haben, ihre revolutionären Erfahrungen, aber besonders ihren kämpferischen Geist weiterzugeben.

Comandante Daniel Ortega als Kandidat der FSLN im Bündnis Unida Nicaragua Triunfa (Das geeinte Nicaragua siegt) wurde im Dezember 2011 mit 62,6 Prozent der Stimmen als Präsident Nicaraguas wiedergewählt. Die FSLN erlangte mit 62 Abgeordneten auch in der Nationalversammlung die Mehrheit. In seiner ersten Rede an die Nation nach dem Wahlsieg sagte Ortega: „Dieser Sieg darf uns nicht überheblich machen. Wir dürfen nicht glauben, dass wir tun und lassen können, was wir wollen. Wir müssen vor allem bescheiden sein und den Konsens suchen, um Nicaragua voranzubringen.“

Wenn für den Bürger eine Welt zusammenbricht, wenn Solidarität und Gleichheit verloren gehen, dann steht die Linke in Nicaragua, die von einer Volkspartei wie der FSLN und von breiten Mehrheiten repräsentiert wird, vor gebieterischen Herausforderungen auf drei Ebenen, sowohl für ihren eigenen Zusammenhalt als auch für den Weg der Neugründung der Gesellschaft: wirtschaftliches Wachstum, Bürgerbeteiligung und soziale Solidarität.

(Übersetzung aus dem Spanischen: Helma Chrenko)

Bibliographie:

- Torres Rivas, Edelberto (2011), *Revoluciones sin cambios revolucionarios*. F y G Editores, Guatemala
- Martí i Puig, Salvador, und David Close (eds.) (2009). *Nicaragua y el FSLN ¿Qué queda de la revolución?* Ediciones Bellestera, Barcelona.
- Sader, Emir (2009), *El nuevo topo*. Siglo XXI editoriales, CLACSO Coediciones, México
- Gómez Santibáñez, Guillermo (2011), *Cultura de paz y reforma democrática de la institucionalidad de Nicaragua*.
- Fundación Friedrich Ebert, CIELAC/UPOLI.
- Mallo Reynal, Susana (2006), *La izquierda en el cono sur – Análisis comparado: Brasil, Argentina y Uruguay*,
- *Revista Universidades*. Nr. 31, S. 55 – 89.



Alle Stimmen und alle Rebellionen für Frieden, Demokratie und Souveränität zusammenführen

Politische Erklärung des 21. Parteitages der Kolumbianischen Kommunistischen Partei

Die 374 Delegierten des 21. Parteitages der Kolumbianischen Kommunistischen Partei, die vom 18. bis 22. Juli 2012 in Bogotá versammelt waren, geben nach eingehender Beratung im Geiste fester Einheit und Verpflichtung gegenüber den Kämpfen des Volkes für wahre Unabhängigkeit, volle Demokratie und Sozialismus folgende Erklärung ab:

1. Der Kapitalismus offenbart weiter auf weltweiter Ebene seine systemischen und zivilisatorischen Grenzen sowie seine Unfähigkeit, eine annehmbare Alternative für die menschliche Existenz zu bieten. Die anhaltende weltweite Wirtschafts- und Finanzkrise wird begleitet von der Vertiefung der Tendenzen einer Ernährungs-, Energie-, Umwelt- und Kulturkrise. Um sein Herrschafts- und Ausbeutungsregime zu sichern, setzt dieses System sein räuberisches und zerstörerisches Handeln mit einem politisch-ökonomischen Projekt der ins Extrem getriebenen Vermarktung der Natur, des Lebens und der menschlichen Arbeit fort. In Anbetracht dessen haben Antikapitalismus, Sozialismus und Kommunismus nicht nur volle Berechtigung, sondern sind auch zu einer historischen Notwendigkeit geworden. Die Krise und ihre Auswirkungen haben den Klassenkampf verschärft und auf in früheren Jahrzehnten nicht gekannte Ausmaße gesteigert. Als Ergebnis dessen erleben wir einen Aufschwung der sozialen und Volksmobilisierung gegen das große Kapital und seine Politik. Die Welt der Arbeit in ihren verschiedenen Sphären wie Jugendliche, Frauen, Migranten, Arbeitslose oder ältere Arbeitnehmer geht auf die Straßen, um der neoliberale Anpassungspolitik entgegenzutreten.

2. Die weltweite Wirtschafts- und Finanzkrise ist bisher dank der ungleichen geographischen Entwicklung des Kapitalismus sowie einer neuen Potenzierung der Spekulationsdynamik des Finanzkapitals weniger intensiv und tief gewesen. Alles scheint jedoch darauf hinzudeuten, dass die kapitalistische Krise in den nächsten Jahren nicht nur anhalten wird, sondern dass ihre Wirkungen mit aller Schärfe und Intensität auch dort um sich greifen, wo sie bis heute noch nicht festzustellen sind. Das lässt eine weitere Ausdehnung und Vertiefung der Klassenkämpfe in der ganzen Welt voraussehen. Im Rahmen der Wirtschafts- und Finanzkrise hat der kollektive Imperialismus mit dem USA-Imperialismus an der Spitze seine Politik der Militarisierung weiter ausgeprägt, um die transnationalen Investitionen militärisch zu schützen, den Zugang zu strategischen Ressourcen zu garantieren und jede Form von Widerstand zu beugen, sei es von souveränen Staaten oder von sozialen und Volksbewegungen.

Der Imperialismus ist nicht nur militaristisch, sondern auch interventionistischer geworden, direkt oder durch Söldnerkräfte, wie man in einigen arabischen Ländern beobachten konnte. Oder er fördert „institutionelle Staatsstreich“, wie die jüngsten Erfahrungen Lateinamerikas zeigen. Trotz alledem setzen die Kämpfe und Widerstandsaktionen der sozialen und Volkskräfte diesen Absichten Grenzen.

3. Das Hauptmerkmal des sozioökonomischen und politischen Prozesses in Unserem Amerika stellt das Vorankommen der sozialen und Volkskräfte dar, die politische Veränderungen erreicht haben – einschließlich den Zugang zu Regierungen und zur Führung von Staaten. Diese kommen einerseits in einem neuen internationalen Kräfteverhältnis zum Ausdruck, das den USA-Imperialismus geschwächt und neuartige Prozesse der subregionalen Integration angeregt sowie die Behauptung der nationalen Souveränität gefördert hat. Zum anderen zeigen sie sich in wichtigen ökonomischen, politischen, sozialen und kulturellen Umgestaltungen – einige davon bereits verfassungsmäßig und durch Gesetze abgesichert – die von unterschiedlicher und differenzierter Reichweite sind, jedoch den Bestrebungen der unterdrückten und ausgebeuteten Mehrheiten Rechnung tragen. Die Vertiefung der Veränderungen in Unserem Amerika hin zu einer entschieden antikapitalistischen Orientierung in Richtung des Sozialismus wird von der Mobilisierung und Organisation abhängen, die die soziale und Volksbewegung entwickeln kann, denn wir erleben in den Reihen des Volkes Prozesse, die nicht konfliktfrei sind, und beobachten erheblichen Widerstand der Rechten in der Region.

Eine zentrale Rolle spielt dabei die interventionistische Politik und die vom Imperialismus geförderte Militarisierung, wie die Aktivierung der US-Flotte und die Einrichtung von Militärstützpunkten in verschiedenen Ländern der Region zeigen. Die Versuche der Destabilisierung des boliviarischen Prozesses in Venezuela wie auch der Regierungen in Bolivien, Ecuador und Nicaragua wird schärfstens verurteilt. Den Bestrebungen der Rechten, wie in Paraguay Prozesse zurückzudrehen, muss Widerstand entgegengesetzt werden.

In den kommenden Jahren ist eine Intensivierung des Klassenkampfes in Unserem Amerika zu erwarten. Sie ist das Ergebnis der absehbaren Verlangsamung des Wirtschaftswachstums und ihrer Auswirkungen auf die soziale und ökonomische Lage der Mehrheit der Bevölkerung, der sozial-territorialen Konflikte, die mit der Bergbau- und Energieproduktion und der Produktion von Agrartreibstoffen zusammenhängen, der Fortsetzung der Politik der neoliberalen Merkantilisierung, der Ausrichtungen der Entwicklungspolitik und des Kampfes für die Weiterführung und Vertiefung der nationalen und den Volksinteressen entsprechenden Prozesse. Dabei verdient das Beispiel Kubas, das darum ringt, seinem revolutionären Projekt durch wirtschaftliche und politische Reformen Nachhaltigkeit zu verleihen, unsere ganze internationalistische Unterstützung und Solidarität.

4. Die historische Situation in unserem Land ist durch abklingende Krisentendenzen im Regime der Herrschaft und Ausbeutung sowie des hegemonialen Projekts gekennzeichnet, die nicht voll zur Reife gelangen konnten. Andererseits entstehen Voraussetzungen und Möglichkeiten für die Volkskräfte, einen politischen Wandel zu erreichen. Diese haben sich auf Grund ihrer ungleichen und unterschiedlichen Dynamik und ihrer noch vorherrschenden Zersplitterung jedoch noch nicht voll entfaltet. Zu erwarten ist in den kommenden Jahren eine Verschärfung des Widerspruchs zwischen den Bestrebungen zur Stabilisierung des Regimes der Klassenherrschaft im Ergebnis der Neuanpassung und Neudefinition der Bündnisse im herrschenden Machtblock einerseits und den Chancen für einen politischen Wandel als Resultat der Einigung des Volkslagers andererseits, indem es gelingt, alle Rebellionen zusammenzuführen, um die ökonomischen, poli-



tischen, sozialen und kulturellen Umgestaltungen in Angriff zu nehmen, die das Land braucht. Das Feld der Politik liegt in der Auseinandersetzung zwischen der Konsolidierung der etablierten Macht und den Möglichkeiten einer neuen demokratischen Volksmacht.

Vier Faktoren bringen nach unserer Einschätzung die Tendenzen der Krise des Herrschafts- und Ausbeutungsregimes und des hegemonialen Projekts zum Ausdruck:

Erstens treten die Grenzen der Institutionen der Macht deutlich hervor, besonders die der kriminellen, mafiösen und korrupten Strukturen des politischen Regimes, des politischen Systems, der Reformen im Justizwesen, in der Militärgerichtsbarkeit und in dem betrügerischen Wahlsystem. Trotz der Erneuerungsbemühungen wachsen die soziale Unglaubwürdigkeit und der Legitimitätsverlust der Institutionen des Staates.

Zweitens bröckelt der Konsens zwischen den Gruppierungen, die den vorherrschenden Machtblock bilden, worin Tendenzen der Differenzierung der ökonomischen und politischen Interessen und der Form, sie zu repräsentieren, ihren Ausdruck finden.

Drittens schwächt die Verlangsamung des Wachstums infolge der kapitalistischen Krise und des Inkrafttretens der Freihandelsverträge in der gegenwärtigen Etappe die Möglichkeiten für die wirtschaftliche Abstützung des Projekts der Klassenherrschaft, besonders durch die voraussichtliche Drosselung der Kapitalzuflüsse, den dadurch entstehenden Produktions- und Beschäftigungsrückgang mit entsprechenden Auswirkungen auf den Staatshaushalt.

Viertens kann man eine wachsende soziale und Volksmobilisierung feststellen, die den reinen Kampf für ökonomische Forderungen überschreitet, stärker politisiert auftritt, aber noch zersplittert ist. Sie wendet sich gegen die Formen, die die kapitalistische Akkumulation annimmt und gegen die neoliberale Politik der Regierung Santos. Die Umstellungen im Block der Macht und die nichtantagonistischen Widersprüche, die ihnen zugrunde liegen, verstärken objektiv die Möglichkeiten des Volkes, da seine Aktionen dazu beitragen können, die Risse im hegemonialen Projekt zu vergrößern.

5. Der Verlauf der kapitalistischen Akkumulation unter der Regierung Santos ist gekennzeichnet durch die Vertiefung und Ausdehnung des Prozesses der Neoliberalisierung, der vor mehreren Jahrzehnten begonnen hat. Die fortlaufende Prekarisierung der Arbeit, die Arbeitslosigkeit und das Anwachsen informeller Arbeitsverhältnisse wie auch der wachsende Anteil der Frauen haben zur Steigerung der Ausbeutungsrate geführt. Die Marktpolitik ist auf Felder ausgedehnt worden, die früher undenkbar waren. Die verstärkte Entwicklung des Finanzkapitals, die sich vor allem auf die Verschuldung des Staates und der privaten Haushalte gründet, hat der gesamten Gesellschaft ein parasitäre Rente aufgezwungen, die ausschließlich die Interessen des Finanzkapitals bedient. Das spektakuläre Anwachsen der Auslandsinvestition hat einen neuen Zyklus der transnationalen Kolonisierung strategischer Territorien eröffnet, um intensiv Bergbau- und Energieressourcen, Wasserreichtum und Biodiversität auszubeuten, was eine Umweltzerstörung in nie dagewesenem Umfang auslöst. Die Ausdehnung transnationaler Agrarunternehmen beeinträchtigt die Ernährungsautonomie und –souveränität sowie die Zerstörung der bäuerlichen Wirtschaft und stimuliert die weitere Konzentration des Bodeneigentums mit neuen Formen der Vertreibung. Das Inkraft-

treten von Freihandelsverträgen zerstört weiter Produktion und Arbeitsplätze im Inland und verstärkt die Abhängigkeit. Das alles hat die vorherrschenden Formen der Akkumulation weiter vertieft – vor allem die Akkumulation durch Vertreibung der Bauern und der armen städtischen Bevölkerung. Diese wird durch eine Rechtsordnung abgesichert, die Ergebnis einer aggressiven Agenda von Verfassungs- und Gesetzesreformen ist, darunter der bereits beschlossene nationale Entwicklungsplan. Ein neues Paket von volksfeindlichen Reformen wurde angekündigt, die im wesentlichen darauf abzielen, das transnationale Kapital und die großen Wirtschaftsgruppen zu bevorzugen.

Diese Dynamik der kapitalistischen Akkumulation hat zur Entstehung neuer und vielfältiger Formen des sozialen und Klassenkonflikts geführt, die sich den historischen Konflikten zugesellen, sie hat das Spektrum der Klassenkämpfe im Lande erweitert und damit die Möglichkeiten der Politik und der politischen Aktion vermehrt. Als Ergebnis dessen haben wir die Herausbildung neuer Ausdrucksformen der sozialen und Volksmobilisierung und der Organisation erlebt, wie der Patriotische Marsch, der Kongress der Völker, die Soziale und Indigene Aktion, Comosoc, vielfältige lokale sozial-territoriale Bewegungen, städtische Bewegungen wie die Studentenbewegung, die in dem Breiten Nationalen Studententisch vereinigt ist, oder die Kämpfe gegen die neoliberale Politik im Gesundheitswesen. Alle diese Aktionsformen vereinigen sich mit den bedeutenden Kämpfen der neuen Generationen der Arbeiterklasse, die durch die transnationalen Investitionen herangewachsen sind, mit den Kämpfen der Lehrer, der Beschäftigten im Gesundheitswesen und anderen Bereichen. Ebenso die Kämpfe der konsequenten Organisationen innerhalb des Alternativen Demokratischen Pols (Polo Democrático Alternativo), besonders durch die Enthüllungsarbeit und die Opposition im Parlament, mit der sie innerhalb des beschränkten Raumes, den das politische System bietet, der Logik der „regierbaren Demokratie“ und dem strukturellen Wahlbetrug entgegentreten.

Unter diesen widersprüchlichen Bedingungen zeigt die Arbeiter- und Volksbewegung trotz noch vorhandener Uneinigkeit und Zersplitterung Zeichen des Widerstandes. Vorrangige Aufgabe sind Fortschritte bei der Einigung der Reihen der Arbeiter und des Volkes durch die einigende Mobilisierung, die klassenmäßige Stärkung der Gewerkschaftszentrale CUT und die Organisation der Beschäftigten, um den Anstieg der Proteste und die Zusammenführung der Kämpfe in Stadt und Land voranzutreiben. Wir unterstützen den Vorschlag zur Vorbereitung und Durchführung eines nationalen Bürgerstreiks, der sich gegen die Hauptprojekte des nationalen Entwicklungsplans, die repressive Politik und die Anwendung militärischer Mittel gegen den sozialen Protest richtet.

6. Ungeachtet ihrer Friedensrhetorik hat die Regierung Santos im Wesentlichen die Kriegsstrategie ihrer Vorgängerin beibehalten. Die Politik dieses Präsidenten ist in dem Plan „Schwert der Ehre“ zusammengefasst, der nichts anderes ist als die Fortsetzung der Strategie der Aufstandsbekämpfung, die mit dem Plan Colombia eingeleitet wurde. Er sieht den Frieden im Lande weiterhin als Ergebnis eines militärischen Sieges, den er in einen juristisch-institutionellen Rahmen einordnet, den sogenannten Rechtsrahmen für den Frieden, der im wesentlichen auf der Kapitulation und Demobilisierung der Aufständischen beruht. Die Dynamik des sozialen und bewaffneten Konflikts hat aber gezeigt, dass es



unmöglich ist, die Guerillabewegung durch eine militärische Niederlage zur Aufgabe und Demobilisierung zu veranlassen. Während des letzten Jahrzehnts ist der Staat mit allen nur möglichen Instrumenten und ökonomischen Ressourcen ausgestattet worden, man ist bis zum Äußersten gegangen im Bündnis mit paramilitärischen Gruppen zur Aufstandsbekämpfung, man hat sich der ökonomischen und technischen Unterstützung des USA-Imperialismus bedient. Jedoch nach wiederholter Ankündigung einer Beendigung des Konflikts und sogar der Vorschau auf Szenarien der Zeit danach kann man trotz der Schläge gegen das Oberkommando und mittlere Strukturen der Guerillaorganisation weiterhin ein Auf- und Abschwellen, eine immer wieder erneuerte Anpassung der Kräfte beobachten, die sich direkt in der militärischen Auseinandersetzung engagieren. Das lässt eine endlose Fortsetzung des Krieges erwarten, wenn kein politischer Ausweg gesucht und vereinbart wird.

Die am meisten militaristischen Kräfte und die Ultrarechten halten Santos' Kriegspolitik für unzureichend. Sie leugnen die Existenz des Konflikts und stellen ihn als eine terroristische Bedrohung hin. Mit deutlich faschistischen Akzenten fordern sie eine Politik der verbrannten Erde und die Ausrottung des Feindes. Krieg und neoliberale Politik gehen in der kolumbianischen Erfahrung Hand in Hand. Wenn Santos sich wirklich von der Ultrarechten absetzen will, dann ist es Zeit, dass er die reine Rhetorik aufgibt und seinen Willen für einen politischen Ausweg bekundet, ebenso wie das die Guerillakräfte in verschiedenen Manifesten und Dokumenten getan haben.

7. Der Beitrag zur Suche nach einer politischen Lösung für den Frieden nimmt einen zentralen Platz unter den dringenden Aufgaben der Gegenwart ein. Der Gang des politischen Prozesses in unserem Land und die Möglichkeiten für einen politischen Wandel zu einer neuen Macht sind in großem Maße an diese Perspektive gebunden. Die Möglichkeit, das Land auf den Weg einer politischen Lösung zu führen, ist nicht nur eine Angelegenheit ausschließlich der Kräfte, die sich in der direkten militärischen Konfrontation befinden. Wenn auch der politische Wille der beiden Seiten die größte Bedeutung hat und sich in der Aufnahme eines Dialogs für einen Verhandlungsprozess umsetzen sollte, liegt der eigentliche Schlüssel doch im Kampf der sozialen und Volksbewegung. Dieser Bewegung kommt die schwierige Aufgabe zu, der Gesamtheit der Gesellschaft verständlich zu machen, dass auf Grund des historischen Charakters und der sozialen Natur des Konflikts nicht die Kapitulation, nicht der Sieg den Frieden bringt. Daher müssen alle Bemühungen darauf gerichtet werden, Wege zu konzipieren und Mechanismen zu etablieren, um die ökonomischen, politischen, sozialen und kulturellen Umgestaltungen und damit die Beseitigung der Ursachen zu erreichen, die den Konflikt hervorriefen und ihn immer aufs neue hervorrufen. Für die Kommunisten bedeutet eine politische Lösung: Frieden mit sozialer Gerechtigkeit, Demokratisierung und Entmilitarisierung der Gesellschaft, Wiederherstellung der Wahrheit, Rückgewinnung des historischen Gedächtnisses, Entschädigung der Opfer. Dieser Weg muss zu einem von einer Nationalen Versammlung gebenden Versammlung zu beschließenden neuen Gesellschaftsvertrag führen, in welchem die Errungenschaften für das Volk Gestalt annehmen.

Die Vorgänge in Cauca und auf anderen Kriegsschauplätzen beweisen, welche Grenzen eine Verlängerung des Krie-

ges zur Aufstandsbekämpfung hat, welche Mittel er verschlingt, die besser für die Lösung dringender Probleme der Bevölkerung angewendet wären. Sie zeigen auch das Scheitern einer Staatsmacht, die die wachsende Militarisierung in den Mittelpunkt des gesamten gesellschaftlichen Lebens stellt, den Widerstand und die Formen der sozialen und Volksorganisation kriminalisiert und die militärischen Kräfte zu Besatzungstruppen macht. Dagegen formieren sich ein wachsender Massenwiderstand, eine ansteigende soziale Mobilisierung der Bauern, Indigenen und Afrostämmigen für die Entmilitarisierung mit der Forderung nach einem politischen Ausweg aus dem Krieg. Wir rufen dazu auf, die vielfältigen Initiativen zu fördern, die in den Reihen des Volkes in der gleichen Richtung entwickelt werden, wie die Regionalen Konstituierenden Versammlungen, die der Patriotische Marsch anregt und mit denen die Treffen der bäuerlichen, indigenen und afrostämmigen Gemeinden fortgesetzt werden, die 2011 in Barrancabermeja stattgefunden haben, oder den Friedenskongress, der zusammen mit dem Kongress der Völker, dem Patriotischen Marsch und der Bewegung „Kolumbianer und Kolumbianerinnen für den Frieden“ zustande kam.

Dazu beizutragen, dass alle Stimmen und alle Rebellionen zusammengeführt werden, stellt ein zwingendes Erfordernis der Volksaktionen dar, um den militaristischen und ultrarechten Kräften, die auf allen Gebieten das gesellschaftlichen Lebens mit Unterstützung der Massenmedien das Sagen haben, eine Niederlage zu bereiten.

8. Der herrschende Machtblock entwickelt angesichts des bröckelnden Konsenses zwei politische Projekte, um welche die herrschenden Klassen mit Blick auf die Wahlen 2014 im Streit liegen, wobei noch nicht abzusehen ist, welche sich durchsetzen wird. Einerseits handelt es sich um das von Santos vorgelegte Projekt, das als ein Reform- und Modernisierungsprojekt dargestellt werden sollte, ein Projekt eines überholten Dritten Weges, das zutiefst den Interessen des Finanzkapitals und der großen Wirtschaftsgruppen dient und der Dynamik der transnationalen Akkumulation entspricht. Es zielt mit seinen Vorschlägen auf eine Politik der Neuformierung der Klassenherrschaft und sucht dafür die Unterstützung des politischen Zentrums einschließlich von Teilen der sogenannten demokratischen Linken zu gewinnen, die die Zurückdrängung der Gefahr der vom Urbismus repräsentierten Ultrarechten in den Mittelpunkt stellen. Zum anderen gibt es das Projekt einer Einigung der herrschenden Klassen auf der Basis des militaristischen und ultrarechten Gedankenguts, das der Urbismus repräsentiert und das das sogenannte Reine Demokratische Zentrum zu organisieren versucht, indem die Politik der Regierungsperioden von Uribe zugrunde gelegt wird, besonders der Kampf gegen die sogenannte terroristische Gefahr. Dieses Projekt hebt sich nicht einmal in seiner Rhetorik von den Strukturen des organisierten Verbrechens, der Drogenmafia und der Paramilitärs ab, die ihm als Stütze dienen und weiter dienen. Zwischen diesen beiden politischen Projekten der herrschenden Klassen existieren keine unveröhnlichen oder antagonistischen Widersprüche. Die Strategie der herrschenden Klassen wird mit Sicherheit darin bestehen, zwischen den Optionen der beiden Projekte zu polarisieren und an der Spitze eine Verständigung zu suchen, das Lager des Volkes und seine Optionen aber vollkommen auszuschließen.



9. Die politische Gegenwart bietet dem Volkslager eine wichtige Chance. Es bestehen Voraussetzungen, zu einem politischen Wandel zu kommen, der den Aufbau einer neuen Macht ermöglicht. Dabei kann die Bildung einer demokratischen Regierung mit breiter Volksbeteiligung, die für einen demokratischen Frieden und die Lösung der Konflikte zugunsten des Volkes eintritt, eine entscheidende Rolle spielen. Daher rufen wir alle Vertreter der sozialen Kämpfe, die politischen und sozialen Bewegungen, die linken Parteien, die verschiedenen regionalen Bewegungen auf, gemeinsam eine Breite Front der Übereinstimmung und des Fortschritts (Frente Amplio de Convergencias y Procesos) zu bilden. Deren Grundlagen könnten programmatische Vereinbarungen sein, die die gemeinsamen Elemente der verschiedenen politischen und ideellen Plattformen für die Einheit ohne Beeinträchtigung der eigenen organisatorischen und politischen Entwicklung aufgreifen. Dafür gibt es vielfältige Erfahrungen in Unserem Amerika. Als wesentliche Konsenspunkte für die Übereinstimmung ergeben sich unmittelbar:

- eine politische Lösung durch Dialog und Friedensverhandlungen
- Kampf gegen die Gier und die parasitären Gewinne des Finanzkapitals
- Verteidigung der Souveränität, des Bodens, des Territoriums, der Naturressourcen und ein nicht plünderndes Verhältnis zur Natur
- Garantien und materielle Absicherung der Rechte der Bevölkerung (der Bürger-, politischen, ökonomischen, sozialen, kulturellen Rechte und des Rechts auf eine gesunde Umwelt, auf Gesundheit, Bildung, Agrarreform, Wohnung)
- Demokratisierung des Staates, der politischen Ordnung und des politischen Systems
- Integration Unseres Amerikas.

10. Wir Kommunisten erneuern unsere Verpflichtung, für die Einheit des Volkslagers auf der Grundlage programmatischer Vereinbarungen einzutreten. Das Handeln in diesem Sinne muss von Achtung, gegenseitiger Anerkennung, Brüderlichkeit und Zusammenarbeit geleitet sein; in der Linken darf man keine Feinde sehen oder erfinden; im Vordergrund muss das stehen, was eint, die Differenzen sollen nicht ignoriert, dürfen aber nicht als unversöhnlich angesehen werden; Vereinbarungen sind einzuhalten und in die Praxis umzusetzen.

Das Verständnis der Politik und der politischen Aktion, das in den Fortschritten der realen Bewegung zum Ausdruck kommt, zeigt, dass gleichzeitig mit den Anfängen einer vielversprechenden Entfaltung konstituierender Macht und der Entwicklung neuer Formen der Volksmacht die Konfrontation mit der bestehenden Macht – in den beschränkten institutionellen Räumen, wie sie auch innerhalb des politischen Systems vorhanden sind, größte Bedeutung erlangt. In diesem Sinne wird eine Politik im Hinblick auf die Wahlen 2014 konkretisiert werden. Als Mitglied des Alternativen Demokratischen Pols werden wir zu seiner Stärkung als Einheitsprojekt, zu seinem 3. Nationalkongress und zur Koordinierung mit den verschiedenen sich entwickelnden Einheitsprozessen unseren Beitrag leisten. Als Streiter für die Einheit des Volkes werden wir für die Annäherung, die programmatische Konvergenz, die Solidarität und den Aufbau neuer Formen des politischen Vertrauens zwischen den sich entwickelnden

Prozessen arbeiten. Wir werden die kollektive Herausbildung des politischen Projekts der Einigung der unteren Klassen und des Volkes unterstützen. Die schwierige Aufgabe besteht gerade darin, die Rebellionen zusammenzuführen und die Stimmen zu vereinen, die sich auf den verschiedenen Gebieten der politischen Aktion, der Mobilisierung, der Organisation und des Massenkampfes in unserem Lande zeigen. Unter den heutigen Bedingungen ist die Einheit ein historischer Imperativ geworden, und zu dieser Verpflichtung beizutragen rufen wir mit gutem Willen und Offenheit auf.

11. Der Parteitag richtet einen Aufruf an die arbeitenden Menschen und an das kolumbianische Volk, die Reihen der Kommunistischen Partei zu stärken, ihre Vereinigungspolitik zu unterstützen und beim Aufbau eines neuen Landes mit Frieden, Freiheiten, Demokratie, Souveränität und latein-amerikanischer sowie internationalistischer Solidarität mitzuhelfen. (Übersetzung aus dem Spanischen: Helma Chrenko)

Das neue Land, das wir wollen

Aus einem Interview von Carlos A. Lozano Guillén, Chefredakteur der Zeitung „VOZ“ und einer der Sprecher der Kolumbianischen Kommunistischen Partei, nach dem 21. Parteitag. Das Interview, das der Publizist Freddy Vallejo führte, erschien am 8. August 2012.

Nach einer Darlegung der Ergebnisse des Parteitages geht das Interview auf Fragen der aktuellen Politik der Partei ein. Ausgangspunkt ist die Auseinandersetzung um die Mitgliedschaft der Partei im Alternativen Demokratischen Pol, PDA. (Einen Tag später beschloss das Exekutivkomitee des PDA den Ausschluss der Kommunistischen Partei, der mit den kolumbianischen Gesetzen über die Reglementierung der politischen Betätigung begründet wurde.)

● Alternativer Demokratischer Pol oder Patriotischer Marsch – wo wird sich die Kolumbianische Kommunistische Partei einordnen?

Das ist nicht unser Dilemma. Die Einheit, die wir fordern, ist viel breiter als der PDA oder der Patriotische Marsch, weil wir unter den Linken keine Feinde sehen. Der Schlüssel zur Erringung der demokratischen Volksmacht ist die Einheit. Wir sind im PDA, weil wir glauben, dass es ein bedeutender Raum für die Übereinkunft fortgeschrittener politischer Kräfte ist; wir sind uns seiner Krise bewusst, aber auch der Möglichkeit, sie zu überwinden, wenn wir uns auf selbstkritischer Grundlage verständigen, wie Maestro Gaviria fordert. Der Alternative Demokratische Pol ist wichtig, aber seine Bedeutung hängt ab von seiner Fähigkeit, eine klar definierte politische Linie für demokratische Veränderungen und für die enge Verbindung mit den Volksmassen vorzugeben. Dort liegt der Schwerpunkt der notwendigen Bündnisse. Nicht ein Pol, der in den Wolken schwebt, der glaubt, dass die Bündnisse und Abkommen oben geschlossen werden, bis hin zu „demokratischen Unternehmern“, und schließlich enden wir bei der „nationalen Einheit“ oder einer anderen Geschichte. Der PDA muss die Idee aufgeben, dass er eine Wahlmaschine, ein Instrument für Wahlerfolge ist. Die Wahlen sind wichtig mit allen ihren Mängeln, aber sie sind weit davon entfernt, Ausdruck von Demokratie zu sein. Sie geben uns die Mög-



lichkeit, in der parlamentarischen Vertretung und in vom Volk gewählten Ämtern anwesend zu sein. Das reicht nicht aus, wenn nicht die Verbindung zum Kampf und zu den Sehnsüchten des kolumbianischen Volkes besteht. Es reicht nicht aus, an einer Demonstration oder einem Protest teilzunehmen, man muss an der Seite der Massen sein, sie begleiten und mit ihnen leiden, was sie leiden.

Der Patriotische Marsch ist ein soziales und politisches Projekt, das gewissen Führern des PDA nicht den Schlaf rauben sollte. Die soziale Basis sind die Volksorganisationen, obwohl dort auch Parteien vertreten sind wie die Liberale Linke von Piedad Córdoba und die Kolumbianische Kommunistische Partei. Das wichtigste ist die Präsenz von etwa 2000 Basis-, nationalen und regionalen Organisationen unterschiedlichster Größe. Das ist es, was die enge Verbindung mit den täglichen Kämpfen auf dem Lande und in der Stadt garantiert. Der Patriotische Marsch ruft ebenso wie die Ideologische Konferenz des Demokratischen Alternativen Pols vor wenigen Tagen, zur breitesten Einheit der Linken und der demokratischen und fortschrittlichen Kräfte auf. So gibt es also, wie man sieht, keine sich widersprechenden Punkte, sie ergänzen sich. Deshalb sehen wir kein Problem darin, im PDA zu bleiben, zugleich an dem sozialen und politischen Projekt des Marsches mitzuwirken und uns für die Annäherung mit anderen Kräften wie dem Kongress der Völker oder der Sozialen und Indigenen Aktion einzusetzen. Der PDA muss auch nach dieser Seite schauen, weil er, wenn sich der Gedanke der Annäherung an das Zentrum durchsetzte, seinen Charakter verlieren und auf seine Stellung als Linkskraft verzichten würde.

● **Die MOIR (Linke Revolutionäre Bewegung, Mitglied des PDR) hat die Kommunistische Partei in einem Brief aufgefordert, sich aus dem Pol zurückzuziehen, die gleiche Position hat, wie man sagt, der ehemalige Präsidentschaftskandidat Carlos Gaviria Díaz auf der Ideologischen Konferenz des PDA bezogen. Was antwortet die KP?**

Den Brief haben wir, soviel ich weiß, nie erhalten. Sie machten das öffentlich und ein Nachrichtendienst kommentierte es. Das ist ein Mangel an Höflichkeit, die man in der Politik auch aufbringen sollte. Aber abgesehen davon, wer gibt der MOIR das Recht, zu entscheiden, wer dem Alternativen Demokratischen Pol angehören darf und wer nicht? Die alte maoistische Prägung hinterließ bei ihnen die Gewohnheit, sich als rote Kommissare oder Wächter über die Organisationen der Einheit oder Konvergenz zu betätigen. Das ist ein Mangel an Respekt. Wer sich mit einer Partei oder einem Verbündeten im PDA nicht wohlfühlt, sollte ihn verlassen. Wer freiwillig eingetreten ist, entscheidet auch ebenso freiwillig über sein Bleiben. Soviel ich weiß, hat Maestro Carlos Gaviria Díaz keine solche Äußerung auf der Ideologischen Konferenz getan, obgleich er Meinungen äußerte, und dazu hat er natürlich alles Recht, die wir nicht teilen, worauf wir auch ein Recht haben. Diese Fragen ändern nichts an unserer Achtung, Wertschätzung und Sympathie für Maestro Gaviria.

● **Worin bestehen die Differenzen?**

Der Maestro meint, dass der Patriotische Marsch seine Haltung zu den FARC nicht eindeutig erklärt hat. Er greift auf das alte anachronistische Argument der Kombination der Kampfformen zurück, das immer von der Ultrarechten und dem Militarismus bemüht worden ist, um die Beseitigung der

Linken und der Patriotischen Union zu rechtfertigen. Tausendmal haben die Sprecher des Patriotischen Marsches erklärt, dass es keine Verbindungen zu den FARC gibt, sein Anliegen ist der Frieden, die politische und demokratische Lösung des Konflikts. Der Marsch tritt nicht für den Krieg ein, es ist eine zivile soziale und politische Bewegung, die ihren öffentlichen und legalen Charakter betont. Was will man mehr? Was sollen sie noch sagen, um die Verdächtigungen zu entkräften? Alles weitere bedeutet, die falschen und gefährlichen Anschuldigungen zu wiederholen, die die militärische Führung und die kriminelle Ultrarechte erheben.

Statt über die Kombination der Kampfformen zu diskutieren, gilt es die Debatte über den neuen Staat zu eröffnen, der aufzubauen ist und in dem die Gewalt in den Beziehungen zwischen Regierenden und Regierten beseitigt sein soll. Hier hat der bürgerliche und Großgrundbesitzerstaat die Gewalt eingeführt, weil die herrschende Klasse sich daran gewöhnt hat, mit repressiven, autoritären und Gewaltmitteln zu regieren. In Kolumbien gibt es keinen demokratischen, sondern einen totalitären Staat, der sich auf Methoden der Gewalt stützt, um Opponenten zu liquidieren. Der PDA gehört auch zu den Opfern. Verfolgung und politische Lynchjustiz mit enormer Medienunterstützung wurden eingesetzt, um mit ihm Schluss zu machen. Gerade deshalb ist das Thema der Debatte nicht die Kombination der Kampfformen, sondern die Notwendigkeit des Friedens mittels Dialog und der Aufbau von Demokratie und sozialer Gerechtigkeit.

● **Hat die Linke eine Zukunft?**

Natürlich. Aber eine Linke, die begierig auf Veränderungen ist, eine Linke, die sich der revolutionären Umgestaltung der Gesellschaft verpflichtet fühlt. Nicht eine Linke light, eine Linke des Mittelmaßes, eine mit der herrschenden Macht versöhnte Linke mit Illusionen über Bündnisse mit der „nationalen Bourgeoisie“, die nicht existiert. Eine Linke mit einem eigenen demokratischen und sozialen Projekt. Für die Linke wird es immer Raum geben. Die Ideologen der Rechten und der Pseudolinken waren im Irrtum, als sie nach dem Fall der Berliner Mauer den Sozialismus für tot erklärten und sogar das Ende der Geschichte verkündeten ...

● **Sprechen wir vom Frieden. Sehen Sie Chancen für einen zukünftigen Dialog der Regierung Santos und der FARC?**

Es gibt keinen anderen Ausweg aus dem gegenwärtigen Konflikt als den politischen Weg, den des Dialogs, den demokratischen und friedlichen. Aber ein Frieden mit Demokratie und sozialer Gerechtigkeit. Der kolumbianische Konflikt hat Ursachen, und solange diese Probleme nicht gelöst werden, wird Frieden schwer zu erreichen sein. Die Weigerung des Establishments, an den Ursachen des Konflikts etwas zu verändern, ist der Grund, warum dieser weiter besteht. Einen Gratis-Frieden wird es nicht geben, denn das wäre eine Art Pax Romana. Wenn die Regierung glaubt, dass der Dialog dazu dienen soll, dass die Aufständischen sich ergeben, dann vergeudet sie nur Zeit. Das ist nicht das Tor zum Frieden. Der Schlüssel wird funktionieren, wenn die Diskussion im Angesicht des ganzen Landes und mit Beteiligung der ganzen Gesellschaft eröffnet wird.

● **Manche sagen, dass es einen geheimen Dialog bereits gibt, wissen Sie etwas darüber?**

Das ist wahrscheinlich, um eine Agenda zu erarbeiten. Aber ich weiß darüber nichts Genaues. Auf jeden Fall scheint es mir gut, wenn es eine Annäherung gibt, denn die FARC



und das ELN haben ausdrücklich ihre Bereitschaft zum Dialog und zur Suche nach einer politischen Lösung erklärt. Von ihnen gehen augenfällige Signale aus, die der Regierung als nicht ausreichend gelten, die aber wichtig und sogar von historischer Bedeutung sind. Was Signale betrifft, so ist jetzt die Regierung am Zug. Die aber setzt weiter auf Krieg, Neoliberalismus und Auslieferung des Landes an die transnationalen Unternehmen ...

Wichtig ist, dass der Frieden ins Zentrum der Debatte gerückt wird. Dann kann sich in kurzer Zeit eine Bühne des Dialogs für Demokratie und soziale Gerechtigkeit öffnen. Davon hängt das Wohlergehen des Landes ab. Dann wird Kolumbien ein lebenswertes Land.

● **Wie denken Sie über die FARC-EP?**

Es ist eine politische und militärische Organisation, die auf Grund der Gewaltausübung durch den herrschenden Staat und sozialer Ausgrenzung entstanden ist. Sie ist seit mehr als einem halben Jahrhundert ein Akteur der ersten Reihe in der Geschichte dieses Landes. Das ist eine Tatsache, die man nicht ignorieren kann. Für ihre weitere Existenz müssen Lösungen gefunden werden, sie liegen auf politischem Feld, nicht im absurden Krieg.

● **Heißen Sie ihre Methoden gut?**

Ich teile ihre Methoden nicht, aber ich verstehe die Gründe ihrer Existenz vom historischen und soziologischen Standpunkt aus. Das ist eine Position aus intellektueller und akademischer Sicht. Wenn die kolumbianische Oligarchie nicht zu Gewalt gegriffen hätte, um sich an der Macht zu halten und das plutokratische System ihrer Privilegien zu bewahren, dann existierten die FARC nicht. Ich betreibe keine Apologie des Krieges, aber ich bin gezwungen, mich ernsthaft mit dem kolumbianischen Konflikt zu befassen. Das hat mir Probleme, Bedrohungen und sogar Gerichtsprozesse eingetragen. Aber mit Ideen treibt man keinen Handel, sie verändern sich nicht durch Druck und Einschüchterungen.

● **Lateinamerika ist nicht mehr der Hinterhof der USA. Aber auch große Revolutionen oder Volksaufstände sehen Sie nicht. Wie analysieren Sie die Lage auf dem Kontinent?**

Lateinamerika ist heute das schwächste Glied des USA-Imperialismus. Wie Sie sagen, ist Lateinamerika nicht mehr der Hinterhof der Yankees, weil nach so vielen Jahren der Schändlichkeiten und mit Regierungen, die unter der Fuchtel Washingtons standen, der Mehrheit der Völker die Geduld ausgegangen ist. Die Vereinigten Staaten haben niemals etwas Positives für diesen Kontinent geleistet. Sie haben ihn nach und nach verloren. Heute herrscht eine Tendenz des emanzipatorischen Denkens, der Verteidigung der nationalen Souveränität, der Selbstachtung und der Überzeugung, dass man allein mit gegenseitiger Unterstützung im Rahmen der Region vorankommen kann. Nur Marionettenregierungen wie die Kolumbiens glauben, dass ihre Geschicke eng mit dem Weißen Haus verbunden sind.

Es geht nicht um einen Bruch mit den Vereinigten Staaten, sondern um ein Verhältnis unter Gleichen, ohne dass man sich klein und bedrückt fühlt. Die Potenzen Lateinamerikas und der Karibik, von denen der Befreier Simón Bolívar träumte, sind bewiesen. Mit Zustimmung der Mehrheit bahnen sich UNASUR, CELAC, ALBA und andere Formen der regionalen Integration ohne die Überwachung durch die Gringos den Weg. Hier gibt es mehr als genug Ressourcen, die in die gemeinsame Börse Lateinamerikas und der Karibik ein-

gebracht werden können, um mit dem Norden, einschließlich Europa, von Gleich zu Gleich zu verhandeln. Die Freihandelsverträge sind koloniale Instrumente und ungleiche Formen des Marktes. Sie gereichen den stärksten Wirtschaften zum Vorteil, die uns ihren gefräßigen transnationalen Unternehmen ausliefern wollen. Kolumbien muss sich auf den Weg der demokratischen und emanzipatorischen Prozesse begeben. Das ist die Herausforderung, vor der die Linke steht.

(Übersetzung aus dem Spanischen: Helma Chrenko)

Internationale Umschau

Kooperation und Konfrontation

Die neue Strategie der Vereinigten Staaten im asiatisch-pazifischen Raum und die Bedeutung der Volksrepublik China für die Stabilität in der Region

Von Jürgen Heiducoff, Publizist, ehemaliger Offizier der NVA und der Bundeswehr; aus: Junge Welt, 2./3. Mai 2012

Durch das schnelle Wirtschaftswachstum Chinas, aber auch Indiens und anderer Staaten Ost- und Südasiens ist die ökonomische Balance der ostasiatisch-pazifischen Region und der Welt durcheinander geraten.

Die USA versuchen durch wirtschaftliche, politische und militärische Maßnahmen, diese Entwicklung zu ihren Gunsten zu nutzen und ihren Einfluss in der strategisch wichtigen Region Ost- und Südasiens zu verstärken. Die Vereinigten Staaten unterhalten ein globales System von Militärbasen. Gegenwärtig sind sie dabei, den Ring dieser Basen um die Volksrepublik China herum auszubauen und zu verdichten. Und in den USA gibt es einflussreiche Kräfte, die an einer Auf- und Umrüstung sowie an immer neuer Anwendung militärischer Gewalt interessiert sind, weil dies maximale Profite verspricht. Zudem zeigt die US-Marine verstärkte Präsenz im Pazifischen und Indischen Ozean. Eine starke amerikanische Präsenz in der Region ist dort allerdings weder von der Bevölkerung, noch seitens der Regierungen erwünscht. Und das mit gutem Grund: Denn seit Jahren führen die USA Kriege in großer Entfernung vom eigenen Territorium – während etwa China in seiner langen Geschichte nie weitab vom eigenen Land militärisch aktiv wurde und seit fast 33 Jahren an keinem Krieg beteiligt ist.

Globale Machtverschiebung

Seit vielen Jahren gelten die USA als der Motor der Weltwirtschaft mit der größten Wirtschaftskapazität. Außenpolitisch tritt die selbsternannte Weltmacht sehr dominant auf. Washington versucht durch Druck, einschließlich militärischen, seine Interessen weltweit durchzusetzen und führt zu diesem Zweck auch Kriege. Es ist aufgrund dieser Grundkoordinaten der US-Politik nicht verwunderlich, dass die Vereinigten Staaten mit Abstand die höchsten Militärausgaben haben und der größte Rüstungsexporteur sind.

Der Militärhaushalt Chinas dagegen beträgt absolut nur etwa 20 Prozent des amerikanischen. Setzt man diese Zah-



len ins Verhältnis zur Bevölkerungszahl oder zum Bruttoinlandsprodukt (BIP), verändert sich das Verhältnis weiter zuungunsten der USA. Laut einer Analyse des „Stockholmer International Peace Research Institute“ (SIPRI) liegt der Anteil der Waffenexporte der USA bei mehr als 30 Prozent des Weltmarktes, der Chinas dagegen nur bei drei Prozent.

Allerdings ist Chinas Wirtschaftskraft in den letzten Jahren stark gestiegen. Zweistellige Zuwachsraten waren selbst in Krisenzeiten keine Ausnahme. Der Aufstieg Chinas zur Kernmacht des asiatisch-pazifischen Raumes leitete eine globale Verschiebung der Kräfteverhältnisse ein. Auch Peking vertritt die eigenen nationalen Interessen zunehmend selbstbewusst. Jedoch betrachtet China die Androhung von Gewalt nicht als Mittel der internationalen Politik. Militärische Abschreckung dient nur der Sicherheit der unmittelbaren Land- und Seegrenzen sowie des Luftraumes der Volksrepublik. Fast 33 Jahre – seit den Auseinandersetzungen und Grenzgefechten mit Vietnam – war China an keinem Krieg beteiligt. Das Land hat andere – vor allem finanzielle und ökonomische – Mittel gefunden, um seine außenpolitischen Interessen zu vertreten. So investieren chinesische Unternehmen und der Staat in Projekte in Entwicklungsländern in Afrika und Asien. Natürlich dient dieses Engagement auch der Sicherung von Rohstoffen und Energie für das eigene Land. Chinas Außenpolitik beruht aber auch hier auf dem Prinzip der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten und steht für ein friedliches Krisenmanagement. Wirtschaftliche Unterstützung ist an keinerlei politische Forderungen gebunden. Peking diktiert weder politische Bedingungen noch übt es Druck auf die jeweiligen Regierungen aus. Das chinesische Engagement in Afrika und Asien, z. B. auch in Afghanistan, trägt rein wirtschaftlichen und entwicklungspolitischen Charakter.

Hinzu kommt, dass die chinesischen Investitionen im Ausland nicht militärisch flankiert werden. Selbst in Afghanistan betreibt China das umfangreichste Investitionsprojekt, ohne einen einzigen Soldaten dort zu stationieren – die Erschließung der Kupfervorkommen bei Aynak 35 Kilometer südöstlich von Kabul (625 Millionen Tonnen Erz). Die „China Metallurgical Group Corporation“ (MCC) hat vertraglich zugesagt, zur infrastrukturellen Anbindung der Kupfermine eine Eisenbahnstrecke von der usbekischen bis an die pakistanische Grenze zu bauen.

Grundlinien der US-Strategie

Die Neuausrichtung der Strategie Washingtons ist unter dem Titel „Amerikas Pazifisches Jahrhundert“ in der Novemberausgabe 2011 des Magazins Foreign Policy durch die US-Außenministerin Hillary Clinton verkündet worden. „Die Zukunft der Politik wird in Asien (...) entschieden werden, und die Vereinigten Staaten werden direkt im Zentrum des Geschehens sein.“ So lautet die Leitthese.

Im weiteren wird ausgeführt, dass Asiens bemerkenswertes Wirtschaftswachstum wesentlich von der Sicherheit und Stabilität abhängt, die lange vom US-Militär sichergestellt worden seien. Die USA hätten, so Clinton weiter, ihre Stützpunkte bei den nordostasiatischen Partnern zu modernisieren und gleichzeitig ihre Präsenz in Südostasien und im Indischen Ozean zu verbessern. Eine breit verteilte militärische Präsenz im Raum zwischen dem Indischen und Pazifischen Ozean biete große Vorteile, so die Außenministerin. Auf diese Weise würden die Vereinigten Staaten besser positioniert

sein, um robuster gegen Bedrohungen für den regionalen Frieden und für die Stabilität vorzugehen. Der Beitrag schließt mit dem Ausblick ab, dass Amerika für die nächsten 60 Jahre in der asiatisch-pazifischen Region präsent und dominant bleiben werde.

Die Pläne der US-Administration werden hier sehr offen formuliert, ihre praktische Umsetzung hat bereits begonnen. Diese neue Strategie hat wirtschaftliche, politische und militärische Aspekte. Den USA geht es zunächst um ihren verstärkten Einfluß auf die Staaten der APEC (Asia-Pacific Economic Cooperation). Dies soll den freien Handel und die wirtschaftliche Zusammenarbeit im asiatisch-pazifischen Raum den US-Interessen konform ausrichten.

Washington sucht dabei Verbündete und bildet Allianzen. Dies geschieht sowohl durch Kooperation und Partnerschaft wie auch durch militärischen Druck. US-Flottenverbände operieren immer wieder auch unweit der Territorialgewässer Chinas. Ein Ring amerikanischer Militärbasen, der weiter ausgebaut wird, umschließt das Reich der Mitte. Die Stationierung von Marines in Australien hat begonnen. Gemeinsame Übungen mit australischen und philippinischen Soldaten werden durchgeführt.

Diese neue Militärstrategie beschränkt sich jedoch nicht nur auf eine geographische Schwerpunktbildung. Sie wird zugleich von der Generierung eines völlig neuen Kriegsbildes begleitet. Der Krieg neuen Typus wird eine Kombination von Cyber- und kosmischen Operationen mit dem massiven Einsatz effektiver, auch unbemannter Vernichtungsmittel sein. Völlig neue operative Ansätze und taktische Verfahren werden entwickelt. Die Eroberung fremder Territorien durch Heeres- und Marineinfanteriekräfte mit Luftunterstützung soll durch den massierten Einsatz von Marschflugkörpern, Kampfflugzeugen, Hubschraubern, Raketen und die grenzüberschreitende Vernichtung von „harten“ wie „lebenden“ Zielen mit unbemannten Kampfdrohnen auf der Basis einer weltraumgestützten globalen Aufklärung abgelöst werden.

Die Konzentration auf militärische Schläge aus der Luft, zunehmend mit unbemannten Kampfmitteln, das „abstrakte“ Töten auf Distanz, soll zu einer weiteren Absenkung der Hemmschwelle bei der Vernichtung von Leben führen. Die Entpersonalisierung des Krieges wird die ethische und moralische Verantwortung der kriegführenden Seiten in den Hintergrund drängen.

Der Angriff auf Libyen war die Generalprobe einiger Komponenten und operativer Ansätze dieser neuen Kriegsform. Dieser Waffengang und auch die derzeitigen Machtdemonstrationen gegenüber Syrien und dem Iran laufen nach dem Drehbuch der neuen US-Strategie. Es geht, wenn auch verdeckt, im Grunde um die Schwächung des Einflusses Chinas und Russlands.

Schulter an Schulter

Die USA bereiten langfristig die strategische Umgruppierung ihrer Truppen in den asiatisch-pazifischen Raum und den Ausbau der Infrastruktur in der Region vor.

Vor wenigen Tagen begann Washington mit der Verlegung militärischer Verbände in ihren künftigen Handlungsraum. Durch die deutschen Medien kaum wahrgenommen, sind Anfang April die ersten 180 der geplanten 2 500 US-Marineinfanteristen im nordaustralischen Darwin angekommen. „Als Teil des Abkommens treffen US-Marines in Australien, in Chinas Hinterhof ein“ überschrieb die New York Times am



5.4.2012 einen Artikel, in dem es heißt, dass nach einem bilateralen Abkommen zwischen den Vereinigten Staaten und Australien neben der Stationierung der Marineinfanterieeinheiten auch die Nutzung australischer Militärflugplätze durch US-Flugzeuge sowie eine verstärkte Schiffs- und U-Boot-Präsenz in der Marinebasis Perth an der australischen Westküste vorgesehen sei. Des Weiteren werde noch die Stationierung von amerikanischen Langstreckenaufklärungsdrohnen auf den zu Australien gehörenden Kokos-Inseln im Indischen Ozean verhandelt.

Die USA intensivieren auch die militärische Zusammenarbeit mit Singapur, den Philippinen, Thailand, Taiwan, der Republik Korea, Australien, Vietnam und anderen Staaten der Region. Weitere gemeinsame Ausbildungsmaßnahmen militärischer Verbände und Flottenmanöver sollen das Vertrauen zwischen den Streitkräften dieser Länder vertiefen und nebenher das gemeinsame Feindbild pflegen.

Im Zentrum steht auch der Zugriff auf die Spratly-Inseln, kleine unbewohnte Inseln zwischen den Philippinen und Vietnam. Es geht um Bodenschätze, Fischgründe und die Kontrolle über Handelsrouten. Auf etwa 40 der mehr als hundert Eilande befinden sich militärische Stellungen verschiedener Staaten.

In der zweiten Aprilhälfte fand zudem die gemeinsame maritime Übung „Balikatan 2012“ („Schulter an Schulter“) mit bis zu 7 000 Mann US- und philippinischer Truppen im Südchinesischen Meer statt. Zeitgleich übten im Gelben Meer vor der chinesischen Küste die Besatzungen von mehr als 20 chinesischen und russischen Kampf- und Versorgungsschiffen die gemeinsame Luftabwehr, die Bekämpfung von U-Booten sowie Such- und Rettungseinsätze. Diese chinesisch-russische Marineübung „Maritimes Zusammenwirken 2012“ soll, so ein Sprecher des chinesischen Außenamtes, dazu beitragen, „den Frieden und die Sicherheit in der Region“ zu bewahren.

Das Bestreben der USA indes ist wohl eher, die Meerengen und Seegebiete zwischen dem Pazifischen und Indischen Ozean militärisch zu kontrollieren. Das Gebiet ist eine der Hauptschlagadern für die exportorientierte chinesische Wirtschaft. Die Sicherheit der Handelsschifffahrt von und nach China ist von vitalem Interesse für die Volksrepublik. Der Absatz vieler Produkte und der Import der Rohstoffe wird hauptsächlich über den Schiffsverkehr abgewickelt. Dessen Beeinträchtigung würde zu empfindlichen Störungen ökonomischer Prozesse führen.

Genau an diesem Punkt setzen die Vereinigten Staaten mit ihrer neuen Strategie an. Admiral Samuel Locklear, Chef des amerikanischen Pazifikkommandos, hatte im Februar im Verteidigungsausschuss des US-Senats erklärt: „Wir sind eine Großmacht in Asien. Die Chinesen und die anderen Länder der Region müssen begreifen, dass die USA bereit sind, dort ihre nationalen Interessen zu verteidigen.“

Aktive Verteidigung

Analogien zu einem derartigen Verhalten findet man im Vorgehen Chinas nicht. Peking hat nicht vor, die USA auf den Weltmeeren oder auf anderen Kontinenten militärisch zu bedrohen. Zwar bedürfen die durch das andauernde Wirtschaftswachstum und durch die gewaltigen Investitionen geschaffenen Werte (moderne Infrastruktur, hochmoderne Produktionsanlagen etc.) eines sicheren Schutzes. Das Wirtschaftswachstum ruft zudem ein wachsendes politisches

und militärisches Selbstbewusstsein hervor. Die chinesische Militärstrategie ist aber auf aktive Verteidigung ausgerichtet und sieht keine Angriffskriege vor. Es geht dem Land allein um die Bewahrung seiner Souveränität und der Sicherheit der Land- und Seegrenzen sowie des Luftraumes.

Auch für China sind dabei nicht mehr nur die Anzahl der Kampfpanzer, gepanzerten Kampffahrzeuge, Kampfflugzeuge und -hubschrauber, deren Feuerkraft oder Operationen im Verbund aller vier Teilstreitkräfte sicherheitsrelevant, sondern auch die Beseitigung des technologischen Rückstandes sowie eine dementsprechend moderne Ausbildung des militärischen Personals. Immer wichtiger wird auch die Abwehr von Attacken im Cyberwar.

Es geht Peking um den Umbau der Streitkräfte zu mehr Flexibilität und um die Verbesserung von Führung, Kommunikation, Aufklärung, elektronischer Kampfführung und Logistik. Generalmajor Jin Yanan, Mitglied der Politischen Konsultativkonferenz des chinesischen Volkes und Direktor des Instituts für strategische Studien der Universität für Landesverteidigung der Volksbefreiungsarmee, sagte in einem Interview mit der Peking Rundschau im März 2012: „Unsere Militärdoktrin geht vom Gewinnen regional begrenzter Kriege unter den Bedingungen der verstärkten Anwendung der Informationstechnologie aus. Unsere Verteidigungsstrategie und das Weißbuch für Verteidigung betonen vor allem die aktive Verteidigung. Seit der Antike, aber vor allem auch in der Neuzeit hat sich China hauptsächlich verteidigt. China hat keine militärischen Interventionen großen Umfangs unternommen. China hat nicht angekündigt, im Ausland Militärstützpunkte zu errichten. China braucht dies auch gar nicht, weil wir kein Interesse daran haben, ein Sprungbrett für Interventionen in anderen Ländern zu schaffen. Es geht darum, in einer begrenzten Region die eigenen Interessen zu verwirklichen und zu schützen. Wir streben nicht nach globaler Herrschaft. Wir müssen die Abschreckungskraft unserer Armee verstärken. Denn Abschreckung heißt nicht, Krieg zu führen, sondern dem Gegner Einhalt zu gebieten, bevor er das Risiko des Kampfes auf sich nimmt. Durch so ein Gesamtkonzept wird Krieg vermieden.“

Grenzen des US-Expansionismus

Zur Verwirklichung ihrer Ziele versuchen sich die US-amerikanischen Eliten in einem Doppelspiel von Kooperation und Konfrontation. Die Neuausrichtung der US-Strategie auf den asiatisch-pazifischen Raum stellt nichts anderes dar als die Sicherung der eigenen Flexibilität und Bewegungsfreiheit sowie die Einnahme einer günstigen Ausgangslage, um, wenn es notwendig ist, die Zugänge Chinas und anderer Staaten zu den Weltmeeren beeinträchtigen zu können.

Hier entsteht die ernsthafte Sorge, dass es in dieser strategisch relevanten Region auf Grund des offensiven Auftretens der USA zu ernsthaften Konfrontationen kommen kann. Immerhin sind unter den Anrainern mehrere nuklear hochgerüstete Staaten.

Die Moskauer Tageszeitung Nesawissimaja Gaseta setzte sich am 4. April 2012 mit der Frage auseinander, ob es in zehn oder 15 Jahren zu militärischen Spannungen oder gar zu einem bewaffneten Konflikt zwischen den USA und China kommen könnte. Dazu kamen Kenneth Lieberthal, früherer für Asien zuständiger Direktor für nationale Sicherheit in der Administration von Präsident William Clinton, und Wang Jixi, derzeit Dekan der Fakultät für internationale Studien an der



Pekinger Universität und Mitglied des Beraterkomitees für Außenpolitik des chinesischen Außenministeriums, zu Wort. „Wir beide haben unsere tiefe Besorgnis über die jetzige Entwicklung geäußert“, sagte Lieberthal. Das Misstrauen zwischen Peking und Washington nehme zu, in den kommenden Jahrzehnten werden die Beziehungen zwischen China und den USA immer feindseliger – zu diesem Schluss gelangten beide. Im Unterschied zu den Vereinigten Staaten wachse in China der Glaube an die eigene Stärke im wirtschaftlichen und im militärischen Bereich, stellte Wang fest. 2003 war das BIP der USA achtmal, heute ist es nur mehr dreimal so groß wie das chinesische. Lieberthal warnte vor einem Antagonismus zwischen den beiden Staaten, zu dem es in 15 Jahren kommen kann. Dies würde zu größeren Verteidigungsausgaben und im schlimmsten Fall auch zu einem realen bewaffneten Konflikt führen. Vor allem die Staatsfinanzen der USA setzen jedoch Politik und Militär Grenzen. Die Krise des Finanzsystems ist aufgrund der Höhe der Staatsverschuldung keine vorübergehende Erscheinung, sondern ein permanentes Problem. Dies sind die systemimmanenten, inneren Grenzen der Macht der Vereinigten Staaten.

Daneben gibt es äußere Kräfte, die die Fähigkeiten und die Implementierung der offensiven Außen- und Sicherheitspolitik der USA einschränken. Diese entstehen in den Staaten, auf die die amerikanischen Ambitionen gerichtet sind. Und da sind vor allem die BRICS-Länder (Brasilien, Rußland, Indien, China und Südafrika) zu nennen. China und die Russische Föderation setzen auf den weiteren Ausbau der „Shanghai Organisation für Zusammenarbeit“ (SOZ) und die gemeinsamen Initiativen der BRICS-Staaten.

Zudem wissen die USA, dass ihr größter Dollargläubiger die Volksrepublik ist. Auch das dürfte die Ambitionen einschränken, China militärisch zu bedrängen. Diese enge Verquickung zwischen den Kontrahenten USA und China und ihre daraus resultierende gegenseitige Abhängigkeit stellen eine Chance dar. So könnte ein Gleichgewicht der Kräfte, eine Art Pattsituation entstehen, die eine militärische Auseinandersetzung verhindern könnte. Ein stabiler Frieden ist damit aber noch nicht garantiert.

Politik der Vernunft

Zwei Giganten zwischen Konfrontation und Kooperation: Wohin neigt sich die Waage? Eine Politik der Weitsicht, Vernunft und Verantwortung möglichst vieler Staaten ist erforderlich, wenn ernst zu nehmende Friktionen vermieden werden sollen. Entscheidend wird sein, welche politischen Kräfte künftig in den beiden rivalisierenden Staaten die jeweilige Außen- und Sicherheitspolitik prägen werden.

In den USA könnten die demokratischen Befürworter einer Außenpolitik des Neustarts, des „resets“ für eine Zukunft der Entspannung im asiatisch-pazifischen Raum stehen. Sie müssen den Kräften, die mit Rüstungs- und Kriegsprofiteuren rechnen, Alternativen bieten können.

In China muss, wie das jetzt bereits der Fall ist, auch künftig garantiert bleiben, dass keine Eliten und Interessen entstehen oder Einfluss gewinnen, die privat von Rüstung und Krieg profitieren könnten.

Noch immer haftet politischen Analysen und Untersuchungen der Vorbehalt an, China sei eine unverbesserliche Diktatur, von der man sich besser distanzieren sollte.

Viele westliche Wirtschafts- und Außenhandelsexperten haben sich allerdings von einer solchen einseitigen Betrachtung

längst gelöst. Sie wissen die Gewinne zu schätzen, die durch die wirtschaftliche Kooperation mit dem Reich der Mitte zu erzielen sind. Zunehmend setzen sich die Auffassungen von objektiv über China urteilenden Analysten durch – auch in Deutschland.

Dies zeigte sich u. a. während des Berliner Kolloquiums, das die Clausewitz-Gesellschaft und die Bundesakademie für Sicherheitspolitik im März zum Thema „Europas Platz im asiatisch-pazifischen Jahrhundert – Ziele, Strategien, Handlungsoptionen“ durchführten.

Oft ist das China-Bild vor allem in den USA von mangelndem Vertrauen getragen und dadurch von überlebten Feindbildern bestimmt. „China versucht weder den Maoismus als Weltanschauung, noch die Weltrevolution oder sein Wirtschaftssystem zu exportieren. Die USA sind die ideologische Macht, die ihre Demokratie und ihr Wirtschaftssystem exportieren wollen“, so Professor Dr. Eberhard Sandschneider, Direktor des Forschungsinstitutes der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, während der Konferenz.

Es ist für Deutschland und Europa an der Zeit, in Anbetracht der gewaltigen Potenzen für Sicherheit und Stabilität, die der chinesischen Gesellschaft innewohnen, noch mehr die Zusammenarbeit mit dem Reich der Mitte zu suchen. Die ewigen Einmischungen in die inneren Angelegenheiten der Volksrepublik sind unangemessen und nicht zielführend.

In Russland wurden vor der Sommerpause restriktive Gesetze angenommen. Sturm nach der Ruhe?

Von Tiina Fahrni, Leiterin des Regionalbüros der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Moskau

Am 9. September wurde die politische Herbst-Saison eröffnet. Es bleibt abzuwarten, wie die Gesetze angewandt werden, die kurz vor der parlamentarischen Sommerpause durch die Staatsduma gepeitscht wurden. Die Gesetzestexte sprechen eine deutliche Sprache: Die Schrauben werden angezogen. Präsident Putin schlägt mit der Machtpartei Jednaja Rossija (Einiges/Einheitliches Russland) einen restriktiven Kurs ein, wie er noch vor wenigen Monaten nicht vorauszu-sehen war. An weichen Fronten werden Kontrollinstrumente in Position gebracht, mit denen bei Bedarf in der (Zivil-) Gesellschaft hart durchgegriffen werden kann.

1. Nichtregierungsorganisationen (NROs)

Das Gesetz „Über Nichtregierungsorganisationen in der Funktion ausländischer Agenten“ besagt, dass NROs, die a) Geld von ausländischen Gebern erhalten und b) sich politisch betätigen, den Titel „Ausländischer Agent“ tragen müssen. Vorgesehen sind eine eigens dafür geschaffene Kategorie der Registrierung beim Justizministerium und daraus folgende häufigere Kontrollen der Abrechnung, angekündigt und unangekündigt. In der zweiten und dritten Lesung wurden Änderungsvorschläge angenommen, die die Bestimmung des Begriffs „politischer Tätigkeit“ sowie den Ausschluss bestimmter Organisationstypen aus dem Gültigkeitsradius des Gesetzes betreffen – religiöser Zusammenschlüssen



se, staatlicher Vereine, kommunaler und staatlicher Behörden und Ämter sowie haushaltsplangebundener Einrichtungen. Dieser Vorschlag kam vom Präsidenten höchstselbst. Weitere Änderungsvorschläge aus den Reihen der Kommunisten und der Abgeordneten von Spravedlivaja Rossija (Gerechtes Russland, SR) wurden nicht angenommen. Der KPRF-Abgeordnete Oleg Smolin hatte vorgeschlagen, die Bezeichnung „Ausländischer Agent“ durch „Ausländischer Repräsentant“ zu ersetzen, was mit der Begründung abgelehnt wurde, „Agent“ sei sehr wohl zutreffend für die Beschreibung von NROs, die in Russland mit ausländischem Geld Politik betreiben. Irina Jarovaja, Vorsitzende des Komitees für Sicherheit und Korruptionsbekämpfung sowie glühende Verfechterin des neuen Gesetzes, fügte hinzu, es sei das Recht der Bürger, verlässlich über das Treiben der Organisationen informiert zu werden, trojanische Pferde seien nicht erwünscht.

Als nicht-politische Tätigkeitsfelder wurden eingestuft: Wissenschaft, Kultur, Kunst, soziale Unterstützung und Schutz von Bürgerinnen und Bürgern, Gesundheitsprophylaxe, Schutz von Mutter und Kind, soziale Unterstützung von Menschen mit Behinderungen, Kampagnen für gesundes Leben, Bewegung und Sport sowie Tier- und Pflanzenschutz. Trotzdem bleibt die Einordnung eine Frage der Interpretation und somit nebulös. Für Organisationen, die Bildungsarbeit betreiben, welche als Einflussnahme auf die öffentliche Meinung ausgelegt werden kann, ist das Prädikat „politisch“ zu erwarten. Das Gesetz gilt jedoch in erster Linie als anti-amerikanisch und wird als Antwort auf die massive Ausstattung von NROs, die sich seit den Duma-Wahlen im letzten Dezember in der Protest- und Oppositionsbewegung engagieren, mit US-grants gelesen.

Ausländische Organisationen selbst – und dazu gehören auch die deutschen politischen Stiftungen, die sich offiziell als ausländisch ausweisen – sind von dem Gesetz als solchem nicht betroffen. Wie es sich auf deren russische Partnerorganisationen auswirkt, die aufgrund von Verträgen Finanzmittel für die Durchführung von Projekten erhalten, bleibt abzuwarten. Das Gesetz tritt Ende November in Kraft. Grundsätzlich ist neben der Sonderregistrierung vorgesehen, dass betroffene Organisationen alle ihre Publikationen und Stellungnahmen mit dem Etikett „Ausländischer Agent“ kennzeichnen. Die Strafe für Missachtung soll bis zu einer Million Rubel (rund 25 000 Euro) betragen.

In einer Mitteilung des russischen Menschenrechtsrates heißt es, das Gesetz ziele darauf ab, die wichtigsten unabhängigen zivilgesellschaftlichen Organisationen zu diskreditieren und letztlich auszuschalten. Unterschrieben haben die Mitteilung unter anderen die Vorsitzende der Moskauer Helsinki-Gruppe Ljudmila Aleksejeva (die letzten Herbst mit zwei Kollegen von Memorial den Sacharow-Preis der EU erhielt), die Vorsitzende des Komitees „Bürgerbeteiligung“ Svetlana Gannuschkina, der Leiter der Bewegung „Für Menschenrechte“ Lev Ponomarjov und die Direktorin der Wahlbeobachtungsorganisation „Golos“ Lilija Schibanova. Es erstaunt nicht, dass diese Akteure nach der Präsidentschaftswahl am 4. März mit ihrer Unterschrift gegen die Anerkennung von Vladimir Putins Resultat protestiert hatten. Ljudmila Aleksejeva hat verkündet, die Helsinki-Gruppe werde nach Einführung des Gesetzes keine ausländischen Gelder mehr annehmen. Ponomarjov ist der Meinung, viele Einheitsrussen nutzten ihr Abgeordnetenmandat, um durch ra-

dikale Positionen und Gesetzesvorschläge Berühmtheit zu erlangen, worin sie von ihren zurückhaltenderen Kollegen nicht gebremst würden.

Initiator des Gesetzes ist denn auch Aleksandr Sidjakin, dem Russland auch die um das Tausendfache erhöhten Bußgelder bei gesetzeswidrigem Verhalten auf Demonstrationen und Kundgebungen zu verdanken hat: Widerstand gegen Befehle der Polizei, Überschreitung der angemeldeten Teilnehmerzahl, Mitführen von Alkohol oder Sachbeschädigung können mit dem Höchstmaß von einer Million Rubel (für juristische Personen) bestraft werden. Auch dieses Gesetz war im Eiltempo durch die Instanzen gegangen, um am 12. Juni, dem jüngsten Höhepunkt der Protestbewegung, bereits angewandt werden zu können. An Demonstrationen und Kundgebung am Unabhängigkeitstag nahmen zwischen 15 000 (offizielle Angabe) und 100 000 Menschen teil. Anwendung fand das Gesetz am 12. Juni nicht; Protestierende und Polizei hielten sich zurück.

Die Stellungnahmen aus der russischen Zivilgesellschaft fallen verschieden aus. Die Gesellschaft der Verbraucherschützer verkündete, bei Inkrafttreten des Gesetzes freiwillig die Bezeichnung „Ausländischer Agent“ anzunehmen. Der Direktor von WWF Russland gab an, dafür eintreten zu wollen, dass sich die Bezeichnung zu einer Qualitätsmarke entwickelt und ihren negativen Beigeschmack von Spionage und Kaltem Krieg schnell verliert. Die Russische Manager-Vereinigung gab an, sich natürlich neu zu registrieren, wenn dies das Gesetz verlangt, räumte aber ein, dass der Nichtregierungs-Sektor die Angelegenheit als Anlass nehmen sollte, gemeinsame Positionen zu formulieren und auf Gesetzesebene voranzutreiben. Der Vorsitzende der Vereinigung Kleiner und Mittlerer Unternehmen Sergej Borisov hingegen warnte, das Gesetz könne zu einer teilweisen oder völligen Demontage von zivilgesellschaftlichen Zusammenschlüssen führen.

2. Verleumdung als strafrechtliches Vergehen

Erst im Dezember 2011 war der Artikel über Verleumdung aus dem Strafgesetzbuch der Russischen Föderation auf Initiative von Noch-Präsident Medwedjew entfernt worden. Nun wird er nicht nur wieder aufgenommen, sondern verschärft: Das Strafmaß kann 500 000 bis zu fünf Millionen Rubel (ca. 12 500 bis 125 000 Euro) oder 480 Tage Pflichtarbeit betragen – im Vergleich zu den bis 2011 vorgesehenen Bußgeldern von 2 000 bis 3 000 Rubeln (unter 100 Euro) ist das eine Erhöhung von absurdem Maß. Das Gesetz wird in erster Linie als „Zensur um die Ecke“ gesehen – und steht somit im Widerspruch zum konstitutionellen Recht auf Pressefreiheit und zum Zensurverbot. Es bietet die Möglichkeit, unerwünschten Medien die Arbeit zu erschweren. Kleinere nichtstaatliche Medien können sich die Zahlung solcher Bußgelder nicht leisten. Das Gesetz wurde von der Mehrheitsfraktion der Einheitsrussen angenommen, die drei anderen – Kommunisten, SR und die Shirinovskij-Liberalen – stimmten dagegen.

3. Internet

Unter der offiziellen Begründung des zweifelsfrei erstrebenswerten Kinderschutzes wurde ein Gesetz zum Verbot von Internet-Seiten vorgelegt, die Informationen enthalten, welche „Kinder zu Taten ermuntern, die eine Gefahr für ihr Leben und (oder) ihre Gesundheit darstellen“, aufgrund dessen sol-



che Seiten auch ohne gesetzlichen Beschluss geschlossen werden können. Ein Aufschrei ging durch die Internet-Community; die russische Wikipedia stellte demonstrativ für einen Tag den Betrieb ein. Daraufhin wurden Änderungsvorschläge erarbeitet und angenommen, was dazu führte, dass sogar der netzaffine SR-Abgeordnete Ilja Ponomarjov sich für das Gesetz aussprach. Die verbotenen Inhalte wurden genauer bestimmt: Anstatt der sehr frei auslegbaren „schädlichen Information“ wurden die Inhalte auf Kinderpornografie sowie Propaganda von Drogen und Selbstmordanleitungen festgelegt. Was Drogen betrifft, ist das Verbot auf die Verbreitung von Angaben zu deren Herstellung, Anbau und Erwerbsmöglichkeiten eingegrenzt worden.

Die Befürchtung, unter Drogen- und Suizid-Propaganda könnten auch literarische und künstlerische Werke fallen, kann nicht ausgeräumt werden. Die Internet-Community bezeichnet das Gesetz nach wie vor als Zensur-Gesetz. Der Spielraum für die Schließung von Internet-Seiten ist zwar enger als im ersten Entwurf, jedoch ist nach wie vor nicht ausgeschlossen, mit dem Gesetz gezielt Zensur zu betreiben – insbesondere des politischen Gegners, wenn im Nachhinein durch Gesetzesänderung die politische Sphäre mit ähnlichen Bestimmungen zu Extremismus und Terrorismus durch die Hintertür doch mit einbezogen wird. Das Gesetz tritt am 1. November in Kraft.

4. Gesetzesentwurf Ehrenamtliche Tätigkeit

Nach der Flutkatastrophe im Gebiet Krasnodar vom 8. Juli wurden insbesondere zwei Dinge hervorgehoben: einerseits die Unfähigkeit von Behörden und staatlichen Stellen, mit der Katastrophe und ihren Folgen umzugehen, andererseits der Einsatz Freiwilliger, die aus den umliegenden Städten und Dörfern, aber auch aus ganz Russland anreisten, um die Opfer zu unterstützen. Während die Diskussion über das Versagen des Staates anhält, wird ein Gesetz vorbereitet, das ehrenamtliche Tätigkeit an aufwendige bürokratische Prozeduren knüpft. Erreicht werden sollte eine systematische und rechtlich erfasste Regulierung ehrenamtlichen Engagements, heißt es.

Angenommen wird, es gehe darum, den regierungsfreundlichen Freiwilligenorganisationen die Tätigkeit zu erleichtern und sie allen übrigen zu erschweren. Die Gegner befürchten eine abschreckende Wirkung der bürokratischen An- und Vertragsprozeduren auf potenzielle Freiwillige und solche aufnehmende Organisationen. Insbesondere die zeitliche Nähe zum ehrenamtlichen Engagement in Krymsk erweckt Erstaunen. Der Regierung sei so ein großes Selbstorganisationspotential nicht geheuer, meint ein Aktivist, der dort Freiwilligenaktionen koordiniert. Der selbständige Zusammenschluss mehrerer Tausend Bürgerinnen und Bürger, die effiziente Arbeit leisten und bei den Einwohnern des Überschwemmungsgebiets viel beliebter sind als die als unfähig betrachteten staatlichen Behörden, habe die Regierung aufgeschreckt, und nun ergreife sie Maßnahmen gegen unabhängiges zivilgesellschaftliches Engagement. Der Vorsitzende der Vereinigung ehrenamtlicher Organisationen und Bewegungen Vladimir Chromov befürchtet, dass eine Freiwilligen-Kartei angelegt wird und keine ehrenamtliche Arbeit mehr ohne Spezialausweis geleistet werden kann.

An ihrem letzten Arbeitstag vor der Sommerpause nahm die Staatsduma nicht nur ein verschärftes NRO-Gesetz an und führte den Strafbestand der Verleumdung wieder ein,

sondern lehnte auch einen mit allen Fraktionen und der Kreml-Administration der vorgehenden Legislaturperiode abgestimmten Gesetzesentwurf über die freie Nachbesetzung vakanter Mandate ab. In seinem Redebeitrag sprach Ilja Ponomarjov vom Verleumdungsgesetz als Mittel für die „Diebe und Betrüger“ – die von der Opposition geprägte Bezeichnung für die Machthaber – zur Unterdrückung derjenigen, die die Wahrheit über sie sagen. Nicht nur berief der Duma-Vorsitzende Sergej Naryschkin die Ethik-Kommission zur Beratung über eine angemessene Maßregelung ein – Hampel-Nationalist Shirinovskij schlug zudem vor, Ponomarjov wegen Beleidigung des Parlaments das Mandat zu entziehen. Und tatsächlich: Gemäß der Zeitung Vedomosti wird die Idee des außergerichtlichen Mandatsentzugs vom Kreml begrüßt. Schon länger liegen Vorschläge des Einheitsrussen und Vorsitzenden der Ethik-Kommission Vladimir Pectin zu ein Gesetzesentwurf vor, der den Mandatsentzug aus folgenden Gründen vorsieht: Fernbleiben von Sitzungen, Verbreitung diskreditierender und inkorrektur Angaben oder Aussagen staatsfeindlichen Inhaltes, Verweigerung von Angaben über das Einkommen, Nutzung des Diplomatenpasses auf privaten Auslandsreisen. Eine solche Regelung wäre, wie der KPRF-Abgeordnete Vadim Solovjov folgerichtig befürchtet, ein Instrument für die Machtpartei, sich unliebsamer Abgeordneter zu entledigen.

Nun sieht es so aus, als würde am Beispiel des SR-Abgeordneten Gennadij Gudkov genau dies auf anderem Weg erfolgen: Die „Kommission zur Kontrolle der Glaubwürdigkeit der Angaben zum Einkommen der Abgeordneten“ hat empfohlen, ihm wegen paralleler Tätigkeit als Geschäftsmann das Abgeordnetenmandat zu entziehen. Eine einfache Mehrheit bei der Abstimmung in der Staatsduma, die an den ersten Tagen der Herbstsession erfolgen soll, reicht aus, um diese Empfehlung umzusetzen. Gudkov selbst erklärt sich unschuldig und führt die Vorwürfe allein auf seine Unbeliebtheit als Oppositionspolitiker zurück. Der SR-Vorsitzende Sergej Mironov hat angekündigt, den Fall vor das Verfassungsgericht zu bringen, sollte der Mandatsentzug angenommen werden. Ebenfalls heiß diskutiert wird derzeit ein Gesetzesentwurf, der Familienbande in der Duma verhindern soll. Das berühmteste Beispiel für Duma-Verwandtschaften ist neben demselben Gudkov und seinem ebenso abgeordneten Sohn Dmitrij das Gespann aus Vater Vladimir Shirinovskij und Sohn Igor Lebedev, dem Fraktionsvorsitzenden und stellvertretenden Duma-Vorsitzenden der LDPR.

Die neuen Gesetze und Gesetzesentwürfe, der wachsende Einfluss der orthodoxen Kirche, die Verurteilung der drei Frauen der Gruppe PussyRiot zu zwei Jahren Strafkolonie wegen Rowdytums infolge ihrer als Punk-Andacht bezeichneten Aktion in der Moskauer Christ-Erlöser-Kathedrale, die Gesetze in St. Petersburg und drei weiteren Regionen, welche die „öffentliche Propaganda von Homosexualität“ zum Schutz von Minderjährigen verbieten – das alles vermittelt nicht eben das Klima einer offenen, pluralistischen Gesellschaft. Einerseits. Andererseits, so der Politologe Boris Meshujev in der Izvestija, seien Anzeichen einer nahenden Liberalisierung spürbar. Viel hänge davon ab, welches Oppositionslager die kommenden Proteste dominiere: Diejenigen, die „unzufrieden sind mit den steigenden Wohnungs- und Kommunalkosten, steigenden Lebensmittelpreisen, stärkeren illegalen Migrationsströmen, der Verelendung und Zerstörung im ganzen Land, insbesondere in den Regionen“,



oder diejenigen, die „sich über die wachsende klerikale Stimmung in der Gesellschaft Sorgen machen, über die Einschränkung der Presse, die Ächtung bedeutender Liberaler und die Verschlechterung der Beziehungen zum Westen“. In der Ablehnung der Machtpartei vereint, seien keine weiterführenden Gemeinsamkeiten zu erkennen zwischen „weißen Bändern“ und „roten Fahnen“, zwischen den „Kreativen“ und dem „arbeitenden Volk“ ... Welche Wendungen der politische Herbst bringt und welche Schlussfolgerungen die Staatsmacht daraus zieht, bleibt abzuwarten.

Blick nach Osten: APEC-Konferenz 2012 in Wladiwostok

Von Wilfried Arz, Politikwissenschaftler, Bangkok; aus: Eurasisches Magazin, Nr. 8/2012 vom 6. August 2012

Moskaus transatlantische Beziehungen werden von Dissonanzen, Spannungen und Konfrontation bestimmt. In Asien bieten sich Russland neue Perspektiven – für Energieexporte und geopolitischen Einfluss. Auch Amerikas militärische Präsenz veranlasst Moskau zu einem verstärkten Engagement im asiatisch-pazifischen Raum.

Misstrauen auf politischer Ebene: NATO-Osterweiterung und US-Raketenschutzschild in Osteuropa belasten Moskaus Verhältnis zu USA und NATO-Europa. Enttäuschung auf wirtschaftlicher Ebene: Russlands Kooperationsangebot einer „strategischen Allianz“ mit der EU, insbesondere Deutschland und Frankreich, kommt nicht voran. Hindernisse und jahrelange Verzögerungen auf dem Weg zur Welthandelsorganisation WTO.

Auch Amerikas hegemonialer Großmachtanspruch stößt in Moskau auf Ablehnung. Auf der Internationalen Sicherheitskonferenz 2007 in München hatte Wladimir Putin die Politik der USA scharf kritisiert. Moskaus transatlantische Beziehungen werden von Dissonanzen, Spannungen und Konfrontation bestimmt. Russland setzt als euro-pazifische Kontinentalmacht deshalb neue Akzente und blickt in Richtung Asien-Pazifik.

Territoriale Desintegration und wirtschaftlicher Niedergang, politischer Statusverlust und staatlicher Autoritätsverlust waren Begleiterscheinungen postsowjetischer Entwicklungen. Seit Putins Amtsantritt im Jahr 2000 wurde mit der wiedererlangten Kontrolle über den Energiesektor ein neues Kapitel zur Revitalisierung Russlands als außenpolitischer Akteur und Energiemacht eingeleitet. Dem Export von Erdgas und Erdöl verdankt das Land Milliardenereinnahmen. Moskaus Energiepolitik konzentrierte sich bislang besonders auf Westeuropa. Energieexporte sollen nun verstärkt nach Nordostasien gelenkt werden, vor allem nach China, Japan und Südkorea. Dort bieten sich Russland Ressourcen und ausbaufähige Absatzmärkte – im Gegensatz zur gesättigten und wirtschaftlich stagnierenden EU.

Neuorientierung auf den Wirtschaftsraum Asien-Pazifik

Neue Perspektiven sollen nicht nur für Energieexporte erschlossen werden. Moskaus Agenda zielt auf eine forcierte wirtschaftliche Entwicklung Ostsibiriens und des Fernen Ostens und deren Integration in den Wirtschaftsraum Nordost-

asien. Russlands Pazifikregion gilt als Schatzkammer des Landes: Dort schlummern immense Vorkommen an Erdgas und Erdöl, Kohle und mineralischen Rohstoffen. Russlands Ferner Osten ist die wirtschaftliche Achillesferse des Landes, eine politisch vernachlässigte und unterentwickelte Region geblieben.

Wladiwostok, einst von Zar Alexander II. (1855 – 1881) als „Russlands Tor zum Osten“ gegründet, steht heute symbolhaft für wirtschaftliche und soziale Strukturprobleme der russischen Pazifikregion. Nur noch knapp 580 000 Einwohner zählt die Stadt – mit weiter abnehmender Tendenz. Bevölkerungsexodus, Arbeitslosigkeit und niedriger Lebensstandard sind Indikatoren einer krisenhaften Lage. Dies soll sich ändern. Staatliche Investitionsspritzen haben die Stadt seit Jahren in eine Baustelle verwandelt: ambitionierte Bauvorhaben sollen Wladiwostok neuen Glanz verleihen: eine moderne Brücke zur Russkij-Insel ist bereits fertiggestellt, ein Konferenzzentrum und der Flughafenausbau stehen vor der Vollendung. Im Mai 2012 wurde Viktor Ishajew (1991 – 2009 Leiter der Regionalregierung in Chabarowsk) als neuer Minister für die Entwicklung des russischen Fernen Ostens ernannt.

APEC-Konferenz 2012 in Wladiwostok

Wladiwostoks milliardenschwerer Hausputz steht unter Zeitdruck: im September wird Russland erstmals Gastgeber des APEC-Wirtschaftsforums der Asien-Pazifik-Staaten sein. Für Wladimir Putin eine wohlkalkulierte Gelegenheit, Moskaus neues politisches Projekt zu präsentieren: Russlands Osten wirtschaftlich zu modernisieren und in den Wirtschaftsraum Nordostasien zu integrieren. Bei eben dieser Herausforderung hat Russlands politische Elite bislang versagt. Auslandsinvestitionen und Technologietransfer sollen jetzt neue Entwicklungsimpulse verleihen.

Das APEC-Treffen in Wladiwostok wirft Fragen zu Russlands Rolle in Nordostasien auf: welche geopolitische Architektur und Tendenzen bestimmen die Region? Wie gestaltet sich Russlands Verhältnis zu China, Japan und Südkorea – den drei zentralen Akteuren in Nordostasien? Welche Optionen und Spielräume bieten sich Moskau für eine Integration in den asiatisch-pazifischen Wirtschaftsraum und neuen geopolitischen Einfluss in Nordostasien?

Russland als Energielieferant Nordostasiens

Nordostasien steht im Mittelpunkt eines der wohl bedeutendsten aktuellen Megatrends von globaler Bedeutung: der weltwirtschaftlichen Schwerpunktverlagerung vom Transatlantik nach Asien-Pazifik. Der Anteil der Region (mit USA und Kanada) am globalen Bruttoinlandprodukt wird auf insgesamt über 50 Prozent geschätzt, der Anteil an den globalen Währungsreserven auf 40 Prozent. Insbesondere Chinas wirtschaftlicher Aufstieg hat zu einem gewaltigen Importsog von Erdöl, Erdgas und Rohstoffen geführt. China und Japan zählen zu den weltgrößten Energieverbrauchern.

Als Energielieferant nimmt Russland in Nordostasien zunehmend eine Schlüsselstellung ein. Mit der Möglichkeit, Endverbraucher direkt über Land beliefern zu können, wird Russlands Bedeutung als Energieproduzent bei politisch bedingten Lieferausfällen aufgewertet: im Falle einer Unterbrechung von Energieexporten aus der Arabischen Golfregion bzw. Zentralasien oder einer Blockade der Straße von Malakka durch die USA in einem Konfliktfall mit China.



Jenseits seiner energiepolitischen Rolle ist Russland kein integraler Bestandteil der komplexen Produktionsketten und Integrationsprozesse in Asien-Pazifik. Im Gegensatz zum Niedriglohnstandort China und den Hochtechnologie-Produzenten Japan und Südkorea leistet Russlands Wirtschaft keinen Beitrag zur Wertschöpfung in der Region und ist auch kein Partnerland von Freihandelszonen und Investitionsschutzabkommen in Asien.

Geopolitische Architektur mit Konfliktpotenzial

Geopolitisch wird die asiatisch-pazifische Region von Positionsverschiebungen der Atommächte China und USA bestimmt, deren konkurrierender Führungsanspruch im West-Pazifik Spannungen und Konflikte erwarten lässt. Mit China, USA und Russland stehen sich in der Region drei Atommächte gegenüber. Militärisches Bedrohungspotenzial konzentriert sich insbesondere auf der Halbinsel Korea. Dort hat Pjöngjangs nukleare Aufrüstung (Atomtests, Raketenentwicklung) eine konventionelle Rüstungsdynamik in Südkorea und Japan ausgelöst.

Souveränitätskonflikte belasten zwischenstaatliche Beziehungen: China – Japan (Konflikte um Inseln im Ostchinesischen Meer, Behandlung der Geschichte des 2. Weltkrieges), Japan – Südkorea (Streit um Inseln im Japanischen Meer, Geschichte des 2. Weltkrieges) und Russland – Japan um die Kurilen-Inseln. Dissens auch zwischen Russland und USA über maritime Grenzen in der Beringstraße.

Rohstoffreiche Arktis als neuer Zankapfel?

Konfliktpotenzial zeichnet sich in Konturen auch um Rohstoffvorkommen in der Arktis ab. Langfristig wird die globale Klimaerwärmung weite Teile des arktischen Ozeans von Eis befreien. Neue Seewege entlang der Nordküste Asiens werden dann passierbar und der Zugriff zu Rohstoffvorkommen (Erdöl, Erdgas, Kohle) ermöglicht. Das Energiepotenzial der Arktis wird vom US-Bundesamt für Geologie auf rd. 25 Prozent der globalen Reserven geschätzt. Konflikte um Gebietsansprüche haben bereits begonnen – nicht nur unter den Arktis-Anrainern Russland, Kanada, USA, Norwegen und Dänemark/Grönland. Auch China, Japan und Südkorea melden Ansprüche an. Die Arktis ist ins Fadenkreuz strategischer Interessen gerückt. Steht eine gewaltsame Kolonisierung des Polargebietes bevor?

Von allen Anrainernstaaten besitzt Russland die längste Küste am arktischen Ozean und erhebt dort deshalb Anspruch auf ein 1,2 Millionen Quadratkilometer großes Gebiet. Kooperationen bestehen mit ausländischen Energiekonzernen: seit 2008 zwischen Gazprom/Total (Frankreich) und Statoil (Norwegen), seit 2011 zwischen Rosneft und Exxon-Mobil (USA). Moskau ist entschlossen, die arktischen Energie- und Rohstoffvorkommen zu nutzen und seine Position als euro-pazifische Energiemacht weiter zu stärken.

Russland ist kein aktiver Akteur im asiatisch-pazifischen Raum

Militärisch und politisch spielt Russland keine aktive Rolle in Asien-Pazifik. Nach dem Systemzusammenbruch der Sowjetunion war ein Rückzug aus Asien eingeleitet worden. Seit Aufgabe der Marinebasis Cam Ranh/Vietnam (2002) sind Russlands Präsenz und das Potenzial seiner (konventionellen) Streitkräfte zwischen Wladiwostok und Singapur schwach. US-Präsident Obamas außenpolitischer Wandel und militär-

strategische Akzentverschiebung vom Mittleren Osten in Richtung Westpazifik zwingt Russland zu einer geopolitischen Neuausrichtung nach Nordostasien. In diesem Kontext stehen Modernisierung und Ausbau der russischen Pazifikflotte sowie die russisch-chinesischen Flottenmanöver im April 2012.

Auf politischer Ebene ist Russland zwar Mitglied verschiedener multilateraler Organisationen der Region: im ASEAN-Regionalforum (seit 1994), in APEC (seit 1998) und ASEAN + Russland (seit 2005). Ein Auftritt als aktiver Akteur ist dort jedoch nicht erkennbar. Zumindest in der APEC zeigt Moskau nun Profil, um seine wirtschaftlichen Interessen in Asien-Pazifik aktiver einzubringen. Der im September 2012 anstehende APEC-Gipfel in der Hafenstadt Wladiwostok könnte ein neues Kapitel zwischen Russland und Nordostasien aufschlagen.

Russland – China

China spielt für Russland eine Schlüsselrolle – wirtschaftlich und politisch. Mit einem Volumen von 80 Milliarden US-Dollar (2011) ist China Russlands wichtigster Handelspartner. Energieexporte dominieren den Handel mit China, Waffenlieferungen folgen an zweiter Stelle. China wünscht privilegierten Zugang zu russischen Energieträgern und Rohstoffen. Aus sicherheitspolitischen Gründen hat Beijing großes Interesse an einer landseitigen Energieversorgung. Maritime Transportwege seiner Erdölimporte aus Afrika und der Arabischen Golf-Region gelten im Konfliktfall mit den USA als potenziell gefährdet.

Chinas Investitionsniveau in Russland hat einen deutlichen Aufschwung erfahren. Im April 2012 unterzeichnete Chinas zukünftiger Regierungschef Li Keqiang in Moskau Projekte im Werte von 15 Milliarden US-Dollar.

Mit der Beilegung ideologischer Konflikte und Grenzstreitigkeiten (2004) haben Moskau und Beijing Grundlagen für eine enge Zusammenarbeit geschaffen. Sorgen über eine schleichende Kolonisierung der russischen Pazifikregion durch chinesische Migranten scheinen weitgehend verstummt. Doch stehen Russlands schwach besiedeltem Fernen Osten drei chinesische Provinzen (Heilongjiang, Jilin, Liaoning) mit über 100 Millionen Einwohnern und einer gut entwickelten Schwerindustrie gegenüber. Eine wirtschaftliche Modernisierung des pazifischen Russlands wird ohne Investitionen aus China nicht umzusetzen sein.

Außenpolitisch verbinden Moskau und Beijing gemeinsame Interessen: eine multipolare Weltordnung (gegen den hegemonialen Anspruch der USA), aber auch die politische Stabilität in Zentralasien (islamischer Separatismus) und auf der koreanischen Halbinsel (Atomrüstung Nordkoreas). Russlands Allianz mit China in der Shanghai-Organisation für Zusammenarbeit (SOZ) spielt eine Schlüsselrolle bei dem Bemühen, regionalen Einfluss in Zentralasien an der Südflanke von Russland und China gegen die USA durchzusetzen.

Russland – Japan

Als drittgrößte Industriemacht der Welt ist Japan praktisch vollständig von Energieimporten abhängig, die zu fast 90 Prozent aus der Region des Arabischen Golfs bezogen werden. Japanische Atomkraftwerke liefern ein Drittel des Strombedarfs. Nach der Tsunami-/Atomkatastrophe von Fukushima (2011) wird die Atomkraft in Japan jedoch kritisch reflektiert. Gesellschaftlicher Widerstand gegen die Atom-



energie könnte Japan zu einer Energiewende zwingen. Die Folge: steigender Importbedarf bei Flüssiggas (LNG) und Erdöl. Für Russland eine attraktive Perspektive, seine Position als Energielieferant in Nordostasien weiter zu festigen. Am Sachalin-2-Projekt sind neben Gazprom und Royal Dutch/Shell auch die japanischen Konzerne Mitsui und Mitsubishi (mit zusammen 22,5 Prozent) beteiligt. LNG-Flüssiggas des Projektes wird überwiegend nach Japan geliefert. Russlands Handel mit Japan beläuft sich auf 24 Milliarden US-Dollar (2010). Historische Altlasten überschatten die Beziehungen zwischen beiden Ländern. Kurz vor Ende des Zweiten Weltkriegs hatte Stalins Sowjetunion die Kurilen-Inseln besetzt. Der Streit um eine (von Japan geforderte) Rückgabe belastet das Verhältnis Tokio – Moskau. Für einen Tiefpunkt in den bilateralen Beziehungen sorgten ein Besuch von Staatspräsident Medwedew auf den Südkurilen (2010) und die geplante Stationierung moderner Boden-Luft-Raketen auf den Inseln (2011), um die Operationsfähigkeit der russischen Pazifikflotte in der Region zu sichern. Dennoch sieht Tokio Russland als wichtigen Bündnispartner, um Chinas wachsenden Einfluss einzudämmen.

Russland – Südkorea

Wirtschaftliche und geopolitische Aspekte bestimmen Russlands Politik auch gegenüber der koreanischen Halbinsel. Dort versucht Moskau gezielt seinen Einfluss zu vergrößern. Mit dem geplanten Projekt einer Erdgas-Pipeline nach Südkorea durch Nordkorea verfolgt Russland gleich mehrere Ziele: einen kostengünstigen Transport für russisches Erdgas nach Südkorea, eine Reduzierung des militärischen Eskalationsrisikos durch engere Verflechtung beider koreanischer Staaten und die Anbindung der Halbinsel an das russische Bahnnetz.

Mit einem Umsatz von elf Milliarden US-Dollar (2010) rangiert Südkorea an dritter Stelle unter Russlands Handelspartnern in Nordostasien. Strukturelle Unausgewogenheit auch hier: Russlands Exporte bestehen zu zwei Dritteln aus Energie, Rohstoffen und Uranlieferungen für südkoreanische Atomkraftwerke. Die mit Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Seoul 1990 verbundenen Hoffnungen auf Intensivierung von Handel und Investitionen in Russland erfüllten sich nicht. Südkoreas Unternehmen bevorzugen als Investitionsstandort zudem das europäische Russland (St. Petersburg: Hyundai-Automobilfabrik). In Russlands Osten ist eine Schiffswerft des Daewoo-Konzerns in der Region Primorje das einzige Großprojekt Südkoreas.

Russland – Nordkorea

Nordkorea spielt für Russland als Handelspartner keine bedeutende Rolle. Das Handelsvolumen bewegt sich bei nur 62 Millionen US-Dollar (2010). Durch Waffenimporte haben sich Nordkoreas Schulden gegenüber Moskau allerdings auf rund 8,8 Milliarden US-Dollar akkumuliert. Verhandlungen über Rückzahlungsmodalitäten und Schuldenerlass könnten Russland potentiell Ansatzpunkte bieten, das Regime in Pjöngjang zu Zugeständnissen bei dessen Nuklearrüstung zu bewegen.

Die geplante transkoreanische Erdgas-Pipeline (1 100 Kilometer Länge, davon 700 durch Nordkorea) soll ab 2017 zehn Millionen Kubikmeter Erdgas/Jahr nach Südkorea befördern. Pjöngjang wurden rund 100 Millionen US-Dollar/Jahr an Transitgebühren zugesagt. Der mit Aufnahme diplo-

matischer Beziehungen Moskau-Seoul 1990 eingeleitete Paradigmenwechsel der russischen Korea-Politik verminderte Russlands Einfluss auf die Entwicklungen in Nordkorea. Ein 1961 zwischen Moskau und Pjöngjang geschlossener Friedens- und Freundschaftsvertrag wurde im Februar 2000 erneuert – allerdings ohne militärische Beistandsklausel im Konfliktfall. Sein Überleben verdankt das Pjöngjang-Regime der Unterstützung Chinas. Motiv für Nordkoreas engere wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Russland dürfte auch sein, die starke Abhängigkeit von Beijing zu vermindern.

Zukunft zwischen Arktis und Wladiwostok

Noch ist ein konsistentes Entwicklungskonzept für den Fernen Osten Russlands nicht erkennbar. Zukunftsweisende Visionen wurden von Wissenschaftlern russischer Think-Tanks formuliert: u. a. Sergej Karaganov und Dimitri Trenin. Im Zentrum einer Modernisierungsstrategie sehen diese den Ausbau eines Transitkorridors mit Logistikzentren/Entwicklungspolen (Wladiwostok, Chabarowsk, Nachodka) und Sonderwirtschaftszonen. Langfristig soll die energielastige Exportstruktur der Pazifikregion durch eine neue Funktion als Nahrungsmittelproduzent (Getreide, Fleisch) ergänzt und diversifiziert werden.

Kritisch betrachtet bleibt eine Fixierung auf den Ausbau der Transitfunktion in überkommenen geoökonomischen Vorstellungen verhaftet. In Nordostasien stoßen diese Ideen ohnehin auf schwache Resonanz. Exportorientierte Logistikstrukturen in China, Japan und Südkorea sind bereits auf andere Verkehrskorridore ausgerichtet. Perspektiven neuer maritimer Transportrouten zeichnen sich zudem durch das nördliche Eismeer ab. Die Umsetzung des Projektes „Ost-sibirien/Ferner Osten“ scheiterte bislang an einem ganzen Bündel investitionsfeindlicher Rahmenbedingungen: maroder Infrastruktur, Rechtsunsicherheit, bürokratischer Inkompetenz, Korruption und mafiöser Strukturen.

Russlands rohstoffreiche Pazifikregion ist und wird die Achillesferse des Landes bleiben. Eine größere Integrations-tiefe der Region in etablierte und vernetzte Wirtschaftsstrukturen Nordostasiens ist deshalb unverzichtbar. Energieexporte werden auch weiterhin Russlands Trumpfkarte bleiben, um seinen wirtschaftlichen Einfluss in Asien-Pazifik weiter auszubauen. Russlands starke Abhängigkeit vom Energiesektor beinhaltet allerdings auch Risiken: anhaltend fallende Weltmarktpreise könnten sich zu einer Zahlungsbilanzkrise entwickeln und das Ziel einer Modernisierung der russischen Wirtschaft verzögern.

Konturen einer neuen energiepolitischen Konfiguration

Moskaus neuer Akzent Richtung Osten zielt auch auf Stärkung der geopolitischen Position Russlands in der Pazifikregion. Eine Abkoppelung von Europa ist damit nicht verbunden. Im Westen wird die EU weiterhin ein relevanter Energiekunde, Handelspartner und Investor Russlands bleiben. Moskaus Blick nach Asien entspricht somit ganz dem Paradigma nationaler Interessen einer euro-pazifischen Kontinentalmacht, sich außenpolitisch nicht einseitig nach Westen, sondern ausgleichend auch nach Osten auszurichten.

Asien-Pazifik hat sich zu einer weltwirtschaftlich bedeutenden Wachstumsregion mit hohem Energieverbrauch und geopolitischen Schnittstelle mit Konfliktpotenzial entwickelt. Russland vermochte seine geografische Lage in Nordost-



asien für die eigene Entwicklung bislang nicht zu nutzen – in einer Region, in der wichtige energiepolitische Weichenstellungen erfolgen. Die Modernisierung des pazifischen Russlands steht deshalb auch im übergeordneten Kontext einer neuen energiepolitischen Konfiguration.

Global lassen sich Positionsverschiebungen bei den Energieträgern Erdöl und Erdgas erkennen. Saudi-Arabien und Russland sind die führenden Erdölexporteure, doch nehmen Erdölvorkommen weltweit tendenziell ab. Zukunftsfähiger die Situation und Trends beim Erdgas: Russland und Iran verfügen zusammen über rd. 60 Prozent der globalen Erdgasvorkommen, deren Ergiebigkeit weit über das laufende Jahrhundert hinauszugehen verspricht. Erdöl wird als global dominierender Energieträger langfristig von Erdgas verdrängt werden. Für Russland eine historisch einmalige Chance, sich als Energielieferant neben Westeuropa auch in Asien-Pazifik neu zu positionieren und seinen geopolitischen Einfluss zu erweitern.

Neuer Flugzeugträger

Der Westen sieht seine Mission im Afghanistan-Krieg als erfüllt an. Entstanden ist ein Brückenkopf für Operationen in ganz Zentralasien

Von Sevim Dagdelen, MdB, Mitglied des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages und Sprecherin für Internationale Beziehungen der Fraktion DIE LINKE; aus: Junge Welt, 21./22. Juli 2012

Viel wurde diskutiert und spekuliert über die Gründe, die hinter der Intervention in Afghanistan stehen. Klar ist: Die Taliban waren bereit, Osama bin Laden auszuliefern, die Frauen tragen heute noch ihre Burkas. Darum ging es offensichtlich nie. Auch bei den „Rohstoffreserven im Wert von einer Billion Dollar“, die das US-Verteidigungsministerium 2010 plötzlich gefunden haben wollte, dürfte es sich um eine Beruhigungsspielle für die Heimatfront gehandelt haben. Bleibt noch die Pipeline vom Kaspischen Meer über Afghanistan an die pakistanische Küste des Indischen Ozeans, die lange vor der NATO-Invasion geplant wurde. Bis durch sie einmal verlässlich Öl fließt, werden im besten Falle noch Jahrzehnte vergehen. Dennoch ist der Hinweis auf sie richtig. Bereits 2008 sah Jürgen Wagner von der Informationsstelle Militarisation in Tübingen mit Rückgriff auf den früheren US-Sicherheitsberater Zbigniew Brzezinski eine wesentliche Triebfeder des Krieges in Afghanistan darin, einen Brückenkopf der NATO nahe der ölreichen Kaspischen Region und an der Südflanke Russlands aufzubauen – eine Art Flugzeugträger im riesigen eurasischen Landmassiv. Diese Deutung der Interessen hinter dem Waffengang wird dadurch gestützt, dass US-Außenministerin Hillary Clinton am 7. Juli 2012 bei ihrem Überraschungsbesuch in Kabul Afghanistan zum „wichtigen Verbündeten außerhalb der NATO“ erklärte. Das deutet darauf hin, dass die Mission trotz aller Opfer und der desolaten Lage in Afghanistan aus westlicher Sicht erfolgreich war.

Geld und Gegenleistung

Die meisten Medien berichteten zum neuen Status Afghanistans lediglich, dass Kabul künftig in den USA Waffen leichter erwerben könne. Das geht allein deshalb am Kern der Sache

vorbei, weil die Regierung Hamid Karsai in absehbarer Zeit nicht einmal den Sold ihrer von der NATO ausgebildeten Soldaten und Polizisten selbst zahlen kann. Den Status als Hauptverbündeter der USA (außerhalb der NATO) teilt sich Afghanistan jetzt u.a. mit Australien, Japan, Israel und Ägypten. Israel und Ägypten erhalten in dieser Reihenfolge derzeit die umfangreichste US-Militärhilfe. Neben gemeinsamen Übungen und der Ausbildung von Soldaten bedeutet das vor allem beträchtliche Summen, die im Falle Ägyptens sogar den Großteil des Rüstungshaushaltes ausmachen. Hinzu kommt, dass in großem Umfang (allerdings nur bei US-Rüstungsfirmen) auf Kredit eingekauft werden kann. Würde etwa Ägypten der Status als „wichtiger Nicht-NATO-Verbündeter“ plötzlich aberkannt und würden die gegenwärtigen Zahlungen von 1,3 Milliarden US-Dollar jährlich eingestellt, wäre der Militärapparat – und damit der Staat – mit einem Schlag pleite.

Die Gegenleistungen des ägyptischen Militärs an die USA sind u. a. dank Wikileaks bekannt. Ganz oben steht dabei das Festhalten am Vertrag von Camp David von 1978, also dem Frieden mit Israel, der auch durch auf dem Sinai stationierte US-Soldaten gesichert wird. Von herausragender Bedeutung sind aber auch Überflugrechte und gesicherte Passagen durch den Suezkanal. Das ägyptische Militär zeigte sich auch durch die Entsendung von „Friedenstruppen“ in den benachbarten Sudan erkenntlich – just zu dem Zeitpunkt, als die USA den Druck auf Khartoum erhöhten, um die Abspaltung des Südsudan zu ermöglichen. In Kairo unterhält das US Central Command ein großes „Büro für Militärkooperation“.

Zweites Standbein

Dabei handelt es sich im Vergleich mit Afghanistan bei Ägypten noch um einen verhältnismäßig starken Staat. Die afghanische Armee, die Polizei und die Geheimdienste wurden von der NATO aufgebaut und werden auf absehbare Zeit von ihr und ihren Verbündeten bezahlt. Dem diente die sogenannte Geberkonferenz vom 8. Juli in Tokio. Verbindungsleute der NATO und der USA sitzen in sämtlichen Kommandozentralen und im Verteidigungsministerium. Somit ist undenkbar, dass Afghanistan der NATO Stationierungs-, Lande-, Überflug- oder – wie bis vor kurzem etwa Pakistan – Passagerechte verweigert, selbst wenn Karsai eines Tages fallengelassen werden sollte. Das bedeutet: Afghanistan wird künftig als Basis für offene und vor allem verdeckte Operationen in der gesamten Region dienen. Es grenzt neben den zentralasiatischen Staaten Turkmenistan, Usbekistan und Tadschikistan, d. h., dem unmittelbaren Einflussbereich Rußlands, auch an Pakistan, den Iran und China. Die USA schaffen sich somit ein zweites, bilaterales Standbein für ihr Engagement in diesem Bereich neben der im Mai beim NATO-Gipfel in Chicago mit unbestimmtem Zeithorizont beschlossenen ISAF-Nachfolgeemission. Diese soll insbesondere „dem Training, der Beratung und der Unterstützung der ANSF (afghanischen Sicherheitskräfte – d. Red.), einschließlich der afghanischen Spezialkräfte“ dienen.

Von der Aufgabenbeschreibung her unterscheidet sich die geplante Nachfolgeemission kaum von ISAF, sollte es doch auch dabei vornehmlich um die „Sicherheitsunterstützung“ gehen. Zukünftig sollen lediglich weniger NATO-Soldaten präsent sein und von den ANSF geschützt werden. Sie wurden von Human Rights Watch zutreffend als „Magneten für Angriffe von Aufständischen“ bezeichnet. Bereits heute tra-



gen sie den Löwenanteil der Verluste, wobei die NATO über diese Opfer keine (offiziellen) Statistiken führt.

Deutsche Beteiligung

Bereits im Rahmen von ISAF werden von Afghanistan aus Aufklärungsflüge und „gezielte“ Tötungen in den Nachbarstaaten vorgenommen. Nach dem Abschuss eines US-Transporthubschraubers des Typs CH-47 „Chinook“ am 6. Oktober 2011 wurde z. B. bekannt, dass das Kommando der Navy Seals, das ein knappes halbes Jahr zuvor im pakistanischen Abbottabad Bin Laden exekutiert hatte, nach wie vor (oder wieder) in Afghanistan stationiert war. Das mag zwar wenig überraschen, bezeichnend ist jedoch, dass die Information keinerlei Debatte darüber auslöste, wie die Durchführung von Kommandoaktionen in Nachbarländern mit dem vom Sicherheitsrat erteilten Mandat für die ISAF-Truppen zu vereinbaren sei. Die nun erklärte strategische Partnerschaft zwischen Washington und Kabul kann auf Grund ihres bilateralen Charakters solche Debatten auch zukünftig neutralisieren – den Beziehungen zwischen Afghanistan und seinen Nachbarstaaten und damit auch der Aussicht auf eine friedliche Entwicklung im Land selbst dürfte sie hingegen abträglich sein.

Auch sonst haben sich die USA unter dem ISAF-Mandat umfangreiche Voraussetzungen für ihr zukünftiges Engagement in der gesamten Region geschaffen. So wurden mehr oder weniger verdeckt operierende Einheiten und Milizen aufgebaut und hierfür unter den Afghanen Personal rekrutiert. So sollte etwa mit dem AP3-Programm („Afghan Public Protection Program“) eben der Teil der Bevölkerung erfasst und formal der Kontrolle des Innenministeriums, in der Praxis jedoch dem US-Militär unterstellt werden, der sich ansonsten aufgrund von Geschlecht, Alter und Fähigkeiten dem Widerstand hätte anschließen können. Ein weiteres Beispiel hierfür ist das „Critical Infrastructural Program“, bei dem es nicht darum geht, Brücken und Straßen zu bauen, sondern zivil agierende Sicherheitsverbände zu schaffen, mit denen auch die Soldaten der Bundeswehr zusammenarbeiten. Laut Aussagen deutscher Militärs machen gerade die Angehörigen dieser Gruppen oft keinen Hehl daraus, dass sie gegenwärtig nur wegen der Bezahlung mit der ISAF und nicht mit den Taliban zusammenarbeiten.

Eine zentrale Bedeutung bei grenzüberschreitenden Aktivitäten dürfte jedoch in Zukunft dem afghanischen Geheimdienst zukommen. Er wurde selbst von der vor Ort tätigen UN-Mission UNAMA schon für seine „robusten“ Verhörmethoden kritisiert. An seinem Aufbau waren auch Deutschland und der Bundesnachrichtendienst (BND) beteiligt. Wie sich in der Antwort auf eine schriftliche Frage der Autorin an die Bundesregierung herausstellte, wurde der BND dafür aus dem Etat des Auswärtigen Amtes mit 3,1 Millionen Euro querfinanziert. Der entsprechende Haushaltstitel im vom Bundestag abgesetzten Haushalt nannte sich „Leistungen im Rahmen der Stabilitätspakte Afghanistan und Südosteuropa“. Weitere Mittel erhielt der BND „für die materielle Ausstattung ausländischer Nachrichtendienste“ aus dem Haushaltstitel zur „Drittstaatenunterstützung bei der Terrorismusbekämpfung“. Von Afghanistan aus werden in Zukunft mit deutscher Beteiligung Geheimdienstkriege in der ganzen Region geführt werden.

Ägypten in Revision: Die Präsidentenwahl

Von Dr. Issam Haddad, Publizist, Berlin

Die Wahlergebnisse

51,7 Prozent der fast 51 000 000 Wahlberechtigten Ägyptens sind am 16. und 17. Juni 2012 an die Urnen gegangen, um einen neuen Präsidenten zu wählen. Von den 25 517 511 abgegebenen gültigen Stimmen erhielt Muhammad Mursi 13 286 131 und gewann damit das Rennen. Er trat von allen seinen politischen Funktionen und Aufgaben in der Bewegung der ägyptischen Muslimbruderschaft und der von ihr ins Leben gerufenen politischen Partei der Freiheit und Gerechtigkeit zurück. Er will sein Versprechen einhalten und der Präsident aller ÄgypterInnen sein. Er ist der erste direkt vom Volk frei gewählte Präsident mit zivilem Hintergrund seit der Gründung der Arabischen Republik Ägypten am 23. Juli 1952 und nach vier Präsidenten aus den Reihen des ägyptischen Militärs.

Nicht nur die vereinigten Kräfte des politischen Islam verhalfen M. Mursi zu diesem Sieg, sondern auch die Kräfte des „Revolutionären Blocks“, die sich entschlossen hatten, die Wahl des ehemaligen Feldmarschalls der ägyptischen Luftwaffe Ahmed Schafik, einem langjährigen Wegbegleiter Husni Mubaraks, zu verhindern. Viele dieser Stimmen hatten beim ersten Urnengang im Mai Hamadin Sabahi zum dritten Platz und Abdul-Munim Abu Al Foutouh zum vierten Platz verholten.

Von der „Allianz der Jugend der Revolution“, der „Bewegung des 6. April“ und den Protestbewegungen in den Hochburgen Port Said, Suez, Ismailia, Alexandria und Kairo kamen bei einer Differenz von 3,5 Prozent (ca 1 Million Stimmen) zwischen den beiden Rivalen die entscheidenden Stimmen. Damit zeichneten sich nach anderthalb Jahren intensiven politischen Kampfes, drei Urnengängen und den damit verbundenen Mobilisierungen die Konturen von drei großen politischen Blöcken ab:

1. Der Staatsblock: Der langjährige, erfahrene Wahlapparat des Regimes erwies sich in der ersten und zweiten Runde der Präsidentschaftswahl als noch funktionsfähig, gewann die Initiative zurück und konnte einen großen Teil der WählerInnen für sich mobilisieren. Das zeigte sich sowohl in der ersten Runde mit den Repräsentanten des Mubarak-Regimes bzw. des alten Staatsapparates Ahmed Schafik und Amr Mousa, als auch an den guten Ergebnissen die Ahmed Schafik persönlich erhielt: 24 Prozent in der ersten und 48 Prozent in der zweiten Runde. Getragen wird dieser Block von der Bürokratie, von Polizei, Armeeangehörigen, RentnerInnen und deren Familien sowie den Angestellten der kommunalen Verwaltung, vor allem in Oberägypten, d. h., von den obersten sozialen Schichten in der Stadt und auf dem Land, deren Interessen mit dem alten Regime eng verknüpft sind, aber auch von all jenen, die den Aufstieg und die Machtübernahme durch den politischen Islam fürchten – großen Teilen der koptischen Gemeinde und der Mystiker.

2. Der Block des politischen Islam: In dessen Zentrum steht der große, straff aufgebaute Mobilisierungs- und Organisationsapparat der Bewegung der Muslimbruderschaft, die 1927 in Ismailia gegründet wurde. Die größten Erfolge feierte der politische Islam in den meisten südlichen Provinzen,



in der Wüste Sinai und dem „New Valley“. In diesen unterentwickelten, landwirtschaftlich geprägten Gebieten hat die Muslimbruderschaft ihre größte Gefolgschaft in dem wenig gebildeten bäuerlichen Mittelstand sowie den kleinen und mittleren Unternehmern der kleinen Städte. Auch die Slums und Randgebiete der Großstädte sind Hochburgen des politischen Islams in allen seinen Fraktionen. Die Moscheen und sozialen Netzwerke dieser Organisationen, meist von den Golfstaaten finanziert, sind Anlaufstellen und Werbezentren zugleich. Hier werden vor allem die armen Bevölkerungsteile angesprochen.

3. Der revolutionäre Block: Die meisten linken und demokratischen Kräfte unterstützten Hamden Sabahi, die Trotz-kisten den moderaten Islamisten Abu El Foutouh. In den letzten zehn Tagen vor der ersten Runde der Präsidentschaftswahlen entstand ein regelrechter Hype um Hamden Sabahi, der ihn in den sozial und ökonomisch entwickelten Zentren und Regionen (Alexandria, Kairo, Port Said, Suez, Dumiat) auf den ersten bzw. zweiten Platz brachte. In den weniger entwickelten Gegenden (Sinai, Oberägypten) erreichte er den fünften oder sechsten Platz. Neben großen Teilen der Linken und Nasseristen bzw. Karameh, der Partei der Würde, dessen Vorsitzender er ist, erhielt er auch Unterstützung von Teilen der sozialdemokratischen Partei, von Liberalen und Intellektuellen. Nicht zu übersehen ist die breite Förderung durch die Allianz der Jugend der Revolution. Kurz gesagt, mit Sabahi gelang es diesem Block mit 22 Prozent im ersten Wahlgang das Dreifache dessen zu mobilisieren, was das Bündnis „Die Revolution geht weiter“ mit 7,2 Prozent bei den Parlamentswahlen erreicht hatte. Wenn man bedenkt, dass das Bündnis um Sabahi mit Abu El Foutouh, Khaled Ali, A. El Es, Al Hariri und Bastouissi weitere populäre Köpfe aufweist, sind Zustimmungswerte um 40 Prozent realistisch, wenn sich der Prozess der Koordinierung und Zusammenarbeit weiterhin erfolgreich gestaltet. Festzuhalten ist, dass die Stimmen, die Mursis Sieg im zweiten Wahlgang über den Repräsentanten des Mubarak-Regimes ermöglichten, aus dem Revolutionären Block kamen.

Der Kampf geht weiter

Vorsorglich versperrte der Militärrat dem neugewählten Präsidenten Ägyptens den Weg zur souveränen Machtausübung, bis ein Konsens gefunden war, bei dem er seine Interessen abgesichert sah. Durch Auflösung des Parlaments und Erlassen einer „Verfassungserklärung“ holte sich das Militär mit Hilfe des den alten Machteliten hörigen Justizapparates wenige Tage vor der Wahl die volle legislative Macht zurück und erließ das Gesetz zur Bildung des „Nationalen Verteidigungsrates“, einem Gremium ähnlich dem Revolutionsrat früherer Putschisten. Sieben Militärs neben drei Zivilisten bilden dieses Gremium. Dem neuen Mann an der Spitze des Staates bleiben nur formelle Aufgaben nach dem Eid vor dem obersten Verfassungsgericht. Das Parlament ist zwei Tage vor der Parlamentswahl aufgelöst worden. Es wieder einzuberufen, um vor ihm den Präsidenteneid zu leisten wird auf dem Tahrir-Platz sowie von den Mitstreitern des neuen Präsidenten verlangt. Dabei werden nicht nur Drohungen laut, sondern es drohen ernste Konsequenzen.

Wichtig ist klarzustellen:

- Wann will der Nationale Verteidigungsrat bzw. das regierende Militär die Neuwahlen des Parlaments (zwei Kammern) organisieren und durchführen lassen? Und besteht

die Gefahr, eine neue Verfassung für ein „demokratisches Ägypten“ verabschieden zu lassen um nach den Interessen seiner reichen Klientel eine in ihrem Sinne ausbalancierte Machtstruktur im Lande zu etablieren und damit das Streben des politischen Islam nach Hegemonie aufhalten zu können? Die beruhigende Erklärung mancher führender Repräsentanten der Muslimbrüder (Keine Gewalt wird von den Muslimbrüdern ausgehen!) neben den revolutionären Lösungen auf dem Tahrir-Platz machen eine Prognose für die nächste Zeit schwierig. Sicher zeigt die Präsidentschaftswahl aber, wie kompliziert der Kampf um die Teilung der Macht geworden ist.

- Der neu ausgerufene „zivile Block“ von dreizehn liberalen und demokratischen politischen Kräften des Revolutionären Blocks wird weiterhin für den zivilen Charakter eines demokratischen Ägyptens streiten und versuchen, auf friedlichem Wege eine demokratische Zukunft des Landes zu erreichen.
- Die Geschichte der Beziehungen zwischen dem staatlich-nationalen wie auch dem panarabischen Nationalismus und dem politischen Islam ist voller Beispiele von tragischen, blutigen Auseinandersetzungen die sowohl die politische als auch die sozioökonomische und kulturelle Entwicklung der arabischen Länder schwer belasten.

Die „Roadmap“ zur Machtkonstellation

Das Abdriften Ägyptens aus dem Sicherheitskonzept der USA in diesem wichtigen Teil der Welt wäre ein immenser Verlust. Daher steht die US-Administration konsequent für einen Ausgleich zwischen allen Kräften rechts von der Mitte, das heißt, zwischen der Bewegung der Muslimbruderschaft mit ihrem mächtigen regionalen Einfluss und dem Militärrat bzw. den Kräften, die sich bis jetzt in der Auseinandersetzung um die politische Macht in Ägypten um ihn geschart haben. In diesem Kontext sind die Erlässe des ägyptischen Präsidenten Mohammed Mursi zu betrachten, die das Machtgefüge am Nil nach außen hin umgekrempelt haben.

Der Verdacht auf einen Militärputsch seitens der aus dem Untergrund agierenden Bewegung der Muslimbruderschaft wurde durch die Behauptung genährt, dass es eine gewisse Nähe des neuen Verteidigungsministers General El-Sisi zur Muslimbruderschaft gäbe. Andere dagegen heben die dynamische Schlüsselrolle hervor, die Generalmajor Muhammad Al-Assar (der neue stellvertretende Verteidigungsminister) sowohl im Militärrat als auch durch jahrelange Zusammenarbeit mit dem US-Militär spielt.

Aus dem Munde des zur Zeit alleinherrschenden Präsidenten Mursi wurde mit dem Segen der USA-Administration die ausgehandelte Roadmap verkündet: Erst eine neue Verfassung erarbeiten und danach ein neues Parlament wählen. Bis dahin wird die sowohl in Ägypten als auch in der Region vor sich gehende Auseinandersetzung mit der Politik der USA und deren regionalen Plänen die Konturen und Zielsetzungen dieses Arrangements deutlicher hervortreten lassen.

Ein Musterfall

Die „Entwicklungshilfe“ des Westens hat neue Ziele: Staaten bauen, Staaten zerstören. Zum einjährigen Bestehen des Südsudan

Von Sevim Dagdelen, MdB, Sprecherin für internationale Beziehungen der Fraktion DIE LINKE; aus: Junge Welt, 14. Juli 2012

Wenige Bücher haben in den letzten Jahren innerhalb afrikanischer Gesellschaften und der afrikanischen Diaspora ähnlich großes Aufsehen erregt wie „Dead Aid“ (London 2010, deutsche Ausgabe: Dead Aid. Warum Entwicklungshilfe nicht funktioniert und was Afrika besser machen kann. Hamburg 2011) von der aus dem heutigen Sambia stammenden und später bei der Weltbank und Goldman Sachs beschäftigten Dambisa Moyo. Sie zieht darin eine vernichtende Bilanz der westlichen Entwicklungshilfe für Afrika seit den frühen 1960er Jahren. Seitdem seien über eine Billion US-Dollar nach Afrika geflossen, aber die Realeinkommen afrikanischer Volkswirtschaften hätten sich rückläufig entwickelt und der Anteil der in absoluter Armut lebenden Menschen erhöht. Sie nennt das einen „Teufelskreis der Hilfe“.

Die Politikwissenschaft würde sagen: Staaten verlieren an Leistungsfähigkeit in den Bereichen Sicherheit, Wohlfahrt und Legitimität und entwickeln sich somit zu „gescheiterten Staaten“, was wiederum ein gegebenenfalls auch militärisches Eingreifen gemäß der westlichen Sicherheitsdoktrinen erforderlich macht. Entsprechend der begrifflichen Entgrenzung der Entwicklungshilfe, unter der zunehmend auch sogenannter Staatsaufbau, der Aufbau und die Ausrüstung von Polizei und Militär und sogar ausländische militärische Interventionen verstanden oder zumindest finanziert werden, liegt es auf der Hand, den „Teufelskreis der Hilfe“ auch für diesen erweiterten Begriff der Entwicklungshilfe anzuwenden.

Hunger und Krieg

Als Beispiel dafür bietet sich kein Staat besser an als der Südsudan, der vor einem Jahr mit reger internationaler Hilfe aus dem Sudan herausgelöst wurde und sich seitdem zum „gescheiterten Staat“ par excellence entwickelt hat. Nach Angaben der Welternährungsorganisation sind dort gegenwärtig über vier Millionen Menschen vom Hunger bedroht – mehr als je zuvor. Selbst in der neuen Hauptstadt Juba mit ihren zahlreichen neuen Residenzen und Verwaltungsgebäuden verhungern Menschen. Grundnahrungsmittel verteuern sich täglich, die Regierung spricht von einer Inflationsrate von 80 Prozent im letzten Jahr – und druckt zugleich Geld. Hunderttausende sind auf der Flucht vor Kämpfen zwischen Milizen und bewaffneten Bevölkerungsgruppen, zwischen der Armee und ihren Abspaltungen und verschiedenen Grenzkonflikten mit dem Sudan. Hinzu kommen weitere Hunderttausende, die sich in der Hoffnung auf einen prosperierenden neuen Staat aus dem Norden auf dem Weg in den Süden gemacht haben und nun zwischen den Fronten im Nirgendwo gelandet sind – im besten Falle rudimentär versorgt von Internationalen Organisationen. Mitte Juni berichtete „Ärzte ohne Grenzen“, dass für die etwa 105 000 Flüchtlinge in Upper Nile State das Wasser ausgehe. 2 000 Menschen überqueren allein hier täglich die Grenze.

Dennoch gratulierte die EU-Außenbeauftragte Catherine Ashton pünktlich zum ersten Jahrestag der Unabhängigkeit und hob neben den „Bemühungen, ein sicherer und prosperierender Staat zu werden“, die finanzielle Unterstützung der EU hervor, die auf fast 300 Millionen Euro angehoben wurde. Die EU steht damit keineswegs allein. Der Südsudan rangiert unter den Empfängern von Entwicklungshilfe weit oben, Unsummen werden in das Land gepumpt – und trotzdem scheint kein Cent bei der Bevölkerung anzukommen.

Das mag umso mehr überraschen, als der Südsudan über große und vor allem bereits erschlossene Ölvorkommen verfügt. Doch im Januar 2012 stoppte die Regierung des Südsudan die Ölförderung vollständig, da ein Abtransport nur über den Norden möglich ist und dieser zu hohe Gebühren dafür verlangt hätte. Der Sudan hat daraufhin die Grenzen geschlossen, was den Nachschub von Lebensmitteln weiter erschwert. Der Südsudan verfügt zwar selbst über fruchtbares Land, besonders in den umstrittenen Grenzregionen, dort kann es aber wegen des Konflikts mit dem Norden kaum bewirtschaftet werden. Außerdem wurden bereits acht Prozent der gesamten Landfläche an ausländische Investoren verpachtet. Verantwortlich für die desolate Lage ist damit vor allem die harte Haltung der südsudanesischen Regierung unter Salva Kiir. Die Financial Times Deutschland zitierte deren Ölminister Stephen Dhieu vor wenigen Tagen mit den Worten: „Ja, es müssen Menschen sterben“, weil die Bedingungen des Sudan in der Ölfrage „eine Erniedrigung der Nation bedeutet“ hätten.

Mit deutscher Hilfe

Wie konnte das geschehen? Die heutige Regierung des Südsudan ging aus der Sudanesischen Volksbefreiungsbewegung SPLM hervor, die sich 1983 unter John Garang gegen die Regierung in Khartum erhob, um gegen die Diskriminierung und Marginalisierung insbesondere der Bevölkerung in der ländlichen Peripherie zu kämpfen. Mit den Jahren entwickelte sich die Befreiungsbewegung zu einer Bürgerkriegsarmee, und die Sezessionisten in ihr wurden von den westlichen Staaten unterstützt, nachdem der Sudan seine Ölquellen erschlossen hatte und die Konzessionen in erster Linie an asiatische Firmen gingen. 2005 wurde unter Androhung militärischer Gewalt insbesondere durch die USA ein „Friedensabkommen“ zwischen der Regierung des Sudan und der SPLM erzwungen, das für den Fall seines Scheiterns ein Referendum über die Unabhängigkeit vorsah. Kurz darauf starb John Garang, der sich stets für die Einheit des Sudans und Reformen im ganzen Land ausgesprochen hatte, bei einem Hubschrauberabsturz. Der Südsudan wurde zu einem beispiellosen Projekt international betriebenen State-Buildings, „Staatsaufbaus“. Deutschland und die EU stellten ihre finanzielle Unterstützung für den Gesamtstaat Sudan fast vollständig ein und lenkten die Mittel in den Süden um, wo sich die SPLM als Regierung etablierte. Deutschland unterstützte Projekte zur „Verwaltungsreform“, zum „Wassermanagement“, zur „Nachhaltigen Landwirtschaft“, zur „Demobilisierung“ und zum Polizeiaufbau. Das Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht arbeitete bereits eine Verfassung für den neuen Staat aus und Thyssen-Krupp entwarf Pläne zum Abtransport des Öls unter Umgehung des Nordsudan, während die USA unter Bruch des UN-Embargos die SPLM mit Panzern und anderen schweren Waffen zu einer vollwertigen Armee aufrüsteten und so die



Voraussetzungen für die jetzige Konfrontation mit dem Norden schaffte. All das geschah unter den Augen deutscher Soldaten, die sowohl in der sudanesischen Westprovinz Darfur, als auch im Südsudan stationiert und somit – willentlich oder nicht – an der Schwächung der sudanesischen Souveränität beteiligt waren. Sowohl was die Bewaffnung des Südens als auch das offensichtliche Versickern der Entwicklungshilfegelder in den Taschen der SPLM anging. Die Linke hat zahlreiche parlamentarische Initiativen dazu ergriffen, jedoch stets nur ausweichende Antworten erhalten, und wurde umgekehrt scharf von der Koalition, aber auch von SPD und Grünen zurückgewiesen. Eine Kritik an der Regierung des zukünftigen Staates verbot sich für die Bundesregierung.

Keine Souveränität

Viele Politiker begrüßten vielmehr die Abspaltung des Südsudan und lobten die Hilfe beim Staatsaufbau als Beitrag zur zivilen Konfliktbearbeitung. Wer auf die dahinterstehenden imperialistischen Interessen verwies oder auf die Gefahr einer „Sezessionsspirale“ und des weiteren Auseinanderfallens des Sudans hinwies, wurde teilweise lächerlich gemacht. Mittlerweile droht die Realität diese Warnungen zu überholen und das Staatsbildungsprojekt wird rückblickend deutlich kritischer gesehen. Es kam schlimmer als vermutet: Es ging bei der Abspaltung des Südens weniger darum, zu verhindern, dass China an sudanesisches Öl gelangt – China macht auch mit dem Südsudan gute Geschäfte. Es ging viel mehr darum, zu verhindern, dass ein Staat – noch dazu einer der größten und mächtigsten Afrikas an der Schnittstelle zwischen Sahara, Ost- und Zentralafrika – souverän hierüber entscheidet und mittelfristig ohne „Hilfe“ auskommen könnte. Nun sorgt eine Mission der „Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik“ der EU in Juba für die Flugsicherheit, der enge Verbündete Äthiopien entsendet Truppen in die umkämpfte Grenzregion Abyei, und das nächste Staatsbildungsprojekt an der sudanesischen Peripherie wird nicht lange auf sich warten lassen.

Analyse

Syrien: Ein Land versinkt im Bürgerkrieg

Zu Ursachen und Hintergründen des immer unkalkulierbarer werdenden Konflikts

Von Karin Kulow, Mitglied der BAG Frieden und internationale Politik und des Arbeitskreises „Für gerechten Frieden in Nahost“ bei der LINKEN

Seit reichlich anderthalb Jahren wird in Syrien nun schon geschossen. Die bewaffneten Auseinandersetzungen haben sich mittlerweile sogar zu einem Bürgerkrieg vor allem entlang sunnitisch-schiitisch definierter Trennlinien ausgeweitet. Mehr als 18 000 Menschen, zumeist Zivilisten, verloren laut UN-Angaben im Zeitraum von Mitte März 2011 bis Ende August 2012 ihr Leben. Hunderttausende sind auf der

Flucht – sowohl im Binnenland als auch in die Nachbarländer Jordanien, Libanon und die Türkei. Darunter eine zunehmende Zahl von Palästinensern und Irakern, denen in zurückliegenden Jahren und Jahrzehnten Zuflucht in Syrien gewährt worden war und die sich hier nicht mehr sicher fühlen. Überdies befinden sich mehr als zweieinhalb Millionen Syrerinnen und Syrer in einem humanitären Notstand. Es fehlt ihnen an Obdach, sauberem Wasser, Nahrung, Sanitäranlagen, Decken und Gesundheitsversorgung. Und was bei all dem Elend noch schlimmer ist: Bislang zeigt sich kein Licht am Ende des Tunnels.

Warum im Zuge des „Arabischen Frühlings“ gerade in Syrien, das vielen Beobachtern über die Jahrzehnte als eines der stabilsten Länder in der Region gegolten hat, die Lage derart eskaliert ist und sich inzwischen sogar dem völligen Abgrund, dem Zerfall der bisherigen staatlich-territorialen Existenz, zu nähern droht, erschließt sich erst bei komplexer Betrachtung. Das erfordert die hinlängliche Berücksichtigung der hier gegebenen sehr komplizierten Verquickung der inneren Konfliktkonstellationen mit den sehr widersprüchlichen Interessenlagen verschiedener äußerer – internationaler wie regionaler – Mächte. Oder anders ausgedrückt, es kann nicht allein darum gehen, die Fehler und Versäumnisse des herrschenden Baath-Regimes als Erklärungsmuster heranzuziehen, sondern man muss sich auch den Ambitionen und Bestrebungen der involvierten äußeren Mächte in gebührender Weise zuwenden.

Das aber macht – wie sich regional und international zeigt – die Positionsbestimmung für linke Kräfte nicht gerade einfacher. Denn dann wird es schwierig, sich undifferenziert dafür oder dagegen zu positionieren. Daher überrascht es nicht, wenn sich die einen für eine „Adoption der syrischen Revolution“ engagieren, während andere ihren Fokus ausschließlich auf die Zurückweisung äußerer Pläne und Zielstellungen richten.

Hier soll jedoch für ein dialektisches Herangehen geworben werden, wie es auch bei vielen Linken in der arabischen Welt zu dominieren scheint. Diese unterstützen nachdrücklich die Notwendigkeit eines demokratischen Wandels in Syrien und die sich daraus ableitenden Forderungen der syrischen Opposition. Gleichzeitig weisen sie die Umtriebe westlicher Staatenpolitik im Konzert mit bestimmten regionalen Mächten entschieden zurück und lehnen sich dagegen auf. Entscheidend für linke Positionsbestimmung kann doch nur die Ablehnung jeglicher Gewalt sein. Ergo auch nur die Unterstützung für alle jene syrischen wie anderen Akteure, die – auf welcher Ebene auch immer – für eine ausschließlich politische Lösung des Syrien-Konflikts eintreten.

**Austragungsort global wie regional
widerstreitender Interessen**

Jeden unvoreingenommenen Betrachter musste es aufforchen lassen, als Politiker der USA wie anderer westlicher Staaten unmittelbar nach dem Aufflammen der Protestbewegung in Syrien Mitte März 2011 bereits unverhohlen die Forderung nach einem Regimewechsel stellten. Wenn der „Arabische Frühling“ schon die bisherigen Stabilitätsanker des Westens in Tunis und Kairo zu Fall gebracht hatte, sollte er offenbar wenigstens dafür genutzt werden, bei der Gelegenheit auch gleich die schon lange als Störfaktor in der Region betrachteten Regimes loszuwerden. Haben die USA doch niemals ein Hehl daraus gemacht, nach dem Ende des Ost-



West-Konflikts die Rolle des alleinigen Hegemons in der Welt anzustreben und zu diesem Zweck ihr Projekt eines „Neuen Nahen und Mittleren Ostens“ voranzutreiben. Dem steht aus ihrer Sicht vor allem die Achse Teheran – Damaskus – libanesischer Hizbullah im Wege.

Das in Syrien seit März 1963 auf der Grundlage einer spezifischen Spielart des arabischen Nationalismus, des Baathismus, herrschende Regime ist Washington seit jeher ein Dorn im Auge. Nicht zuletzt wegen dessen Anbindung an den früheren Ostblock und im Wesentlichen bis heute an Russland. So stand Syrien bereits auf der erstmals im Jahre 1979 von den USA verkündeten Terrorstaatenliste; zählte es während der Bush-Administration zu den Schurkenstaaten und damit den vorrangigen Kandidaten für ein *regime change*. Verspricht man sich in den USA doch, mit dem Sturz des von Assad geführten Baath-Regimes auch den Niedergang des Teheraner Mullah-Regimes beschleunigen zu können und als Folge die von Israel bereits mit dem Libanon-Krieg 2006 angepeilte Zerschlagung der Hizbullah zu erreichen.

Da nun aber Russland und China statt der von den USA angestrebten Hegemonialrolle eine multipolare Weltordnung, frei von westlich geprägten „Doppelstandards“, durchzusetzen suchen, kollidierten diese globalen Rivalitäten auf syrischem Boden. Und das in dem Maße, wie vor allem die USA und andere dem Damaschener Regime feindlich gesonnene Staaten auf dessen Sturz durch Instrumentalisierung des bewaffnete Mittel favorisierenden Teils der syrischen Opposition setzten. Zumal es für Russland aufgrund der seit den 1950er Jahren nahezu ununterbrochen bestehenden bilateralen Beziehungen, untermauert durch einen 1982 geschlossenen und bis heute gültigen Freundschaftspakt, zugleich noch um wichtige strategische Interessen geht. Nicht nur bestehen zu Syrien seit mehr als einem halben Jahrhundert gewachsene Beziehungen mit vielfältigen gegenseitigen Verflechtungen. Das Land stellt für Russland einen der wichtigsten nächstlichen Handels- und Wirtschaftspartner dar, darunter vor allem auch auf militärischem Gebiet; verfügt es doch mit Tartus über seinen einzigen Flottenstützpunkt im Mittelmeer – wo ansonsten allein die 6. US-Flotte stationiert wäre.

Die innersyrische Krise wird dadurch kompliziert, dass sich diese globalen Rivalitäten um die künftige Ordnung der internationalen Beziehungen in hohem Maße mit rivalisierenden Ambitionen aufstrebender Regionalmächte verquicken, die das Land ihrerseits zu deren Austragungsort erkoren haben. Sowohl die Türkei als auch Saudi-Arabien und Qatar suchen den Syrien-Konflikt zur Durchsetzung eigener Vormachtinteressen in der Region – vor allem in der Auseinandersetzung mit Iran – für sich zu instrumentalisieren. Ungeachtet aller Unterschiedlichkeit ihrer Intentionen sind sie sich anscheinend darin einig, das regionale Gewicht Irans keinesfalls weiter wachsen zu lassen. Und als mehrheitlich sunnitisch ausgerichtete Staaten geht es ihren religiös motivierten Politikern bzw. Herrschern zugleich darum, den gewachsenen schiitischen Einfluss in der Region, den der Slogan vom „Schiitischen Halbmond“ so treffend wiedergibt, wieder einzudämmen.

So gesehen, fungiert Syrien als Austragungsort sowohl globaler Streitigkeiten als auch regionaler Vormachtbestrebungen. Während aus globaler Sicht vor allem die USA ihre Hegemonierolle gegen russische und chinesische Einfluss-

bemühungen zu konsolidieren suchen, geht es regional um die Durchsetzung neuer, auf der politischen Rivalität zwischen Sunniten und Schiiten beruhender Dominanzen. So sind die zum Bürgerkrieg ausgeuferten bewaffneten inner-syrischen Auseinandersetzungen zu einer Art Stellvertreterkrieg um die Vormacht in der Region mutiert, für den nicht allein und in erster Linie das Baath-Regime verantwortlich zu machen ist.

Gravierende Fehler und Versäumnisse des Baath-Regimes

Natürlich sind derartige äußere Begehrlichkeiten nicht ohne Einfluss auf das Verhalten der Herrschenden in Damaskus geblieben. Sie dienten diesen nicht nur dazu, jeglichen Protest im Lande undifferenziert als „von außen gesteuert“ abzutun. Sie haben sie auch als Rechtfertigung dafür genutzt, von Anfang an mit aller Härte, einschließlich Waffengewalt, dagegen vorzugehen. Warum sollten sie aus ihrer Sicht nicht dasselbe tun können wie der König von Bahrain, der die Protestbewegung in seinem Land – nicht zufällig auch noch Stützpunkt der 5. US-Flotte – mit tatkräftiger Unterstützung saudischer Truppen niederschlagen ließ, ohne dafür seitens westlicher Staaten oder der Arabischen Liga in irgendeiner Weise gerügt zu werden. Wie soll es für sie akzeptabel sein, wenn in westlichen Hauptstädten wie einst zu Zeiten der Mandats Herrschaft darüber entschieden wird, wer in ihrem Land regiert. Wie sollen sie nachvollziehen, dass ausgerechnet Saudis und Qataris in Syrien Demokratie und Menschenrechte einfordern, obwohl in deren Ländern nicht einmal politische Parteien und Gewerkschaften erlaubt sind und – wie im Falle Saudi-Arabiens – der Koran und die Sunna des Propheten den Rang einer Staatsverfassung haben.

So berechtigt derartige Fragestellungen auch sein mögen, können sie doch die Eigenverantwortung des Baath-Regimes für das Entstehen der Krise im Land in keiner Weise abmildern. Das gilt sowohl für den Einsatz von Gewaltmitteln gegen die eigene Bevölkerung als auch für die über die Jahre praktizierte Verschleppungstaktik bei der Inangriffnahme längst herangereifter Reformen sowie die Missachtung der im Land entstandenen sozialen Ungerechtigkeiten und Missstände.

Mit dem Befehl von Baath-Verantwortlichen zum Beschuss des friedlichen Protestmarsches am 18. März 2011 in Daraa, der vier Tote zur Folge hatte und nunmehr als das Fanal der syrischen Aufstandsbewegung gilt, hat sich das Regime mit äußerst nachhaltigen negativen Wirkungen selbst disqualifiziert. Mit diesem Einsatz von Gewalt hat es nicht nur den gleichfalls zur Gewalt neigenden oppositionellen Kräften Vorschub geleistet. Es hat sich damit selbst nolens volens in den nachfolgenden katastrophalen *Circulus vitiosus* hineinmanövriert. Zugleich beraubte es sich der Chance, gemeinsam mit der sich in Syrien formierenden friedlichen Protestbewegung einen Dialog über die künftige Entwicklung des Landes auf den Weg zu bringen und so der bewaffneten Opposition den Boden zu entziehen. Der bei seinem Amtsantritt im Sommer 2000 eigentlich noch als Hoffnungsträger gehandelte Präsident Baschar al-Assad wurde im Ergebnis all dessen für viele im In- wie Ausland zum Synonym für Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Den von der friedlichen Protestbewegung zu Recht angemahnten Schritten zur Überwindung der längst überholten autokratisch-polizeistaatlich verfassten politischen Herr-



schaftsmechanismen suchte das Regime während der bereits ausgebrochenen Krise mit nach wie vor halbherzigen politischen Konzessionen und teilweise äußerst fragwürdigen Maßnahmen zu begegnen. Die im April 2011 angekündigte Vorlage einer überarbeiteten Verfassung ließ fast ein Jahr auf sich warten, ehe sie dann Ende Februar 2012 – ohne jegliche vorherige öffentliche Diskussion – plötzlich zur Abstimmung gestellt wurde. Und das zu einem Zeitpunkt, als in einigen Teilen des Landes – so in und um Homs – bereits bürgerkriegsähnliche Auseinandersetzungen tobten. Obwohl in der neuen Verfassung durchaus einige wesentliche Einschnitte erfolgten, indem vor allem auf das bisher verfassungsmäßig verankerte „Prinzip der führenden Partei“ verzichtet wurde, ließen dann die ebenso spontan erfolgte Ansetzung der Parlamentswahlen im Mai 2012, aber vor allem die dabei mehrheitlich zugunsten der Baath-Partei erzielten Ergebnisse, wiederum ernsthafte Zweifel daran aufkommen, inwieweit es mit der Verfassungsänderung tatsächlich auch um ein wirkliches Mehrparteiensystem gehen sollte. Viel zu spät wurde auch die Aufnahme eines nationalen Dialogs angeboten; nämlich erst, als die militärische Konfrontation im Land bereits Eigendynamik angenommen hatte.

Das Schwierige der innersyrischen Situation

Zweifellos wäre es vereinfacht, die heutigen Verhältnisse in Syrien durch eine Schwarz-Weiß-Brille zu betrachten: auf der einen Seite ein in der Minderheit befindliches brutales Regime und auf der anderen Seite eine geschlossen und mit allen Mitteln dagegen opponierende Mehrheit. Indessen stellt sich die innere Lage – wenngleich sie sich im Verlauf der mehrmonatigen Auseinandersetzungen durchaus zu verändern begonnen hat – dennoch weiterhin als wesentlich vielschichtiger und diffiziler dar.

Zum einen verfügt das Baath-Regime nach wie vor über eine nicht zu vernachlässigende Anhängerschaft, die über die Jahrzehnte gewachsen ist und sich auf alle Bereiche von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft erstreckt. Deren weiteres politisches und/oder berufliches Schicksal ist unmittelbar mit dem des Regimes verknüpft. Immerhin halten auch die in der seit 1972 bestehenden Nationalen Fortschrittlichen Front vertretenen politischen Parteien und Gruppierungen, darunter die Vereinigte Syrische Kommunistische Partei und die Syrische Kommunistische Partei, nach wie vor an der Kooperation mit ihm fest. Absolut vereinfacht wäre es auch, das Baath-Regime allein auf Angehörige der alawitischen Minderheit (rund ein Zehntel der rund 22 Millionen Einwohner) zu reduzieren. Selbst wenn im Führungszirkel des jungen Assad, anders als noch bei seinem Vater, unmittelbare Angehörige des Assad-Clans zu dominieren scheinen, hat die politisch führende und ausgesprochen säkular ausgerichtete Baath-Partei ihre Mitgliedschaft stets bewusst religions- und ethnienübergreifend zu rekrutieren gesucht. So war der theoretisch-ideologische Begründer des Baathismus, Michel Aflaq, z. B. ein Christ.

Zum anderen scheint bei nicht wenigen Syrern die Sorge um die ungewisse Zukunft größer als die um das bestehende Regime. Sie fürchten, dass ihrem Land möglicherweise eine ähnliche Instabilität und Unsicherheit drohen könnte, wie Irak nach dem Fall von Saddam Hussein. Obwohl in der sich formierenden Oppositionsbewegung alle größeren religiösen und ethnischen Gruppen – Sunniten, Alawiten, Christen, Drusen und Kurden – vertreten sind, sehen sich vor allem Ange-

hörige von Minderheiten (neben den Alawiten auch die Christen, die gleichfalls etwa 10% der Bevölkerung ausmachen) von der Furcht erfasst, dass sich nach einem eventuellen Sturz des Baath-Regimes im Land die sich bereits jetzt immer stärker abzeichnenden konfessionellen und ethnischen Streitigkeiten noch weiter vertiefen und eine Aussöhnung immer unwahrscheinlicher machen könnten. Sie erwarten, dass sich die machtpolitisch bislang benachteiligte sunnitische Mehrheit dann an Minderheiten und allen, die sich nicht der Opposition angeschlossen haben, so oder so rächen wird. Noch mehr gilt das für die verschiedenen Amtsträger des Regimes, denen das unwürdige Ende von Gaddafi als ein Damoklesschwert erscheinen muss.

Bedenkenswert ist zudem, dass es der syrischen Opposition immer noch nicht gelungen ist, sich grundsätzlich über die weitere Zukunft Syriens zu verständigen. Weiterhin herrscht Uneinigkeit, von der Parole: Weg mit Assad! einmal abgesehen. Nach wie vor zeichnen sich zwei Pole ab: Auf der einen Seite stehen jene, die auf politische Mittel zur Durchsetzung des von ihnen angestrebten demokratischen Wandels setzen. Hierbei handelt es sich um das Gros der in den beiden großen Netzwerken, den in die Hunderte gehenden Lokalen Koordinierungskomitees (LCC) wie der Allgemeinen Syrischen Revolutionskommission (SRGC) versammelten und hauptsächlich im Inland agierenden Oppositionsgruppen. Auf der anderen Seite sammeln sich jene, die das Regime durch bewaffneten Kampf zu Fall bringen wollen. Das sind maßgebliche Teile der im Syrischen Nationalrat (SNC) zusammengeschlossenen Opposition, einem Gremium, das Anfang Oktober 2011 unter türkischer Ägide in Istanbul gegründet und im Februar 2012 von der EU-Außenministertagung als ein legitimer Vertreter des syrischen Volkes anerkannt wurde. Ein wesentliches Gewicht im SNC haben Vertreter der syrischen Muslimbruderschaft. Vor allem aus deren Reihen erschallt immer wieder der Ruf nach einer NATO-Intervention analog dem libyschen Beispiel. Gerade diese ausschließlich auf bewaffnete Mittel setzende syrische Opposition erfreut sich vielfältiger Unterstützung seitens der USA und anderer dem Baath-Regime offen feindlich gesinnter Staaten. So in Gestalt der Gewährung immenser Finanzmittel vor allem für Waffenkäufe einschließlich immer moderneren Kriegsgeräts (Saudi-Arabien und Qatar), der Bereitstellung von Logistik (Türkei) oder auch der Lieferung von Kommunikationsausrüstungen (USA).

In dem Maße, wie diese Unterstützung an Intensität zugenommen hat, sind nachweislich auch die innersyrischen bewaffneten Auseinandersetzungen immer weiter eskaliert. Die Einstellung des Blutvergießens hängt schon lange nicht mehr allein vom Regime ab. Dieses ist auch nicht allein für die im Lande zu beklagenden Menschenrechtsverbrechen verantwortlich zu machen.

Insbesondere die mittlerweile auf syrischem Boden operierenden verschiedenen Kampfformationen, darunter gezielt weltweit angeworbene Freiwillige und vorwiegend aus Irak und Libyen einsickernde Al-Qaida-Kämpfer sowie andere salafistische Extremisten tragen mit ihren vorwiegend terroristischen Akten – wie den sich besonders in letzter Zeit bedrohlich häufenden Autobombenattentaten – in erheblichem Maße zur immer explosiver werdenden Lage bei.

Aber auch die seit Sommer 2011 als größte bewaffnete Oppositionsgruppe im Land operierende Freie Syrische Armee (FSA) macht sich zunehmend menschenrechtlicher Ver-



gehen an der Zivilbevölkerung schuldig, obwohl sie eigentlich vorgibt, diese schützen zu wollen. Inzwischen bekundet sie zudem offen ihre Entschlossenheit, die militärischen Aktionen bis zum endgültigen Sturz des Regimes fortzuführen. Was dann wiederum das Regime – wie die Kämpfe in und um die Millionenstadt Aleppo zeigen – mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln zu verhindern sucht. Damit wird der Bürgerkrieg nicht gestoppt, sondern schwappt mehr und mehr über die Landesgrenzen hinaus. Ebenfalls erhöht sich die ohnehin latente Gefahr der Ausweitung zu einem regionalen Krieg.

Wer trägt die Schuld am Scheitern des Annan-Planes?

Angesichts der Haltung Russlands und Chinas, im Sicherheitsrat keine doppeldeutigen Resolutionen gegen einen souveränen Staat mehr passieren zu lassen, wird vom Westen, vor allem seitens der USA, Frankreichs und Großbritanniens, medienwirksam eine Mitverantwortung beider für das fortgesetzte Blutvergießen zu kolportieren versucht. Bekanntlich haben diese Staaten gegen von westlicher Seite eingebrachte Syrien-Resolutionen bereits dreimal von ihrem Veto-Recht Gebrauch gemacht. Diese waren aus ihrer Sicht unpräzise, weil allein die Gewalt seitens der syrischen Machthaber verurteilt werden sollte. Sie wollen erklärtermaßen nicht zulassen, dass – wie im Falle Libyens – eine UN-Sicherheitsratsresolution dazu missbraucht wird, um unter dem Vorwand des Prinzips der „Schutzverantwortung“ (responsibility to protect – r2p) Völkerrecht zu brechen und mit NATO-Unterstützung einen gewaltsamen Regimewandel herbeizuführen. Stattdessen plädieren sie nachdrücklich für eine politische Verhandlungslösung auch unter Einbeziehung des herrschenden Regimes und mithin dessen Unterstützer im Land. Sie haben die Annan-Mission von Anfang uneingeschränkt unterstützt.

In der Tat war mit der Berufung des ehemaligen UN-Generalsekretärs, Kofi Annan zum Sonderbeauftragten der Vereinten Nationen und der Arabischen Liga für Syrien eine reale Chance eröffnet worden, dem dortigen Blutvergießen ein Ende zu setzen und einen politischen Übergang zu einer demokratischen, pluralistisch verfassten Gesellschaft zu befördern. Dessen Sechs-Punkte-Plan, dem immerhin in Gestalt des Präsidentiellen Statements vom 21. März 2012 die volle Unterstützung des UN-Sicherheitsrates zugesagt wurde, sieht im Kern vor: Einstellung des Tötens; Zugang für humanitäre Hilfsmaßnahmen; Freilassung der politischen Gefangenen; Gewährleistung von Demonstrations- und Bewegungsfreiheit für Journalisten und ausländische Beobachter; Einleitung eines politischen Dialogs. Auch die Arabische Liga hat in der Bagdader Erklärung ihres 23. Gipfeltreffens Ende März 2012 den Annan-Plan nachdrücklich gut geheißt und sich für dessen sofortige Umsetzung ausgesprochen. Eigentlich sollte dieser ab dem 12. April 2012 in Kraft sein.

Dass dessen Realisierung nicht einfach sein würde, musste sicherlich erwartet werden. Nicht aber die Diabolik im Handeln mancher seiner westlichen und regionalen Befürworter. Die erklärten verbal die Zustimmung zu Verhandlungen auch mit dem Regime. Andererseits setzten sie weiterhin alles daran, um dessen Sturz herbeizuführen. Oder besser gesagt: die bewaffnete syrische Opposition nicht nur in ihrem Tun zu ermuntern, sondern auch noch für deren ständig wachsende Schlagkraft zu sorgen. Während sich die Betref-

fenden im Rahmen der „Aktionsgruppe für Syrien“ – zustande gekommen auf Initiative von Kofi Annan, um seine stockende Syrien-Mission voranzutreiben – am 30. Juni 2012 in Genf qua gemeinsamem Kommuniqué darauf verständigten, jeglicher Militarisierung des Syrien-Konflikts eine strikte Absage zu erteilen sowie sich einzusetzen für einen „Syrien-geleiteten politischen Prozess, der zu einem Übergang führt, der den legitimen Bestrebungen des syrischen Volkes Rechnung trägt und es dazu befähigt, unabhängig und demokratisch über seine eigene Zukunft zu befinden“ taten sie nur knapp eine Woche später genau das Gegenteil. In Abwesenheit von Russland und China riefen sie auf der mittlerweile Dritten Zusammenkunft der Ende Februar 2012 außerhalb des UN-Rahmens ins Werk gesetzten „Gruppe der Freunde des syrischen Volkes“ dezidiert zum Sturz von Assad und zur Verstärkung des Widerstandes gegen ihn auf. Zugleich drohten US-Außenministerin Clinton und der französische Präsident Hollande, Russland und China würden für ihre abweichende Haltung einen hohen Preis zu zahlen zu haben. Genau genommen also für eine Haltung, die eindeutig auf dem Annan-Ansatz und dem Genfer Kommuniqué fußt und der sie selbst – zumindest verbal – zuvor zugestimmt hatten. Damit wollten sie aber offenbar nur die Öffentlichkeit über ihre wahren Absichten hinwegtäuschen. Diese laufen darauf hinaus, die bewaffnete syrische Opposition für sich zu instrumentalisieren und diese die Schmutzarbeit verrichten zu lassen, um nach den verheerenden Fehlschlägen in Afghanistan und in Irak keine eigenen Toten mehr beklagen zu müssen. Was sich zu Zeiten des Präsidentschaftswahlkampfes des Friedensnobelpreisträgers propagandistisch äußerst schlecht machte. Um ein Vielfaches besser wäre dann schon, den Russen und Chinesen den „Schwarzen Peter“ zuzuspielen.

Solange diese Widersprüche im Handeln vor allem der äußeren Akteure bestehen und mithin keine einheitliche Einflussnahme auf die jeweiligen inneren Handlungsträger erfolgt, wird es nahezu aussichtslos sein, dem Töten dauerhaft Einhalt zu gebieten. Nicht umsonst gehen viele Experten davon aus, dass der Annan-Plan und das Genfer Kommuniqué eine letzte Chance für Syrien und die Region bedeuten. Auch Annans ab 1. September 2012 im Amt befindlicher Nachfolger Lakhdar Brahimi wird zwangsläufig scheitern, wenn westliche wie bestimmte Staaten der Region an ihrem Kurs der Unterstützung für die militante Opposition festhalten.

Die Verantwortung für Krieg und Frieden in Syrien – und in der Region insgesamt – liegt also weder allein bei dem in Damaskus herrschenden Regime noch bei Russland und China. Vielmehr ruht sie auf den Schultern ausnahmslos aller an der Syrien-Krise direkt wie indirekt beteiligten Seiten. Jegliche in westlichen Hauptstädten angestellten Planspiele – seien es solche über mögliche Optionen zum Sturz des Assad-Regimes noch solche über „The day after“ – sind, ungeachtet aller Unterschiedlichkeit schon in ihren Ansätzen insofern als fragwürdig anzusehen, als sie sich in keiner Weise der Frage stellen, was der angestrebte Sturz des Assad-Regimes für die Stabilität und Sicherheit Syriens wie der gesamten Nah- und Mittelostregion bedeuten könnte. Vielleicht kalkulieren sie ja auch einfach ein, dass Syrien zu einem weiteren failed state wird.

Um so mehr zuzustimmen ist deshalb der von Wolfgang Gehrcke Ende August abgegebenen Erklärung, wonach als Grundsätze für die Syrienpolitik der Fraktion im Bundestag gelten: Gewaltfreiheit; keine Einmischung von außen; keine



ethnische oder religiöse Aufspaltung des Landes; Entmilitarisierung aller Seiten, einschließlich des Rückzuges der Armee; Waffenstillstand, Ende des Bürgerkrieges; striktes Waffenlieferungsverbot sowohl an die „Rebellen“ als auch der russischen Lieferungen an die syrische Regierung.

Denn nur ein möglichst sofortiges Ende der Gewalt kann die einzig vernünftige Option sein.

Widersprüchliche Urteile von zwei „europäischen“ Gerichten: ungeklärte Fragen der sozialen Grundrechte der Lohnabhängigen

Von Keith Barlow, Publizist, Vorsitzender des Stadtbezirksverbandes Leipzig-Nordost der LINKEN, Mitglied der KP Britanniens

Infolge des Inkrafttretens des Vertrages von Lissabon im Dezember 2009 und der Unterzeichnung der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) durch die EU im März 2010 gibt es auf Grund widersprüchlicher Urteile auf dem Gebiet der sozialen Grundrechte der Lohnabhängigen durch zwei „europäische“ Gerichte kritische Fragen, die geklärt werden müssen. Dass in der EU zwei einschlägige Gerichte existieren, ist vielen Menschen nicht bewusst.

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) als höchstes Gericht der EU wurde 1952 anlässlich der Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (Vorläufer der 1957 gegründeten Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und heutigen EU) geschaffen. Er ist nach Artikel 19 des EU-Vertrages für die „Wahrung des Rechts bei der Auslegung und Anwendung der Verträge“ zuständig, u. a. für Klagen gegen Verletzungen der Regeln des Gemeinsamen Binnenmarktes der EU. Seine Urteile haben juristische Auswirkungen in allen 27 Mitgliedstaaten.

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) wurde 1959 auf Grundlage der EMRK von 1950 gebildet. Er geht ursprünglich auf die Gründung des Europarats (größte europäische politische Organisation mit 47 Mitgliedstaaten) im Jahre 1949 zurück. Der Europarat ist (bis jetzt) „institutionell nicht mit der EU verbunden“. Aufgabe des EGMR ist es, über Klagen gegen Verletzungen der EMRK in den 47 Mitgliedstaaten des Europarats zu entscheiden. Diese Urteile haben juristische Auswirkungen in den Staaten, die die EMRK unterzeichnet und in ihre Gesetzgebungen übernommen haben.

Mit der Unterzeichnung der EMRK durch die EU erhebt sich die Frage noch deutlicher als bisher, ob es zu Kollisionen zwischen den Regeln des Gemeinsamen Binnenmarktes und den Normen der EMRK kommen kann. In der EU sind laut Vertrag „wirtschaftliche Freiheiten“, wie Niederlassungs- und Dienstleistungsfreiheit sowie Kapitalverkehrsfreiheit gewährleistet, die in der EMRK nicht vorkommen. Daraus ergibt sich die Frage, was in der EU Vorrang hat, die „wirtschaftlichen Freiheiten“ oder die sozialen Grundrechte der Lohnabhängigen in ihren Mitgliedstaaten. Dazu die Frage, welche Rolle die EMRK, insbesondere Artikel 11, spielt?

Artikel 11:

Versammlungs-, Vereinigungs- und Koalitionsfreiheit

1. Jede Person hat das Recht, sich frei und friedlich mit anderen zu versammeln und sich frei mit anderen zusammenzuschließen; dazu gehört auch das Recht, zum Schutz seiner Interessen Gewerkschaften zu gründen und Gewerkschaften beizutreten.
2. Die Ausübung dieser Rechte darf nur Einschränkungen unterworfen werden, die gesetzlich vorgesehen und in einer demokratischen Gesellschaft notwendig sind für die nationale oder öffentliche Sicherheit, zur Aufrechterhaltung der Ordnung oder zur Verhütung von Straftaten, zum Schutz der Gesundheit oder der Moral oder zum Schutz der Rechte und Freiheiten anderer. Dieser Artikel steht rechtmäßigen Einschränkungen der Ausübung dieser Rechte für Angehörige der Streitkräfte, der Polizei oder der Staatsverwaltung nicht entgegen.

Obwohl die EMRK deutlich macht, dass die Rechte der Lohnabhängigen zum Grundbestand der Menschenrechte gehören, fixiert Artikel 11 diese Rechte nur eingeschränkt, z. B.:

Erstens ist dies der Fall, weil Einschränkungen dieser Rechte in bestimmten Berufen möglich sind. Ein Beispiel dafür war das Gewerkschaftsverbot für Kollegen bei der Geheimdienstbehörde Government Communication's Headquarters (GCHQ) im englischen Cheltenham, das Margaret Thatcher 1984 erteilte. Sie wurden gezwungen, sich zwischen dem Austritt aus ihren Gewerkschaften oder dem Verlust ihrer Arbeit zu entscheiden. Eine Klage ihrer Gewerkschaften, nach der Niederlage vor den britischen Gerichten 1988 in Straßburg wurde unter Hinweis auf die von der Regierung Thatcher geltend gemachten Interessen der „nationalen Sicherheit“ zurückgewiesen. Nur aus diesen Gründen scheiterte die Klage, obwohl man vermuten kann, dass dieser Schritt mehr mit dem generellen Angriff dieser Regierung auf die Gewerkschaften zu tun hatte. 1997 machte die neu gewählte Regierung Blair dieses Verbot rückgängig.

Zweitens definiert Artikel 11 nicht genau, wie die Rechte der Lohnabhängigen in den einzelnen Staaten umgesetzt werden sollen. Dies hatte zur Folge, dass bis 2002 keine Klage von Gewerkschaften in Straßburg nach Artikel 11 erfolgreich war. Im Jahre 1975 gab es Klagen der belgischen Polizeigewerkschaft sowie der schwedischen Lokführergewerkschaft gegen ihre Regierungen. Es ging um die Anerkennung der Gewerkschaften bei Kollektivverhandlungen. Die erste Klage scheiterte, weil der EGMR der Meinung war, die Polizeigewerkschaft habe ohnehin schon ausreichende Möglichkeiten zur Wahrnehmung der Interessen ihrer Mitglieder. Die zweite Klage wurde mit der Begründung vom EGMR zurückgewiesen, es gäbe im öffentlichen Dienst kein [automatisches] Recht der Gewerkschaften, an Kollektivverhandlungen teilzunehmen.

Drittens, trotz des Versäumnisses des EGMR, die Interessen von Gewerkschaften und Gewerkschaftlern ausreichend zu schützen, wurde Artikel 11 der EMRK in Straßburg so ausgelegt, dass er auch ein „Recht“ auf negative Koalitionsfreiheit einschließt, d. h. das „Recht“ sich nicht zu vereinigen, also nicht einer bestimmten Gewerkschaft beizutreten. Das war von den Verfassern der Konvention nicht beabsichtigt. Der erste derartige Fall kam 1981 vor den EGMR. Das war die erfolgreiche Klage von drei ehemaligen Angestellten der britischen Eisenbahngesellschaft British Rail, die 1976 infol-



ge ihrer Weigerung einer der dort organisierten Gewerkschaften beizutreten, mit denen es ein closed-shop Abkommen gab, gekündigt wurden. Da der Angeklagte in Straßburg infolge ihres Wahlsieges bei der Unterhauswahl 1979 die Regierung Thatcher war, kamen einige Juristen auf dem Gebiet des Arbeitsrechts zu der Auffassung, dass diese Regierung wegen ihrer grundsätzlichen Ablehnung der closed shop-Verbindungen, nicht mit den besten Argumenten vor dem Gericht auftrat. Wenn sie dies getan hätte, wäre dieser Fall wahrscheinlich anders entschieden worden.

Viertens sind die Rechte der Lohnabhängigen in Artikel 11 der EMRK nicht so ausführlich dargelegt, wie in dem Übereinkommen Nr. 87 (zur Vereinigungsfreiheit und zum Schutz des Vereinigungsrechts) sowie ihrem Gegenstück Nr. 98 (zur Anwendung der Grundsätze des Koalitionsrechts und des Rechtes zu Kollektivverhandlungen) der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) aus den Jahren 1948 bzw. 1949. So sind z. B. laut Übereinkommen Nr. 98 Artikel 2 Einmischungen in Organisationen der Arbeitnehmer mit dem Ziel diese unter den Einfluss des „Arbeitgebers“ zu bringen, untersagt. Diese beide Übereinkommen, die seit Jahren von zahlreichen Staaten, insbesondere in Europa (Ost und West), ratifiziert worden sind, fixierten in der Nachkriegszeit die Grundrechte der Lohnabhängigen auf internationaler Ebene. Ihre Eckpunkte sind in weiteren Abkommen auf internationaler und „europäischer“ Ebene sowie in Verfassungen verankert, wenn sie auch in einzelnen Staaten nicht so weit umgesetzt wurden, wie ursprünglich beabsichtigt.

Historische Kehrtwende in Straßburg

Ein Grundsatzurteil zu Artikel 11 der EMRK, das als historisch bewertet werden kann, erging im Juli 2002 im Fall Wilson und Palmer.

Im Jahre 1989 erhielt David Wilson, ein ehrenamtlicher Funktionär seiner Gewerkschaft National Union of Journalists (NUJ), von seinem Arbeitgeber, der Boulevardzeitung Daily Mail, die Mitteilung, dass die Anerkennungsvereinbarung mit der NUJ nicht erneuert werde. Jeder, der bereit sei, einen neuen Einzelvertrag mit dem Betrieb zu unterschreiben, erhalte eine Gehaltserhöhung von 4,5 Prozent rückwirkend für drei Monate. Wilson lehnte dies ab und klagte erfolgreich vor einem Arbeitsgericht. Das Unternehmen ging in Revision und gewann. Wilson und die NUJ gingen vor dem Court of Appeal in Berufung und gewannen. Zur selben Zeit (1993) entschied dieses Gericht in einer ähnlichen Klage zu Gunsten von Terry Palmer und anderen Mitgliedern der Eisenbahngewerkschaft National Union of Rail, Maritime and Transport Workers, die von Lohnerhöhungen ausgeschlossen wurden, weil sie nicht bereit waren, auf die Vertretung ihrer Rechte durch die Gewerkschaft zu verzichten. Diese Fälle kamen 1995 vor das House of Lords, damals das höchste Gericht in GB. Dort wurden die Urteile des Court of Appeal aufgehoben. Nach dieser Niederlage blieb die letzte Hoffnung Straßburg.

Laut Keith Ewing, Professor für öffentliches Recht am Londoner King's College, stärkte dieses Urteil des EGMR das Recht der lohnabhängig Beschäftigten unter Artikel 11 der EMRK in folgender Hinsicht:

Erstens wurde das Recht jedes Gewerkschaftsmitglieds auf Schutz vor Diskriminierung gestärkt. Der EGMR berücksichtigte auch das Diskriminierungsverbot laut Artikel 14 der EKMR.

Zweitens stärkte das Urteil das Recht jedes Arbeiters auf Begleitung durch eine Vertrauensperson, z. B. einen Funktionär seiner Gewerkschaft, falls er zu seinem Chef gerufen wird.

Drittens bekräftigte dieses Urteil das Recht der Gewerkschaften, sich zu organisieren und ihre Mitglieder zu vertreten.

Viertens stärkte es die Anerkennung der Gewerkschaften durch den Arbeitgeber.

Fünftens wurde das Recht der Gewerkschaften bekräftigt, ihre eigenen Satzungen und Statuten zu beschließen, was das Recht auf Streik einschließt.

Im Zusammenhang mit dem fünften Punkt ist es wichtig auf Artikel 3 des ILO Übereinkommens Nr. 87 zu verweisen:

1. Die Organisationen der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber haben das Recht, sich Satzungen und Geschäftsordnungen zu geben, ihre Vertreter frei zu wählen, ihre Geschäftsführung und Tätigkeit zu regeln und ihr Programm aufzustellen.
 2. Die Behörden haben sich jedes Eingriffes zu enthalten, der geeignet wäre, dieses Recht zu beschränken oder dessen rechtmäßige Ausübung zu behindern.
- Das Wort *Tätigkeit* schließt Streiks ein. Mit Behörden sind der Staat und die Regierung gemeint.

Der fünfte Punkt wurde im Jahr 2007 in Straßburg im Fall der britischen Lokführergewerkschaft Associated Society of Locomotive Engineers and Firemen (ASLEF) bedeutsam. ASLEF hatte beschlossen, dass Mitglieder rassistischer und faschistischer Organisationen kein Recht auf Mitgliedschaft in ihrer Gewerkschaft haben, weil ihre Ziele grundsätzlich gegen die Gewerkschaftsbewegung gerichtet sind. ASLEF schloss ein Mitglied der rechtsextrem British National Party aus. Auf der Basis des Trade Union Reform and Employment Rights Act aus dem Jahre 1993, in dem ein Ausschluss aus einer Gewerkschaft wegen der Zugehörigkeit in politischen Parteien untersagt ist, kam der Fall vor Gericht. ASLEF entschied, sich direkt an Straßburg zu wenden und der EGMR entschied zu Gunsten von ASLEF. Im Hinblick auf das ILO-Übereinkommen Nr. 87 (Artikel 3) erklärte das Gericht, Artikel 11 könne nicht dahingehend interpretiert werden, dass eine Organisation verpflichtet ist, jedermann als Mitglied aufzunehmen, der beitreten will. Wenn Organisationen durch Menschen gegründet werden, die gemeinsame Ziele haben, wäre es nicht im Sinne dieser Freiheit, wenn sie keinerlei Kontrolle über ihre Mitglieder hätten. Dieses Urteil ist nicht nur wichtig, falls Gewerkschaften in anderen europäischen Staaten ein solches Vorgehen in ihrem Kampf gegen Rassismus und Faschismus beschließen sollten. Damit berücksichtigte der EGMR zugleich einen Eckpunkt des o. g. ILO-Übereinkommens und stärkte Artikel 11 der EMRK.

Das Urteil im Fall Wilson und Palmer hat nicht nur bestätigt, was schon Rechtslage in verschiedenen Abkommen ist, sondern auch, dass es juristische Auswirkungen in den Staaten hat, die die EMRK unterzeichnet und ratifiziert haben. Das schließt Großbritannien ein. Dieses Urteil zeigt insbesondere, dass dort die Rechte der Lohnabhängigen nach den Gesetzen von Margaret Thatcher und John Major nicht die Minimalnormen der EMRK erfüllen. Es ist auch erkennbar, dass sich der harte Kern dieser Gesetze nach 13 Jahren „New Labour“ kaum verändert hat, obwohl Straßburg 2002 dafür die Gelegenheit schuf. Die damals oppositionellen Konservativen, von den schweren Niederlagen bei den Unter-



hauswahlen von 1997 und 2001 noch deutlich geschwächt, wären kaum in der Lage gewesen, die Autorität dieses Gerichts ernsthaft in Frage zu stellen.

Widersprüchliche Urteile in Luxemburg

Nach Wilson und Palmer muss man sich fragen, wie die Urteile in den Fällen Viking und Laval des EuGH vom Dezember 2007 zu bewerten sind.

Im Fall Viking handelte es sich um die Klage der finnischen Reederei Viking Line gegen die finnische Seeleutengewerkschaft (FSU) und die Internationale Transportarbeiter-Föderation ITF. Eine ihrer Fähren, die Rosella, fuhr unter finnischer Flagge zwischen Tallin und Helsinki und machte Verluste. Um diese zu vermeiden, beabsichtigte Viking 2003 (kurz vor dem EU-Beitritt Estlands) die Rosella von Finnland auf Estland umzuflaggen und dort zu registrieren, um die Arbeitsbedingungen der finnischen Beschäftigten auf das Niveau von Estland zu drücken. Die FSU mit der Unterstützung der ITF reagierten mit Streiks. Viking klagte gegen die Gewerkschaften auf Schadenersatz und behauptete, dieser Streik sei eine Verletzung des Rechts eines Unternehmers auf Niederlassungsfreiheit – damals nach Artikel 43 des EG-Vertrages, jetzt nach Artikel 49 des Vertrages über die Arbeitsweise der EU (VAEU). In seinem Urteil vom 11. Dezember 2007 entschied der EuGH zu Gunsten des Klägers Viking.

Im zweiten Fall wurde die lettische Firma Laval beauftragt, eine Schule im schwedischen Vaxholm zu bauen. Die Arbeiter aus Lettland wurden zu lettischen und nicht zu örtlichen Bedingungen beschäftigt. Die schwedischen Bauergewerkschaften wollten daraufhin Laval veranlassen, ihre lettischen Arbeiter nach den Normen Schwedens zu entlohnen. Die Gewerkschaften organisierten Blockaden gegen Lavals Baustellen in Schweden. Dies führte zur Insolvenz ihrer schwedischen Tochterfirma. Laval klagte gegen die schwedischen Gewerkschaften auf Schadenersatz. Der Fall kam vor den EuGH. In seinem Urteil vom 18. Dezember 2007 entschied er, diese Blockaden seien eine Verletzung des Rechts eines Unternehmers auf Dienstleistungsfreiheit – damals nach Artikel 49 des EG-Vertrages, jetzt nach Artikel 56 des VAEU.

Auch wenn der EuGH in den oben genannten Urteilen erstmals anerkannte, dass „das Recht auf Durchführung einer kollektiven Maßnahme, einschließlich des Streikrechts, als Grundrecht fester Bestandteil der allgemeinen Grundsätze des EU-Rechts“ ist, wurde es gleichzeitig mit Einschränkungen versehen – mit der Folge, dass es insbesondere in cross-border Auseinandersetzungen, nie umgesetzt werden kann, ohne dass Schadenersatzklagen befürchtet werden müssen. Dabei hat der EuGH auch das Streikrecht laut Artikel 28 der Charta der Grundrechte der EU eingeschränkt sowie das Streikrecht laut Artikel 6 (4) der vom Europarat beschlossenen Europäischen Sozialcharta 1961 und ihrer revidierten Fassung aus dem Jahr 1996 untergraben. Die „Anerkennung“ des Streikrechts durch den EuGH erfolgte erwartungsgemäß auch unter dem Vorbehalt, dass dies als letztes Mittel und verhältnismäßig gegenüber den Interessen der Unternehmer sowie den öffentlichen Interessen angewandt werden sollte. Bei der Maßgabe des letzten Mittels besteht die Gefahr, dass die Arbeiter bei Streiks benachteiligt werden. Was als verhältnismäßig angesehen wird, entscheiden die Richter auf der Grundlage der neoliberalen Regeln des Binnenmarkts. Bei Viking und Laval gaben diese Re-

geln den Ausschlag und bewirkten Angriffe auf das Streikrecht. Bei Gewerkschaften und Gewerkschaftern auf unserem Kontinent haben diese Urteile für Unruhe gesorgt.

Bei Laval sowie bei Ruffert und Luxemburg ging es um die Interpretation der EU-Entsenderichtlinie (Richtlinie 96/71/EG). Obwohl sie besagt, dass für ausländische Arbeiter die Arbeitsbedingungen des Ziellandes gelten sollen, wurden damals nach Artikel 49 des EG-Vertrages alle Beschränkungen des grenzüberschreitenden Dienstleistungsverkehrs innerhalb der EU untersagt.

Im Fall Ruffert wurde zwischen dem Land Niedersachsen und Dirk Ruffert als Insolvenzverwalter der Firma Objekt und Bauregie GmbH und Co KG ein Vertrag geschlossen, wonach ein polnisches Subunternehmen dieser Firma beauftragt wurde, in Göttingen ein Gefängnis zu bauen. Das Land schreibt vor, dass bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen das betroffene Unternehmen und dessen Zulieferer zu den am Ort der ausgeführten Arbeit tarifvertraglich festgelegten Konditionen, entlohnen sollen. Da dieses Subunternehmen seinen Arbeitern nur 46,57 Prozent des ortsüblichen Tariflohns zahlte, kündigte das Land den Vertrag mit dieser Firma. Am 3. April 2008 entschied der EuGH mit Sitz in Luxemburg, dass dem Gemeinschaftsrecht der EU Regelungen entgegenstünden, in denen bei der Vergabe öffentlicher Aufträge sogenannte Tariftreueklauseln gefordert werden. Ähnlich entschied er im Fall Luxemburg am 19. Juni 2008. Schutzvorschriften, die ein EU-Staat (hier Luxemburg) für entsandte Arbeiter erlassen hatte, seien unvereinbar mit EU-Recht, insbesondere mit der Entsenderichtlinie.

Um Lohnabhängige künftig vor solchen Urteilen zu schützen, forderten die Gewerkschaften in den Mitgliedstaaten der EU ohne Erfolg die Einfügung eines „Protokolls über den sozialen Fortschritt“ in den Vertrag von Lissabon, um grundlegenden Sozialrechten den Vorrang gegenüber „wirtschaftlichen Freiheiten“ einzuräumen. Gleichzeitig forderten sie eine Überarbeitung der EU Entsenderichtlinie.

Infolge des Inkrafttretens von Lissabon und der Unterzeichnung der EKMR erhebt sich die Frage, ob der EGMR danach in den oben genannten Urteilen anders entschieden hätte. Auf der Basis von Wilson und Palmer sowie ASLEF wäre dies höchst wahrscheinlich. Ob eine Ratifizierung der Beitrittsbedingungen der EKMR durch die 47 Staaten des Europarates zu anderen Urteilen als diese vom EuGH geführt hätten, ist eine andere Frage. Eine Bedingung des Beitritts wäre, dass die Kompetenzen der EU sowie ihrer Institutionen erhalten blieben, wie sie in verschiedenen EU-Verträgen festgelegt sind. Auch sollten bestimmte Merkmalen der EU und ihres Rechtssystems beibehalten werden. Deshalb muss eine wichtige Frage gestellt werden. Würden grundlegende Sozialrechte der Lohnabhängigen infolge des Beitritts zur EKMR Vorrang gegenüber „wirtschaftlichen Freiheiten“ haben? Dies ist zu bezweifeln.

Um gewerkschaftlichen Unmut gegenüber den oben genannten Urteilen des EuGH zu beruhigen und sich die notwendigen Stimmen aus den Reihen der Sozialdemokraten für seine Wiederwahl als EU-Kommissionspräsident des Europaparlaments im September 2009 zu sichern, versprach José Manuel Barroso, eine „rechtliche Regelung“ zu finden, um die „Lücken“ in diesen Urteilen „wieder zu schließen“.

Dabei ist es wichtig zu wissen, dass die EU-Kommission am 21. März 2012 gleichzeitig mit den Verhandlungen über den Beitrittsvertrag der EU zur EKMR Vorschläge veröffent-



lichte, womit die Rechtsprechung des EuGH im Geist von Viking und Laval außergerichtlich umgesetzt werden könnte. Vorgeschlagen wurde u. a. die Einführung eines „Warnmechanismus“ in Fällen von Streiks. Bei „gravierenden Handlungen oder Umständen, die die effiziente Ausübung der Niederlassungs- oder der Dienstleistungsfreiheit berühren, ... setzt der betroffene Mitgliedstaat unverzüglich den Niederlassungs- oder Herkunftsmitgliedstaat des Dienstleisters und/oder andere betroffene Mitgliedstaaten sowie die Kommission in Kenntnis.“ Dann käme der nächste Schritt. Der Weg für das betroffene Unternehmen bzw. den Staat wäre noch offener als jetzt, gerichtliche Verfügungen gegen Gewerkschaften zu erwirken, um solche Streikaktion zu stoppen. Die Gerichte sollen also mehr Macht erhalten, die Gewerkschaften zu knebeln, ohne deren Interessen zu berücksichtigen. Also hätten für die EU „wirtschaftliche Freiheiten“ weiterhin Vorrang vor den sozialen Grundrechten der Lohnabhängigen. Mit der Veröffentlichung dieser Verordnung wird klar, dass Barroso anderes im Sinne hat(te), als er 2009 versprach.

„Monti II“ beachtet nicht, dass sich die Rechtsprechung des EGMR auf der Grundlage von Artikel 11 in eine ganz andere Richtung entwickelte, als die des EuGH. In seiner Stellungnahme zu „Monti II“ stellte der Österreichische Gewerkschaftsbund die aktuelle Rechtslage auf unserem Kontinent klar: „Die EMRK hat gegenüber EU-Recht eindeutig Vorrang. Der EGMR hat unter Bezugnahme auf die Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit nach Artikel 11 EMRK nicht nur das Recht auf Kollektivverhandlungen, sondern auch das Streikrecht bejaht. Wirtschaftliche Marktfreiheiten stellen kein ‚dringendes gesellschaftliches Bedürfnis‘ dar, mit dem ein Eingriff in das ‚Menschenrecht Streikrecht‘ gerechtfertigt werden könnte“. „Monti II“ ignoriert die EMRK und die nachfolgenden Urteile.

Straßburg klärt die Rechtslage auf unserem Kontinent

Ein Jahr nach Viking und Laval und im selbem Jahr wie Rüfert und Luxemburg darf man die Bedeutung von zwei neuen Grundsatzurteilen unter Artikel 11 in Straßburg nicht unterschätzen. Diesmal ergingen sie nicht gegen einen Mitgliedsstaat der EU, sondern einen Staat, der die Absicht hat, der EU beizutreten, der aber gleichzeitig nicht selten wegen Menschenrechtsfragen in der Kritik steht: die Türkei. Das erste Urteil erging 2008 im Fall von Demir und Baykara und das zweite am 21. April 2009 im Fall von Enerji Yapi-Yol Sen.

Frau Vemal Demir war Mitglied einer in Istanbul ansässigen Beamten-Gewerkschaft (Tüm Bel Sen) und Herr Vicdan Baykara der Chef dieser Gewerkschaft. Diese wurde 1990 gegründet und die Gemeinde von Gaziantep handelte eine Kollektivvereinbarung mit ihr aus. Das Ziel bestand darin, die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten der Gemeinde zu regeln. Die Laufzeit dieser Vereinbarung war zwei Jahre und begann am 1. Januar 1993. Kurz danach zeigte sich, dass die Gemeinde ihren Teil der Vereinbarungen nicht erfüllte. Baykara klagte erfolgreich gegen die Gemeinde vor dem örtlichen Kreisgericht. Die Gemeinde ging in Berufung und gewann. Nach einem dreijährigen Hickhack vor türkischen Gerichten wandte sich Tüm Bel Sen 1996 an den EGMR.

Der Fall wurde 2006 zunächst vor einer [kleineren] Kammer aus sieben Richtern, verhandelt. Diese entschied, dass die Gemeinde Artikel 11 aus zwei Gründe verletzt habe: ers-

tens wegen des Rechts der Kläger, als Beamte eine Gewerkschaft zu gründen und zweitens wegen der Verletzung der Kollektivvereinbarung selbst. Die Türkei ging vor der Großen Kammer des EGMR mit 17 Richtern in Berufung. Am 12. November 2008 wurde das Urteil der [kleineren] Kammer von der Großen Kammer einstimmig bestätigt.

Die Bedeutung dieses Urteils liegt nicht nur darin, dass „das Recht, zum Schutz seiner Interessen Gewerkschaften zu gründen und Gewerkschaften beizutreten“ als Eckpunkt von Artikel 11 eine weitere Stärkung erfahren hat, sondern auch, dass der EGMR in der Tat, seine Urteile aus dem Jahr 1975 (s. o.) aufgehoben hat. Ein weiterer Punkt: Nur unter bestimmten Bedingungen sind nach Artikel 11 Einschränkungen dieser Rechte möglich (s. o.). In diesem Fall trafen derartige Bedingungen nicht zu. Mit diesem Urteil wurde klar, dass sich der EGMR in eine andere Richtung als der EuGH bewegt, was einen „Konflikt“ zwischen den beiden Gerichten erwarten lässt.

Danach gab es eine weitere Stärkung von Artikel 11 durch das Urteil im Fall von Enerji Yapi-Yol Sen. Dieser Fall betraf ein staatliches Verbot gegenüber Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes wegen der Beteiligung an Arbeitskampfmaßnahmen. Dort entschied Straßburg, dass Disziplinarmaßnahmen gegen Beschäftigte des öffentlichen Dienstes, die an einem „landesweiten Ein-Tag-Streik“ für die Anerkennung ihres Rechts auf einem Tarifvertrag teilgenommen hatten, eine Verletzung von Artikel 11 ist.

Danach gab es weitere Urteile in Straßburg, in denen die Türkei wegen Verstößen gegen Artikel 11 gerügt wurde. Einer ist der Fall Kaya und Seyhan. Am 15. September 2009 wurde entschieden, dass Disziplinarmaßnahmen gegen Lehrer wegen ihrer Beteiligung an einem von ihrer Gewerkschaft organisierten nationalen Streik einen Verstoß gegen Artikel 11 darstellen. Ein weiteres Urteil erging im Fall Sisman und andere. Am 27. September 2011 wurde entschieden, dass Disziplinarmaßnahmen gegen Mitarbeiter des Steuerbüros des Finanzministeriums wegen Anbringung von Aufrufen zur jährlichen 1. Mai-Demonstration an anderen Stellen als den dafür gekennzeichneten Orten Einschränkungen der gewerkschaftlichen Tätigkeit und deshalb nicht nur gegen Artikel 11 sondern auch gegen Artikel 13 (das Recht auf wirksame Beschwerde) der EMRK sind.

Durch diese Urteile gegen die Türkei hat der EGMR die Rechtslage bezüglich Artikel 11 der EMRK in Europa geklärt. Es ist deshalb klar, dass die widersprüchlichen Urteile der beiden „europäischen“ Gerichte in den oben genannten Fällen kritische Fragen bezüglich der hart erkämpften sozialen Grundrechte der Lohnabhängigen beim Beitritt der EU zur EMRK aufwerfen, die geklärt werden müssen. Bis jetzt sind die „Monti II“-Vorschläge nicht beschlossen. Aber dass diese Vorschläge parallel zu den Verhandlungen über den Beitritt der EU zur EMRK vorgelegt wurden, zeigt, wo die EU beim Thema der sozialen Grundrechte der Lohnabhängigen eigentlich steht.

Die Gewerkschaften der EU-Mitgliedstaaten sehen in Artikel 11 und den daraus folgenden Urteilen von Straßburg gute Gründe für den Beitritt der EU zur EMRK. Aber die genauen Bedingungen für den Beitritt müssen ernsthaft geprüft werden, um zu sichern, dass die Rechte auf Versammlungs-, Vereinigungs- und Koalitionsfreiheit unantastbar bleiben und nicht durch so genannte wirtschaftliche Freiheiten untergraben werden.



Man darf auch nicht vergessen, dass wegen der Schulden- und Finanzkrise in verschiedenen Mitgliedstaaten der EU drastische Einschnitte im sozialen Bereich und bei den sozialen Grundrechten durchgepeitscht werden. Und nach wie vor gilt: Der Grundsatz der EU-Wirtschaftspolitik, der in den verschiedenen Kernverträgen der EU, nicht zuletzt im Vertrag von Lissabon, festgeschrieben ist, bleibt der „Grundsatz einer offenen Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb“ (VAEU Artikel 119 Abs. 1).

Das Thema Versammlungs-, Vereinigungs- und Koalitionsfreiheit bleibt daher für Gewerkschaften, Gewerkschafter und für linke Kräfte auf unserem Kontinent höchst aktuell. Straßburg hat in den letzten Jahren bestätigt, dass diese Freiheiten zum Grundbestand der Menschenrechte gehören. Sie dürfen nicht durch die Schatten von Viking und Laval beeinträchtigt werden.

Sozialismusauffassungen, die den gegenwärtigen Veränderungen in Kuba zugrundeliegen

Von Camila Piñeiro Harnecker, Centro de Estudios de la Economía Cubana (CEEC)

Aus der kubanischen Zeitschrift „*Temas, cultura, ideología, sociedad*“, Nr. 70/ April – Juni 2012

Die Form, die das neue kubanische Modell annehmen wird, hängt von dem Einfluss ab, den verschiedene Arten, den Sozialismus zu verstehen und sich die Zukunft Kubas vorzustellen, entfalten werden. Wenn auch diese Positionen oder Denkrichtungen darin übereinstimmen, dass das Hauptziel auf lange Sicht eine gerechtere und von den wirtschaftlichen Schwierigkeiten, denen wir heute gegenüberstehen, befreite Gesellschaft sein soll, unterscheiden sie sich doch deutlich in ihrer Art, Gerechtigkeit und Freiheit und somit auch den Sozialismus aufzufassen. Im Hinblick auf die gegenwärtige Situation stimmen sie weitgehend überein, aber sie machen unterschiedliche Ursachen und Lösungen für die Probleme aus. Ebenso neigen sie dazu, unterschiedliche kurz- und mittelfristige Ziele zu setzen und, was noch wichtiger ist, unterschiedliche Methoden vorzuschlagen, um diese Ziele zu erreichen. Diese aber würden – wenn das auch nicht immer erkannt wird – zu unterschiedlichen Zuständen führen.

In dem vorliegenden Artikel werden die drei Hauptpositionen zum Sozialismus in Kuba untersucht, die auf die gegenwärtigen Veränderungen Einfluss nehmen: die etatistische, die ökonomistische und die auf Selbstverwaltung gerichtete. Das sind jedoch nur analytische Hilfsbegriffe, um die verschiedenen Vorstellungen von dem, was notwendig ist, um das sozialistische Projekt Kubas zu retten, in großen Zügen zu charakterisieren. Die einzige Absicht bei der Benutzung dieser Begriffe besteht darin, deren Hauptideen darzulegen. In der Realität teilen auch Personen, die man deutlich mit einer dieser Positionen identifizieren kann, gleichzeitig einige Punkte der anderen. Die Unterschiede zwischen diesen drei Denkströmungen werden sichtbar, wenn man analysiert, welche Ziele ihre Sozialismusauffassungen verfolgen, welche Hauptprobleme der kubanischen Gesellschaft von heute sie benennen, und welche Lösungen sie vorschlagen, wenn sie

ihre unterschiedlichen Strategien für den Aufbau des Sozialismus darlegen.

Die vorliegende Arbeit beruht auf einer unvoreingenommenen Analyse des öffentlichen Diskurses – offizielle Erklärungen, formale und informale Diskussionen, Aussagen in Medien – sowie Publikationen akademischen und journalistischen Charakters von Kubanern in den letzten Jahren. Ihr Ziel ist es, zur Konsensbildung in so zentralen Fragen wie den Zielen und Mitteln der gegenwärtig erprobten Veränderungen beizutragen.

Die Auffassungen verschiedener Denkströmungen

Die etatistische Strömung: Vervollkommnung des Staatssozialismus

Für die Etatisten ist das Hauptziel des Sozialismus ein gut verwalteter repräsentativer Staat, der die Gesellschaft kontrolliert. Das Schwergewicht wird darauf gelegt, einen starken Staat zu erreichen, nicht einen umfangreicheren, einen, der korrekt funktioniert und sichert, dass die Unterbenen die ihnen zukommenden Aufgaben erfüllen. Die Vertreter dieser Strömung betonen, dass der kubanische ein anderer Staat ist als die der kapitalistischen Länder, er ist „sozialistisch“, weil er den Interessen der Arbeitenden und nicht der Kapitalisten entspricht.

Den Etatisten zufolge ist die adäquateste Form, die Güter und Dienstleistungen zur Verfügung zu stellen, die alle Bürger benötigen, um ihre Grundbedürfnisse zu befriedigen, ein zentralisierter Staat mit einer vertikalen Struktur. Sie halten die horizontale Koordinierung selbstständiger Akteure, individueller oder kollektiver, für unmöglich, weil diese nur Chaos hervorbringe. Allerdings haben einige angesichts der Mängel der autoritären Planung die Existenz von Marktverhältnissen in gewissem Maße als unvermeidlich akzeptiert. Selbstständige Organisationen – besonders demokratisch geführte – bringen Konflikte hervor und fördern den Zerfall der Gesellschaft. Laut dieser Strömung des Sozialismus sind die Bürger nicht darauf vorbereitet, ihre Angelegenheiten in die Hand zu nehmen. Wenn man ihnen Gelegenheit gibt, sich an der Entscheidungsfindung zu beteiligen, haben sie nur ihre individuellen engen und kurzsichtigen Interessen im Auge. Das würde zu wirtschaftlicher Ineffizienz und zum Zerfall der Gesellschaft führen.

Der Kern der von den Etatisten vorgeschlagenen Veränderungen besteht darin, in die kubanische Gesellschaft, besonders in die Wirtschaft, Kontrolle und Disziplin zu bringen. Oberste Priorität scheint der Abbau des Haushalts- und Handelsdefizits zu haben. Das führt zu der Tendenz, sowohl den staatlichen als auch den nichtstaatlichen Unternehmen übermäßig hohe Steuern aufzuerlegen und die Kosten durch Kürzung der sozialen Dienstleistungen zu senken oder auch durch die Schließung von Betrieben, ohne zu bedenken, ob die betroffenen Gemeinden oder die Kollektive der Beschäftigten deren Verwaltung übernehmen und so den Subventionsbedarf senken könnten.

Diese Denkströmung hält tiefgreifende Veränderungen nicht für erforderlich: Mit mehr Kontrolle und Forderungen durch die Leitungen und die Partei, dazu einer gewissen Dezentralisierung und Beratung mit den Massen können die vorhandenen Institutionen angemessen funktionieren, vor



allein, wenn der Staat sich der Leitung kleiner und mittlerer Unternehmen entledigt und die Lokalregierungen über eigene Ressourcen für die Lösung von Problemen auf ihrem Territorium verfügen. Nach ihrer Meinung erledigen sich die meisten Probleme, wenn mit den staatlichen Löhnen die Grundbedürfnisse befriedigt werden können. Sie wiederholen den Aufruf von Präsident Raúl Castro, „die Arbeitsmethoden zu ändern“, aber sie schließen dabei nicht ein, den Institutionen mehr Selbstständigkeit und Demokratie zuzugestehen und wenigstens ein minimales Niveau an Transparenz zu schaffen, das es erlaubt, den Haushalt der Lokalregierungen und der staatlichen Unternehmen öffentlich zu machen.

Den Etatisten zufolge sind die Hauptprobleme der kubanischen Gesellschaft die Disziplinlosigkeit und das Fehlen von Forderungen durch die Administratoren, Funktionäre der Ministerien und Mitglieder der Partei. Das führt zu einem niedrigen Produktivitäts- und Qualitätsniveau, zu fehlender Kontrolle und Desorganisation, was es zulässt, dass die Veruntreuung von Ressourcen des Staates zu einer normalen Sache wird und sich Korruption ausbreitet. Gewiss, Kontrolle und Disziplin und mehr noch, Systematik sind tatsächlich notwendig, damit ein Projekt Erfolg hat, und diese sind unter den kubanischen Beschäftigten und Leitern nicht die gängige Praxis.

Wenn die drei Positionen auch darin übereinstimmen, dass mangelnde Kontrolle in den staatlichen Institutionen schädlich ist, unterscheiden sie sich doch darin, was die eigentlichen Ursachen dafür sind und welcher Art effektiver und gerechter Kontrollmethoden eingeführt werden sollen. Die Etatisten betonen den kulturellen Charakter des Problems, das durch Erziehung mit den traditionellen direkten oder indirekten Mitteln gelöst werden soll. Als grundsätzliche Lösung wird ein „Mentalitätswandel“ präsentiert, ohne zu konkretisieren, wie er herbeigeführt werden kann. Während die Ökonomen als Ursache des Problems die niedrigen Löhne benennen und vorschlagen, angemessene materielle Anreize einzuführen, handelt es sich für die Vertreter der Selbstverwaltung um die Art und Weise, wie die kubanischen Institutionen organisiert sind. Sie schlagen vor, Leitungsmodelle mit weniger entfremdenden sozialen Beziehungen einzuführen, die ein Gefühl der Zugehörigkeit ermöglichen und die schöpferischen Fähigkeiten der Menschen freisetzen.

Das heißt, für die Etatisten ist die Lösung eine stärkere Kontrolle und Überwachung in der vertikalen Struktur und ein bisschen – so wenig wie möglich – Selbstständigkeit für die Leiter. Man denkt nur an Organe der Kontrolle von außerhalb der Gruppe, die überwacht werden soll, wie die Kontrolle der Beschäftigten durch die Leitungsebenen oder die der Leiter durch die kürzlich geschaffene Generalkontrollkommission der Republik. Offenbar werden weder die Grenzen der externen und vertikalen Aufsicht erkannt noch die Vorteile der internen oder Selbstkontrolle des Kollektivs – der Beschäftigten oder der Gemeinden –, die sich real als Herren ihrer Angelegenheiten fühlen, bzw. der gesellschaftlichen Kontrolle der Vorgesetzten durch transparente, direkte und ständige Rechenschaftslegung in den öffentlichen Institutionen.

Es wäre ein Irrtum anzunehmen, dass die Mehrheit der Funktionäre des Staatsapparates sich mit der estatistischen Position identifizieren. Auf allen Ebenen des kubanischen Staates gibt es Menschen, die wirklich daran interessiert

sind, dessen Eingreifen in das Leben der Menschen zu verringern. In Abhängigkeit von ihrer Lebenserfahrung und ihrer Zugänglichkeit für alternative Ideen stehen sie der ökonomistischen Position oder jener der Selbstverwaltung näher. Der Etatismus findet aber viele Vertreter unter den Administratoren und staatlichen Funktionären der mittleren Ebene, die fürchten, ihren Arbeitsplatz zu verlieren, die ihre berufliche Karriere (Status, soziale Anerkennung) und/oder die Möglichkeit in Gefahr sehen, sich durch Korruption Vorteile zu verschaffen.

Diese Position wird außerdem von vielen Kubanern unterstützt, die der inkompetenten Bürokraten müde sind und wollen, dass Ordnung einzieht. Andere sind besorgt wegen der fehlenden Kontrolle in den letzten Jahrzehnten, die sich in antisozialen Verhalten äußerte, das ökonomisch und kulturell Schaden angerichtet hat. Manche Kubaner lehnen größere Veränderungen ab, weil sie befürchten, die sozialen Errungenschaften der Revolution zu verlieren. Intellektuelle, die im Marxismus sowjetischen Typs erzogen wurden, wenden sich gegen jede Art Dezentralisierung und gegen die Öffnung für private oder kollektive Organisationen, die nicht direkt vom Staat kontrolliert werden. Obwohl man glauben könnte, dass die Offiziere der Streitkräfte dem Etatismus näherstehen, betrachten einige, besonders die Leiter von Militärunternehmen, die ökonomistische Position als die pragmatischere, während andere die Vorteile der Partizipation verstehen, aber bei der Förderung des Privaten und des Marktes Gefahren für den sozialen Zusammenhalt sehen.

Die ökonomistische Strömung: Marktsozialismus als einzig gangbarer Weg

Nach Auffassung der Ökonomen soll das Hauptziel des Sozialismus die Entwicklung der Produktivkräfte sein, die als die technologische Befähigung zur Schaffung von mehr materiellem Reichtum, das heißt Wirtschaftswachstum, verstanden wird. In ihren Augen bedeutet Sozialismus die Verteilung von Reichtum, daher unterstellen die Vertreter der ökonomistischen Strömung, dass sein Aufbau erst möglich ist, wenn die Produktivkräfte sich genügend entwickelt haben. Wenn es keinen Reichtum gibt, ist nichts zu verteilen. Die gegenwärtigen Veränderungen in Kuba müssten sich daher vor allem darauf richten, ein besseres Funktionieren der kubanischen Wirtschaft zu erreichen, um das Land auf einen Pfad der Entwicklung zu bringen, die in der Lage ist, die wachsenden materiellen Bedürfnisse der Bevölkerung zu befriedigen. Außerdem, so argumentieren sie, sind bei einer wirksamen Verteilung des Reichtums alle Institutionen und Leitungsmodelle, die effektiv und produktiv sind, für den Aufbau des Sozialismus nützlich: „Ganz gleich, ob die Katze schwarz oder weiß ist, Hauptsache, sie fängt Mäuse.“

Nach Meinung der Ökonomen sind Privatisierung und Marktwirtschaft wesentlich und unverzichtbar für die wirtschaftliche Entwicklung jeder Gesellschaft, ob sozialistisch oder nicht. Dagegen sind für die Etatisten Privatunternehmen und Marktverhältnisse gefährliche, aber notwendige Übel, die vom Staat gezähmt werden können. Für die Vertreter der Selbstverwaltung sollen sie stufenweise überwunden werden durch die Ausbreitung alternativer Organisationen, die ökonomische und soziale Ziele miteinander verbinden.

Die Ökonomen erkennen als die Hauptursachen der geringen Leistung der kubanischen Wirtschaft die Zentralisation, das staatliche Handelsmonopol und das Monopol auf



die Produktion von Gütern und Dienstleistungen, die weichen Haushaltsrestriktionen und das Fehlen von materiellen Anreizen für private Initiative und Marktbeziehungen. Obgleich das nicht immer öffentlich zugegeben wird, sind sie der Ansicht, dass das privatkapitalistische Leitungsmodell (selbstständiges Unternehmen, autoritäre Leitung, die von privaten Interessen bestimmt wird) die effektivste Form der Unternehmensführung ist und dass die Märkte die effizienteste Art der Koordinierung wirtschaftlichen Handelns darstellen. Ebenso betonen sie die Wichtigkeit der Effizienz und argumentieren zu Recht, dass die Ineffizienz des staatlichen Sektors allen Kubanern Schaden zufügt, indem sie die durch die Revolution erlangten sozialen Errungenschaften unhaltbar macht.

Damit alle Akteure der Wirtschaft sich optimal verhalten, damit die Leiter die richtigen Entscheidungen treffen und die Beschäftigten die Produktivität steigern, sind nach dieser Auffassung materielle Anreize und „Marktdisziplin“ unumgänglich und zum größten Teil ausreichend. Produzenten und Konsumenten sollen die Folgen ihres Handelns in Form höherer oder geringerer Einkommen erfahren, auch wenn sie nicht selbst die Kontrolle über ihre Optionen haben. Die Ökonomen sind gegen paternalistische Beziehungen zwischen den Bürgern und den Institutionen des Staates, die dazu geführt haben, dass viele heute erwarten, dass ihre Probleme von anderen gelöst werden. Aber die Vertreter dieser Tendenz scheinen zu vergessen, dass die Rolle des Staates – auch in einer kapitalistischen Gesellschaft – darin besteht, seine Bürger zu schützen, ihre Bedürfnisse nicht direkt zu befriedigen, aber zu sichern, dass sie über die Bedingungen und Fähigkeiten verfügen, das, wenn möglich, selbst zu tun.

Diese Position hält die Besorgnisse für unbegründet, dass Privatisierung und Marktwirtschaft zum Anwachsen von Ungleichheit, zur Marginalisierung sozialer Gruppen, zur Ausbeutung der Lohnarbeiter und zur Schädigung der Umwelt führen. Solche Bedenken, so sagt man uns, soll man späteren Zeiten überlassen und nicht in den Gang der Veränderungen eingreifen. Die Kollateralfolgen der Reformen sind etwas Normales und können durch bestimmte Maßnahmen gemildert werden, behaupten die Ökonomen. Sie fordern zu akzeptieren, dass es entsprechend der Fähigkeit der Menschen, mit den neuen Marktregeln umzugehen, Gewinner und Verlierer geben wird.

Soziale Gerechtigkeit scheint eine unbequeme Sache zu sein. Für die Ökonomen sind die sozialen Ziele zu abstrakt. Es reiche aus, die Kluft zwischen hohen und niedrigen Einkommen durch das Steuersystem zu kontrollieren. Dazu komme eine Gesetzgebung, die die Verbraucher, die Lohnarbeiter und die Umwelt schützt.

Auf der Suche nach der Art und Weise, wie man das Wirtschaftswachstum beschleunigen kann, vertreten die Ökonomen die Notwendigkeit, Kuba in den Weltmarkt einzugliedern und um ausländische Investitionen zu werben. Sie berufen sich auf die unleugbare Tatsache, dass Kuba auf äußere Finanzierung nicht verzichten kann, und verweisen auf die Erfolge Chinas und Vietnams bei der Förderung ihrer Entwicklung durch das Anziehen ausländischer Direktinvestitionen. Aber sie erwähnen nicht die negativen Wirkungen der Reformen in diesen Ländern: die wachsende soziale Ungleichheit, die Missbräuche von Unternehmern und Lokalbehörden, die Unzufriedenheit, die Umweltzerstörungen und die geistige Leere.

Beeinflusst vom vorherrschenden neoklassischen ökonomischen Denken, haben die Ökonomen viele von dessen Reduktionismen und Unterstellungen übernommen, auch seine Neigung zum Ignorieren der sozialen Bedingungen und Forderungen und zum Übergehen der Vorteile der Assoziation und Kooperation zugunsten der Privatisierung und des Wettbewerbs am Markt. Indem sie das zentrale marxistische Argument zurückweisen, dass die Lohnarbeit ein Ausbeutungsverhältnis ist, vermeiden sie es auch, die kleinen selbstständigen Unternehmer, die fremde Arbeitskraft unter Vertrag nehmen, als das zu bezeichnen, was sie sind, nämlich Privatbetriebe, denn das ermöglicht ihnen, auch die sozialen Wirkungen dieses Unternehmenstyps zu ignorieren. Sie nehmen nicht zur Kenntnis, dass die Mängel des Marktes sich nicht aus mangelndem Wettbewerb ergeben, sondern dass sie auch den Wettbewerbsmärkten inhärent sind. Sie erwarten, dass mehr Wettbewerb und weniger Regulierung die Lösung sind für das kurzsichtige, kartellmäßige und antisoziale Verhalten, das viele dieser „Selbständigen“ bereits zeigen.

Diese Tendenz neigt dazu, die Argumente nicht zu beachten, die auf die Komplexität menschlichen Verhaltens und die sozialen Komponenten der Individualität hinweisen und die die Effizienz und Lebensfähigkeit demokratisch verwalteter Unternehmen erklären. In den Augen der Ökonomen ist Demokratie gut, aber sie ist ein Extra und nicht wirklich wesentlich für eine bessere Gesellschaft: Die Entscheidungen sollten Fachleute treffen. Die Aufrufe, andere Bereiche der menschlichen Selbstverwirklichung zu nutzen als nur die materiellen Güter wie harmonische zwischenmenschliche Beziehungen, berufliche Weiterentwicklung oder soziale Anerkennung, und die Warnung vor den Gefahren des unverantwortlichen Konsumzwangs erscheinen ihnen als rückständig, die individuelle Freiheit einschränkend und deshalb hinderlich für den Fortschritt der kubanischen Wirtschaft.

Ebenso wie im Falle der Etatisten wäre es ein Irrtum, in allen Akademikern oder Fachleuten der Wirtschaftswissenschaften oder einschlägig Tätigen Anhänger der ökonomistischen Position zu vermuten. Es gibt Wirtschaftswissenschaftler, die die sozialen Zielstellungen nicht unterschätzen, weil sie die Notwendigkeit erkennen, den Blick auf das soziale System in seiner Gesamtheit zu richten und wirtschaftliches Handeln in seinen Wechselbeziehungen und daher auch in seiner Verantwortung für die Auswirkungen zu sehen. Andererseits findet jedoch der Ökonomismus ein fruchtbares Terrain unter den Technokraten des Staates und den Bürokraten, die mit der Ausarbeitung neuer politischer Leitlinien beauftragt sind. Für sie ist es leichter anzunehmen, dass die privaten Akteure sich mit Hilfe der Marktgesetze selbst regulieren, denn so glauben sie soziale Bedenken beiseite lassen zu können. Die eifrigsten Ökonomen sind sicher jene Leiter staatlicher Unternehmen, die hoffen, dass man ihnen deren Geschäftsführung übertragen wird. Sie wissen, dass das Eigentum daran juristisch in den Händen des Staates bleiben wird, zumindest am Anfang, und sie dieses nach ihren Interessen verwalten können, womit sie aller Hemmnisse und Sinnlosigkeiten enthoben wären, die das System der Planwirtschaft gegenwärtig für sie beinhaltet. Mehr Selbstständigkeit und weniger Kontrolle, weniger Arbeitsplatzsicherheit und nur formale Beteiligung der Beschäftigten erscheint ihnen als ein fast perfekter Zustand.

Aber der Ökonomismus ist nicht nur unter Ökonomen, Technokraten und Leitern staatlicher Einrichtungen anzutref-



fen. Viele Kubaner, denen die Idee nahegebracht wird, dass soziale Ziele mit Effizienz und wirtschaftlicher Nachhaltigkeit unvereinbar sind, dass das Wirtschaftswachstum Chinas und Vietnams sich auf deren ausgedehnte Privatisierung und Merkantilisierung stützt, sehen die ökonomistischen Vorschläge als die einzig mögliche Lösung für die gegenwärtigen Mängel der kubanischen Wirtschaft an.

Die Anhänger der Selbstverwaltung: Nur ein demokratischer Sozialismus ist wahrer Sozialismus, der Bestand hat.

Wie die Etatisten und im Unterschied zu den Ökonomen reinsten Wassers vertreten die Befürworter der Selbstverwaltung die Notwendigkeit einer gerechteren und bestandsfähigeren sozialen Ordnung, als es der Kapitalismus ist. Sie sehen dafür aber einen Weg, der sich von dem „Staatssozialismus“, der die kubanische Version des Sozialismus stark geprägt hat und den die Etatisten erneuern wollen, wie auch vom „Marktsozialismus“, den die Ökonomen als einzig gangbaren Weg präsentieren, unterscheidet. Die Anhänger der Selbstverwaltung argumentieren, dass es einen wahren Sozialismus ohne Solidarität, ohne Gleichheit – nicht Gleichmacherei –, ohne substantielle Beteiligung der Menschen an den Entscheidungen in allen Bereichen der gesellschaftlichen Organisation, dem politischen, ökonomischen, kulturellen usw., nicht geben kann. Für sie ist das Wesen des Sozialismus die Selbstverwaltung oder Selbstregierung durch die Menschen an ihren Arbeitsplätzen, in ihren Gemeinden bis hin zur nationalen Ebene und in bestimmten Fällen sogar in der großen Familie der ganzen Menschheit. Das heißt, der Sozialismus ist Kontrolle der Gesellschaft über den Staat, die Wirtschaft, das politische System und alle Institutionen.

Inspiziert von den Vorstellungen des Sozialismus des 21. Jahrhunderts und unter Berufung auf die humanistischen, emanzipatorischen und Gleichheitsideen, die die kubanische Revolution von ihren Anfängen an geprägt haben, unterstreichen die Anhänger der Selbstverwaltung, dass das Ziel des Sozialismus die ganzheitliche Entwicklung aller Menschen sein muss. Diese höchste Glückseligkeit, Selbstverwirklichung und volle Freiheit kann erreicht werden, wenn man vor allem jedem Menschen ermöglicht, seine Fähigkeiten mittels der aktiven Teilnahme am täglichen gesellschaftlichen Handeln zu entwickeln, in erster Linie an den Entscheidungen, die ihn selbst betreffen. Den Sozialismus aufbauen heißt daher die Macht zu demokratisieren oder zu vergesellschaften, heißt die Individuen von jeder Form der Unterdrückung, Unterordnung, Diskriminierung und Ausgrenzung zu befreien, die in die Befriedigung seiner materiellen und geistigen Bedürfnisse eingreifen. Die Anhänger der Selbstverwaltung streben nach Emanzipation sowohl von einem unterdrückenden Staat als auch von nichtdemokratischen wirtschaftlichen Institutionen, die die Bedürfnisse der Mehrheit nicht befriedigen, wie private und konventionelle staatliche Unternehmen, Märkte oder vertikale Verteilungsmechanismen.

Für sie kann das Ziel des kubanischen Sozialismus nicht nur darin bestehen, die wachsenden materiellen Bedürfnisse der Bürger zu decken, sondern auch die Bedingungen zu schaffen, die es ihnen gestatten, ihre Fähigkeiten als menschliche Wesen voll zu entwickeln und so ihre materiellen und geistigen Bedürfnisse zu befriedigen. Sie verstehen, dass die Ersteren sich verändern werden, wenn das tägliche

Leben freier wird. Obwohl die Lohnarbeits- und Marktverhältnisse auch Formen der Unterdrückung sind, sind sich die Anhänger dieser Strömung mehrheitlich einig, dass sie nicht verboten werden sollten, dass vielmehr die Gesellschaft zu ihrer allmählichen Überwindung oder (nicht absoluten) Beseitigung voranschreiten soll, indem die demokratisch geleiteten Unternehmen und die horizontalen gesellschaftlichen Beziehungen (oder „vergesellschafteten Märkte“) effektiver und attraktiver werden.

Das Hauptproblem des kubanischen Sozialismus ist nicht, dass die Politik sich über die Wirtschaft erhoben hat, wie die Ökonomen behaupten, sondern wie diese „Politik“ definiert worden ist. Die Befürworter der Selbstverwaltung führen an, dass die Entscheidungen auf staatlicher Ebene und selbst in den Lokalregierungen und Betrieben sehr oft ohne wirkliche Beteiligung des Volkes getroffen wurden und so die Vorteile der Partizipation verloren gegangen sind. Die Bedingungen für den Erfolg der Wirtschaftstätigkeit – oder die „ökonomischen Gesetze“, an die uns die Ökonomen immer erinnern – wären berücksichtigt worden, wenn die Beschlussfassung die Beteiligung aller sozialen Gruppen ermöglicht hätte, die von diesen Entscheidungen betroffen waren, und wenn die Einschätzungen der Fachleute gehört worden wären. Die geringe oder gar nicht vorhandene demokratische Beteiligung an den politischen und wirtschaftlichen Institutionen, die ungenügende demokratische Kontrolle der Exekutiv- und Leitungsorgane bewirkt (neben den niedrigen Einkünften) die geringe Motivierung zur Arbeit, falsche Leitungsentscheidungen und Korruption auf allen Ebenen des Staates.

Obwohl die Vertreter der Selbstverwaltung mit den Etatisten in der Notwendigkeit übereinstimmen, eine stärkere Kontrolle auszuüben, und ebenso wie die Ökonomen in den kubanischen Institutionen ein kohärentes System von Anreizen einführen wollen, sehen sie andere Ursachen der Probleme und schlagen andere Lösungen vor. Die schwache Leistung der staatlichen Einrichtungen ist hauptsächlich eine Folge des wenig entwickelten Eigentümerbewusstseins der Beschäftigten bis hin zu den Leitern. Im Unterschied zu den beiden anderen Strömungen ist diese Denkrichtung der Ansicht, dass die Probleme bei der Verwirklichung eines Eigentümerbewusstseins in den staatlichen Institutionen sich im Wesentlichen aus der Art des Prozesses der Entscheidungsfindung und den sozialen Beziehungen innerhalb dieser Institutionen herleiten und nicht grundlegend aus dem Mangel an Erziehung oder dem Bedarf an privaten Anreizen. Ohne echtes Eigentum (was nicht dasselbe ist wie juristisches Eigentum) der Werktätigen wird es keine Motivation geben, die Ressourcen richtig zu nutzen.

Die Vertreter der Selbstverwaltung unterstreichen die Notwendigkeit, nicht nur den Reichtum zu verteilen, sondern vor allem die Art, wie er produziert wird, zu verändern, indem die Institutionen so organisiert werden, dass sie das Wirken wahrhaft sozialistischer Beziehungen zulassen. Das würde die Produktivität und Kreativität der Menschen entwickeln, und der Reichtum würde von Anfang an gleichmäßiger und gerechter erzeugt werden. Für die Selbstverwaltungsanhänger bedeutet „demokratisieren“ oder „vergesellschaften“ die Schaffung (frei) assoziierter Arbeitsbeziehungen und die Förderung der Assoziation im allgemeinen, das heißt des gesellschaftlichen Eigentums, das Marx als die Basis ansah, auf der eine Gesellschaft ruht, die sich vornimmt, über die



kapitalistische Ordnung hinauszugehen. Außerdem stellen sie fest, dass diese Beziehungen, und nicht nur höhere Löhne oder mehr Selbstständigkeit für die Leiter, eine wichtige Quelle von Impulsen für Produktivität und Effizienz sind und gleichzeitig die Entwicklung „neuer“ Männer und Frauen fördern, ohne die der sozialistische Aufbau undenkbar ist.

Die Anhänger der Selbstverwaltung betonen die Notwendigkeit, ein sozialistisches, solidarisches Bewusstsein und das revolutionäre Engagement für die historisch Benachteiligten zu fördern; sie fügen hinzu, dass das nur im Ergebnis der täglichen Praxis unter Verhältnissen der Assoziation und Kooperation zu erreichen ist. Nach den Auffassungen von Etatisten und Ökonomen ist die Demokratie am Arbeitsplatz vom Wesen her eine unbequeme Utopie, die die überlegene Stellung der Funktionäre, Fachleute oder Unternehmer in Frage stellt und ein Chaos ergäbe, das zu Ineffizienz führt. Für die Vertreter der Selbstverwaltung jedoch werden die erwünschten Dimensionen von Effizienz und Produktivität (nicht jene infolge der Überausbeutung von Mensch und Natur) gerade dadurch erreicht, dass die Leitung der Unternehmen demokratisiert wird. Sie sind davon überzeugt, dass die Partizipation – die zu erreichen nicht einfach ist – ein unverzichtbares Mittel darstellt, um zu höheren Stufen der Entwicklung sowohl der manuell oder intellektuell Beschäftigten als auch der Produktivkräfte insgesamt zu kommen, da die gesellschaftliche Kontrolle den effektiven Einsatz der Ressourcen sichert und positive Impulse für die Produktivität bietet, die mit anderen Mitteln nicht bewirkt werden können. Sie weisen die von den Ökonomen vertretene falsche Dichotomie zurück, dass es zu wählen gelte zwischen Effizienz mit unvermeidlicher Ungleichheit oder sozialer Gerechtigkeit mit materiellem Mangel.

Diejenigen, die sich mit dieser Position identifizieren, waren vor den Gefahren der Dezentralisierung der Lokalregierungen und der staatlichen Unternehmen ohne Demokratisierung, das heißt vor einer Situation, die es den neuen Behörden gestattet, Ressourcen nach ihrem Belieben und ohne Kontrolle der angeblich Begünstigten zu nutzen. Ebenso lenken sie die Aufmerksamkeit auf das Erfordernis, die horizontalen Beziehungen zwischen den wirtschaftlichen Akteuren zu liberalisieren, aber bei einer Reihe von Normen die Koordinierung nicht zu verringern. Einige betonen die Notwendigkeit, außer einem klug gesetzten regulatorischen Rahmen auch Raum für die demokratische Koordinierung unter Produzenten, Konsumenten und anderen sozialen Gruppen (wie Umwelt-, feministische, Minderheitengruppen und andere) zu lassen, damit die lokale Wirtschaft an den gesellschaftlichen Interessen orientiert wird, statt sich auf die Gewinnmaximierung zu richten. Dagegen wollen andere die makroökonomische Koordinierung auf einen regulierten Markt reduzieren, erklären aber nicht, wie das Auftreten von Gruppeninteressen, die den sozialen Interessen entgegenstehen, verhindert werden soll.

Jedoch die Anhänger der Selbstverwaltung werden als Voluntaristen wahrgenommen, solange sie nicht berücksichtigen, dass nicht alle Kubaner daran interessiert sind, Verantwortung zu tragen und sich an der Leitung ihrer Betriebe und Lokalregierungen zu beteiligen. Sie haben keine überzeugenden Argumente dafür vorgelegt, dass die Demokratisierung durchführbar ist und wie sie zu höherer Effizienz und Produktivität führen soll. Doch das widerlegt nicht die Möglichkeit, eine Politik einzuschlagen, die eine schrittweise

Steigerung der Beteiligung an den Entscheidungen der verschiedenen Einrichtungen ermöglicht, und eine Erziehung zu betreiben, die eine Teilnahme an den Entscheidungen, die uns selbst betreffen, fördert.

Es ist schwierig zu bestimmen, welche Sektoren der kubanischen Gesellschaft sich mit dieser Tendenz identifizieren. In der Tat ist es angesichts der ständigen Botschaften in- und ausländischer Medien zugunsten von Privatisierung und Marktwirtschaft nicht überraschend, dass viele Kubaner die Selbstverwaltungskonzeption als eine Utopie ansehen. In Kuba gibt es wenig Erfahrung mit demokratisch geführten Unternehmen und Lokalregierungen, weder vor noch nach 1959. Außerdem kann der Gedanke der demokratischen Partizipation bei den Kubanern an Glaubwürdigkeit eingebüßt haben, weil die Oberen ständig gepredigt haben, das politische System und die Staatsbetriebe Kubas seien das Höchste an Partizipation, und auch, weil die Selbstständigkeit der Leitungen, ja selbst die unternehmerische Tätigkeit der landwirtschaftlichen „Kooperativen“ stark eingeschränkt waren. Daher ist es verständlich, dass überzeugte Verfechter des Selbstverwaltungskonzepts vor allem Intellektuelle und Fachkräfte sind, die sich über „alternative“ Formen des Aufbaus des Sozialismus informiert haben oder die Diskurse zum Sozialismus des 21. Jahrhunderts kennen.

Aber die Neigung zu demokratischen Formen der Leitung gesellschaftlicher Einrichtungen ist intuitiv (ergibt sich aus der Intuition oder dem menschlichen Instinkt) bei all jenen Kubanern vorhanden, die erkennen, dass die Lösung ihrer brennendsten Probleme am besten durch kollektive Arbeit oder im Zusammenwirken derer erreicht wird, die an ihren Arbeitsplätzen und in ihren Gemeinden unter den Auswirkungen des Autoritarismus zu leiden haben oder die die negativen Folgen von Privatisierung und Marktwirtschaft – Preissteigerungen, Steuerbetrug, Unterordnung der Lohnarbeiter in privaten Unternehmen usw. – bereits am eigenen Leibe verspüren. Außerdem sind die staatlich Beschäftigten angesichts der Bindung ihrer Löhne an die Leistung der Betriebe immer stärker daran interessiert, Kontrolle über diese zu erhalten und haben sogar gefordert, ihre Leiter wählen zu dürfen. Einige haben gar dazu aufgerufen, staatliche Unternehmen der nichtstrategischen Bereiche zu Genossenschaften umzubilden. An bestimmten Orten (Cárdenas in der Provinz Matanzas, und Santos Suárez in Havanna) haben die Bürger versucht, Probleme ihrer Gemeinde auf eigene Faust zu lösen.

Schlussbetrachtungen

In Kuba geht es gegenwärtig darum, einen neuen Weg für die Nation zu definieren. Es wird sich um einen besser organisierten etatistischen Sozialismus, einen Marktsozialismus, einen wahrhaft demokratischen Sozialismus oder – was am wahrscheinlichsten ist – um eine Kombination aller drei handeln. Vorauszusagen welche Version bei den gegenwärtigen Veränderungen das Übergewicht haben wird, ist reine Spekulation. Aber einige Anzeichen gestatten einzuschätzen, welche Bedeutung jede dieser Positionen heute besitzt und wie sich ihr Einflusses verändern könnte.

Zweifellos herrscht sowohl im Staatsapparat als auch bei der Mehrheit der Kubaner der Ökonomismus vor. Wenn angesichts des Scheiterns der herkömmlichen Staatsunternehmen und der autoritären Planung, angesichts der Unkenntnis



über die Durchführbarkeit anderer Formen der Vergesellschaftung der Wirtschaft das private Unternehmen und der Markt als die effizientesten Formen vorgestellt werden, glauben viele, dass bessere Alternativen nicht existieren. Viele Kubaner sehen Privatunternehmertum und Märkte aber nicht als etwas Normales an und wünschen deren Irrationalitäten wie unterschiedliche und schwankende Preise, mehr Gewinn für den Handel als für die Produktion, Ausbeutung u. a. zu entgehen, bzw. deren negative Wirkungen wie Ungleichheit, Umweltverschmutzung und Diskriminierung zu vermeiden.

Der Etatismus gilt als die Denkströmung, die uns in die gegenwärtige Situation geführt hat, somit die, von der wir uns lossagen müssen. Trotzdem genießt diese Strömung, vor allem auf Grund eines gewissen Selbsterhaltungstriebes, noch bedeutende Unterstützung im Staatsapparat und bei denen, die fürchten, die sozialen Errungenschaften der Revolution zu verlieren. In der Tat ist die Endversion der (vom VI. Parteitag der KP Kubas 2011 beschlossenen) „Leitlinien der Wirtschafts- und Sozialpolitik von Partei und Revolution“ weniger ökonomistisch und mehr etatistisch als die Anfangsfassung. Ein weiteres Anzeichen für den Einflussverlust der ökonomistischen Tendenz ist das Moratorium für den Plan, nach dem 10 Prozent der kubanischen Arbeitskräfte umgesetzt oder entlassen werden sollten.

Von der Selbstverwaltungsvision findet man in den „Richtlinien“ und in den gegenwärtigen Veränderungen sehr wenig. Diese widerspiegeln weder die Ziele – Befriedigung der materiellen und geistigen Bedürfnisse der Menschen in Bezug auf ihre Gesamtentwicklung – noch die Mittel – partizipative Demokratie, demokratische Kontrolle der Gesellschaft, besonders der Politik und der Wirtschaft –, die von den Anhängern der Selbstverwaltung vorgeschlagen werden. Obgleich Präsident Raúl Castro und andere hohe Staatsfunktionäre die Bedeutung der „Partizipation“ mehrfach erwähnt haben, nimmt das Dokument der Partei nur dreimal darauf Bezug, und jedes Mal im Sinne der Konsultation oder der Durchführung von Entscheidungen, die andere getroffen haben. Die einzige Annäherung an die Selbstverwaltungsposition findet sich in der Anerkennung der Kooperativen als sozialistische Unternehmensform, aber es wird nicht die Absicht erklärt, ihnen Vorrang vor den privaten Unternehmen einzuräumen. Der Beschluss, den staatlichen Unternehmen und den Gemeinden mehr Selbstständigkeit zu gewähren, ist ein positiver Schritt, aber noch wird die unbedingte Notwendigkeit, sie zu demokratisieren, nicht anerkannt. Diese Unterlassung beweist die Tatsache, dass die Anhänger der Selbstverwaltung in der Minderheit sind – zumindest in den gegenwärtigen Bereichen der Macht –, was zum großen Teil Ergebnis der vertikalistischen, autoritären und patriarchalischen Kultur ist, die die kubanische Gesellschaft vor und nach dem Sieg der Revolution kennzeichnet.

Doch die Vorstellung von sozialer Gerechtigkeit und Emanzipation bleibt in der Identität vieler Kubaner präsent. Wenn auch die Enkel der „historischen Generation“ den sozialistischen und revolutionären Idealen weniger nahe stehen, schätzt doch ein großer Teil Würde und Gerechtigkeit hoch und lehnt Unterordnung ab. Die Kultur der Solidarität, die von der Revolution gepflegt wurde, überdauert noch, so dass soziale Unterschiede von vielen als unerträglich und ungesund empfunden werden. Einige haben gewarnt, dass Kuba ohne Partizipation und gesellschaftliche Kontrolle der selbst-

ständigen Unternehmen und Lokalregierungen den Weg zum Kapitalismus freigeben wird.

In jüngster Zeit gibt es Anzeichen für eine stärkere Präsenz von Positionen der Selbstverwaltung. In Artikeln wird die Notwendigkeit unterstützt, dass die Beschäftigten an Leitungsentscheidungen real beteiligt werden müssen, um die Rolle wirklicher Hausherrn spielen zu können.

Die drei analysierten Positionen können nicht auf „gut“ oder „schlecht“ reduziert werden. Alle bringen legitime Sorgen zum Ausdruck, die in jeglicher strategischen Entscheidung berücksichtigt werden müssen. Jedoch die Bedeutung der Demokratie, nicht der liberal-repräsentativen, sondern einer realen oder partizipativen, wird in der heutigen Welt weithin akzeptiert. Schon aus normativer Perspektive sollte die Blickrichtung, die höhere Stufen der Demokratie anstrebt, als die wünschenswerteste betrachtet werden. Es erscheint gerechter, dass die Gesellschaft demokratisch über ihre Geschicke entscheidet, statt diese Macht in die Hände von Staatsfunktionären zu legen, die sich verpflichten, die Interessen der Gesellschaft wahrzunehmen, oder, schlimmer noch, an gut bezahlte Akteure der Wirtschaft abzutreten, die dann Dinge, die uns alle angehen, als „unsichtbare Schattenhand“ lenken.

Im gegenwärtigen Prozess der Bestimmung des Typs von Sozialismus, den die Kubaner in den nächsten Jahrzehnten aufbauen wollen, müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass es um Optionen zwischen Staat und Markt geht. Wenn unser Ziel bleibt, eine Gesellschaft zu erreichen, die so gerecht wie möglich ist, muss den Selbstverwaltungsideen in den Medien mehr Raum gegeben werden, müssen die Führungspersonen wieder mehr Nachdruck auf die Werte Gleichheit, Gerechtigkeit und Solidarität legen. Man muss auch berücksichtigen, welches Gewicht andere aktuelle revolutionäre Prozesse in Lateinamerika der partizipativen Demokratie in allen Bereichen der Gesellschaft beimessen. So wie Privatunternehmen inzwischen zugelassen sind, müsste das auch mit Genossenschaften geschehen, so dass mehr Kubaner die Selbstverwaltung ausprobieren können. Wenn jetzt die Lokalregierungen und staatlichen Unternehmen mehr Selbstständigkeit haben, können sie zumindest mit demokratischen Methoden wie dem partizipativen Haushalt und der partizipativen Planung experimentieren. Man muss pragmatisch vorgehen, aber mit einer weniger vereinfachten Vorstellung von unserer Gesellschaft und mit einer weniger selbstgefälligen Sicht auf uns selbst. Die Kubaner, die bereit sind, mit der Selbstverwaltung zu experimentieren, müssten es tun dürfen, um so anhand ihrer eigenen Erfahrungen zu entscheiden, ob das ein Weg ist, den man vorziehen sollte, oder nicht.

Eine Strategie, die sich nur auf Wirtschaftswachstum und Verbesserung der Leistung des kubanischen Staates konzentriert, kann die Lebensbedingungen eines Teils der Bevölkerung verbessern und dabei helfen, die Unterstützung für das sozialistische Projekt in Kuba aufrechtzuerhalten. Aber in dem Maße, wie das Wirtschaftswachstum hauptsächlich aus Privatisierung und Merkantilisierung kommt statt aus Demokratisierung und Vergesellschaftung der Wirtschaft, werden sich die Interessen der neuen Unternehmer unvermeidlich von den gesellschaftlichen Interessen entfernen. Sie werden eine Form finden, um weniger Steuern zu zahlen, höhere Preise zu kassieren und die Kosten so weit wie möglich der Gesellschaft aufzubürden. Sie werden wie in den kapitalisti-



schen Ländern und Marktwirtschaften nicht säumen zu erreichen, dass der Staat ihren privaten Interessen Rechnung trägt. Ebenso werden sich die Verwalter der Gemeinden und Staatsbetriebe, die mehr Selbstständigkeit ohne Demokratisierung erhalten, an Machtmissbrauch gewöhnen. Die fähigsten und revolutionärsten Arbeiter werden sich enttäuscht dem privaten Sektor zuwenden oder in andere Länder abwandern. Wenn die Veränderungen sich nur darauf konzentrieren „die Wirtschaft zu vervollkommen“, wird man nicht nur das Ziel verfehlen, die materiellen Bedingungen der kubanischen Bevölkerung zu verbessern, sondern der soziale Zusammenhalt, der die Revolution gestützt hat, wird angegriffen werden. Ihre Hauptverteidiger werden wenig geneigt sein, ein Projekt zu unterstützen, das ihre Bedürfnisse und Erwartungen an Gerechtigkeit und Würde nicht in Betracht zieht. (Übersetzung aus dem Spanischen: Helma Chrenko)

Die Schöpferkraft der indigenen und sozialen Bewegungen Indo-Afro-Lateinamerikas bei der Schaffung einer neuen Zivilisation

Von Isabel Rauber, Philosophin, Argentinien;
aus: <http://isabelrauber.blogspot.de/>, 8. Juli 2012

„Jeder Schritt ist wichtig in dieser Zeit, jede Geste, jedes Gefühl ... Es ist die Zeit, keine Furcht zu haben vor der Veränderung. Wie der Ozean lebt, so wird unser Leben dauern.“
(Aus der Kosmvision der andinen und amazonischen Völker)

Ausgangsüberlegungen

Die Widerstandsaktionen und sozialen Kämpfe der Indigenen und der Volksschichten im Ganzen haben besonders in den letzten 30 Jahren politische Erfahrungen neuen Typs hervorgebracht, mit denen die politischen Situationen herbeigeführt wurden, die die Bildung demokratischer, volksnaher oder revolutionärer Regierungen auf dem Kontinent ermöglichen. Für soziale, politische, ökonomische und kulturelle Veränderungen, die darauf gerichtet sind, von Grund auf revolutionäre gesellschaftliche Transformationsprozesse zu stärken, gestalteten die neuen Akteure ein neues politisches Zeitalter, das sie als Protagonisten mit neuen Konzeptionen, neuen Inhalten, Ausdrucksweisen sowie Formen der politischen Repräsentation und Aktion geprägt haben.

Wenn man jedoch erwartete, dass die gegenwärtigen Veränderungsprozesse, die mit der Staats- und Regierungstätigkeit verknüpft sind, dieses „Neue“ unmittelbar repräsentieren, dann ließe man außer Acht, dass das politische Bewusstsein an die Praxis gebunden ist, und umgekehrt. Die Wege der sozialen Wandlungen in Demokratie, die bis vor kurzem auf dem lateinamerikanischen Kontinent noch undenkbar waren, stellen an die Hauptakteure permanent die Forderung, die bisher existierenden Paradigmen des gesellschaftlichen Wandels zu überwinden. Zugleich suchen, schaffen und entwickeln sie neue Paradigmen, Wege, Vorstellungen und Projekte, schaffen die Voraussetzungen dafür, sich selbst als den kollektiven Akteur, das plurale, revo-

lutionäre, aus dem Volk hervorgehende Subjekt zu konstituieren.

Damit rücken ins Zentrum des politischen Handelns und Forschens die neuen sozialen und politischen Akteure sowie der soziale Konflikt als die zentrale Dimension soziopolitischer Zusammenhänge, als Feld der Entwicklung kollektiver Fähigkeiten, die aus der programmatischen Zusammenführung unterschiedlicher soziopolitischer Akteure aus den Reihen der Indigenen und des Volkes entstehen können. Dies waren und sind:

- die Protagonisten des sozialen, kulturellen und politischen Widerstandes,
- die Schöpfer neuer Paradigmen der gesellschaftlichen Transformation,
- die Schöpfer und Erbauer neuer Varianten und organisatorischer Formen der politischen Vertretung,
- eine neue Konzeption von Macht und Demokratie: Bürgermacht, interkulturelle, entkolonisierte, plurinationale Demokratie,
- das Banner der Hoffnung und der Wiederbelebung der libertären, sozialistischen, humanistischen Utopien im 21. Jahrhundert.

Die Komplexität der Wandlungsprozesse

Im Verlaufe der sozialen, politischen, ökonomischen und kulturellen Veränderungen, die mit der Bildung der Volksregierungen eingeleitet wurden, haben sich Teile der soziopolitischen Akteure, die Protagonisten der Kämpfe und Widerstandsaktionen waren, zurückgezogen, Mängel oder das Fehlen einer kollektiven politischen Führung kritisiert und ihre soziopolitische Tätigkeit vom Bereich der politischen Entscheidungen wieder auf ihre spezifischen Sektoren verlagert. Damit sind sie auf ihren ursprünglichen Platz als soziale Akteure zurückgekehrt, bei denen die sektoriell-korporative Prägung vorherrscht.

Ihr mangelndes Verständnis des historischen Augenblicks führt zu einer Entfremdung, einem Abrücken von politischen Prozessen, in denen eine weitere Zusammenführung der soziopolitischen Akteure aus den indigenen und Volksschichten mit den Regierenden notwendig wäre, um die Aufgaben und Herausforderungen der Stunde, die sie direkt oder indirekt selbst herbeigeführt haben, gemeinsam zu bewältigen. Die Erfahrungen der Volksregierungen des Kontinents zeigen einerseits, dass der staatliche Regierungsapparat für die Ausweitung des demokratischen partizipativen Prozesses hilfreich sein und die Herausbildung des kollektiven Akteurs fördern kann. Andererseits kann er sie auch bremsen – so durch das Festhalten an alten zentralistischen, auf einzelne Personen ausgerichteten Praktiken, die das Neue hemmen, die alte Ordnung, die alte Politik, die alte Kultur und alte politische Vertretungsformen – mit einem Wort, die Hegemonie des Kapitals – konservieren.

Diese Erscheinungen sind Teil der Kompliziertheit des Veränderungsprozesses und fordern dazu auf, die Vorgänge und das politische Handeln der Protagonisten ständig zu überdenken, um zu vermeiden, dass man, von politischen Leidenschaften verblendet, die Welt nur noch in Schwarz-Weiß sieht und jede kritische Reflexion der laufenden Prozesse zurückweist. Diese Polarisierung ist nicht nur falsch, sondern zerstört das gemeinsame Aufbauwerk, das in der Diversität errichtet wird, und ist der demokratischen kulturellen Revolution fremd.



Eine Zeit der an die Wurzeln gehenden Auseinandersetzung mit den Mächtigen ist angebrochen, und man kann nicht erwarten, sie durchzustehen, ohne in das Herz der Widersprüche vorzudringen und ohne die Spannungen auszuhalten, die die Schaffung des Neuen hervorbringt und die man in der ständigen Konfrontation mit den historischen Mächten des Kapitals und der von ihm aufgezwungenen Herrschaft kolonialen Charakters teilweise auch selbst erzeugt.

Es ist Teil des konstitutiven Verhältnisses zwischen den Protagonisten, der Vielfalt der soziopolitischen Akteure, die die Stützen der auf dem Kontinent angebrochenen Veränderungsprozesse sind, dass die Auseinandersetzung zwischen ihnen um die Widersprüche und die neuen Problemstellungen als Disput unter Gleichen und auf Augenhöhe geführt werden muss. Die Herausforderung besteht darin, auf dieser Grundlage ein kollektives Denken und kollektive Vorstellungen zu erarbeiten, die auf die Veränderung der Gesellschaft und ihrer – historisch in kolonialer und kolonisierender Funktion strukturierten – Institutionen gerichtet sind. Die alten Institutionen zu besetzen ist nicht mehr als ein erster Schritt. Wenn man sich darauf beschränkt, wird das nicht nur die Stagnation, sondern die Blockierung des Veränderungsprozesses zum Vorteil der sich ihm widersetzenden Kräfte nach sich ziehen. Das zu begreifen ist Teil der neuen Lernprozesse und einer politischen Kultur zur Transformation der Gesellschaft, die erst in Herausbildung begriffen ist.

Die grundlegende politische Auseinandersetzung findet nicht in den geschlossenen Kreisen der Eliten statt, sondern in der Öffentlichkeit. Sie vollzieht sich in den sozialen Kämpfen der verschiedenartigen soziopolitischen Akteure, die die Krise der Vertretung durch politische Parteien, die Grenzen der repräsentativen Demokratie dadurch aufgedeckt haben, dass sie mit neuen Erfahrungen neue (plurale, kollektive und einheitliche) Formen der Organisation und Partizipation durch das Zusammenwirken unter Gleichen und nicht durch die hierarchische Unterordnung unter Eliten ins Leben gerufen haben [vgl. I. Rauber, 2004]. Dies weist auf eine neue Konzeption, eine neue Konstruktion und Akkumulation von Macht und Wissen, eine neue politische Kultur, soziale Hegemonie und Weltsicht hin, die die kolonial-kapitalistische Zivilisation von Grund auf in Frage stellt.

Aus dieser Sicht wird klar, dass sich die sozialen Kämpfe nicht nur gegen das neoliberale Wirtschafts- und Gesellschaftsprojekt richten, sondern auch gegen eine bestimmte Art von Demokratie und Machtausübung, ein Klassenmodell der Gestaltung des Staates und seines Verhältnisses zur Gesellschaft, das sich auf Exklusion und Rassismus gründet. Mit dem Monokulturalismus und der herrschenden Institutionen [Chávez, P., o.J., S. 15] haben die indigenen und sozialen Bewegungen zugleich die Formen der Existenz und Herrschaft des Kolonialismus in Frage gestellt und auf dem lateinamerikanischen Kontinent ein neues politisches Zeitalter eröffnet.

Die Kultur der Unterordnung unter den kolonialen Charakter der Macht verändern

Dies ist eine Zeit des Primats der Politik, aber einer neuen Politik, die von den Erbauern dieser neuen Zeit geschaffen und gestaltet wird. Die alten Formen der parteipolitischen Repräsentation sind überholt und werden ersetzt durch das Handeln der neuen soziopolitischen Akteure. Die traditionel-

len Parteien der Rechten und der Linken, die auf dem Prinzip der Delegation und Aneignung der Entscheidungen der Repräsentierten beruhen, waren und sind Mittel des Überlebens der kolonialen Macht des Kapitals und ihrer hegemonialen Tentakel.

Die noch vorhandene alte Kultur der Linken, die mehrheitlich in Parteistrukturen organisiert ist, interpretiert die gewichtigen revolutionären politischen Tatsachen, indem sie sie in ihre veralteten Denkschemata zu pressen sucht. Da das nicht gelingt, verwirft sie alles, was sich nicht in die alten Schubladen einsortieren lässt – alles, was neu ist. Ihren Vertretern gelingt es nicht, die Tiefe der Veränderungen zu begreifen, an deren Spitze nicht sie stehen. Statt zum Reifungsprozess der neuen Akteure einen Beitrag zu leisten, konkurrieren sie mit ihnen und weisen bei jeder Gelegenheit auf die Beschränktheit, wie sie es nennen, des soziopolitischen Handelns und der Vorschläge der neuen Akteure hin. Sie werten deren Arbeit ab, als ob ihr Urteil irgendeine Bedeutung hätte, von der Befriedigung ihres Egos, über das die Geschichte ihr Urteil gesprochen hat, einmal abgesehen. Sie haben das neue Zeitalter der Konfrontation mit dem kolonialen Kapital noch nicht erfasst, da die Aufrechterhaltung und Reproduktion der Praktiken der alten Politik (Monokulturalismus, Sektierertum, Avantgardismus, vertikale Strukturen, Hierarchisierung, Einheitsdenken usw.) bedeutet, der reaktionären Restauration den Weg zu ebnen. Sie bleiben gefangen in den Netzen der tief verwurzelten ideologischen, politischen, kulturellen Hegemonie des Systems des kolonialen Kapitals, das die Subjekte sowie die institutionellen und juristischen Instrumente für die Verewigung seiner Herrschaft permanent reproduziert.

Die neue politische Realität, in der vielfältige und komplexe soziale, kulturelle, die Weltsicht und die Identität betreffende Eigenheiten unterschiedlicher Kräfte zusammenfließen, wirft neue Fragen auf, die aus neuen interkulturellen Vorstellungen hervorgehen:

Einerseits fordert sie dazu auf, die Umgestaltung der Formen und Normen der Ausübung institutioneller Funktionen der Regierung und des Staates, das heißt, der Institutionen selbst, unablässig voranzutreiben. Dazu gehört, in allen Instanzen des Überbaus Räume und Mechanismen der Beteiligung des Volkes an der Entscheidungsfindung sowie der Volkskontrolle zu schaffen, damit die Herrschaft der (funktional und ideologisch) etablierten Mächte des kolonialen Kapitalismus und der Bürokratie eingeschränkt wird.

Wer meint, dass es für die Absicherung der Veränderungsprozesse wichtig sei, von den historisch herrschenden Mächten eine „gute Regierungsführung“ bescheinigt zu bekommen, der irrt. Es ist genau umgekehrt. Die jüngsten Vorgänge in Paraguay zeigen das mit aller Deutlichkeit. Der einzige Weg, die Macht zu bewahren, besteht darin, den Prozess der Veränderung und radikalen Demokratisierung der Gesellschaft zu vertiefen, die Hegemonie des Volkes und der indigenen Befreiungskräfte zu verstärken, die das Herz der Transformation der Gesellschaft bilden.

Andererseits steht auch für die sozialen Akteure die Forderung, die Komplexität des neuen Zeitalters und ihrer Aufgaben zu begreifen. Sie sind nicht mehr in der Opposition, es reicht nicht aus, zum Protest auf die Straße zu gehen. Ohne die Bedeutung der sozialen Forderungen in bestimmten Momenten zu unterschätzen, ist es jetzt lebenswichtig, sich die soziopolitischen Möglichkeiten, die sich durch ihre



Kämpfe eröffnet haben, zunutze zu machen, die neue politische Lage, ihre Charakteristika, das Kräfteverhältnis der streitenden Seiten und die neuen Verknüpfungen, die erforderlich werden, zu erfassen. Das ist von grundlegender Bedeutung, um die Aufgaben kollektiv zu durchdenken, verantwortungsvoll Vorschläge zu erarbeiten und konkrete Lösungen herbeizuführen, um so die Einheit der indigenen und Volkskräfte ständig zu erneuern, die das Fundament für den Aufbau einer pluralen soziopolitischen Kraft der Befreiung bilden.

Interkulturalität und Entkolonisierung sind zusammen mit der Konzeption des Buen Vivir und des Zusammenlebens – das Herzstück der Kosmovision der Transformation, die im Inneren und an der Basis der Prozesse sowie unter ihren Protagonisten vor sich geht. Ohne diesen kulturellen Wandel, der unter den Protagonisten selbst heranreifen muss, wird es keine von Grund auf revolutionären Prozesse sozialer Veränderungen geben.

Interkulturalität und befreiende Entkolonisierung

Die gegenwärtige Möglichkeit, den Kapitalismus, seine zerstörerische Kolonialisierung und seine endlosen Fragmentierungseffekte zu überwinden, eröffnet sich auf klug aufzufindenden Wegen, die durch die Unterschiedlichkeit und Pluralität der Sichtweisen, Kosmovisionen, Identitäten, Subjektivitäten, Kulturen und Nationalitäten bereichert werden. Es ist vor allem wichtig, diese Diversität anzuerkennen, um jene Bereiche und Vorstellungen zu entwickeln, aus denen ein reiches interkulturelles Zusammenleben aller unterdrückten und negierten Subjekte erwachsen kann, und um zur Herausbildung des indo-afro-lateinamerikanischen Denkens beizutragen, das der Geschichte und Erfahrung jedes Volkes entspricht, eines interkulturellen Denkens, das offen ist für das ständige kollektive Schöpfertum der Völker.

Die lange Zeit niedergehaltenen Identitäten haben überlebt, indem sie ihre Gemeinden, ihr Selbstverständnis, ihre Kosmovisionen und Institutionen (wie zum Beispiel jene der Indigenen) verteidigt haben. Sie koexistieren nebeneinander und in gewisser Weise miteinander verflochten in permanentem Konflikt, Widerstand und Überlebenskampf mit den herrschenden Strukturen, Mächten und Lebensweisen. All das kocht in dem gegenwärtigen indo-afro-lateinamerikanischen Vulkan hoch.

Aus der Sicht der Befreiung meint das Interkulturelle im Unterschied zum Multikulturellen die Wechselbeziehung zwischen den unterschiedlichen Elementen unter den Bedingungen der Gleichheit und Komplementarität, das heißt, ohne ein hegemoniales kulturelles Zentrum. Aus politischer Sicht schließt das die Anerkennung und Äquidistanz aller Kulturen, Identitäten und Kosmovisionen untereinander ein und erfordert die Erarbeitung juristischer Fundamente, die als institutionelle Unterstützung dienen sollen, damit die sozialen, kulturellen und anderen Diversitäten sich auf einer tatsächlichen Ebene der Gleichheit begegnen können. Das Zusammenleben der unterschiedlichen Partner in Gleichheit fordert die institutionelle Anerkennung der zivilen, politischen, sozialen, sexuellen, reproduktiven und kulturellen Rechte, die ihre reale Ausübung garantieren. Dies verlangt zugleich den Willen, den Anderen zu verstehen, die Toleranz, über so viel angehäuften Intoleranz hinweg zur gegenseitigen Akzeptanz zu gelangen.

Die Konzeption der befreienden Interkulturalität unter-

scheidet sich von der Multikulturalität und der Inklusion.

Das Multikulturelle – ebenso wie das Plurale – richtet sich auf die Registrierung der grundlegenden ethnischen und sozialen Diversität und lehrt die Notwendigkeit, Kanäle zu suchen, um das Öffentliche in anderen Formen der politischen, ökonomischen, sozialen und kulturellen Wechselbeziehungen als bisher zu denken, zu entwickeln und zu praktizieren.

Aber weder das Multikulturelle noch das Plurale setzen eine Beziehung zwischen Gleichen voraus, es gibt einen Multi- und Plurikulturalismus, der in Wirklichkeit das Unterschiedliche nur „für das Foto“ akzeptiert, aber die hierarchischen Beziehungen aufrechterhält zwischen denen an der Spitze, die „wissen, entscheiden und anordnen“, und denen unten, die „nicht wissen, nicht entscheiden und gehorchen“ (oder gehorchen sollen). Das ist der Multikulturalismus, den die Mächtigen akzeptieren: der nichts in Frage stellt, der nichts modifiziert, der eine Pluralität proklamiert, die ihnen das Zentrum und das Zepter lässt. Deshalb ist es von zentraler Bedeutung, dass die Multikulturalität verbunden mit der Interkulturalität konzipiert wird, dass sie diese voraussetzt.

Die soziale Inklusion bezieht sich auf Ausgeschlossene, die jetzt eingeschlossen werden sollen. Aber wer bezieht wen ein? Wenn es jemanden gibt, der „einbezieht“, dann kann er morgen erneut ausschließen. Deshalb erscheint der Begriff Inklusion zumindest unexakt: Er akzeptiert die Multikulturalität, lehnt aber die Interkulturalität ab.

Die Ausgeschlossenen fordern nicht Inklusion, sondern Anerkennung, Gerechtigkeit, Gleichbehandlung und Horizontalität in den Beziehungen. Die interkulturelle Vorstellung will keine „solidarische“ Haltung für die Ausgeschlossenen. Sie ist eine Lebensoption und eine Option für das Leben, eine Geste, die alle aufnimmt und aufruft. Deshalb fordert die interkulturelle Sicht nicht zur Einbeziehung auf, sondern dazu, von unten her eine neue kollektive Identität aufzubauen, einen neuen plurinationalen und interkulturellen Staat.

Die Chance der Plurinationalität ist von Grund auf verknüpft mit der Interkulturalität und Entkolonisierung. Das ist eine Grunderkenntnis für die neue (entkolonisierte, interkulturelle, partizipative) Demokratie in Indo-Afro-Lateinamerika. Sie weist hin auf die notwendige Modifizierung oder Neudefinition der Beziehungen oder Rollenverteilung zwischen Staat, (Zivil-)Gesellschaft und Bürgerschaft, zwischen dem Öffentlichen und dem Privaten, zwischen dem Lokalen, Nationalen und Globalen. In Wirklichkeit existiert nicht die „eine“ Zivilgesellschaft. Das, was man fälschlich unter Zivilgesellschaft versteht, ist ein komplexes, heterogenes soziales Gewebe, das durch eine Vielzahl von Klassen, Ethnien, sozialen Sektoren, Akteuren und Organisationen gebildet wird, die vielfältige und in Konflikt miteinander stehende Identitäten, Interessen, Kulturen, Lebensweisen und Erwartungen vereinen und zum Ausdruck bringen. Die plurinationalen Staaten bieten neue Grundlagen, Entwicklung und sozialen Fortschritt als etwas Gleichzeitiges zu denken. Ein multizivilisatorischer Staat würde gerade die Anerkennung vielfältiger Mechanismen, vielfältiger Techniken und Richtungen bedeuten, die demokratischen Äußerungen der Gesellschaft in Übereinstimmung mit den vielfältigen Formen bürgerschaftlichen Handelns, ausgehend von der Pluralität zivilisatorischer Ansätze in der Gesellschaft zu verstehen, zu praktizieren und zu regeln [García Linera, 2006: 81].

Die befreiende Interkulturalität setzt die Entkolonisierung der Lebensweise, des Denkens und der sozialen Wechselbe-



ziehungen voraus, was heißt, auch die Beziehungen zwischen Staat, Gesellschaft und Bürgerschaft sind neu zu definieren. Dabei geht es um das Finden (bzw. den Aufbau) eines neuen Typs von Wechselwirkung zwischen der Bürgerschaft, der Gesellschaft und dem Staat. Dieser ist nur möglich auf der Basis horizontaler Beziehungen (Beziehungen der Gleichheit, Gerechtigkeit und Anerkennung) auf ökonomischer, politischer, kultureller und identitätsbezogener Ebene zwischen allen soziopolitischen Akteuren und allen Bewohnern eines Landes, unabhängig von der Gemeinschaft oder Menschengruppe, der sie angehören. Interkulturalität setzt Entkolonisierung voraus, weil sie unvereinbar ist mit der hierarchischen, diskriminierenden, abwertenden und ausschließenden monokulturellen Konzeption, die durch die Kolonie eingeführt wurde und in der Struktur, Organisation und dem Rechtswesen der modernen Staaten und den Beziehungen zwischen den Menschen nach wie vor allgegenwärtig ist.

Die Verknüpfung zwischen Interkulturalität und Entkolonisierung wird zum ersten Mal als untrennbarer Bestandteil eines radikalen Prozesses der Befreiung von den Ketten des Kapitals und seiner sterilisierenden kolonialisierenden Kultur konzipiert und geplant. Die innere und äußere Entkolonisierung (auf geistiger, kultureller, ökonomischer, politischer, juristischer und institutioneller Ebene) ist der Schlüssel dazu und ist in der Tat in wachsendem Maße in der täglichen Praxis der indigenen und sozialen Bewegungen verschiedener Länder Indo-Afro-Lateinamerikas präsent.

Die aktuellen entkolonisierenden Befreiungsprozesse bahnen den Weg zum Aufbau/der Konstituierung eines entkolonisierten, interkulturellen und plurinationalen Staates in jedem Land. Der gegenwärtige Prozess in Bolivien, der von seinen indigenen Völkern und den arbeitenden Menschen von unten mit heroischem Einsatz in Gang gebracht wurde, ist der erste und größte Beweis: Es ist nicht nur möglich, sondern lebenswichtig, dass sich auf dem Boden Indo-Afro-Lateinamerikas die neue Welt Bahn bricht.

Im Bereich des politisch-pädagogischen Handelns verweisen Interkulturalität und Entkolonisierung in erster Linie auf die soziopolitischen und kognitiven Praktiken der verschiedenen soziopolitischen Akteure, die den vorherrschenden Paradigmen im Denken, im Wissen und dessen Anwendung, in dem „was sein soll“, konstant widersprechen, jenen Paradigmen, die bis vor kurzem als die einzig gültigen und wirklichen betrachtet wurden.

Dazu kommt die tiefe Krise, die die bisher entwickelten und als universelle Wahrheiten verkündeten rationalen Erkenntnisse erfasst hat. Einerseits bedeutet das Interkulturelle von vornherein eine Anerkennung der Unterschiedlichkeit von Identitäten, Kulturen, Lebensweisen und sozialen, ökonomischen, politischen sowie juristischen Organisationsformen. Alle Denkweisen sind gültig und müssen samt ihren Wechselbeziehungen ohne Ausgrenzung oder Hierarchisierung aufgegriffen werden. Andererseits stellt dies den Sinn und den Inhalt der vorherrschenden Rationalität in Frage, die bis heute die Rationalität der westlichen Machtverhältnisse ist. All das lenkt den Blick auf die Schöpfer der unterschiedlichen Rationalitäten, das heißt auf die Subjekte der Produktion und Reproduktion des Lebens (im kommunitären, städtischen, sozialen Bereich), auf die Subjekte des Wissens, auf die Subjekte der gesellschaftlichen (kulturellen, politischen, ökonomischen) Transformationen.

In zweiter Hinsicht muss im Auge behalten werden, dass das Konzept der Interkulturalität selbst interkulturell ist. Das heißt, seine Inhalte, Definitionen und Bedeutungen sind unterschiedlich und vielfältig. Es gibt keine einzige interkulturelle Konzeption, keine allein gültige und monolithische (dogmatische) Interpretation und Definition. Das Interkulturelle ist dem Postulat der Interkulturalität inhärent. Wenn ich diese Zusammenhänge hier behandle, dann erhebe ich weder Anspruch auf die Interpretation der Interkulturalität, noch darauf, „alles darzulegen, was man darüber wissen muss“. Ich möchte Schlüsselemente anbieten, von denen her ich die Interkulturalität definiere als einen der konzeptionellen (und praktischen) Bausteine zur Begründung einer neuen pluralen, unterschiedlichen und multidimensionalen Rationalität, die in der Herausbildung begriffen ist.

Bei Álvaro García Linera heißt es: „Eine substantielle politische Gleichstellung der Kulturen und Identitäten erfordert eine Gleichstellung der Formen, Politik zu machen, und das auf allen Ebenen der Regierungstätigkeit (gesamtnational, regional und lokal), das heißt, Gleichstellung der politischen Praktiken, der politischen Institutionen, der Art und Weise, Demokratie auszuüben, und der verschiedenen Systeme politischer Autorität, welche den verschiedenen kulturellen Gemeinschaften und zivilisatorischen Ordnungen eigen sind, die auf dem Territorium Boliviens existieren.“ [García Linera, 2006: 79] Das ist das Zeitalter, das wir durchschreiten. Aus der „Gleichstellung“, die er als die Verknüpfung der verschiedenen Produktionsweisen auf allen Ebenen nach dem Prinzip der Gleichheit versteht, ergibt sich ein Szenarium von Konflikten kognitiver, kultureller, sozialer, ökonomischer, politischer, ethischer und die Werte betreffender Art, von dem im Weiteren die Rede sein soll.

Was das Kulturelle und die Kultur betrifft, so muss man den vielseitigen, breiten und nicht immer konvergenten Charakter der beiden Begriffe betonen. Als Arbeitsbegriff verstehe ich unter Kultur in erster Linie die Lebens- und Denkweisen sowie die Kosmvisionen der Klassen, Sektoren, sozialen und politischen Akteure, deren mögliche Wechselbeziehungen und -einflüsse, ihre wechselseitigen Bedeutungsüberlagerungen, das heißt, auch die gemeinsamen interkulturellen Räume, in denen sie sich berühren und die, bewusst oder unbewusst, durch die komplizierten Wechselbeziehungen der Menschen einer bestimmten Gemeinschaft, eines sozialen Sektors oder der Gesellschaft gestaltet werden.

Jede Lebensweise stützt oder bezieht sich auf „ein System von gemeinsamen Glaubensinhalten, Werten, Gewohnheiten, Verhaltensweisen und Artefakten, die die Mitglieder einer Gesellschaft in Wechselbeziehung untereinander und mit ihrer Welt nutzen und die von Generation zu Generation durch Lernen weitergegeben werden“ [Plog y Bates, 1997: 64].

Da die Kultur einer Gesellschaft vielseitig und komplex ist, kann sie nicht als eine Resultante aus der Addition der Teile (der materiellen oder symbolischen Produktionen der Sektoren, Ethnien, Klassen oder sozialen Akteure) betrachtet werden. Der Kern einer Kultur ist unberührbar und unsichtbar, er ist Teil der inneren Welt der Männer und Frauen, die sie produzieren, reproduzieren und miteinander teilen, auf deren Grundlage sie ihre Gebräuche und Gewohnheiten ausbilden und als Basis ihrer wechselseitigen menschlichen Beziehungen aneignen und pflügen. Deshalb erscheint die Kul-



tur, indem sie produziert, reproduziert, individuell verinnerlicht und sozialisiert, vergemeinschaftet und in den sozialen Beziehungen und Interaktionen beständig neu bewertet wird, als ein allgegenwärtiger Prozess in der Dynamik der sozialen Bewegung.

In den indo-afro-lateinamerikanischen Gesellschaften schließt das die Anerkennung der Existenz verschiedener Kulturen ein, die auf einem bestimmten Territorium koexistieren, das als „Nation“, „Staat“, „Land“ etc. definiert wird. Man muss berücksichtigen, dass von den Zeiten der Konquista und der Kolonisierung Amerikas an bis zur Gegenwart Hierarchisierungen, Unterordnungen, Unterwerfungen und Ausgrenzungen gegenüber den indigenen Völkern und ihren Kulturen eingeführt und institutionalisiert wurden. Dazu kam später die Ausgrenzung der Sklaven, die aus Afrika oder China herbeigeschleppt wurden, die Diskriminierung der Mestizen und der Arbeiterbevölkerung. Auf dieser Basis wurde die hegemoniale Vorherrschaft der Überreste der kolonialen Kultur errichtet, die mit den lokalen Mächten assoziiert war. Das erklärt die komplizierten Wurzeln der Beziehungen zwischen den Vertretern der verschiedenen Kulturen, die auf einem Territorium (Land) leben. Je fester die Ketten der Unterordnung und des Ausschlusses sind, desto komplizierter und konfliktreicher müssen die Beziehungen unter den Ungleicheren sein.

Das emanzipatorische Denken und die emanzipatorischen Alternativen kollektiv zu entwickeln erfordert, unterschiedliche Erfahrungen, Wissensinhalte und Kosmvisionen zwischen verschiedenen Kulturen horizontal in Gleichheit und Gleichberechtigung zu verbinden. Und das macht es unabhängig, alte, diskriminierende und hierarchische Vorurteile im organisatorischen und kulturellen Bereich zu überwinden, um uns gegenseitig in der Diversität anzuerkennen und zu akzeptieren. Das sollte man nicht als ein „Übel“ ansehen, das nun einmal ertragen werden muss, sondern als bereichernde Quelle neuer kollektiver Potenzen, um mit kollektiver Weisheit, mit Gerechtigkeit, Gleichheit und größerem Feingefühl in den sozialen Beziehungen für Entwicklung und Fortschritt handeln zu können. Das setzt selbstverständlich voraus, die Vorstellung und die Praktiken aufzugeben, dass man selbst die einzig richtige Denkweise, die einzige Wahrheit vertritt, wie sie der Ideologie und Kultur der monokulturellen kolonialistischen Hegemonie der Machthaber entsprechen.

Wenn man von den Beiträgen der indigenen Völker und sozialen Bewegungen spricht, muss man auch die Bewegungen für die Anerkennung der Vielfalt sexueller Orientierungen sowie die Frauenbewegungen und ihre politisch-kulturellen Beiträge auf der Basis feministischer und Genderkonzeptionen erwähnen. Diese Ansätze, die in den Kämpfen von Millionen Frauen über Jahrzehnte und Jahrhundert hinweg verankert sind, haben auf jeden Fall dazu beigetragen, die Einheit, das Kollektive auf neuen Grundlagen zu denken und die Anerkennung der Unterschiede als Grundlage gegenseitiger Bereicherung, als Stützpfeiler des Zusammenschlusses statt als Hindernis zu begreifen. Das ist ein Sandkorn, das die kämpfenden Frauen in den Schmelztiegel der kollektiven, pluralen und die Unterschiede anerkennenden Schöpfung des Neuen eingebracht haben.

Eine kritisch-interkulturelle Sicht

Die interkulturelle Sicht erkennt und öffnet Wege für die Beziehungen zwischen unterschiedlichen Kulturen innerhalb desselben Territoriums auf der Basis der Anerkennung, der Akzeptanz und der Reziprozität. Die interkulturelle Vision der Entwicklung „geht über die ökonomische Akkumulation hinaus und ist wesentlich verbunden mit der kulturellen Freiheit der Entscheidung, der Achtung der Diversität, des Unterschieds, der sozialen Heterogenität und mit der Form, in der das Leben, die Gesellschaft und der Staat sich organisiert“ [PND, Bolivia, 2006]. Um nicht bei formalen Forderungen zu bleiben, sprechen daher einige Autoren von kritischer Interkulturalität.

Man bemüht sich also darum, dass die Anerkennung der Unterschiedlichkeit alle Ebenen und alle Dimensionen der Interkulturalität erfasst, so dass ein allgemeines und abstraktes Herangehen vermieden wird, das nur die traditionell hegemonialen oder herrschenden Kulturen begünstigen würde. Die kritische Interkulturalität ruft dazu auf, nicht Beziehungen der Gleichheit zwischen Ungleicheren herzustellen. In diesem Fall würde sich die Überlegenheit des historisch Hegemonialen und Herrschenden erneut herstellen und legitimieren, wenn auch durch eine neue Sprache verschleiert und unkenntlich gemacht, und das auch unabhängig vom Willen der beteiligten Akteure.

Über das Formal-Abstrakte in diesen Fragen hinauszugehen ist Teil der Herausforderungen und auch Teil des Prozesses des Aufbaus eigener Macht durch die historisch marginalisierten Sektoren. Das lässt den Ausbruch neuer Konflikte erwarten, die in den neuen Bereichen auftreten, wo die traditionell hegemonialen Sektoren – auch auf Seiten der Linken oder manchmal vor allem auf Seiten der Linken – davon ausgehen, dass Interkulturalität durch das bloße Vorhandensein von Diversität erreicht ist. Das aber trifft nicht zu. Es geht darum, konkrete Kanäle zu öffnen, in denen sich die Unterschiedlichkeit in allen ihren Dimensionen manifestieren kann, sie anzuerkennen und anzunehmen, um darauf neue Formen des pluralen Zusammenlebens aufzubauen. Das führt zum inneren Kampf um die hegemoniale Macht, eine der schwierigsten Grenzlinien, die zu überwinden und zu modifizieren sind. Es bedeutet für breite Sektoren, die sich selbst bisher als aufgeklärt, als Avantgarde betrachtet haben, dass sie in sich gehen und die Quellen ihres Wissens, ihrer Macht und Hegemonie hinterfragen müssen. Das ist leichter gesagt als getan.

Der Beitrag der originären indigenen Völker zu dieser zivilisatorischen Debatte stellt die herrschende koloniale Zivilisation, die sich auf Raub, territoriale Eroberung, Zerstörung, rassistischen Ausschluss und den Tod von Millionen Menschen gründet, zutiefst in Frage. Deshalb fordern diese Völker gleichzeitig mit der historischen Wiedergutmachung die Anerkennung ihrer Rechte, ihres Wissens, ihrer Kosmvisionen, Identitäten, materiellen und spirituellen Produktionsweisen, der institutionellen und nichtinstitutionellen Organisationsformen ihres Lebens. Mit ihren Vorstellungen stützen sie die Tendenzen, die von der Notwendigkeit einer neuen Organisationsweise der sozialen Gemeinschaften in den Beziehungen untereinander und im Verhältnis zum Staat ausgehen. Sie bringen einen neuen Typ von Bürgerschaft und Demokratie hervor: eine von Grund auf partizipative, interkulturelle und entkolonisierte Demokratie. Interkulturalität und



Entkolonisierung stellen unverzichtbare Qualitäten des revolutionären zivilisatorischen Prozesses dar, weil sie verlangen, das homogene, monokulturelle, kolonisierte, kolonisierende und revanchistische Denken zu überwinden, das aus der Kolonialzeit und durch den über Jahrhunderte verwurzelten kulturellen Kolonialismus überkommen ist.

Hin zu einer entkolonisierenden interkulturellen Pädagogik

Die praktische Pädagogik der Widerstandsaktionen, Kämpfe und alternativen Schöpfungen der Völker und die pädagogische Praxis, die sie entwickeln, bilden zweifellos eine zentrale und unersetzbare Komponente des umgestaltenden und befreienden Prozesses.

Die Praxis der Volksschichten produziert und reproduziert Leben, Erkenntnisse und Wissen. Frauen und Männer erlangen in ihren Wechselbeziehungen mit der Gesellschaft ein Bewusstsein der Ungerechtigkeiten auf den Gebieten Gender, Klasse und Rasse. Von ihren Kulturen und ihrer Lebensweise her reflektieren sie kritisch die Realität, in der sie leben. Das offenbaren die zahllosen Erfahrungen indigener und sozialer Bewegungen unseres Kontinents. In dieser besonderen Dimension der Pädagogik (praktische Pädagogik und pädagogische Praxis) kristallisieren sich heute die größten Herausforderungen an das gesellschaftstransformativische Denken und Handeln, was die Formierung und Entwicklung des politisch-sozialen Bewusstseins sozialer Akteure (an sich und für sich) betrifft, die in die aktuellen Prozesse des gesellschaftlichen Wandels einbezogen sind.

Insofern für Marx die positive Überwindung der Entfremdung der Klasse und der Gesamtheit der Unterdrückten der zentrale, verbindende und treibende Kern des Klassenkampfes ist, der ihm die konkrete Richtung für sich verleiht, kann die Befreiung, die dieser Überwindung entspricht, nicht fragmentarisch als ökonomische, politische, soziale oder kulturelle Befreiung verstanden werden, sondern nur in einer integralen Weise. Denn damit die reale Umgestaltung der Gesellschaft für die Männer und Frauen, die sie verkörpern, befreiend wirkt, müssen sie selbst die Fragmentierung ihrer Praxis und folglich ihres Bewusstseins von der gesellschaftlichen Wirklichkeit und von sich selbst überwinden.

In diesem Sinne wirkt der transformatorische und befreiende pädagogische Ansatz verbindend, Theorie und Praxis als Totalität integrierend. Er formt Menschen mit fragmentiertem Bewusstsein und fragmentierten Subjektivitäten zu vollständigen Subjekten um, die in der Lage sind, ihre Stellung in der Gesellschaft als praktisch-konkrete Wiederherstellung dieser verloren gegangenen Totalität neu zu bestimmen, sie (auf neuen Grundlagen bei gleichzeitiger Zerstörung des Bestehenden) neu zusammensetzen, von den Wurzeln her neu aufzubauen.

Das erfordert, den konkreten Prozessen der Herausbildung und Formierung der Subjektivität und des individuellen, Gruppen- und kollektiven politischen Bewusstseins der Werktätigen, der originären indigenen Völker, der Volkssektoren, der Gemeinden usw., besondere Aufmerksamkeit zu widmen, ebenso der nationalen, regionalen, kontinentalen und globalen Ebene.

Dabei handelt es sich um einen komplizierten, integralen sozialen, politischen Prozess von größten Ausmaßen, der sich gegenseitig bedingende, verbundene Elemente umfasst, der kontinuierlich und diskontinuierlich verläuft und gleich-

zeitig bei den Akteuren-Subjekten eine Bewusstwerdung in Gang setzt. Deshalb wird er als Selbstaufbau, als Selbstentwicklung von Bewusstsein definiert, im Übergang zur Konstituierung oder Selbstkonstituierung als Volkssubjekt in einem konstanten Wandlungsprozess und bei notwendiger Neugruppierung von ebenfalls bereicherten Subjektivitäten, die in jedem Moment selbst umgestaltet werden durch die Praxis und die Realität, die diese hervorbringt und in der sie sich entwickeln.

Die zentrale Rolle der Praxis

Die indigene Erhebung in Chiapas ist undenkbar ohne die Herausbildung des Bewusstseins der Beteiligten von ihrer Lage in dem Prozess von Widerstand, Kampf und Gestaltung von Alternativen. Ähnliche Prozesse kann man bei der Bewegung der Landlosen in Brasilien oder der Bewegung indigebäuerlicher Frauen in Bolivien „Bartolina Sisa“ sehen. Wie die Protagonisten bezeugen, wurde dies unterstützt durch die Konzeption und die Praxis der Educación Popular („Volks-erziehung“), eine bildungspolitische Konzeption, die mit dem Aufsuchen und der Gestaltung von Vorstellungen für die Umgestaltung der Lebensbedingungen verknüpft ist und zugleich einen Vorstoß bei der Entwicklung von Alternativen für das Leben darstellt. (Ihr Begründer in Lateinamerika war der Brasilianer Paulo Freire – Anm. d. Übers.).

Die Educación Popular stützt sich auf eine Auffassung des Verhältnisses zwischen Macht und Wissen, die die Lebensbedingungen, die Praxis der verschiedenen individuellen und sozialen Akteure und das Bewusstsein, das sie von sich selbst besitzen oder erlangen können, wenn sie sich durch kritische Reflexion ihr Handeln und ihre Realität aneignen, miteinander verbindet.

Das unterstreicht ein erkenntnistheoretisch-politisches Postulat der Befreiungstheorie: Die Bewusstheit kann nicht von außen in die Subjekte getragen werden, sie gewinnen und entwickeln ihr Bewusstsein in ihrer Beteiligung am Kampf und an den Transformationsprozessen, indem sie kritisch über diese und die Lebensbedingungen nachdenken, unter denen sich diese Prozesse entwickeln. Hervorzuheben sind zumindest zwei Elemente:

1. Im Gegensatz zu der Hypothese, dass das Bewusstsein von außen kommt, haben sich in Lateinamerika schöpferische Gedanken entwickelt, die Teil unseres großen kulturellen Reichtums sind und die offenbaren, dass ausgehend von den eigenen Lebenserfahrungen und Kämpfen der Völker (der Klasse, der verschiedenen ausgebeuteten, ausgegrenzten, diskriminierten und unterdrückten Sektoren, die sie bilden), das individuelle soziale und politische Bewusstsein sich formt und entwickelt. Es existieren keine Räume, wo „reines Bewusstsein“ in vitro kultiviert wird – außerhalb konkreter Realitäten, nicht angekränkt von den Übeln, die das Kapital verursacht, und im Besitz der „absoluten Wahrheiten“, unbeeinflusst von den Zufälligkeiten des Gangs der Geschichte und den Handlungen der Menschen, die in sie eingreifen (und deren praktischer, aktiver, transformatorischer Charakter geleugnet wird).

Das oben Gesagte bestätigt auch die These, dass jeder Erzieher (jeder Aktivist, politisch-soziale Führer, ideologische Ideengeber usw.), da er Teil des kapitalistischen Systems ist, mehr oder weniger von dessen merkantiler Logik beeinflusst wird. So sehr er sich dessen bewusst sein mag und sich auf die Seite der Veränderungen stellt, er ist doch angesteckt



von dieser Logik und muss ebenfalls erzogen werden. Das ist eine alte philosophische, politische und kulturelle Erkenntnis, deren Bedeutung Marx in seinen Thesen über Feuerbach hervorhebt:

„Die materialistische Lehre, dass die Menschen Produkte der Umstände und der Erziehung, veränderte Menschen also Produkte anderer Umstände und geänderter Erziehung sind, vergisst, dass die Umstände eben von den Menschen verändert werden und dass der Erzieher selbst erzogen werden muss. Sie kommt daher mit Notwendigkeit dahin, die Gesellschaft in zwei Teile zu sondern, von denen der eine über die Gesellschaft erhaben ist. ... Das Zusammenfallen des Änderns der Umstände und der menschlichen Tätigkeit kann nur als umwälzende Praxis gefasst und rationell verstanden werden.“ (Dritte These über Feuerbach)

In Lateinamerika wurde diese These von Paulo Freire als theoretisch-praktischer Kern für die Grundlagen seiner Educación Popular schöpferisch aufgegriffen, deren Umsetzung und Entwicklung über Jahrzehnte sowohl die im eigentlichen Sinne pädagogischen als auch die kulturellen und politischen Konzeptionen auf unserm Kontinent bereichert hat. Und dies, obwohl ihre volle Aufnahme und Integration in organischer Verbindung mit der kollektiven Denk- und Organisationsarbeit bis heute zögerlich geblieben ist, vielleicht weil ihr Inhalt und Charakter das elitistische und avantgardistische Denken und Handeln, das noch immer in dem als „politisch“ betrachteten Raum überlebt hat, sehr direkt und praktisch in Frage stellen.

2. Wenn das Bewusstsein der Akteure/Subjekte sich ausgehend von ihrer Beteiligung an den Kämpfen und Transformationsprozessen herausbildet und entwickelt, dann ist die Subjektivität selbst nicht eine Stufe, die man ein für alle Mal erreicht, das heißt, es findet ständig eine Wechselwirkung mit der Realität statt. Das politische Bewusstsein und die Subjektivität der sozialen und politischen Akteure formt sich ständig, wird aufgebaut und umgebaut, indem Tatsachen und Schritte aneinandergereiht werden, auf sie in Reflexionen zurückgegriffen wird in Wechselwirkung mit den Modalitäten und Wegen, mit denen diese Akteure sich die Realität aneignen, die sie erschaffen, in der sie leben und sich als politische Akteure entwickeln.

In diesem Sinne ist ein Element hervorzuheben, das generell nicht berücksichtigt wird: Eine (objektive und subjektive) Realität ist die, die in der Situation der Opposition und des Kampfes existiert. Eine andere bildet sich heraus, wenn die sozialen Akteure, die gestern die Kämpfe anführten, heute die Last der Regierungsverantwortung, staatlicher oder sozialer Aufgaben übernehmen oder danach streben. Die neue Situation bringt neue Wechselbeziehungen und Aktionen hervor. Das alles erzeugt neue Subjektivitäten und Identitäten, zum Beispiel vorher gegen die Regierung, heute als Regierung oder für die Regierung einzutreten. Daraus erwachsen neue kulturelle und politische Konflikte.

Die inneren Kämpfe und Auseinandersetzungen, zu denen es unter den Volksregierungen auf dem Kontinent kommt, führen vor Augen, dass manche soziopolitischen Akteure, die die Kämpfe führten und die Regierungen an die Macht brachten, mit der Erreichung dieses Ziels ihre soziale und auf bestimmte Sektoren beschränkte Rolle wiederaufnehmen. Dies allerdings nicht wie in der Periode des Kampfes, als sie sich über partikuläre Interessen erhoben. Heute sind ihre Subjektivität und ihr Bewusstsein Teil der sozialen Dyna-

mik und verändern sich mit dieser. Die eigentliche politische Herausforderung der Zeit besteht darin, die verbindenden Faktoren zu entdecken bzw. herauszubilden, die es den Akteuren der einzelnen Sektoren ermöglichen, sich gegenseitig als kollektives Subjekt der neuen Realität und in der neuen Realität zu erkennen und zu rekonstituieren.

Das ist weder ein Mangel oder eine besondere Beschränkung, noch ergibt sich daraus, dass die indigenen und sozialen Bewegungen an der Spitze der auf dem Kontinent vor sich gehenden politischen Veränderungen stehen, wie tendenziöser Weise einige schlussfolgern wollen, um ihre alte Kultur der Parteilinken zu rechtfertigen,

Was könnte der Platz und die Rolle der Educación Popular im interkulturellen Prozess der Herausbildung des neuen emanzipatorischen Denkens sein?

Wenn wir darin übereinstimmen, dass der Prozess der interkulturellen Entkolonisierung mit der Herausbildung und Wiedererweckung des Wissens von unten verbunden ist, was die Rückgewinnung und Verknüpfung des historischen Gedächtnisses der Völker einschließt, die Wiedergewinnung und kritische Systematisierung der Erfahrungen aus Kampf, Organisation und Zielen der indigenen und Volksbewegungen, dann ist die Educación Popular ein politisch-methodologisches Angebot und zugleich ein interkulturelles und entkolonisierendes Instrument in Interaktion mit dem Konzept der Investigación-Acción Participativa (IAP) und den mündlich überlieferten Lebensgeschichten. Das alles wird in der Bereicherung oder Neubegründung des kollektiven emanzipatorischen, das heißt interkulturellen und entkolonisierenden Denkens seine Früchte tragen. Gerade deshalb ist die Educación Popular Teil einer an die Wurzeln reichenden kulturellen Schlacht, die sich von unten und aus dem Inneren des gesellschaftstransformatorischen Prozesses und seiner Protagonisten entwickelt.

Entkolonisierung, Interkulturalität, Volkserziehung und gesellschaftliche Praxis definieren sich, bedingen sich und verstärken sich gegenseitig. Es ist wichtig, das zu verstehen, sich zu eigen zu machen und zu entwickeln. Damit wird außerdem eine elementare Übereinstimmung von Wort und Tat unterstützt.

Der Prozess der Herausbildung neuer emanzipatorischer entkolonisierender interkultureller Denkweisen bildet zusammen mit der Educación Popular als befreiende Pädagogik und Befreiungspädagogik einen verbindenden und potenzierenden Kern, der mit dem (Selbst)Aufbau neuer Subjekte des Wissens und soziopolitischen Handelns zusammenfällt. Darin stellt die Educación Popular ein Instrument und eine politische Position sine qua non dar, da sie die Türen der Vernunft und des Herzens der Anerkennung des/der Anderen öffnet, ihn/sie in seinem/ihrem Anspruch erkennt, gehört zu werden. Das sind interkulturelle Schlüsselfragen für die Herausbildung interkultureller Kompetenzen zur Formierung und zum Wirken eines neuen Typs emanzipatorischen Denkens auf sozialer und individueller Ebene und auch für die radikale Umgestaltung der staatlichen und Regierungsinstitutionen. Sie öffnen die Türen für die protagonistische Partizipation der indigenen und sozialen Bewegungen und potenzieren die interkulturelle entkolonisierende Wirkung ihres Handelns.

(Übersetzung aus dem Spanischen: Helma Chrenko)

Bibliografie:

- Chávez, Patricia, o.J., „Como pensar la descolonización en un marco de interculturalidad.“ In: Descolonización en Bolivia. Cuatro ejes para comprender el cambio. fBDM, La Paz
- García Linera, Álvaro (2011), Las tensiones creativas de la revolución. La Paz, Vicepresidencia del Estado Plurinacional de Bolivia.
- García Linera, A., Mignolo, W., und Walsh, C. (2006), Interculturalidad, descolonización del estado y del conocimiento. Ediciones del Signo. Buenos Aires.
- Hunacuni Mamani, Fernando (2010), Vivir Bien/Buen Vivir. Filosofía, políticas, estrategias y experiencias regionales. III-CAB, La Paz.
- Marx, Karl, „Die deutsche Ideologie“, in: Marx, Engels, Werke, Bd. 3, Berlin 1959, S. 5 – 530.
- Mézáros, István (2001), Más allá del capital, Vadell Hermanos Editores, Caracas.
- Plan Nacional de Desarrollo (2006), La Paz. Vicepresidencia del Estado Plurinacional de Bolivia.
- Plog y Bates (1997), zitiert in: Graciela Malgesini y Carlos Jiménez, Guía de Conceptos sobre migraciones, racismo e interculturalidad. Editorial La cueva del oso, Madrid.
- Rauber, Isabel (2010), Dos pasos adelante, uno atrás. Lógicas de ruptura y superación de la civilización regida por el capital. Caracas, Vadell. [Titel der Ausgaben in Bolivien (2011) und in Argentinien (2012): Revoluciones desde abajo]
- Rauber, Isabel (2004), Movimientos sociales y representación política. Articulaciones. Ciencias Sociales, La Habana, 4. Aufl. 2007, fDBM, La Paz
- Zavaleta Mercado, René. 1986. Lo nacional-popular en Bolivia. México, Siglo XXI Editores.

Geschichte

Der Pakt der Diktatoren: Wie Europas Parlamentarier sich um die Pflege eines Dogmas sorgen

Von Kurt Pätzold, Historiker, Faschismusforscher, Berlin;
aus: Neues Deutschland, 18. August 2012

Die Menschen haben ihre Feier- und Gedenktage, die familiären, und die ihnen als Staatsbürger empfohlenen, verordneten oder zugestandenen. Besonders beliebt sind die bezahlten arbeitsfreien. Zu dieser Kategorie wird jedoch jener nicht gehören, um den es hier geht: Eine Gruppe von Personen und Persönlichkeiten, zu der Vaclav Havel und auch der später zum deutschen Staatsoberhaupt gekürte Joachim Gauck gehörten, hatte auf einem von Tschechiens Regierung am 2. Juni 2008 in Prag einberufenen Treffen den Vorschlag unterbreitet, den 23. August allen Europäern zu einem gemeinsamen Gedenktag zu machen. Das Europäische Parlament in Straßburg hat noch im gleichen Jahr, am 23. September, mit 533 Ja- gegen 44 Nein-Stimmen (bei 33 Enthaltungen) der Europäischen Kommission und dem Ministerrat in Brüssel sowie den Regierungen aller Mitgliedstaaten vorgeschlagen, diesen Tag, „der in Würde und unparteiisch begangen werden soll“, zum kontinentweiten Gedenktag für die Opfer aller totalitären und autoritären Regime, von Stalinismus und Nazismus auszurufen, eine gesamteuropäische Gedenkstätte für die Opfer errichten zu lassen und weitere Anstrengungen zur Popularisierung der Totalitarismuskritik auch finanziell zu fördern.

Wenden wir uns zunächst dem Ereignis zu, auf das da Bezug genommen wird und von dem es noch zwölf Tage bis zum Beginn des Krieges war, der zum Zweiten Weltkrieg wurde. Am 23. August 1939 schlossen Deutschland und die Sowjetunion einen Nichtangriffspakt. Der diplomatische Akt stellte eine totale Wende in den Beziehungen der beiden Staaten dar. Für die deutschen Machthaber, die den in der UdSSR angeblich herrschenden „jüdischen Bolschewismus“ eben noch als ihren Hauptfeind bezeichnet hatten, gegen den – so etwa auf Parteitag in Nürnberg – drohende Reden gehalten wurden. Und es traf nicht minder auf die sowjetische Seite zu, hatte in Moskau doch 1935 der VII. Weltkongress der Kommunistischen Internationale stattgefunden, der den Faschismus an der Macht als unheilbringendes imperialistisches und auf Krieg ausgehendes Regime kennzeichnete.

Vor diesem Hintergrund konnte die Nachricht vom Paktabschluss weltweit nur als Sensation wirken. Er warf samt seiner denkbaren Folgen in Regierungskreisen wie in der Bevölkerung viele Fragen auf, die zunächst unbeantwortet blieben. Er stiftete Verwirrung, nicht zuletzt in den Reihen der Kommunisten. Er führte zu Austritten aus deren Parteien und dem Verlust von Sympathisanten. In anderer Weise sahen sich auch die Anhänger der deutschen Faschistenpartei überrascht, denen jedoch erklärt wurde, dass sich ihr unvergleichlicher Führer dabei schon etwas gedacht haben werde, was ihren einfachen Gemütern verborgen blieb.

Die Unterzeichnung des Paktes fand in einem Moment statt, da sich Europa – kaum ein Jahr nach der „Tschechienkrise“ – zum zweiten Mal in einer Vorkriegskrise befand, die erkennbar einem Kulminationspunkt entgegentrieb. Ausgelöst worden war sie wiederum von Deutschland. Diesmal durch die Ansprüche und Drohungen seiner Machthaber gegen den Nachbarstaat Polen. Deutschland gewann durch den Vertragsabschluss zweierlei. Propagandistisch das Argument, das Tage später bei Kriegsbeginn sofort eingesetzt wurde: Diesmal werde es – anders als 1914 – keinen Zweifrontenkrieg mit europäischen Großmächten geben. Und kriegsökonomisch sicherte es sich ein „Hinterland“, das nicht wie die Seewege von Kriegsgegnern blockiert werden konnte. Denn der politische Vertrag untermauerte auch die Fortsetzung von Wirtschaftsbeziehungen zur UdSSR, die im Kriege erheblich an Bedeutung gewinnen mussten.

Und die Sowjetunion? Sie bekundete an jenem Augusttag ihr Interesse, aus dem nahen Krieg heraus zu bleiben, nachdem sie mit ihren seit 1933/1934 unternommenen Bestrebungen gescheitert war, ihn zu verhindern. Denn die von ihr initiierte Politik der kollektiven europäischen Sicherheit war schon auf einen toten Punkt gelangt, bevor die Regierungschefs Großbritanniens und Frankreich 1938 nach München reisten und Hitler die Amputation der Tschechoslowakei zugestanden. Im Herbst 1938 hatten Berlin, Rom, Paris und London die Sowjetunion in gemeinsamer Aktion aus der europäischen Szene gedrängt, sie isoliert. Dennoch versuchten die Politiker im Kreml, als die deutsche Wehrmacht im März 1939 in Prag einmarschierte, die Tschechoslowakei liquidierte und die Appeasement-Politiker blamiert waren, die Idee der Zusammenarbeit der nicht am Krieg interessierten Staaten noch einmal zu reanimieren. Vergeblich. An die Isar waren die Regierungschefs der Westmächte 1938 zu Hitler gefahren, an die Moskwa zu Stalin schickten sie 1939 zweitrangige Militärs, ausgestattet mit unzureichenden Kompetenzen.



Nachdem die Option, Nazideutschland durch eine mächtige Koalition abzuschrecken, erledigt war, hatte Moskau noch diese Alternative: nichts zu tun und abzuwarten oder sich dieses Deutschland samt seinem auf die Ostexpansion fixierten Führer auf unbestimmte Zeit vom Halse zu halten. Es gab im Westen einige Politiker, die wenigstens sich selbst eingestanden, dass es ihrer Leute Außenpolitik war, die diese Konstellation geschaffen hatte und sie nicht das Resultat eines Geheimplans Moskaus war, geboren aus verheimlichter Seelenverwandtschaft des Kremlregenten mit dem Führer der deutschen Faschisten – ein Bild, das später Antikommunisten erfanden.

Vor der Sowjetunion hatten übrigens andere Deutschland benachbarte Staaten mit der Naziregierung Nichtangriffspakte abgeschlossen: 1934 zuerst Polen, das damit dem noch ungefestigten Regime half, sich die Maske der Friedfertigkeit aufzuschminken, es folgte in München im September 1938 eine Erklärung Hitlers und Chamberlains mit dem „Wunsch unserer beiden Völker ... niemals wieder gegeneinander Krieg zu führen“, und wenig später, im Dezember 1938, ein deutsch-französisches Bekenntnis zu „friedlichen und gutnachbarlichen Beziehungen“. Die bloße Tatsache, dass sich der Kreml nun zu einem ähnlichen Schritt entschloss, konnte rechtens keine Kritik der Vorgänger wachrufen. Doch mit der beiderseitigen Versicherung der Friedfertigkeit hatte der Schritt des 23. August sein Bewenden nicht. Vier Wochen später wurde deutlich, dass sich die Abmachungen der beiden Mächte nicht in den veröffentlichten Texten erschöpften. Die Rote Armee fiel am 17. September in den Osten Polens ein und nahm dessen Territorium bis zu einer Linie in Besitz, die bei der Wiederherstellung eines polnischen Staates 1918 als Grenze beider Staaten empfohlen,

„Die beiden Regime waren totalitär und doch ganz unterschiedlich. Die größere Drohung gegen die Menschheit bildete Nazideutschland, und es war die Sowjetarmee die Osteuropa befreite, sie war die Hauptkraft, die Nazideutschland besiegte und das bewahrte Europa und die Welt vor dem nazistischen Alptraum ... Die Erklärung der EU, die eine geradlinige Parallele zwischen Nazideutschland und der Sowjetunion in sich schließt, bietet daher ein unhistorisches und verzerrtes Bild ... Der Zweite Weltkrieg wurde von Nazideutschland begonnen, nicht von der Sowjetunion, und die Verantwortung für die 35 Millionen Toten in Europa, 29 Millionen davon waren Nichtjuden, ist die Deutschlands und nicht Stalins. Sich dieser Opfer gleichberechtigt zu erinnern bedeutet eine Verzerrung ... Gewiss soll man der Opfer des Sowjetregimes gedenken und es existiert jedes Recht, dafür besondere Erinnerungen und Ereignisse zu bestimmen. Aber die beiden Regime auf einen Maßstab zu setzen und sich verschiedener Verbrechen bei einer Gelegenheit zu erinnern, das ist vollständig unakzeptabel.“

Yehuda Bauer, ein 1926 in Prag geborener israelischer Historiker, der sich mit seiner Familie 1939 vor den deutschen Judenjägern nach Palästina retten konnte, zum EU-Gedenktag für die Opfer aller totalitären und autoritären Regime; in „Über die Vergleiche zwischen Nazideutschland und dem Sowjetregime“ (aus d. Engl, Kurt Pätzold; www.gedenkdienst.or.at)

dann aber im Ergebnis des Krieges zwischen Polen und der UdSSR von 1920 weit nach Osten verlegt worden war. In diesen Landstrichen stellten Polen eine Minderheit der Bevölkerung.

Was immer an historischen und aktuell-politischen Argumenten zur Rechtfertigung dieser Militäraktion aus dem Kreml verlautete, es konnte die Tatsache nicht vernebeln, dass die UdSSR vom Krieg Deutschlands gegen Polen zu profitieren suchte und das Völkerrecht missachtete. Das wurde von den Führern der UdSSR in den Nachkriegsjahren indirekt dadurch anerkannt, dass sie alle die Existenz des so genannten Zusatzabkommens leugnen ließen, das – denkt man an Polens Schicksal Ende des 18. Jahrhunderts – gleichsam dessen vierte Teilung vorsah. Denn während sich das „Deutsche Reich“ die eroberten polnischen Gebiete als Reichsgaue ein- oder unter der Bezeichnung Generalgouvernement angliederte, schlug die UdSSR ihre Beute der weißrussischen und der ukrainischen Sowjetrepublik zu. Zwischen den Vertragspartnern bestand Einigkeit, dass ein polnischer Staat nicht wiedererstehen sollte.

Dass Stalin diese Politik, als die Sowjetunion sich selbst im Krieg mit Deutschland befand, änderte und Zehntausende sowjetische Soldaten im Kampf um die Wiedergeburt eines polnischen Staates ihr Leben ließen, konnte die Schandtats nicht ungeschehen machen. Zudem wurden im Zusatzabkommen die baltischen Staaten der sowjetischen Einflussphäre zugerechnet, was Stalin begünstigte, jene, die zum Zarenreich gehörten, 1940 wider das Prinzip vom Selbstbestimmungsrecht der Nationen ebenfalls der Sowjetunion einzuverleiben.

Soviel zu den Tatsachen und Folgen des Abkommens. Sind sie geeignet, den 23. August zu einem besonderen europäischen Tag der Erinnerung zu erheben? Und dies, obwohl der Beginn des Zweiten Weltkriegs, der 1. September, in Teilen Europas seit Generationen als Tag des Gelöbnisses für den Frieden begangen wird? Und Millionen Menschen vieler Zungen den 8./9. Mai als Fest des wieder gewonnenen Friedens feiern und damit der Opfer gedenken, die dieser forderte?

Der Konkurrenzvorschlag der EU-Parlamentarier relativiert die Bedeutung dieser beiden Daten der europäischen Geschichte und setzt an ihre Stelle ein Ereignis, das im Vergleich von ungleich geringerer Reichweite und Folgeschwere war. Er stellt das zweiseitige Abkommen in eine Beziehung zum Krieg und dessen Opfern, die erfunden ist. Die Sowjetunion besaß im Spätsommer 1939, auf sich allein gestellt, nicht die Spur einer Chance, den deutschen „Welteroberungskrieg“ (Thomas Mann) zu verhindern. Und der Entschluss der Führer Nazideutschlands, diesen Krieg vor dem Herbst 1939 zu beginnen, war Monate vor dem Abkommen gefällt. Der Sowjetunion für die Entstehung dieses Krieges eine Mitverantwortung anzudichten, geht einher mit dem Totschweigen der Politik der kollektiven Sicherheit und insbesondere der Rolle des sowjetischen Außenministers Maxim Litwinow. Von dieser „Auslassung“ kann man sich auch in Schulgeschichtsbüchern überzeugen, die in der Bundesrepublik gebräuchlich sind.

Mit der Fixierung der Erinnerung auf den 23. August wird auch der 27. Januar herabgestuft, der so genannte „Auschwitz-Gedenktag“. An diesen wird zum einen an die Sowjetarmee erinnert, die das Tempo der Vernichtung des Kriegsgenegers wesentlich bestimmte und mit dem Tod Hunderttau-

sender ihrer Soldaten ungezählte Menschenleben rettete. Zum anderen stellt dieser Januartag 1945 die Nachgeborenen vor die Frage, in welchem Verhältnis das eigene Land und die eigenen Vorfahren zum Verbrechen des Massenmordes an den europäischen Juden standen. Während der Blick auf den Augusttag 1939 eine in mehreren europäischen Staaten anzutreffende Tendenz unterstützt, vor historischen Wahrheiten die Flucht anzutreten.

Rasch, schon am 30. November 2009, hat das in der Sache gar nicht angesprochene kanadische Unterhaus reagiert und sich für den europäischen Gedenktag für die Opfer aller totalitären und autoritären Regime erklärt. Gleiches beschlossen die Mitgliedstaaten Estland, Lettland, Litauen, Schweden und Slowenien. Das Groteske an diesem Vorgang ist, dass unter Beteuerungen zum Pluralismus Politiker dem Volke wieder einmal eine für ihre Zwecke geeignete Geschichtsdeutung als die allein angemessene empfehlen. Sie deklarieren, Europa müsse, solle es sich wirklich einigen, zu einer gemeinsamen Sicht auf seine Geschichte gelangen. Das Opfergedenken ist vorgetäuscht. Es geht darum, die Geschichte des 20. Jahrhunderts umzudeuten als Weg in die Freiheit, hinweg über zwei Diktaturen.

Ob diese Absicht durchgesetzt werden kann, ist vier Jahre später fraglich. Die Zunft der Historiker hat sich gegenüber dem Vorstoß mit Ausnahmen zurückgehalten oder ausgeschwiegen. Übrigens: Der 23. August ist durch einen Beschluss der UNESCO 1998 als Erinnerungstag an den Sklavenhandel und die Abschaffung der Sklaverei schon besetzt. Und das mit gutem Grund: An diesem Tag im Jahr 1791 begann ein Sklavenaufstand in der französischen Kolonie Santo Domingo, der nach jahrelangen Kämpfen dort dieses Kapitel des Kolonialismus beendete.

Die ukrainische Sache

Von Jörg Kronauer, Sozialwissenschaftler, freier Journalist und Redakteur bei *german-foreign-policy.com*; aus: *Junge Welt*, 21. Juni 2012

Der „Erfinder der Ukraine“ ist Paul Rohrbach mit Sicherheit nicht gewesen. Den zweifelhaften Beinamen hatten dem Mitarbeiter der „Zentralstelle für Auslandsdienst“ im Auswärtigen Amt politische Gegner zur Zeit des Ersten Weltkriegs verliehen. Zugegeben, Rohrbach hatte damals viel mit der Ukraine zu tun, die es als eigenständigen Staat noch gar nicht gab, die es nach seiner Auffassung aber geben sollte. Und tatsächlich entwickelte sich Rohrbach zu einem hingebungsvollen Ukraine-Aktivist, dessen Tätigkeit die deutsch-ukrainischen Beziehungen anhaltend prägen sollte. Noch heute führt ihn die ukrainische Botschaft in Berlin in einem kurzen Abriss über die Geschichte des Verhältnisses zwischen Deutschland und ihrem Staat ausdrücklich auf, was seiner bedeutenden Rolle durchaus entspricht. Aber „Erfinder der Ukraine“ – dieser Titel käme denn doch nicht Rohrbach, sondern vermutlich eher einigen Protagonisten der ukrainischen Nationalbewegung zu, die im Laufe des 19. und am Anfang des 20. Jahrhunderts nach und nach erstarkte.

Der Gedanke, man könne der ukrainischen Nationalbewegung zu einem eigenen Staat verhelfen, erhielt für Rohrbach und für seine Kollegen im Auswärtigen Amt mit Beginn des Ersten Weltkriegs Überzeugungskraft. Gegen Ende des 19.

Jahrhunderts hatte Rohrbach, ein im Zarenreich geborener Baltendeutscher, noch Sympathien für ein deutsch-russisches Bündnis gehegt. Dies änderte sich im Laufe der Zeit: Spätestens der Kriegsbeginn setzte seinen alten Kooperationswünschen ein Ende. Das Auswärtige Amt entwickelte in seiner „Zentralstelle für Auslandsdienst“ Konzepte, die geeignet sein sollten, den Kriegsgegner Russland zu schädigen und nach einem gewonnenen Krieg die deutsche Hegemonie über die Territorien des damaligen Zarenreichs zu sichern. Paradigmatisch formuliert hatte die Grundgedanken dazu ein Kollege Rohrbachs in der „Zentralstelle“, der Zentrumspolitiker Matthias Erzberger. In seiner Kriegszielenkschrift vom 2. September 1914 forderte er ehrgeizig, „Russland sowohl von der Ostsee als auch vom Schwarzen Meer abzuschließen“. Das Mittel der Wahl sei die „Befreiung der nichtrussischen Völkerschaften“ im Zarenreich „vom Joch des Moskowitertums und Schaffung von Selbstverwaltung im Innern der einzelnen Völkerschaften“. Russland zerschlagen, den Teilgebieten Autonomie oder gar Eigenstaatlichkeit zusprechen – das nannte man vornehm „Dekompositionstheorie“. Wer das zerlegte Russland kontrollieren sollte, war für Erzberger klar: „Alles dies unter militärischer Oberhoheit Deutschlands, vielleicht auch mit Zollunion.“ Das klang großwahnhaft, aber man führte schließlich eine Kriegsziel-diskussion.

„Erziehung zum Nationalismus“

Die Idee, Minderheiten zur Rebellion gegen das Zarenreich zu veranlassen, wurde vom Auswärtigen Amt schon früh operativ angegangen. Wichtige Vertreter des „Bundes zur Befreiung der Ukraine“ etwa wurden bereits im ersten Kriegsjahr finanziell unterstützt. Bald darauf begann Berlin auch, mit Hilfe des „Bundes“ die ukrainischsprachigen Soldaten unter seinen russischen Kriegsgefangenen indoktrinieren zu lassen: Exilukrainer begannen in den Gefangenenlagern, Leseunkundige zu alphabetisieren, und verpassten ihnen Geschichtsunterricht. „Erziehung zum Nationalismus“ hat der Historiker Frank Golczewski die Maßnahme genannt. Ukrainische Offiziere wurden schließlich sogar paramilitärisch ausgebildet, um bei passender Gelegenheit auch bewaffnet intervenieren zu können. Unumstritten war das alles damals nicht: So mancher deutsche Diplomat hielt eine Festlegung auf die „ukrainische Sache“ für illusionär, für zu teuer oder gar für verkehrt. Dennoch startete Berlin weitere Maßnahmen zur Unterstützung der ukrainischen Nationalbewegung. Die Koordinierung oblag der eigens eingerichteten „Zentralstelle für Auslandsdienst“ im Auswärtigen Amt. In ihr wurden, schreibt Golczewski, der die Geschichte der deutsch-ukrainischen Beziehungen von 1914 bis 1939 materialreich aufgearbeitet hat¹, die deutschen Propagandaaktionen in Sachen Ukraine zusammengefaßt.

Paul Rohrbach hat sich damals ausdrücklich zu den politischen Absichten geäußert, die er in und mit der „Zentralstelle“ verfolgte. Allgemein plädierte er wie Erzberger für die „Zerlegung des russischen Kolosses in seine natürlichen, geschichtlichen und ethnographischen Bestandteile. Die Teile sind Finnland, die Ostseeprovinzen, Litauen, Polen, Bessarabien, die Ukraine, der Kaukasus und Turkestan.“ Oft nutzte er bei öffentlichen Auftritten das Bild, „dass Russland sich auseinandernehmen lässt wie eine Apfelsine“ und dass dabei „bei gehöriger Vorsicht durch keinen Riss und keine Wunde ein Tropfen Saft zu fließen braucht“. Ganz besonders



kümmerte sich Rohrbach um die Ukraine, gelegentlich bei PR-Veranstaltungen vor großem Publikum. „Ohne die Ukraine ist Russland nicht Russland, hat es kein Eisen, keine Kohle, kein Korn, keine Häfen! ... Alles große Leben in Russland muss versiegen, wenn ein Feind die Ukraine packt“, schrieb er in seinem 1916 erschienenen „Weltpolitischen Wanderbuch“. Rohrbach war ein prominenter Publizist; man kann davon ausgehen, dass seine Schrift durchaus wahrgenommen wurde. Die Bedeutung der Ukraine müsse man sich zunutze machen, verlangte er in dem Werk: „Wenn aber der Tag kommt, wo Russland das Schicksal herausfordert, und dann hat zufällig dort, wo bei uns die Entscheidungen getroffen werden, jemand so viel Kenntnis von den Dingen und so viel Entschlossenheit, dass er die ukrainische Bewegung richtig loszubinden weiß – dann, ja dann könnte Russland zertrümmert werden.“ PR-wirksam presste der Mitarbeiter des Auswärtigen Amtes das Konzept in eine Parole: „Wer Kijew hat, kann Russland zwingen!“

Plünderungsstrategien

Die Konzepte Rohrbachs und der „Zentralstelle“ wurden Anfang 1918 aus der Schublade geholt, als das Deutsche Reich – in einer Position der militärischen Stärke gegenüber dem revolutionären Russland – in zwei Verträgen das Moskauer Reich zu zerschlagen begann. Noch vor dem Diktatfrieden von Brest-Litowsk, der im März 1918 Russland aufgezwungen wurde, schloss es im Februar 1918, gleichfalls in Brest-Litowsk, ein Abkommen mit der Ukraine. Diese hatte zuvor als Staat nicht wirklich existiert, wurde also gleichermaßen mit ihrer Anerkennung als Vertragspartner durch das Deutsche Reich zum staatlichen Subjekt erhoben. Im ersten ukrainischen Staat regierten daher faktisch die Deutschen; ihr starker Mann in Kiew war General Wilhelm Groener, vom 28. März bis zum 26. Oktober 1914 Chef des Generalstabs der Heeresgruppe Eichhorn/Kiew. Groener formte die Ukraine zur Kornkammer Deutschlands, während sich deutsche Industrielle mit der ökonomischen Durchdringung des Landes zu befassen begannen. Man wünsche die „ungehinderte Ausfuhr von Eisenerzen“ und „Manganerzen“, verkündeten etwa einflussreiche Wirtschaftsbosse am 5. März 1918 in Berlin. Pläne für den Bau von Eisenbahnverbindungen und für die Nutzung der ukrainischen Häfen für den Export wurden erstellt. Mit Billigung durch Groener brachte sich am 29. April 1918 der Großgrundbesitzer Pawlo Skoropadski per Umsturz in Kiew an die Macht. Sein reaktionäres Regime stieß auf wachsenden Widerstand; Kämpfe verarmter Bauern gegen die deutschen Besatzungstruppen folgten. Als Paul Rohrbach, der erfahrene Ukraine-Spezialist aus der „Zentralstelle“ des Auswärtigen Amtes, im Mai 1918 die Ukraine inspizierte, da musste selbst er, der entschlossene Befürworter der ukrainischen Eigenstaatlichkeit, zugeben, „die national-ukrainischen Verhältnisse“ seien durchaus noch „unfertig“.

Die Politik, die Rohrbach und die „Zentralstelle“ während des Ersten Weltkriegs verfolgten und kurz vor Ende des Krieges mit der Gründung der Ukraine zu krönen versuchten, ist paradigmatisch für die deutsche Ukraine-Politik in den kommenden Jahrzehnten geblieben: Ukrainische Nationalisten wurden unterstützt, gegen Russland bzw. die Sowjetunion in Stellung gebracht und nach ihrer Inthronisierung in Kiew als Verbündete in Anspruch genommen. Rohrbach selbst hat auch nach dem verlorenen Krieg und der Konsolidierung der

Sowjetunion nicht von der Ukraine gelassen. Bereits im Frühjahr 1918 hatte er mit Zustimmung des Auswärtigen Amtes die Deutsch-Ukrainische Gesellschaft gegründet – damals noch, um die unter deutschem Protektorat gegründete Ukraine „zivilgesellschaftlich“ zu unterstützen, ein höchst moderner Gedanke. Im Dezember 1918 – die meisten waren aus naheliegenden Gründen mit gänzlich anderen Dingen beschäftigt – brachte er die erste Nummer der Monatszeitschrift Die Ukraine heraus, die als Organ der Deutsch-Ukrainischen Gesellschaft diente. Darin schrieb er, man müsse unbedingt verhindern, dass die Ukraine wieder Russland fest eingegliedert werde – denn dann sei sie für die deutsche Wirtschaft verloren. Wenig später bemühte sich ein langjähriger Mitstreiter Rohrbachs in puncto Ukraine, Axel Schmidt, mit einer neuartigen Argumentation um Unterstützung für die gemeinsame Sache. Seine Gedanken wiesen bereits in die Zukunft, in die spätere Zeit der Systemkonfrontation. Jede Kooperation mit Lenin müsse ausgeschlossen werden, erklärte Schmidt. Vielmehr sei die Sowjetunion entschieden zu bekämpfen; dazu aber gelte es, auf die Eigenstaatlichkeit der Ukraine zu setzen: „Das Spiel im Osten ist nur mit dem ukrainischen Trumpf zu gewinnen.“

Ein Kolonialinstitut

Rohrbach hatte seine große Zeit in Sachen Ukraine während des Ersten Weltkriegs und unmittelbar danach. In den Jahren der Weimarer Republik und vor allem zur Nazizeit wurden andere wichtiger: Emigranten aus der Sowjetunion, die ihren Kampf für die Eigenstaatlichkeit der Ukraine im Exil in Westeuropa fortsetzten. Zu ihnen gehörte Pawlo Skoropadski, der 1918 in Kiew in Kooperation mit den Deutschen die Macht an sich gerissen hatte und gemeinsam mit ihnen fliehen musste; er unterhielt auch weiterhin enge Kontakte zu Reichswehrkreisen und zum Auswärtigen Amt. Größere Bedeutung als er erlangte sein Außenminister aus dem Jahr 1918, Dmitro Doroschenko: Er wurde 1926 Gründungsdirektor des Ukrainisch-Wissenschaftlichen Instituts (UWI) in Berlin. Das UWI hatte nicht zuletzt deshalb Bedeutung, weil erhebliche Teile des ukrainisch-nationalistischen Exils der Bildungsbourgeoisie entstammten und ein Wissenschaftliches Institut daher für sie als Kristallisationspunkt gut geeignet war. Da diejenigen unter den ukrainischen Nationalisten, die demokratisch gesinnt waren, sich in größerer Zahl für Frankreich als Exilland entschieden hatten, sammelten sich am UWI vor allem rechtsgerichtete Kreise. In Berlin lehrte unter anderem Wjatscheslaw Lipinski, ein einflussreicher exilukrainischer Ideologe; seine Vorstellungen von einer aus der Sowjetunion herausgelösten Ukraine liefen auf einen diktatorischen Staat mit faschistoiden Elementen hinaus.

Die deutschen Ukraine-Aktivitäten umfassten bereits damals auch gewalttätige, sogar militärische Elemente. Die Reichswehr unterstützte die Ukrainiska Vijskova Orhanizacija (UVO, Ukrainische Militärische Organisation), einen Zusammenschluss ehemaliger Soldaten und anderer Milizionäre, der Sabotageakte und Überfälle im wiedergegründeten Polen durchführte – Polens Südosten, vor allem Lwów (heute Lwiw, einst Lemberg), wurde ja von ukrainischen Nationalisten ebenfalls für ihre eigenen Staatsbildungspläne beansprucht. In geheimen Programmen bildete die Reichswehr bewaffnete Kämpfer der UVO aus, unter anderem 1923 in München. Im November 1927 war die UVO, die sich dem Ukraine-Experten Golczewski zufolge zur reinen „Terror- und



Spionageorganisation“ entwickelt hatte, an einer großen Konferenz ukrainischer Nationalisten in Berlin beteiligt, die schließlich zur Gründung einer schlagkräftigen Organisation führen sollte – zur Gründung der Organisation Ukrainischer Nationalisten (OUN).

Die OUN, die das ukrainische Exil in einer schlagkräftigen Organisation bündeln sollte, wurde Anfang Februar 1929 nach den Berliner Vorarbeiten in Wien offiziell ins Leben gerufen. Man hatte Wien als Ort des Gründungstreffens gewählt, um den deutschen Einfluss auf die neue Organisation nicht allzu deutlich werden zu lassen. Polnische Diplomaten, die die Zusammenkunft sehr sorgfältig beobachteten, kamen in ihrer Analyse allerdings zu dem Schluss, dass 24 der 30 Teilnehmer von deutschen Stellen „unmittelbar abhängig“ seien und der frisch installierte OUN-Chef Jewhen Konowalec sich mit Berlin eng abgestimmt habe. Konowalec erklärte unmittelbar im Anschluss an seine Ernennung zum OUN-Chef, Ziel seiner Organisation sei „die Liquidierung des Moskowitschen Imperiums, wie auch des polnischen historischen Imperialismus“ – alles ganz im Sinne Berlins. Dabei fokussierte die OUN ihre Aktivitäten in den ersten Jahren auf Polen. Unter anderem ermordeten OUN-Terroristen am 15. Juni 1934 den polnischen Innenminister Bronislaw Pieracki. Wegen des Attentats wurde unter anderem ein gewisser Stepan Bandera verurteilt – zunächst zum Tode, dann zu lebenslanger Haft. Für ihn wurden die Nazis zu Befreiern; sie holten ihn nach dem Einmarsch der Wehrmacht aus dem Knast.

Kollaboration mit den Nazis

Bei Kriegsbeginn im September 1939 machten sich die ukrainischen Nationalisten zum zweiten Mal nach 1918 Hoffnungen, gestützt auf die Deutschen ihren eigenen Staat zu errichten. Zunächst nahm eine von der OUN koordinierte ukrainische Einheit am Überfall auf Polen teil; 1941 waren OUN-Trupps dann am Überfall auf die Sowjetunion beteiligt. Berühmt sind die Massaker, die sie gemeinsam mit den Deutschen im okkupierten Lwów verübten; Tausende Menschen, darunter zahlreiche jüdischen Glaubens, wurden bestialisch ermordet. In die Mordtaten war auch OUN-Anführer Bandera involviert, der am 30. Juni 1941 in Lwów den ersehnten ukrainischen Staat ausrief – was allerdings die Deutschen diesmal nicht tolerierten: Die Nazisrassisten gestanden ihren slawischen Kollaborateuren anders als das Kaiserreich keinerlei Eigenständigkeit als Gegenleistung für die antisowjetischen Hilfsdienste mehr zu. Bandera wurde festgenommen und bald ins KZ Sachsenhausen verschleppt, aus dem er erst im September 1944 entlassen wurde. Während er interniert war, begingen die OUN und die von ihr kontrollierte Ukrainische Aufstandsarmee (Ukrainska Powstanska Armija, UPA) zahlreiche Massaker in den okkupierten ukrainischen Gebieten, darunter auch Morde an Jüdinnen und Juden. „Unsere Miliz führt jetzt gemeinsam mit den deutschen Organen zahlreiche Verhaftungen von Juden durch“, meldeten OUN-Milizionäre am 28. Juli 1941 nach Berlin: „Vor der Liquidierung verteidigen sich die Juden mit allen Methoden.“ Verknüpft mit derlei Mordaktionen, versuchte die OUN nach der gescheiterten zweiten Staatsgründung zumindest auf lokaler und regionaler Ebene staatsähnliche Strukturen in den deutsch besetzten Gebieten zu schaffen. Diese Art von Ordnungstätigkeit ließen die Nazis, weil sie ihnen die mörderische Besatzungstätigkeit erleichterte, auch durchaus zu.

Im Kalten Krieg

Wie im Ersten Weltkrieg scheiterten die ukrainischen Nationalisten gemeinsam mit ihren deutschen Verbündeten auch im Zweiten; und nach Kriegsende entwickelten sich die Dinge ebenfalls ganz ähnlich wie ein Vierteljahrhundert zuvor. Zahlreiche ukrainische Kollaborateure zogen mit der abrückenden Wehrmacht in Richtung Westen ab und gingen ins Exil – viele in die Bundesrepublik, wenngleich einige dann noch in die Vereinigten Staaten weiterzogen. Einer von denen, die in der Bundesrepublik Zuflucht fanden, war OUN-Anführer Stepan Bandera. Er lebte in München, das sich bald zum Zentrum ukrainischer Exilnationalisten entwickelte, und wurde dort 1959 ermordet. Auf dem Münchener Waldfriedhof ist sein Grab heute noch zu sehen. In München nahm 1948 auch die Deutsch-Ukrainische Gesellschaft ihre Tätigkeit wieder auf, die Paul Rohrbach 1918 gegründet hatte. 1952 ernannte sie Rohrbach zu ihrem Ehrenpräsidenten. Dieser äußerte sich 1952 in der Zeitschrift der Gesellschaft (Ukraine in Vergangenheit und Gegenwart, herausgegeben ebenfalls in München) zu ihren strategischen Aufgaben. Man kann die alte Dekompositionstheorie aus den Zeiten des Ersten Weltkriegs in seinem Artikel über „Die ukrainische Frage“ leicht wiedererkennen.

Rohrbach beklagte darin nach längeren historischen Ausführungen die neue Systemkonfrontation und suchte nach Wegen, sie zugunsten des Westens zu entscheiden. „Gibt es gar kein Mittel, dem ›Kalten Krieg‹ zu begegnen, in dessen Führung Moskau, wie wir alle wissen, eine solche Meisterschaft und Hartnäckigkeit beweist?“, fragte er rhetorisch, um sogleich seine Antwort zu liefern: „Von diesem Mittel haben wir eben gehört: Entbindung der zentrifugalen Kräfte innerhalb der Sowjetunion!“ Nichts Neues im Westen seit dem Ersten Weltkrieg. „Die stärkste dieser zentrifugalen Kräfte ist das nationale Bewusstsein des ukrainischen Volkes mit seinem Willen zu eigener Staatlichkeit“, fuhr Rohrbach fort und erläuterte: „Wenn dies Bewusstsein unter den Nationalitäten, dass man sie kennt, dass man ihnen wohl will, ... sich unter ihnen verbreitet, so wird das zu einer fortschreitenden inneren Erschütterung der Sowjetmacht führen und vielleicht eines Tages, wenn andere günstige Umstände hinzutreten, zu ihrem Zusammenbruch.“ Eine besondere Rolle komme der Ukraine zu, meinte der altgediente Strategie: „Die Führung dabei würde dem ukrainischen Volke gehören.“ Die Äußerungen tätigte er zu einer Zeit, zu der im Westen der Sowjetunion immer noch Teile der UPA ihren Krieg für die ukrainische Eigenstaatlichkeit fortführten – wie der US-Historiker Christopher Simpson nachgewiesen hat, mit tatkräftiger Unterstützung der CIA, die dazu ihrerseits alte ukrainische Nazikollaborateure einspannte.²

Endlich am Ziel

Rohrbach habe der Ukraine „als getreuer Mentor zur Seite“ gestanden – „bis zu seinem letzten Atemzug“, schrieb die Deutsch-Ukrainische Gesellschaft anlässlich seines Todes am 19. Juli 1956. Über seine „Bedeutung“ sei man sich völlig „im klaren, denn wir wissen, dass sein Lebenswerk dazu bestimmt ist, einst eine neue Ära zwischenstaatlicher Beziehungen herbeizuführen, wozu sein Eintreten für die Ukraine als erster Angelpunkt zu betrachten ist“. 35 Jahre später war es so weit: Die Ukraine verkündete im Zerfallsprozess der Sowjetunion am 24. August 1991 ihre Eigenstaatlichkeit;



als eine der ersten Regierungen erkannte die bundesdeutsche sie und die anderen Staaten, die aus der zerfallenden Sowjetunion hervorgingen, in aller Form an. Rohrbachs „De-kompositions,-Wünsche waren Jahrzehnte nach seinem Ableben in Erfüllung gegangen. Russland ist entsprechend geschwächt, wenngleich es in der Ukraine auch weiterhin starke Kräfte gibt, die sich für eine enge Zusammenarbeit Kiews mit Moskau aussprechen – Kräfte, die sich gegenwärtig um Staatspräsident Wiktor Janukowitsch gruppieren. Dass Berlin nicht ihn, sondern eher prowestliche Kräfte wie die nun inhaftierte Exministerpräsidentin Julia Timoschenko unterstützt, um den inzwischen fast hundertjährigen Kampf um die Ukraine endgültig für sich zu entscheiden, das setzt nur die alte Politik der unterschiedlichsten deutschen Regierungen fort.

Dabei kann Deutschland heute noch auf die Tradition der alten Kollaborateure bauen, von denen nicht wenige die Jahrzehnte der Systemkonfrontation im bundesdeutschen Exil verbrachten. Ein Beispiel: Slawa Stetsko. 1920 geboren, wurde sie Ende der 1930er Jahre Mitglied der OUN und war während des Krieges als Sanitäterin bei der UPA aktiv. Nach dem Krieg heiratete sie im Münchener Exil den vormaligen OUN-Kämpfer Jaroslaw Stetsko, der 1946 den bereits 1943 von der OUN gegründeten Anti-Bolshevik Bloc of Nations neu organisierte. Slawa Stetsko übernahm die Leitung der antikommunistischen Kalte-Kriegs-Organisation nach dem Tod ihres Ehemannes im Jahr 1986. Als die Umstände es 1991 dann wieder zuließen, kehrte sie in die Ukraine zurück und wurde dort Gründungsvorsitzende des Kongresses Ukrainischer Nationalisten (KUN), mit dem sie die bis dahin weiterbestehenden, zuletzt von ihr selbst geführten OUN-Strukturen in eine reguläre ukrainische Partei transformierte. Slawa Stetsko starb 2003 in München. Zu dieser Zeit war der KUN bereits Teil des Wahlbündnisses Blok Nascha Ukrajina von Wiktor Juschtschenko, dem damaligen Favoriten des Westens in der ukrainischen Polit-Szenerie. Die prowestlichen Parteien der Ukraine können bis heute vor allem im Westen des Landes auf Wahlerfolge zählen, in der Region um Lwiw also, in der die OUN einst ihre Hochburgen hatte und in der Stepan Bandera bis heute als Held gefeiert wird. Die Unterstützung der Weimarer Republik und Nazideutschlands für die Kollaborateursstrukturen zahlt sich bis heute aus.

Anmerkungen

- 1 Frank Golczewski, *Deutsche und Ukrainer, 1914–1939*, Schöningh, Paderborn 2010
- 2 Christopher Simpson: *Blowback. America's Recruitment of Nazis and Its Effects on the Cold War*, New York 1988

Nach Redaktionsschluss

„Wir haben die Demokratie bereichert“

Rede von Gregor Gysi in der Haushaltsdebatte des Bundestages am 12. September 2012 (Auszug zur Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts über die Klagen gegen ESM und Fiskalpakt); aus: www.linksfraktion.de

Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Das Bundesverfassungsgericht hat heute früh entschieden, die einstweiligen Anordnungen nicht zu erlassen.

Sie haben davon gesprochen, Frau Bundeskanzlerin, aber Sie haben nichts zu den Auflagen gesagt. Herr Trittin meinte, die Linke hätte heute eins auf die Mütze bekommen.

Ich will versuchen, es Ihnen kurz zu erklären. Nach meiner Kenntnis – ich bin mir nicht hundertprozentig sicher – ist es überhaupt das erste Mal in der Geschichte der Bundesrepublik, dass das Bundesverfassungsgericht entschieden hat, dass völkerrechtlich verbindliche Vorbehalte erklärt werden müssen – das ist sehr viel mehr als nichts –, und zwar in zwei Richtungen: Erstens muss völkerrechtlich verbindlich geklärt werden, dass es ein Überschreiten der Haftung Deutschlands von 190 Milliarden Euro nur dann geben darf, wenn Deutschland vorher zugestimmt hat.

Zweitens muss trotz der Schweigepflicht der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Europäischen Zentralbank und anderer Regelungen gesichert werden, dass der Bundesrat und der Bundestag umfassend und vollständig zu informieren sind. Wenn Sie sagen, dass das schon im Gesetz steht, dann sagen Sie dem Bundesverfassungsgericht, dass es Überflüssiges entschieden hat. Hat es aber nicht, ganz im Gegenteil.

Ich sage Ihnen auch, warum. Das ist ein indirekter Eingriff in die Verträge. Völkerrechtlich verbindliche Vorbehalte zu erklären, ist schwierig. Ich warne Sie jetzt vor Folgendem, Frau Bundeskanzlerin: Wenn Sie die Vorbehalte formulieren, lassen Sie das nicht allein die Regierung entscheiden. Bundestag und Bundesrat müssen über die Vorbehalte mitentscheiden.

Um eine völkerrechtlich verbindliche Regelung zu treffen, könnte es sogar sein das ist noch strittig, dass alle anderen Länder zustimmen müssen. Ich sage Ihnen: Hier hat das Bundesverfassungsgericht erst einmal ein Stoppzeichen gesetzt, weil vieles zu klären ist. Das Bundesverfassungsgericht hat noch etwas gesagt: Wenn die Vorbehalte nicht wirksam werden, dann gelten die Verträge für Deutschland nicht. Das hat es ausdrücklich betont.

Wir haben also zwei Dinge erreicht wir, nicht Sie; die Fraktionen von Union, SPD, FDP und Grünen haben diesbezüglich nichts unternommen; es hat sie nicht interessiert: Wir haben erreicht, dass es eine Haftungsbegrenzung für Deutschland gibt und dass Bundesrat und Bundestag mehr Rechte haben. Das heißt, wir haben die Demokratie bereichert. Eigentlich müssten Sie sich heute hier hinstellen und sagen: Danke, liebe Linke! Denn das verdanken Sie uns. Das ist die Wahrheit.

Sie haben zu Recht, Frau Bundeskanzlerin, darauf hinge-



wiesen, dass die Krise von den Banken verursacht wurde. Deshalb, ich wiederhole es, ist der Begriff „Schuldenkrise“ völlig falsch, weil damit immer der Eindruck erweckt wird, als seien die Sozialausgaben und Ähnliches in den betroffenen Ländern zu hoch gewesen. Nein, wir haben für die Pleitebanken, die spekuliert und gezockt haben, gezahlt, in Griechenland, in Spanien, in Italien, in Deutschland, überall. Das hat die hohe Verschuldung verursacht. Ich frage Sie: Warum können wir uns nicht darauf verständigen, dass es nicht die Pflicht der europäischen und damit auch der deutschen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler ist, für die Zockerei der Banken zu bezahlen? Wieso werden die dafür eigentlich in Anspruch genommen?

In den Bundesländern wurde gerade über einen Staatsvertrag, in dem es um Spielkasinos geht, verhandelt. Folgendes fand ich ganz witzig: Eine linke Landtagsfraktion hat beantragt, die Banken mit aufzunehmen. Das ist von Ihnen natürlich abgelehnt worden. Aber ich sage Ihnen: Ja, die Banken sind zu Spielkasinos verkommen. Ich nenne Ihnen nur ein Beispiel: Was zurzeit weltweit in Bezug auf Lebensmittel geschieht, ist abenteuerlich. Da wird spekuliert, und die Lebensmittel werden immer teurer. Die nehmen Hunger in Kauf, nur um Profite zu machen. Das spricht für Menschenverachtung. Dagegen sollten Sie etwas tun, Frau Bundeskanzlerin.

In Europa wird nun der Weg der harten Kürzungsaufgaben beschritten. Ich halte diesen Weg für falsch; denn er verschärft die Krise. Ich nenne einige Zahlen: In Griechenland beträgt die Arbeitslosenquote derzeit 25 Prozent, in Spanien 22 Prozent. Die Jugendarbeitslosenquote beträgt in Griechenland 55 und in Spanien 53 Prozent. Ich frage Sie: Was soll aus diesen Jugendlichen werden? Ich ahne schon, wie die Überschriften in der Bild-Zeitung lauten werden, wenn diese Jugendlichen später kriminell werden und strafbare Handlungen begehen. Jetzt werden die Ursachen dafür gelegt. So kann man die Probleme Europas nicht lösen. *(Beifall bei der LINKEN)*

Wir erleben Kürzungen bei Löhnen, bei Renten, beim Arbeitslosengeld und bei Investitionen. Ich nenne Ihnen nur ein Beispiel Sie haben es ja sehr gewürdigt, Frau Bundeskanzlerin: Portugal. In Portugal müssen alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ab 2013 um 7 Prozent höhere Versicherungsbeiträge zahlen, und die Unternehmen werden bei den Versicherungsbeiträgen um 5,5 Prozent entlastet. Es findet wie immer eine Umverteilung von unten nach oben statt. Und die Rentner in Griechenland? Sie sind krankenversichert und müssen trotzdem alle Medikamente selbst bezahlen, weil ihnen sonst nicht geholfen wird. Eine Frau, die in Griechenland zur Entbindung in ein Krankenhaus muss, muss die Entbindung selbst bezahlen; sonst wird ihr ärztlich nicht geholfen. Sagen Sie einmal: Wo leben wir eigentlich? Es gibt doch wohl Grenzen, die nicht überschritten werden dürfen!

Die Wirtschaftsleistung Griechenlands ist um ein Fünftel zurückgegangen; solche Zahlen gab es früher nur im Krieg. Aber in einem Punkt hat Frau Bundeskanzlerin recht: Wenn Griechenland aus dem Euro-Raum austritt, dann wird Griechenland nicht nur verelenden, sondern das wird auch teuer für Deutschland. Das kostet uns mindestens 62 Milliarden, wenn nicht gar 80 Milliarden Euro. Außerdem würde das einen Dominoeffekt auslösen. Ich sage Ihnen: Die Ratingagenturen und Hedgefonds greifen sich dann Portugal, später Spanien und Italien, und dann ist der Euro tot. Wenn der

Euro tot ist, führt das zu einer Katastrophe in Deutschland. Würden alle Länder in Europa ihre nationalen Währungen wiederbekommen, wäre das nicht nur ein Rückschritt, sondern hätte auch zur Folge, dass die anderen Länder ihre Währungen so lange abwerten würden, bis wir dorthin so gut wie nichts mehr verkaufen können. Dann bricht hier die Außenwirtschaft zusammen, mit allen damit verbundenen Folgen wie Arbeitsplatzproblemen etc. Tun Sie nicht so, als seien Sie altruistisch! Deutschland braucht dringend den Euro. Das ist die Wahrheit.

Wir müssen – ich sage es noch einmal – auch endlich von der gescheiterten Politik der Kürzungen wegkommen. Herr Steinmeier, Sie sind darauf eingegangen, dass SPD und Grüne die Voraussetzungen dafür geschaffen haben. Gerade jährte sich die Agenda 2010. Womit war die Agenda 2010 verbunden? Mit der Senkung des Rentenniveaus, mit der Teilprivatisierung der Rente, mit der Schaffung eines Niedriglohnssektors, mit einer umfassenden prekären Beschäftigung, wie erzwungener Teilzeit, Befristung, Leiharbeit und all diesen üblen Sachen. Vorgestern feierte Gerhard Schröder den Jahrestag der Agenda 2010.

Auch Sie würdigen ihn; auch die SPD ist stolz. Oskar Lafontaine sprach vor denselben Studierenden dagegen und erklärte: Sie war die Einleitung des Sozialabbaus und die Entsozialdemokratisierung der SPD. Ich finde, nicht Gerhard Schröder, sondern Oskar Lafontaine hat recht.

In den letzten zehn Jahren sind die Reallöhne um 4,5 Prozent, die Renten um 8 Prozent und die Sozialleistungen um 5 Prozent gesunken. Knapp 8 Millionen Menschen arbeiten im Niedriglohnssektor, sie verdienen Stundenlöhne von unter 7 Euro, unter 6 Euro, sogar unter 5 Euro brutto. Im letzten Jahr waren 2,7 Millionen Menschen befristet beschäftigt. Fast jede zweite Neueinstellung ist befristet. Hinzu kommen Leiharbeit, Aufstockerinnen und Aufstocker und anderes. Sie können doch die Probleme nicht einfach negieren. Schröder und Fischer, SPD und Grüne, aber auch Union und FDP begründen das immer damit, dass das im Interesse der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft, also im Hinblick auf hohe Exportzahlen, nötig sei. Deutschland lebt über seine Verhältnisse, weil wir sehr viel mehr herstellen, als wir verbrauchen. Andere Länder leben unter ihren Verhältnissen, weil sie weniger herstellen. Deutschland ist ja nicht zufällig Vizeexportweltmeister.

Aber wenn wir Länder arm machen, die bei uns kaufen, dann kaufen sie hier weniger ein, und auch wir spüren das dann. Fragen Sie doch einmal die Beschäftigten bei Opel, die das schon erleben. Die Exporte aus Deutschland nach Italien, Spanien, Griechenland und Portugal sind schon um 10 Prozent zurückgegangen. Wir senken in anderen Ländern die Kaufkraft, und das hat Folgen auch für uns; so einfach ist das. Alles steht doch in einem Zusammenhang. Wenn der Export in Deutschland zusammenbricht, führt das – ich habe es schon gesagt – zu einer steigenden Arbeitslosigkeit mit verheerenden sozialen Folgen.

Ich höre schon jetzt, wie Union, SPD, FDP und Grüne dann rufen: Wir müssen die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands wiederherstellen! Wenn sie das rufen, dann heißt das: wieder runter mit den Löhnen und den Renten, noch mehr Geringverdienende und noch mehr prekär Beschäftigte. Das ist der falsche Weg.

Wir brauchen endlich, und zwar im Süden Europas wie in Deutschland, einen Weg, um die Binnenwirtschaft zu stär-



ken. Wir brauchen höhere Löhne, höhere Renten und Sozialleistungen, mehr soziale Gerechtigkeit und darüber eine Stärkung der Binnenwirtschaft.

Für die Südländer, also Griechenland, Italien, Spanien, Portugal, brauchen wir einen Marshallplan, wir brauchen Aufbau- und nicht Abbaukredite; das wissen wir aus unserer eigenen Geschichte. Außerdem müssen wir nicht immer den Umweg über private Banken gehen, die wir reich machen, sondern Direktkredite gewähren. Nur wenn die Länder über Steuereinnahmen verfügen, können sie Darlehen zurückzahlen. Anders kann das überhaupt nicht funktionieren. Wenn Sie den Süden pleite machen, sorgen Sie damit dafür, dass Deutschland seine Gelder nicht zurückbekommt. So einfach ist das.

Übersetzt bedeutet das Folgendes: Ich will immer, dass es meiner Nachbarin gut geht. Aber wenn ich ihr Geld gebe, will ich erst recht, dass es ihr gut geht, denn nur dann bekomme ich mein Geld zurück. Das ist ganz einfach.

Die EZB leiht den Privatbanken Geld für 0,75 Prozent Zinsen für drei Jahre, und die Banken unterstützen dann Italien und andere Länder für 6 Prozent Zinsen; das heißt, sie nehmen Staatsgeld, geben es einem Staat und verdienen die Differenz. Womit rechtfertigen Sie das eigentlich gegenüber den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern in Deutschland?

Auch ich sage: Es muss Auflagen für Griechenland geben. Zum Beispiel müssen die Militärausgaben halbiert werden, die reichen Griechen endlich gerecht besteuert werden, Steuerhinterziehung wirksam bekämpft werden. Dafür bin auch ich. Aber wir brauchen noch etwas: Wir müssen endlich den Weg gehen, die Verursacher der Krise und die, die einen Nutzen von der Krise haben, zur Bezahlung heranzuziehen, und nicht die Rentnerinnen und Rentner, nicht die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, nicht die Erwerbslosen.

Ich nenne Ihnen nur zwei Zahlen: Vor der Krise gab es in Deutschland 720 000 Vermögensmillionäre. Jetzt gibt es 960 000 Vermögensmillionäre. Die Reallöhne wurden gekürzt, und die Zahl der Vermögensmillionäre ist größer geworden. 0,6 Prozent – 0,6 Prozent! – unserer Bevölkerung besitzen ein Vermögen von 2 Billionen Euro. Das entspricht der Höhe unserer gesamten Staatsschulden. Was ist das eigentlich für eine maßlose Ungerechtigkeit?

Beim Kampf gegen die Steuerhinterziehung höre ich immer ein Argument. Es kommt von der Union und, jetzt vielleicht nicht mehr – das hoffe ich jedenfalls, von der SPD. Das Argument heißt immer: Die Reichen bringen dann ihr Vermögen ins Ausland, oder sie nehmen ihren Wohnsitz auf den Seychellen oder in anderen Ländern. Deswegen kann ihr Vermögen nicht besteuert werden.

Deshalb haben wir Ihnen vorgeschlagen – Sie haben das bisher aber abgelehnt –, dass wir diesbezüglich US-Recht einführen und die Steuerpflicht auch an die Staatsbürgerschaft binden. Ein Deutscher, egal wo er wohnt, wäre dann verpflichtet, hier in Deutschland sein Einkommen und sein Vermögen bekannt zu geben. Er kann auch bekannt geben, welche Steuern er woanders zahlt. Das wird angerechnet. Hinsichtlich der Differenz bekommt er einen Steuerbescheid. Dazu müsste jeder Deutsche, egal wo er wohnt, verpflichtet werden. So haben das die Amerikaner geregelt. Warum können wir das in Europa nicht endlich auch so regeln?

Das wäre übrigens auch für die 2 000 griechischen Familien wichtig; denen 80 Prozent des Vermögens Griechenlands gehört. Dann können auch sie zur Kasse gebeten werden.

Aber Sie sträuben sich immer dagegen. Ich finde, Sie haben dafür keine guten Gründe.

Wenn ich das zusammenfasse, sage ich immer Folgendes: Es gibt drei Wege im Zusammenhang mit der Krise. Union und FDP gehen den Weg, Geld durch die Europäische Zentralbank drucken zu lassen. Wenn man Geld drucken lässt, entwertet man das Geld, entwertet man die Sparguthaben, entwertet man die Löhne und Renten. Sie dürfen die Folgen von dem, was Sie dort anrichten, nicht unterschätzen.

SPD und Grüne wollen den Weg über die gemeinschaftliche Verschuldung gehen. So, wie Sie das vorschlagen, ist das abenteuerlich, weil die Leute für Dinge im eigenen, aber vor allen Dingen auch in anderen Ländern haften, auf die sie nicht den geringsten Einfluss haben.

Ich sage: Man kann das eine und das andere ein bisschen machen. Im Kern muss es aber einen anderen Weg geben, den Weg der Umverteilung, und zwar endlich einmal von oben nach unten und nicht von unten nach oben.

Wahlen in den Niederlanden

Sozialisten können Position halten und werden drittstärkste Kraft.

Von Uta Wegner, Mitarbeiterin im Bereich Internationale Politik der Bundesgeschäftsstelle der LINKEN, und Jochem Visser; aus: www.die-linke.de

Am 12. September 2012 fanden in den Niederlanden vorgezogene Parlamentswahlen statt. Dazu kam es, nachdem die Partei PVV des Rechtspopulisten Geert Wilders, die eine Mischung aus Sozialpolitik nur für die eigene Bevölkerung und Hass gegen die muslimische Bevölkerung propagiert, die Regierung der Rechtsliberalen Ende April 2012 zerbrechen ließ. Im Ergebnis erhielten die beiden stärksten Parteien noch einmal die Bestätigung der Wähler. Die rechtsliberale Partei (VVD) des bisherigen Premierministers Mark Rutte ist mit 41 Sitzen (+10, 26,4%) der Gewinner, dicht gefolgt von den Sozialdemokraten (PvdA) mit ihrem Spitzenkandidaten Diederik Samsom (39 Sitze, +9, 24,7%). Während vor allem die rechtspopulistische PVV herbe Verluste einstecken musste (von 24 Sitzen verlor sie 9, 10,1%) und auch die Christdemokraten (CDA) mit nunmehr 13 Sitzen (-8, 8,5%) auskommen müssen, konnte die Sozialistische Partei (SP – Mitglied der linken Fraktion GUE/NGL im Europäischen Parlament) ihre Position verteidigen (15 Sitze, 9,6%). Damit ist sie neben der PVV drittstärkste Fraktion in der Zweiten Kammer des niederländischen Parlaments.

Da das Ergebnis stark von den Prognosen abweicht, war der Wahlabend für die beiden stärksten Parteien eine positive Überraschung, während die restlichen zehn im Parlament vertretenen Parteien mit Verlusten beziehungsweise Nullwachstum umgehen mussten.

Bis zur letzten Minute wurde gekämpft und das Ergebnis auf der Wahlparty der SP in Den Haag mit Spannung erwartet. Den Wahlerfolg von 2006 mit 25 Sitzen konnte die SP nicht wiederholen. Den Wählern blieb unverständlich, warum sie damals mit dieser starken Position in der Opposition geblieben war. Das führte zu einem Abfall auf 15 Sitze bei den Wahlen 2010.

Dass sie ihre Position nun halten konnte, war sicher dem



originellen und engagierten Wahlkampf der SP geschuldet, die mit ihrem sympathischen Spitzenkandidaten Emile Roemer einen großen Teil der Wähler von einer Wiederwahl überzeugen konnte. Die Mitglieder der Partei waren überaus aktiv, der Bevölkerung die Botschaften und Ziele der SP nahezubringen. Von den 46 000 Mitgliedern der Partei waren 15 000 im Wahlkampf engagiert.

Die Wahlbeteiligung war mit 73,8 Prozent recht hoch. Die Zustimmung zur Partei ist regional und zielgruppenspezifisch unterschiedlich. Während die Hochburgen der SP traditionell im Südosten des Landes und den Kleinstädten liegen, konnte sie in den großen Städten im Westen (Rotterdam, Utrecht, Den Haag) bisher noch nicht recht Fuß fassen. Eine Ausnahme bildet hier Amsterdam mit einem Plus von 2,4 Prozent auf jetzt 9,3 Prozent. Vor allem Frauen (57%), die Generation 50+ (47%) und zur Miete Wohnende (45%), sowie die bildungsferneren Schichten, aber auch Menschen aus dem Bildungs- und Gesundheitssektor machen ihr Kreuz bei der SP.

Im niederländischen Vergleich ist den SP-Wählern mit 61 Prozent (NL: 38%) vor allem die Gesundheitsversorgung wichtig, 50 Prozent (NL: 28%) wünschen mehr soziale Sicherheit und 42 Prozent (NL: 24%) eine stärkere Besteuerung der Höchsteinkommen.

Die anfänglichen Prognosen von bisweilen fast 40 Prozent Wählerzustimmung für die SP führten in den letzten Tagen vor der Entscheidung zu einer hektischen Medienkampagne, in der die Kandidaten der rechtsliberalen VVD Rutte und der Sozialdemokraten (PvdA) Samsom bereits als Sieger dargestellt wurden. Der SP wurde mehrere Tage lang auf den Titelseiten der auflagenstärksten Tageszeitung („De Telegraaf“) Regierungsunfähigkeit unterstellt. Die gezielte Hetzkampagne gegen die SP durch rechte Medien und die nur auf die liberal-konservativen beziehungsweise sozialdemokratischen Kandidaten ausgerichteten Fernsehdebatten machten es den Sozialisten im Wahlkampf sicherlich nicht leicht, Wähler, die traditionell für die Sozialdemokraten stimmen, von einem Wechsel zu überzeugen.

In den letzten Tagen vor der Wahl sanken die Werte für die SP auf ca. 20 Prozent, so dass bis zuletzt die berechtigte Hoffnung auf eine immerhin gestärkte Fraktion bestand. Dennoch gab es parteiintern keine Illusionen darüber, dass sich die PvdA im Ringen um die Gunst linker Wähler sozialistischer Positionen bediente, so dass sie in gewissen Punkten einer „SP light“ glich. Die Entscheidung vieler Wähler, trotz Zustimmung zur SP dennoch die PvdA zu wählen, lag nicht zuletzt auch an deren bereits erwiesener Regierungsbeteiligung sowie an ihrem charismatischen Spitzenkandidaten Diederik Samsom, den die Partei nur drei Monate vor der Wahl aus dem Hut gezaubert hatte.

Zum Problem für die SP wurde dabei auch, dass die Medien der Öffentlichkeit, gestützt auf eine verkürzt wiedergegebene Positionierung des Spitzenkandidaten, erfolgreich das Bild einer europaskeptischen Partei vermittelten.

Die PvdA hätte zusammen mit der VVD eine nur knappe Mehrheit (80 von 150 Sitzen). Daher ist es wahrscheinlich, dass sie sich in einer Dreiparteienkoalition entweder mit der CDA (Christdemokraten) (93 von 150 Sitzen) oder, mit geringem Unterschied (92/150), mit den Sozialliberalen (D66) zu einer stabilen Mehrheit zusammenschließen. Die SP wäre dann die stärkste linke Kraft in der Opposition, neben der GL (ökologisch-linke Grüne Linke), die allerdings auch Verluste in Kauf nehmen musste und jetzt bei 3 Sitzen liegt.

Neues Vertrauen

Die Niederlande sind von der Finanzkrise hart getroffen worden. Die milliardenschweren Rettungspakete für Banken und Finanzinstitute haben die Staatsschulden hochschnellen lassen. Sinkende Immobilienpreise und steigende Ausgaben für Gesundheit und Bildung führten zu einem deutlichen Kaufkraftverlust. Die rechtsliberale Regierung trieb mit ihrer Sparpolitik immer mehr Niederländer in Erwerbslosigkeit und Armut. Die seit 1972 bestehende SP hat mit ihrem Wahlprogramm „Nieuw Vertrouwen“ (Neues Vertrauen) ihre Pläne für einen politischen Neuanfang und einen sozialen Ausweg aus der Wirtschaftskrise dargelegt.

Als eine Partei, die sich um die wirklichen Belange der Bürger kümmert, ist sie ein wichtiger Ansprechpartner geworden. Das Vertrauen vieler Bürger wurde durch konsequente Basisarbeit hart erarbeitet. In vielen kommunalen und regionalen Parlamenten ist die SP vertreten und hat dort auch Regierungsverantwortung übernommen.

Die SP will mit einem sozialen Investitionsprogramm eine Alternative zu der bisherigen Regierungspolitik bieten. Der Politik der sozialen Ausgrenzung soll damit ein Ende gesetzt werden. Stattdessen soll der Sozialstaat gestärkt werden, um so eine demokratische Kontrolle der Finanzwirtschaft zu ermöglichen.

Die SP kämpft für eine solidarische Steuerpolitik, eine Umstrukturierung des Wohnungsmarktes und ein Ende der Privatisierung des Gesundheitswesens. Mehr Geld für Bildung, Pflegepersonal und Polizei stehen genauso auf der Agenda wie verstärkte Bürgerbeteiligung und der Abbau der überbordenden Bürokratie.

Internationale Themen spielten im Wahlkampf nur eine marginale Rolle, soweit sie nicht die Finanzkrise im Europa-Raum betrafen. Den heutigen Entwicklungen in der Europäischen Union steht die SP kritisch gegenüber. Die neoliberale Stoßrichtung der EU soll verändert und den Lobbyisten die Tür gewiesen werden. Nur eine sozial gerechte EU habe die Möglichkeit, das Vertrauen ihrer Bürger zu gewinnen. Der Regelungssucht aus Brüssel sollen klare Grenzen gesetzt werden. Eine weitergehende Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten auf europäischer Ebene kann nur unter der demokratischen Kontrolle und Einflussnahme der Bürger dieser Länder stattfinden.

Die neue Regierung wird den neoliberalen Kurs beibehalten. Es bleibt abzuwarten, wie die schwer von der Eurokrise getroffenen Niederlande sich mit dieser violetten Koalition schlagen. Die SP wird weiterhin für ein sozialeres Land kämpfen und ist bereit bei den nächsten Wahlen voraussichtlich 2016 die Ziele umzusetzen, für die sie seit Jahren kämpft.



Notizen



Notizen



Impressum

DIE LINKE International wird herausgegeben vom Bereich Internationale Politik beim Parteivorstand der LINKEN und erscheint in unregelmäßigen Abständen.

Redaktion: Helmut Ettinger (V.i.S.d.P. Oliver Schröder)

Telefon: (030) 24 009 300, Fax: 24 009 425

E-Mail: fip@die-linke.de, Web-Site: <http://die-linke.de>

Redaktionsschluss: 11. September 2012

Besonderer Dank für Unterstützung bei der Herstellung dieses Heftes gilt Helma Chrenko und Hilde Ettinger.

Gestaltung: Jörg Rückmann

Die abgedruckten Beiträge geben die Meinung des jeweiligen Autors, nicht der Redaktion wieder. Ausdrücklich erbeten sind Meinungen, Wünsche und Vorschläge an die Redaktion.

